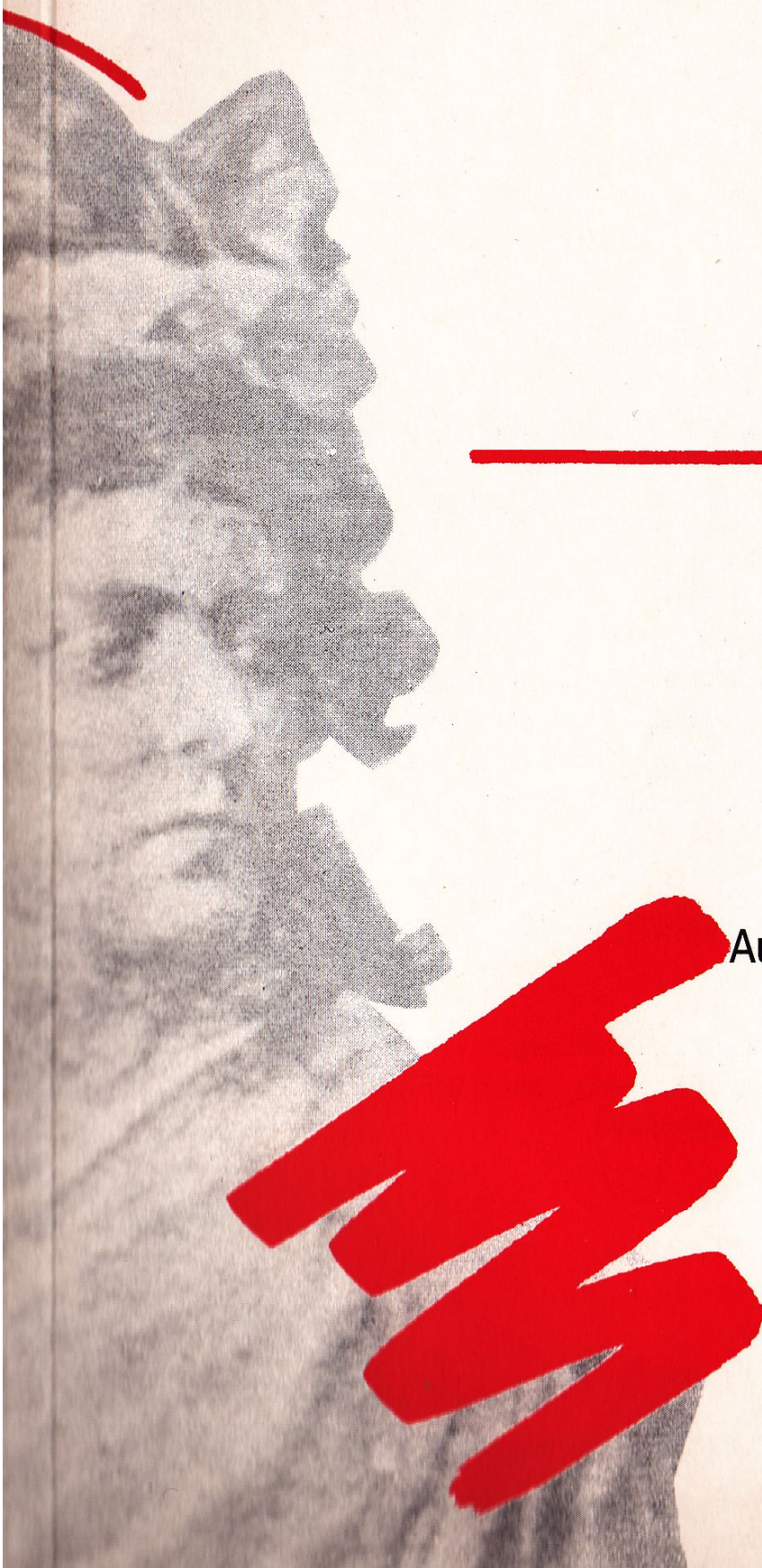


Olympe

Feministische
Arbeitshefte
zur Politik

Aufbruch im Widerspruch
Feminismen und die
Sozialdemokratie in
Europa

Heft 11



Olympe

**Feministische
Arbeitshefte
zur Politik**

Impressum

OLYMPE. Feministische Arbeitshefte zur Politik

Herausgeberinnen: Redaktion «Olympe»

Heft Nr. 11/Dezember 1999: Aufbruch im Widerspruch, Feminismen und die Sozialdemokratie in Europa

Auflage: 1500

ISSN 1420-0392

ISBN 3-905087-25-1

Redaktion: Jael Bueno (Ottenbach), Erika Gisler (Bassersdorf), Luisa Grünenfelder (Luzern), Verena Hillmann (Zürich), Andrea Holenstein (Zürich), Elisabeth Joris (Zürich), Mascha Madörin (Münchenstein), Christine Schwyn (Zürich), Michèle Spieler (Aarau), Silvia Staub-Bernasconi (Berlin, Zürich), Marina Widmer (St. Gallen), Susi Wiederkehr (Uster)

Redaktion dieser Nummer: Elisabeth Joris (Zürich), Christine Schwyn (Zürich), Michèle Spieler (Aarau), Marina Widmer (St. Gallen)

Fotos: Luisa Grünenfelder

Grafik: Luisa Grünenfelder

Druck/Litho: Unionsdruckerei/subito AG, Schaffhausen

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem und neutral geleimtem Papier

© Alle Rechte bei Olympe und den Autorinnen

Anschrift der Redaktion:

OLYMPE, Feministische Arbeitshefte zur Politik,

Gemeindestrasse 62, 8032 Zürich (Schweiz)

Erscheint in der Regel zweimal jährlich

Preis Fr. 19.-, Abonnement für 2 Ausgaben Fr. 36.-

Postcheckkonto Schweiz: 80-38035-0

Postgirokonto Deutschland: 360 801 756, BLZ 660 100 75

**Aufbruch im Widerspruch
Feminismen und die
Sozialdemokratie in
Europa**

Heft 11

Inhaltsverzeichnis

Zu dieser Ausgabe	4
-------------------	---

Frauen-Forum zur Jahrtausendwende

<i>Elisabeth Joris</i>	
Aufbruch im Widerspruch: eine notwendige Debatte	8

<i>Melissa Benn</i>	
New Labour und der neue Feminismus, Die versteckte Politik des Blairismus	10

<i>Claudia Kaufmann</i>	
Soziale Sicherheit für Frauen: Einen Schritt vorwärts, zwei zurück	20

Forumsdiskussion I

<i>Lidia Menapace</i>	28
La «distrazione» del governo italiano	

Von der «Vergesslichkeit» der italienischen Regierung (Übersetzung)	32
<i>Margrith von Felten</i>	

Die Frauenfreundlichkeit der SP hinterfragen	42
Forumsdiskussion II	48

<i>Andrea Holenstein</i>	
Frauen und Macht, Perspektiven der Geschlechterpolitik in Deutschland	

Zusammenfassung des Referats von Barbara Schaeffer-Hegel	54
<i>Ursula Koch</i>	

Frauen mit Macht	58
Forumsdiskussion III	62

<i>Gaby Küppers</i>	
Kennen Sie Mainstreaming?	

Von der Unsichtbarmachung der Frauenfrage in der EU	64
<i>Jael Bueno</i>	

Differenz und Gleichstellung	74
Forumsdiskussion IV	78

<i>Christine Delphy</i>	
La parité en France: exemple d'un mauvais débat sur une bonne question	84

<i>Patricia Schulz</i>	
Beaucoup de bruit pour rien - ou le débat français sur la parité	

Une comparaison avec la situation en Suisse de l'initiative 3 mars 1993	94
<i>Elisabeth Joris</i>	

Gleichheit und Gerechtigkeit: Ein Blick in die Zukunft	103
Historisch-biographischer Seitenblick	

<i>Hanna Zweig-Strauss</i>	
Betty Farbstein-Ostersetzer: engagierte Ärztin und Sozialdemokratin	105

<i>Gaby Küppers</i>	
Sie tat, was zu tun war. Zum Tode von Nelly Meffert-Guggenbühl	111

Dokumentation	
Frauennetze auf europäischer Ebene	114

Plattform der Feministischen Koalition FemCo	115
Auszug aus dem Schröder-Blair-Papier	118

Zur politischen Aktualität	
<i>Gaby Küppers</i>	

Die Verhältnisse stehen auf dem Kopf - aber es ist alles beim Alten geblieben	
Zu den Ergebnissen bei den Wahlen ins Europäische Parlament	123

13. Juni 1999: Das Nein zur Mutterschaftsversicherung	
<i>Natalie Imboden</i>	

Die Ergebnisse - eine Analyse	126
<i>Katharina Haag</i>	

Was meinen bürgerliche Frauen?	128
<i>Olympe-Redaktion</i>	

Unser Kommentar zu den Nationalratswahlen	131
<i>Michèle Spieler, Elisabeth Joris</i>	

Verfassung, Geschlecht und Demokratie	134
<i>Michèle Spieler</i>	

Die Hälfte der Arena	
Zur Abstimmung über die Quoteninitiative im Jahr 2000	135

<i>Rita Schmid Göldi</i>	
Chancengleichheit und Gleichstellung in der beruflichen Aus- und	

Weiterbildung	137
<i>Anni Lanz</i>	

Zum Aufbruch ins neue Jahrhundert: 287 Massnahmen zur Umsetzung der	
Aktionsplattform der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz	140

Tagungsberichte	
<i>Elisabeth Joris</i>	

NGO-Koordination post Beijing Schweiz, «Umsetzen, durchsetzen - aber wie?»	142
<i>Claudia Gähwiler</i>	

Weiss, männlich, satt? Die Welthandelsorganisation WTO auf dem Prüfstand	
Tagung zu Handelsregeln und Alltagsrealitäten, organisiert von der	

Erklärung von Bern und von Swissaid, am 15. Oktober 1999 in Bern	143
Neues zu Olympe de Gouges	145

Bücher zum Thema	147
-------------------------	-----

Autorinnen	159
-------------------	-----

Zu dieser Ausgabe

Zehn Ausgaben der Olympe, zehn Feministische Arbeitshefte zur Politik hat die Redaktion in den letzten fünf Jahren herausgebracht. Dieses Jubiläum hat die Olympe mit einem «Frauen-Forum zur Jahrtausendwende» am 11./12. Juni 1999 gefeiert «Aufbruch im Widerspruch, feministische Sichten auf ein sozialdemokratisches Europa» - unter diesem Titel hat die Olympe Referentinnen aus fünf verschiedenen Ländern der EU zur Diskussion eingeladen.

Geprägt haben diesen Anlass aber auch aktuelle Ereignisse, deren Ausgang anlässlich der Veranstaltung noch unklar war, die in dieser Ausgabe jedoch teilweise dokumentiert sind. Zum einen haben am 13. Juni die Schweizer Stimmberechtigten die längst überfällige Mutterschaftsversicherung an der Urne abgelehnt. Zum andern hat die Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Europaparlament gleichentags eine Schlappe erlitten. Die Mitte-rechts-Parteien bilden heute die stärkste Fraktion, doch gesamthaft bleibt die Sozialdemokratie in der EU nach wie vor dominierend. Überschattet wurde das Frauen-Forum vom Krieg in Kosov@. Referate, Kommentare und Diskussions-Foren anlässlich der Olympe-Jubiläumsveranstaltung sind in dieser Ausgabe in überarbeiteter Form wiedergegeben. Die hier veröffentlichten Fotografien des Frauen-Forums stammen von Luisa Grünenfelder.

Auch wenn sich die Ausrichtungen der verschiedenen linken Regierungen von Jospin bis Blair unterscheiden, verweisen die französische Soziologin Christine Delphy und die englische Journalistin Melissa Benn unabhängig von einander auf ein Grundproblem sozialdemokratischer Politik: Beide Regierungen wollen Frauen die Möglichkeit geben, Erwerbs- und Familienarbeit zu verbinden, ohne aber die herkömmliche Form der Familie zu verändern und die Männer in die Pflicht zu nehmen. Während Melissa Benn für einen weiteren Ausbau sozialer Einrichtungen wie Krippen plädiert, warnt Delphy davor, die Männer damit weiterhin aus ihrer Verantwortung zu entlassen; längerfristig werde damit die Rollenteilung zementiert statt Gleichberechtigung verwirklicht.

Lidia Menapace von der Unione delle Donne Italiane geht mit eier Regierung d'Alema vor allem wegen ihres Sozialabbaus, der neokonservativen Politik im Bereich der Reproduktionstechnologien und den Nato-Bombardierungen in Kosov@ und Serbien scharf ins Gericht. Anregend für die nachfolgende Forumsdiskussion war die von Menapace hervorgehobene Zusammenarbeit italienischer Frauengruppierungen im Rahmen einer «Piazza», ein Begriff der in der Folge immer wieder aufgegriffen wird. Die in Berlin lehrende Sozialwissenschaftlerin Barbara Schaeffer-Hegel verpflichtet die Frauen, sich an der Macht zu beteiligen und die Rolle des «unschuldigen Opfers» aufzugeben. Gaby Küppers, Referentin für Aussenwirtschaft der Grünen im Europaparlament, äusserst sich kritisch zur Gender-Mainstreaming-Debatte in der EU Ihrer Ansicht nach verdeckt diese mehr als dass sie die Gleich-



Betty Farbstein-Ostersetzer, engagierte Ärztin und Sozialdemokratin, geboren 1873 in Galizien, gestorben 1938 in Kilchberg, als Frau nacheinander österreichische, schweizerische, deutsche Staatsbürgerin.

stellung vorantreibt. In der Forums-Diskussion dagegen wurde vor allem die Bedeutung von Mainstreaming als Instrument betont.

Claudia Kaufmann, Margrith von Felten, Ursula Koch, Jael Bueno und Patricia Schulz kommentieren die aufgegriffenen Themen als Exponentinnen der Gleichstellungspolitik und als Vertreterinnen der Behörden, politischer Parteien und NGOs. In den Diskussionsforen I-IV schliesslich nehmen Frauen verschiedenster Provenienz kritisch Stellung und bringen ihre vielfältigen Erfahrungen aus der politischen Praxis ein. Elisabeth Joris leitet jeweils die Beiträge ein und fasst die Diskussionen zusammen.

Der historische Seitenblick verweist mit zwei Biographien engagierter Frauen aus der Linken sowohl auf die internationale Einbindung der Sozialistischen Bewegung wie auch auf die dort dominierende traditionelle geschlechtsspezifische Rollenteilung. Die von Hanna Zweig-Strauss porträtierte Ärztin und Frauenrechtlerin Betty Farbstein-Osterseiter kam als junge Studentin von Österreich nach Zürich. Gaby Küppers verfasste den Nachruf der erst kürzlich verstorbenen St. Gallerin Nelly Meffert-Guggenbühl, die sich während den dreissiger Jahren in der antifaschistischen Flüchtlingshilfe engagierte und nach Argentinien emigrieren musste.

Mit der FemCo-Plattform dokumentieren wir die neue Vernetzung der feministischen Gruppen und Organisationen in der Schweiz. Der Zusammenschluss sollte in Zukunft eine gezieltere Einflussnahme ermöglichen. In Auszügen geben wir ausserdem das Schröder-Blair-Papier wieder, da es in der Schweiz erstmals am Frauen-Forum diskutiert wurde und mehrere Referentinnen kritisch darauf Bezug nehmen. Die Olympe-Redaktion kommentiert die eidgenössischen Wahlen mit Blick auf die vom neuen Parlament zu erwartende Politik. Gaby Küppers analysiert die Ergebnisse der Wahlen ins Europaparlament, Natalic Imboden und Katharina Haag aus unterschiedlichen Perspektiven das Nein zur Mutterschaftsversicherung. Komplettiert wird dieser Teil mit Beiträgen von Rita Schmid Göldi zum Berufsbildungsgesetz, von Anni Lanz zur Umsetzung der Aktionsplattform der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz, von Elisabeth Joris und Michèle Spieler zur neuen Bundesverfassung und von Michèle Spieler zur bevorstehenden Abstimmung über die eidgenössische Quoteninitiative.

Nicht alle in dieser Ausgabe besprochenen Bücher haben mit dem Thema des Heftes zu tun, einige gehören zu den wichtigsten Veröffentlichungen der Hauptreferentinnen, andere behandeln Gleichstellungsprobleme oder Geschlechteransätze. Schliesslich haben wir mit einigen Besprechungen von Büchern aus internationalen Zusammenhängen die engeren Grenzen Europas gesprengt.

Die Redaktion dieses Heftes:

Elisabeth Joris (Zürich), Christine Schwyn (Zürich), Michèle Spieler (Aarau) und Marina Widmer (St. Gallen)



FRAUEN-FORUM ZUR JAHRTAUSENDWENDE

Elisabeth Joris

Aufbruch im Widerspruch: eine notwendige Debatte

Neben dem Jubiläum der Zeitschrift «Olympe» waren vor allem drei Gründe von unterschiedlicher Tragweite entscheidend für die Organisation dieses Frauen-Forums:

1. Die bevorstehende *Jahrtausendwende* beziehungsweise Jahrhundertwende: Das 19. Jahrhundert war in Europa das Jahrhundert der bürgerlichen Revolution, der Erkämpfung der Bürger- und Menschenrechte. Es war aber zugleich das Jahrhundert des Ausschlusses der Frauen von ebendiesen Rechten. Im 20. Jahrhundert haben die Frauen mit unermüdlichem Einsatz die formale Gleichstellung erkämpft. Es gilt nun für das anbrechende 21. Jahrhundert die frauenspezifische Ausrichtung, den feministischen Aufbruch, zu markieren.

2. *Europa und die EU*: Das Verhältnis zur EU ist unter Feministinnen umstritten, nicht jedoch die Öffnung nach aussen, das Verständnis einer Verantwortung, die weit über den Rahmen der nationalen Grenzen hinausgeht. Die Schweiz ist trotz institutioneller Abschottung Teil dieser Welt, Teil Europas und was in dieser Welt, in Europa geschieht, tangiert die Bevölkerung hier entscheidend - Frauen und Männer, mit und ohne Schweizer Pass.

Die Europaparlaments-Wahlen 1999 fallen zeitlich mit dem Frauen-Forum zusammen. Es wird sich zeigen, ob aufgrund der Zahl der gewählten Frauen und der Parteienstärken in der EU frauenspezifische Fragen und geschlechterorientierte Politik im angehenden Jahrhundert eine stärkere oder eben eine schwächere Berücksichtigung erfahren werden, was sich auch auf die schweizerischen Positionen auswirken wird.

Die Mitgliedstaaten der EU sind trotz verschiedener regionaler und lokaler Niederlagen heute mehrheitlich sozialdemokratisch regiert. Die Sozialdemokratie gab sich traditionsgemäss eher frauenfreundlich und hatte Frauenanliegen schon mehr und früher unterstützt als sogenannte bürgerliche Parteien. Dennoch - oder gerade deshalb - gilt es, die gegenwärtige Praxis zu durchleuchten. Frauen haben auch in sozialdemokratisch regierten Ländern oft wenig entscheidenden Einfluss, was sich zum Beispiel in den Prioritäten bei den Budgetdebatten zeigt, aber auch in der Frage des Einsatzes von Bomben zur Bewältigung regionaler Konflikte. Damit wird die von feministischen Historikerinnen stammende Analyse bestätigt, wonach in Kriegssituationen die herkömmlichen Geschlechterstereotypen gefestigt werden. Dies kann uns am Ende des durch zwei Weltkriege und mehrfache militärische Interventionen geprägten 20. Jahrhunderts alles andere als gleichgültig sein.

3. Die *politische Konstellation in der Schweiz*: Die Nationalratswahlen vom Herbst 1999 sind bestimmend für den Aufbruch, nicht nur bezüglich des Frauenanteils im Parlament, sondern auch bezüglich politischer Positionen.

Schliesslich ist die Abstimmung zur Mutterschaftsversicherung vom 13. Juni, dem Forums-Wochenende, bezogen auf die Weichenstellung für das anbrechende Jahrhundert von zentraler Bedeutung. Sowohl Inhalt wie Datum sind symbolträchtig:

Am 14. Juni 1981 wurde die Gleichstellung in der Verfassung verankert, am 14. Juni 1991 streikten Frauen in der ganzen Schweiz, und die Abstimmung Mitte Juni 1999 sollte nun endlich die Umsetzung der verfassungsmässig garantierten Mutterschaftsversicherung bringen und damit die Fortsetzung der Gleichstellungspolitik signalisieren - was aber zum Leidwesen auch der meisten Frauenorganisationen nicht eingetreten ist.

Diese drei Gründe sind Anlass genug für einen Aufbruch im Widerspruch im Sinne der Bereitschaft, sich in die Diskussionen einzumischen und die öffentlichen Debatten zu Arbeit, Migration, Friedenssicherung, Kultur, Gleichstellung, Vermögens- und Einkommensverteilung und öffentliche Wohlfahrt mitzubestimmen. Als Auftakt ins neue Jahrtausend gilt es, die Netze zu verdichten, die Besetzung von Machtpositionen zu verfolgen und den oft nebulösen sozialdemokratischen Diskurs kritisch zu analysieren, um entlang der möglichen Konfliktlinien konkrete feministische Ansätze für eine zukunftsorientierte Politik zu formulieren.

Melissa Benn

New Labour und der neue Feminismus: Die versteckte Politik des Blairismus

Ich möchte im folgenden Beitrag über die speziellen Herausforderungen und Probleme nachdenken, mit denen Feministinnen und Radikale in England konfrontiert sind, wenn sie sich mit der neuen Labour-Regierung auseinandersetzen. Nach 18 Jahren konservativer Regierungen bietet sich der «Blairismus» als etwas ganz Neues an. Das Wort «neu» selber, das fester Bestandteil dieses spezifischen politischen Labels geworden ist - man redet zurzeit nie von Labour, sondern immer von New Labour -, ist eines der meistgebrauchten Adjektive in der Werbung. Jedenfalls verkauft sich der Blairismus als neue Form von Radikalismus, auch wenn er nie genau zu sagen vermag, wie das seine Politik konkret beeinflusst. Blairscher Radikalismus stellt sich selbst über jegliche Ideologie; er überwindet die alten Kategorien wie links und rechts, liberal und konservativ. Er präsentiert sich als strahlendes Beispiel des «Dritten Weges», als der schmale Pfad zwischen Ineffizienz und Autoritätshörigkeit des alten Staatssozialismus auf der einen und den Härten und den Ungerechtigkeiten des ungezügelter Markt kapitalismus auf der anderen Seite.

Und, das ist vielleicht am bedeutsamsten, er verkauft sich als ausschliesslich praktische Politik: Blair und seine Berater haben des öfteren erklärt, sie seien nur am Machbaren interessiert, an dem, «was funktioniert», «what works». Persönlich bezweifle ich, dass der Blairismus Erfolg haben kann, wenn sich New Labour nicht klarer zur wirtschaftlichen Umverteilung via Steuersystem verpflichtet. Trotz unbeirrtem rhetorischem Engagement für das, was jetzt üblicherweise soziale Ausgrenzung statt Armut heisst, erweist sich diese Politik bei genauerem Hinsehen als sehr beschränkt, und das liegt trotz grossen Worten in der kleinlichen Natur der eigenen Ziele, die ich die «versteckte Politik» der aktuellen Regierung nenne.

Dies müsste nicht so sein. In einem sozialdemokratischen Rahmen könnte man mehr Geld für das staatliche Gesundheitssystem, für Schulen, für soziales Wohnen, für den öffentlichen Verkehr und für Renten für die nicht erwerbstätige Bevölkerung ausgeben. Statt dessen wird der öffentliche Sektor sichtlich hart angefasst. Diese harte Hand von New Labour führt unter einem Teil der Staatsangestellten - LehrerInnen, Pflegepersonal, DoktorInnen, SozialarbeiterInnen - zu einer neuen und beunruhigenden Verbitterung. Ebenfalls problematisch ist die Beziehung von New Labour zu Frauen und zur feministischen Politik. New Labour hat sich als dem Feminismus gegenüber aufgeschlossene Partei präsentiert, ein Eindruck, der sich durch die Wahl von 101 weiblichen Unterhausabgeordneten anlässlich des Wahlsieges von 1997 noch verstärkt hat; «Blair's Babes» wurden diese Members of Parliament mit britischer Boulevardironie, sogleich geheissen. Doch nur zwei Jahre nach dem euphorischen Fototermin vor dem Unterhaus, bei dem sich Blair mit allen Parlamentarierinnen ablichten liess, steckt die Beziehung des Blairismus zum Femi-

nismus in einer Sackgasse. Das verdankt er zum Teil seiner Unfähigkeit, zu verstehen worum es dem Feminismus wirklich geht - und speziell der Ignoranz, was das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit betrifft. Es hat auch mit dem angestrengten Bemühen zu tun, weder die Männer - und die Frauen - des Mittelklass-Englands noch die kleinen und grossen Wirtschaftsbetriebe, auf deren Unterstützung New Labour angewiesen ist, abspenstig werden zu lassen. Einmal mehr behindert die grosse Angst des Blairismus vor der Ideologie - in diesem Fall dem Feminismus - die Entwicklung hin zur radikalen Partei. Schlimmer noch, es wird auch der offene Dialog mit Leuten innerhalb und ausserhalb der Partei über Ursachen und Auswirkungen von Benachteiligungen von beiden Geschlechtern und über den besten Weg zur Überwindung der Diskriminierung verunmöglicht.

Grosse Erwartungen

Um zu erklären, wie New Labour und der Feminismus in diese Sackgasse gerieten, muss ich die LeserInnen ein Stück zurückführen, zu jenem sonnigen Maimorgen 1997. Als mein Partner und ich wählen gingen, weinten wir angesichts der impliziten Macht der Urne, die Vergangenheit symbolisch auszulöschen: Achtzehn Jahre Tory-Vergangenheit ad acta zu legen war kein Bruchteil so dramatisch wie die südafrikanischen Wahlen, aber es war ein schwaches Echo jenes Gefühls. In den Strassen wimmelte es von Leuten in einem Zustand fiebriger Aufregung.

Wir hatten ohne Illusionen gewählt. Wir wussten, dass Blair gewissermassen die ideale Pappfigur war, welche den moralischen und ökonomischen Konservatismus des Mittelstand-Englands bedienen konnte, während er für die Armen aus den britischen Citys, aus den verlassenen Minenorten und den verfallenden ländlichen Gemeinden ein Nicken übrig hatte. Doch es war nicht so simpel: Die Blairschen Gelöbnisse zum Thema Armut kamen von Herzen; die gesamte Opposition hungerte nach der Macht, Gutes zu tun. Die achtzehn Jahre im Abseits hatten uns an Bescheidenheit gewöhnt, auch daran, auf all die zu hören, die ebenfalls von der Macht ausgeschlossen waren.

Gewiss hat New Labour einige Anliegen des Mainstream-Feminismus ernst genommen. Anders als die früheren Tory- oder Labour-Regierungen sprach New Labour zumindest über das Recht der Frauen, sich an der Macht zu beteiligen, Erwerbsarbeit und Familie ins Gleichgewicht zu bringen, Hilfe zu bekommen, bei Betreuungsaufgaben usw. New Labour hatte einige Schlüsselfrauen gefördert. Frauen hofften mit Grund auf Gutes von New-Labour-Seite, auch wenn die Partei ihren Feminismus immer - und speziell zu Wahlzeiten - nach der «Worcester Woman» ausrichtete. Die «Worcester Woman» ist englische Mittelklasse, aber ehrgeizig: eine jüngere Ehefrau mit Kindern, einem Teilzeitjob und dem Wunsch nach gehobenem Lebensstandard sowie entsprechendem Auto, Haus, Freizeitangebot und Feriengziel. Natürlich profitiert die «Worcester Woman» von den langen Jahren feministischen Kamp-

fes für ihre Rechte, aber sie mag vielleicht das Wort «Feminismus» selbst nicht besonders. Ein Paradox, das sich später klarer zeigen sollte.

Des weiteren hofften wir, dass der Blairismus sich als radikaleres Projekt als vorausgesehen entpuppen würde. Die Lauheit, die fast schon ängstliche Vorsicht der Wahlkampagne war vielleicht notwendig gewesen, um die unentschiedenen WählerInnen anzusprechen - aber der Machtgewinn, die Machtausübung würden Vertrauen und Vertrauen würde Änderung hervorbringen. Es war ein elektrisierendes Gefühl: Die Präsenz von so vielen Frauen, jungen, alten, grossen, kleinen, athletischen, behinderten, schwarzen, weissen - um ganz genau zu sein: es gab nur eine Schwarze unter den neuen Abgeordneten -; viele von ihnen waren Mütter von kleineren Kindern oder Jugendlichen. Zum ersten Mal widerspiegelte das Unterhaus die Realität der weiblichen Bevölkerung. Es unterstrich auch den Graben zwischen der New-Labour-Modernität und der vertriebenen Conservative Party, die sich - trotz Thatcher-Erbe - kaum irgendwelcher Frauen rühmen konnte.

Und wenn frau einen schnellen Blick wirft auf einige der Änderungen, die Labour in den ersten zwei Jahren eingeführt hat, dann kann sie sehen, warum einige feministische Kritikerinnen erklären, diese Regierung sei das Beste, was den Frauen seit langer Zeit geschehen sei. Da ist beispielsweise der nationale Plan für flächendeckende Kinderbetreuung, Steuererleichterungen für Kinderbetreuungskosten, eine beträchtliche Erhöhung der Kinderrente - eines Betrags, der allen, die für Kinder sorgen, ausbezahlt wird, unabhängig von der Höhe des Einkommens. Darüber hinaus gibt es das Programm «Arbeit statt Fürsorge», «welfare to work», welches sozialhilfeabhängigen Frauen, vor allem alleinerziehenden Müttern, helfen soll, eine Arbeits- oder eine Ausbildungsstelle zu finden. Es gibt ein umfassendes Konzept zum Umgang mit häuslicher Gewalt. Eine spezielle Frauenstelle, «Women's Unit», ist gegründet worden, und es existiert auch eine Frauenministerin - im Moment hat sie eine Doppelrolle als Ministerin und als Labour-Führerin im Oberhaus, ist also ziemlich beschäftigt.

Der seltsame Fall der Harriet Harman

Auch wenn viele der Labour-Leistungen beeindruckend sind, ist etwas in der Beziehung zwischen New Labour und dem Feminismus schiefgelaufen. Vieles davon widerspiegelt sich in der Stellung von Harriet Harman. Harman ist Englands bekannteste feministische Politikerin, und eine Zeitlang war sie der Liebling der modernisierten Labour Party, zuerst unter Neil Kinnock und dann unter Tony Blair. Sie war eine der Pionierinnen des linken Mainstream-Feminismus, und sie gewann im relativ jungen Alter von 31 Jahren einen Sitz im Parlament. Sie war im siebten Monat schwanger, als sie um diesen Sitz kämpfte, hatte dann zwei weitere Kinder und ebnete damit den Weg für eine ganze Reihe von jungen weiblichen Abgeordneten, die heute die Leiter einer politischen Karriere erklimmen und zur gleichen Zeit eine Familie gründen. Als Vorzeigefigur des modernisierten New-Labour-Feminismus

zog Harman aber auch eine Menge Neid und Missgunst von KollegInnen auf sich. Trotz der Einführung einer Quotenpolitik, die automatisch fünf Frauen einen Sitz im Schattenkabinett garantierte, wurde Harman für ihre Beliebtheit bei der Labour-Führung mit einem absichtlich niedrigen Stimmenanteil bestraft. Doch sie überlebte und blühte unter Tony Blair sogar auf, der ihre grosse Ausstrahlung auf die britische Mehrheit und speziell auf die «Worcester Woman» erkannte. Und doch wurde sie nach einem Jahr als Ministerin für Soziale Sicherheit mit Schimpf und Schande entlassen.

Für Harmans Sturz gibt es viele komplexe Gründe. Sie war in der parlamentarischen Labour Party nie eine populäre Figur, zum Teil wegen ihrer Klassenherkunft und ihres als Überlegenheit wahrgenommenen Auftretens, ihres Mangels an «Clubability», das heisst der Fähigkeit sich mit anderen Abgeordneten zusammenzutun und ein Unterstützungsnetz aufzubauen. (Vieles davon hatte mit ihrer Lebenssituation als Mutter von drei kleinen Kindern zu tun.)

Harmans politischer Tiefpunkt war im Dezember 1997, als sie im Unterhaus aufstand und ohne Unterstützung auch nur eines Ministerkollegen ankündigte, dass die Kürzung einer speziellen Zahlung an Alleinerziehende, die von den Konservativen eingeführt worden war, von Labour aufrechterhalten würde. «Wie», heulten die KritikerInnen, «kann eine Regierung, welche sich für arme Frauen einsetzt, so etwas tun? Wie kann Harman selbst die Entscheidung verteidigen?», was sie in der Folge tatsächlich tat, oft, öffentlich und äusserst ungeschickt. Sieben Monate später war sie weg vom Fenster. Harmans Abgang war mehr als eine persönliche Tragödie; mehr als die Geschichte einer Frau, die von der Regierung verraten wurde, insbesondere von den Männern, die sie vorher unterstützt hatten. Die Harman-Krise hat enthüllt, dass der Regierung ein echtes Engagement für die Sache der Frauen fehlt. Sie hat offengelegt, dass es Labour an Sympathie für die Frauenbewegung mangelt. Wie eine prominente Feministin neulich zu mir sagte: Der Blairismus bleibt bezüglich Feminismus auf halbem Weg stehen, «it doesn't walk the walk».

Die Wahrheit ist: Frauenfragen haben keine Priorität. Wie der «Guardian» kürzlich berichtete, ist etwa die Frauenstelle auf keine Art zentral für die Regierung. Sie ist in irgendeinem obskuren Gebäude versorgt, wenige haben überhaupt von ihr gehört, wenige verstehen oder interessieren sich für ihre Aufgaben. Kein Vergleich mit der Stelle gegen Soziale Ausgrenzung, der «Social Exclusion Unit» - der Regierungsabteilung, die geschaffen wurde, um sich mit Armut auseinanderzusetzen. Diese Stelle hat die volle Unterstützung der Regierung.

Es überrascht denn auch nicht, wenn eine ehemalige feministische Regierungsberaterin feststellt: «Mein üblicher Rat an aufstrebende Politikerinnen ist: Vermeide das F-Wort. Wenn du vorwärtskommen willst, erwähne Feminismus nur dann, wenn du sagen willst, du seiest keine Feministin. Es ist hilfreich, über Familie zu sprechen, über das Quartier, die Kinder - aber am besten spricht frau nicht über Frauen an sich.» Sie sagt des weiteren, dass, auch wenn Labour etliches für Frauen getan hat, es besser ist, dies aus den Schlagzeilen rauszuhalten - davon ist kein Ruhm und kein po-

sitiver Effekt zu erwarten. Es wird geflüstert, der Premierminister sei an Frauenfragen «nicht interessiert» - ein Todesstoss für jedes politische Anliegen.

Der neue Wert der Privatinitiative

Ich möchte hier einige Überlegungen dazu anbringen, weshalb diese Verschiebung stattgefunden hat. Wenn man, wie ich das zurzeit tue, einige der Schlüsselwerke dieser jungen Männer - und es sind meistens junge Männer - studiert, die die Ideen zu Blairs «Drittem Weg» formulieren, stösst man immer wieder auf folgende Inhalte: das grosse Gewicht des individuellen und des gesellschaftlichen Unternehmergeistes; die Privatinitiative als hauptsächliches Mittel zur gesellschaftlichen Transformation; die Betonung von Praktikabilität und Innovation und speziell die Notwendigkeit eines multidisziplinären Zugangs; das Bestreben, die Diskussion über Armut von der Einkommensfrage wegzulenken hin zu allgemeineren Gedanken über die menschliche Entwicklung und das Aufbrechen einer verkrusteten Benachteiligungskultur; eine grössere Wertschätzung für Lösungen des Privatsektors und gleichzeitig die Geringschätzung der Bemühungen des öffentlichen Sektors.

Dieser etwas linken Adaption der Marktphilosophie des Thatcherismus entspricht eine Abkehr von umfassenden Überlegungen zur Gleichberechtigung und zur Veränderung von Strukturen, die ein individuelles Fortkommen behindern. Diese Regierung glaubt zunehmend und hartnäckig daran, dass sie selber und verschiedene zivile Instanzen bei der Beseitigung der Armut hauptsächlich «den Weg weisen» und den lokalen Gemeinschaften zeigen, wie sie sich selbst helfen können. In diesem Denkschema werden Ressourcen zum sekundären Thema, Vorrang haben Fragen des richtigen Vorgehens.

Gewiss will der Blairismus dem Staat - auf nationaler wie auf lokaler Ebene - eine kreativere Rolle zuweisen, aber letztlich weniger mit Geld als mit moralischen Lektionen, die von oben nach unten gereicht werden. Die Politik gegen soziale Ausgrenzung richtet sich auf Einzelziele, wird kleinräumig und beschränkt sich letztlich auf die Veränderung individuellen Verhaltens. Ich denke hier etwa an die Initiativen betreffs Übernachten im Freien, an die Reduktion der Zahl der Obdachlosen, der Zahl der Teenager-Schwangerschaften - der höchsten Europas - und an die gewiss bewundernswerten, aber doch begrenzten Initiativen zur Aufwertung von Englands Sozialwohnungen. Zentral für die Pläne der Regierung sind das «Arbeit statt Fürsorge»-Programm - die Integration der von Sozialhilfe Abhängigen in den Arbeitsmarkt - und die Steuerpolitik, die NiedriglohnempfängerInnen ermutigen soll, ihre Arbeit zu behalten. Frauen mit niedrigem Einkommen ist durch diese Programme und die begleitenden Massnahmen tatsächlich geholfen worden - vor allem durch das Angebot von Kinderbetreuung.

Die Betonung der Privatinitiative hat ein stark christliches Element - Blair selber und mehrere Kabinettsmitglieder sind überzeugte Christen -, aber auch für die Weltlichen unter uns hat sie eine breite moralische Resonanz. Grob gesagt appelliert

das Konzept der individuellen moralischen Besserung an unser Wissen, dass zwei Individuen in einer vergleichbaren Situation mit ihren persönlichen Umständen sehr unterschiedlich umgehen können und werden. Sobald man aber dieses moralische und persönliche Wissen auf die politische und speziell auf die ökonomische Ebene überträgt, gerät man in Schwierigkeiten. In seinem Eifer, sich ja nur klar genug von jeder Ideologie zu distanzieren, kann der Blairismus die Idee nicht gutheissen, dass bestimmte Strukturen, bestimmte historische Konstellationen, bestimmte wirtschaftliche Bedingungen so überwältigend sind, dass Individuen ihnen nicht entkommen können - oder jedenfalls nicht ohne beträchtliche Unterstützung durch die Gesellschaft.

Wie fördert oder behindert die Betonung der Privatinitiative, der Leistung und der Innovation, das Verständnis der speziellen Bedürfnisse von Frauen? Das vordringliche Problem der Frauen im England der späten neunziger Jahre ist die Unzulänglichkeit der Hilfe. Es ist nicht so, dass Frauen einen Mangel an Leistung oder Innovation aufweisen, doch die Institutionen in ihrem Umfeld - seien es Regierung, Wirtschaft oder Familie - müssten Strukturen entwickeln, die sie darin unterstützen, ihr Potenzial zu entfalten. Die meisten britischen Mütter sind überanstrengt und erschöpft. Sie leisten den Grossteil der Arbeit im Haushalt. Die meisten Mütter sind heute auch erwerbstätig - aber oft an kümmerlich bezahlten und schlecht angesehenen Stellen. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen ausgebildeten und ungelerten Frauen und auch Verschiedenheiten innerhalb der Berufe, doch selbst gutqualifizierte Frauen finden es sehr schwierig, als Elternteil in den konventionellen Arbeitsstrukturen zu verbleiben. Die feministischen Forderungen haben nach wie vor Geltung. Doch New Labour hängt noch am Idealbild der Superwoman: ein Lebewesen, das sich alle Lasten des öffentlichen und des privaten Lebens aufladen kann und erst noch Zeit übrig hat, um hingebungsvoll Gattin zu sein. Dummerweise wird dieser unmögliche Traum zurzeit von der Ehefrau des Premiers, Cherie Blair verkörpert. Sie ist nicht nur eine gutverdienende Anwältin, sondern auch eine «engagierte» Mutter von drei Kindern sowie eine glamouröse, wenn auch viel kritisierte «Kleiderpuppe». In Interviews hat sie davon gesprochen, wie sie nachts um zwei Uhr Vorhangstoffe ausgesucht hat. Wenn Cherie Blair den Standard für die britischen Frauen setzt, dann steht unser aller Versagen schon zum Vorneherein fest.

Warum der Blairismus den Feminismus nicht versteht

Irgend etwas an dieser neuen Regierung ist ausgesprochen macho. Sie liebt ihre «kühnen Kämpfer» - Männer, die in den beliebten Arenen des Parlaments oder des Fernsehens brillieren. Diejenigen, die drinnen sind, beschreiben das Machtzentrum als «Börse eines Elitezirkels von weissen Männern». Und je mehr sich die neue Macht etabliert, desto mehr etabliert sich auch eine Art gereizte Entschlossenheit, die Vorstellungen von einem echten sozialen Wandel zunehmend als bedrohlich wahrnimmt.

Ich will bezüglich Gender nicht allzu simpel sein, aber es gibt diese traditionellen Männer mit oder ohne Kinder, die immer auf die persönlichen Dienste von Frauen zählen konnten, seien es Ehefrauen oder Sekretärinnen, und die den Zusammenprall von privatem und öffentlichem Leben einfach nicht am eigenen Leib zu spüren vermögen. Man kann sich nicht vorstellen, wie Tony Blair nachts um zwei Vorhangsstoff bestellt, man kann sich nicht einmal vorstellen, dass Tony Blair überhaupt über Vorhangstoffe nachdenkt oder dass er begreift, dass das Vorhandensein und die Qualität von Vorhangstoff tatsächlich Stoff für Lebensqualität liefern.

Oder vielleicht versteht der Blairismus den Feminismus nur allzu gut. Und sieht, wie bedrohlich er ist für ein anderes Herzstück von New Labour: die Familie. Wenn sich die Frauen verändern und grössere wirtschaftliche, öffentliche und politische Verantwortlichkeiten übernehmen, dann müssen sich auch die Familien - und die Männer in der Familie - ändern; ebenso wie die Unternehmen und Institutionen sich ändern, die die Frauen anstellen, ebenso wie die Regierungsstellen dies tun, die Familie und Wirtschaft regulieren. Mit anderen Worten: Im Verhältnis zwischen Männern und Frauen steht ein grösserer Machtwechsel an, eine Umverteilung von Geld und Zeit innerhalb der britischen Familie, mit der sich der Blairismus nicht auseinandersetzen mag. Doch wenn er sich dem Problem nicht stellt, verlangt er von Frauen das Unmögliche. Der Blairismus selber baut auf die zwei Säulen Gemeinschaft und Familie, auf die Unversehrtheit und die Effizienz von beiden Elementen. Viele Feministinnen im Umkreis von New Labour haben klargestellt, dass ebendiese Familien und Gemeinden, ebendieser Begriff des «sozialen Kapitals» - eine andere Kommentatorin nannte es elegant «die Moralwirtschaft» -, von Frauenarbeit, Frauenzeit, Frauenleistung abhängt. Es ist für die meisten Frauen schlicht nicht möglich, diesen Teil des gesellschaftlichen Handels zu erfüllen und zusätzlich - zu gleichen Teilen - auf dem Arbeitsmarkt präsent zu sein.

Ich spüre das sehr stark, sehr persönlich als Mutter zweier kleiner Töchter - gerade fünf und zweieinhalb Jahre alt. Mein Partner ist ein Familiendemokrat, er leistet seinen «Teil», aber in Wirklichkeit wird im Gemeinschafts- und Familienleben von den Müttern meist weit mehr erwartet als von den Vätern. Bekanntlich verlangt das Leben mit Kindern vor allem Flexibilität und Verfügbarkeit. Immer passieren Dinge, die frau nicht erwartet. Die Männer hingegen verlassen sich beinahe schon unbewusst auf ein Netz von praktischen und emotionalen Dienstleistungen, welche die Köpfe ihrer Kinder läusefrei, ihre Häuser aufgeräumt, ihre Mütter und ihre Schwiegermütter glücklich und ihre Hemden sauber halten. Mit anderen Worten: der enge Zusammenhang von privatem und öffentlichem Leben, der Einfluss der Arbeit im privaten Bereich auf die Fähigkeit, an der äusseren Welt teilzuhaben, bleibt eine der grössten Einsichten des Feminismus.

Die Blindheit einiger neuer Feminismen

Eigenartigerweise ist diese Einsicht - dass das Private das Öffentliche beeinflusst - selbst innerhalb des Feminismus aus dem Blick geraten. In England sind die Zeitungen seit vielen Jahren voll von neuem Feminismus, Postfeminismus - den Glanzfeminismen der Jahrtausendwende. Vieles davon kommt aus den Vereinigten Staaten. Aber wir haben auch begonnen, unseren eigenen Schlag von neuem Feminismus hervorzubringen. Dieser wurde Anfangs letzten Jahres mit dem Buch einer dreissigjährigen Journalistin lanciert, einer jungen Frau namens Natasha Walter. Im gleichen Monat wurde auch mein eigenes Buch zum Thema Mutterschaft veröffentlicht. Und weil auch mein Buch «neu» im Titel hatte, wurden wir oft zusammen rezensiert und wir nahmen gemeinsam an einigen Diskussionen teil, auch wenn unsere Argumente sich in vielem widersprachen. Walters Argumentation, typisch für viele junge, erfolgreiche Postfeministinnen, war folgende: Frauen haben gute Fortschritte gemacht, darauf müssen wir aufbauen, Frauen müssen die Thatcher-Lektion begreifen und lernen, Macht zu ergreifen und sollte das Persönliche hinter sich lassen.

Aber wenn diese jahrzehntelang gezogene Verbindung zwischen dem Privaten und dem Politischen fallengelassen wird, gehen auch andere Verbindungen verloren - die sehr enge und wichtige Beziehung zwischen der privaten, häuslichen Wirklichkeit und der ökonomischen Ungleichheit. Viele junge Frauen - welche sich übrigens, bevor sie Kinder haben, im Beruf sehr hervortun, vor allem auf den Gebieten Recht, Medien und Wirtschaft - haben eine äusserst rosige Sicht, was die zunehmende Beteiligung der Männer im Haushalt angeht. Sie werden sehr ärgerlich mit jenen von uns, die meinen, dass Elternschaft in Wirklichkeit nicht einfach so gleichberechtigt funktioniert. Elternschaft bleibt das Tor, durch das Männer und Frauen gemeinsam eintreten und wo sich ökonomisch gesprochen ihre Wege dann trennen. In diesem Sinn gibt es einen Zusammenhang zwischen New Labour und dem neuen Feminismus: im Unvermögen zu verstehen, worin die Anforderungen der Mutterschaft wirklich bestehen.

Die feministische Agenda vorantreiben und den Dialog suchen

Aber wenigstens versteht der neue Feminismus - und er ist bereit, dafür zu kämpfen -, dass die strukturellen Veränderungen das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen zu verschieben beginnen. New Labour hingegen bockt hier wie ein Esel. Übrig bleiben eine Frauenstelle und zwei neuernannte Frauenministerinnen, die einen Grossteil ihrer Zeit damit verbringen, im Land herumzureisen und den Frauen «zuzuhören» - eine bewundernswerte Übung in Demokratie, aber, vermute ich, von geringer Bedeutung. Wenn frau die Berichte darüber liest, was die Frauen im Land sich wünschen - höhere Löhne, bessere Kinderbetreuung, die Beteiligung der Männer am Familienleben -, dann ist es genau das, was die Mainstream-Feministinnen seit Jahr und Tag fordern. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass Feministinnen

innerhalb wie ausserhalb von New Labour anfangen, sich zusammenzutun und die nächsten Schritte zu diskutieren - in der Nachfolge von Harman's Rausschmiss, in der Nachfolge von New Labour's nachlassendem Interesse an der feministischen Traktandenliste. Harman selber argumentiert von der parlamentarischen Hinterbank aus sorgfältig, aber entschlossen für gewisse kleine Schritte - etwa bezahlten Elternurlaub. Sie ist eine kraftvolle Stimme für eine kontinuierliche Frauenförderungspolitik, die mehr Frauen die Chance gibt, Macht zu kosten und auszuüben. Die neuen Parlamente von Schottland und Wales mit ihrer weit überdurchschnittlichen Anzahl von weiblichen Abgeordneten sind ein optimistisches Beispiel für mögliche Entwicklungen.

Im britischen Mainstream-Feminismus gibt es wieder Bewegung. Die Feministinnen wollen nicht, dass der Konservatismus wieder Fuss fassen kann, sie wollen nicht, dass der Blairismus sich auf übliche patriarchale Weise konsolidieren kann. Mainstream-Feministinnen beginnen sich zu treffen, Seminare abzuhalten, Artikel zu verbreiten. Verschiedene Generationen von Feministinnen, Insiderinnen und Outsiderinnen, fangen an, miteinander zu sprechen. Sie sehen den Bedarf für eine neue Koalition, die ihren Hauptforderungen zum Durchbruch verhilft. Im ausserparlamentarischen Feminismus findet frau neue Sympathien für den Feminismus innerhalb der Partei und den Wunsch, «denen drinnen» von draussen zu helfen. Wir brauchen eine Revitalisierung, eine Neubelebung der Gender-Debatte innerhalb der Neuen Politik, wenn diese der alten Politik nicht sehr schnell wieder sehr ähnlich werden soll: einmal mehr ein Männergeschäft.

Übersetzung: Lotta Suter



Claudia Kaufmann
Juristin, Generalsekretärin des Eidgenössischen Departementes des Innern

Soziale Sicherheit für Frauen: Einen Schritt vorwärts, zwei zurück

In meinem Kommentar zu dem sehr lebendigen, persönlichen Referat von Melissa Benn werde ich vier Punkte aufnehmen, die mir besonders wichtig scheinen und mich gleichzeitig auch anregen, Verbindungen zur Situation in der Schweiz herzustellen.

1. Das Schröder-Blair-Papier

Zwei Tage vor diesem Frauen-Forum haben Tony Blair und Gerhard Schröder das Dokument «Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten» vorgestellt. Für Tony Blair ist sein Inhalt Beweis für seinen Dritten Weg, für Schröder für seine Neue Mitte. Vieles, was in diesem Dokument publiziert wird, bestätigt, was Melissa Benn ausgeführt hat. Insbesondere schreibt es die Gewichtsverlagerung in der traditionellen sozialdemokratischen Politik - der Sozialpolitik -, aber auch in der traditionellen sozialdemokratischen Gleichstellungspolitik fest. Es zielt in Richtung scheinbar weniger Bürokratie und mehr Effizienz. Mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative sollen gefördert, staatliche kontinuierliche Unterstützung dafür abgebaut werden. Der private Sektor wird gestärkt, während staatliche Einrichtungen im Sozialbereich geschwächt und reduziert werden. Das Dokument erwähnt weder die Gleichstellung der Geschlechter noch geht es auf die sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern ein. In ihm schimmert durch, was Melissa Benn für ihr Land angesprochen hat: Die Autoren wie auch die Unterzeichnenden des Papiers haben nicht nur kein Verständnis für feministische Anliegen, sondern scheinen auch traditionelle frauenrechtliche Positionen, mit denen sie in ihren Parteien gross geworden sind, nicht zu kennen bzw. kennen zu müssen. Das Papier geht meines Erachtens aber einen Schritt weiter: Auch wenn die einzelnen politischen Massnahmen, um diesen neuen Ansatz, diesen Dritten Weg oder diese Neue Mitte umzusetzen, vage, flau und unpräzise ausfallen, das Papier ist in erster Linie ein ideologisches Manifest und daher von grossem Interesse für unsere Diskussion.

Hierzu gilt es einige Stichworte aus diesem Papier zu nennen. Es geht darum, «eine moderne Neuordnung der Strukturen zwischen Wirtschaft und Sozialstaat zu finden». Begriffe dazu sind Kurswechsel in Finanz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, mehr Wirtschaftsfreundlichkeit seitens der Regierungen sowie weniger Staatsverschuldung. Dem Sozialstaat als «Sicherheitsnetz aus Ansprüchen» soll eine Absage erteilt werden. Wenn wir nicht wüssten, wer für dieses Papier zeichnet, wir hätten es schwerlich erraten.

Ein Zitat, das gerade auch aus gleichstellungspolitischer Sicht besonders nachdenklich stimmt, lautet: «In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert...». Plötzlich sind die fünfundzwanzigjährige Diskussion um allgemeine Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, aber auch die errungenen Erkenntnisse um die erforderliche aktive staatliche Frauen- und Gleichstellungsförderung weg vom Tisch und nicht einmal mehr ein nennenswertes Thema, mit dem sich moderne Sozialdemokraten - zumindest rhetorisch - auseinandersetzen müssen!

Dass es sich beim Zitierten nicht um einen einmaligen Ausrutscher handelt, belegen die folgenden Auszüge:

«Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben»; «...soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmässigkeit verbunden statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung»; «Wir haben Werte, die den Bürgern wichtig sind - wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn - zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherungsstreben»

Das Papier bleibt unkonkret, weshalb daraufhin auch diskutiert wurde, ob es sich dabei um ein Pamphlet, ein Manifest oder wirklich ein politisches Programm handelt. Deshalb wird derzeit nicht nur sein Inhalt, sondern auch sein Stellenwert diskutiert. Immerhin nahmen es Lionel Jospin und verschiedene seiner sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen in Frankreich genügend ernst, um sich klar davon zu distanzieren. In Deutschland waren es die JUSO, die darauf aufmerksam machten, dass dieses Dokument keinerlei Rücksicht nimmt auf die eklatanten Unterschiede zwischen Arm und Reich, der sozialen Stellung von Frauen und Männern, Nord und Süd, - meist lebens bestimmende Unterschiede also, die nicht frei gewählt und auch nicht der mangelnden Initiative der Betroffenen zuzuschreiben sind. Die Verfasser scheinen nicht zu verstehen, dass es immense Unterschiede gibt in den Lebensrealitäten und den Chancen, sowohl beim Start als auch im jeweiligen Ergebnis für Frauen und Männer.

Unabhängig davon, wie wir dieses Papier werten und ob es primär als Eintags-(wahl)fliege vor den europäischen Wahlen gedacht war, diese Aufforderung zu staatlicher Desolidarisierung und verstärkter Individualisierung ist für Frauen doppelt bedrohlich. Zum einen löst sie schicht- und geschlechts spezifische Ungleichheiten keineswegs auf, sondern droht sie zu verschärfen. Zum andern ist die weibliche Individualisierung stärker betroffen und angewiesen auf staatliche Unterstützungen und Dienstleistungen als diejenige von Männern.

2. Armut schliesst aus

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Bedeutung des sozialen Ausschlusses bei Armut, wie sie von der Regierung Blair ursprünglich und bisweilen richtig anerkannt wurde, nicht stark relativiert und verdrängt wird. Auch in der Schweiz müssen wir immer wieder auf den Zusammenhang von Armut und Ausschluss hinweisen. Armut kann nicht ausschliesslich als soziales Problem dargestellt werden, das für die Betroffenen rein existentielle ökonomische Schwierigkeiten verursacht. Armut grenzt aus, führt zu sozialer Desintegration und ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das auch gesamtgesellschaftlich gelöst werden muss. Wir wissen gerade in der Schweiz, wie stark der Zusammenhang ist zwischen dem Gefühl, selbst benachteiligt zu sein, soziale Diskriminierungen zu erfahren, und dem Bedürfnis, auch andere auszugrenzen. VOX-Analysen zu Volksabstimmungen belegen die Bedeutung und den Einfluss dieser sozialen und gesellschaftspolitischen Komponenten. Etwas verkürzt können wir festhalten: Es ist nicht die Sprach- und Kulturgrenze Romandie - Deutschschweiz allein, die als Merkmal für signifikant unterschiedliches Abstimmungsverhalten auffällt. Einkommen, Ausbildung, städtische oder ländliche Verhältnisse sind ebenso markante Faktoren. So wundert wenig, dass wer selbst von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht ist bzw. sich bedroht fühlt, Schwierigkeiten hat, Vorlagen zuzustimmen, die auf soziale Integration von andern ausgerichtet sind. Ein Beispiel dafür finden wir bei der Abstimmung zum Antirassismugesetz, das ausschliesslich dank der qualitativ relevanten Mehrheit der positiven Frauenstimmen angenommen wurde oder bei der -leider abgelehnten - Vorlage zur erleichterten Einbürgerung der Zweitgeneration.

Diese Frage des sozialen Ausschlusses als gesamtgesellschaftliches Phänomen, für dessen Auflösung wir alle Mitverantwortung tragen, wirkt direkt ins Alltagsleben ein, ins kulturelle Leben der Einzelnen, in ihre Beteiligung an Gemeinschafts- und Vereinsaktivitäten. Eindrückliches Beispiel für das Überwinden dieses Ausschlusses ist die Organisation ATD 4. Welt, die gezielt nicht *für* von Armut Betroffene, sondern *mit* ihnen zusammen arbeitet. Sie weist nicht ausschliesslich auf die ökonomische Dimension von Armut hin, sondern legt Wert auf ihre kulturelle und soziale Dimension. Beispielhaft für ihre Arbeit ist das Projekt «Strassenbibliotheken». Weil sie von den Betroffenen weiss, wie fremd und unüberwindbar es für sie ist, unabhängig von den ökonomischen Möglichkeiten, eine Bibliothek aufzusuchen und sich in ihr wohl zu fühlen, versucht ATD 4. Welt eben mit den Büchern zu den Betroffenen und in ihre Quartiere zu kommen.

In der Schweiz haben das soziale Netz und das Sozialsystem wesentliche Klammerfunktion - gerade auch für unsere wirtschaftliche Prosperität. Diese Klammerfunktion haben wir daher immer wieder in Erinnerung zu rufen, wenn wir die Diskussion um Sozialabbau führen und darüber, wieviel uns im wirtschaftlichen Sinne soziale

Sicherheit kosten darf. Dazu gehört das Erinnern daran, dass unsere Gesellschaft ein Ganzes ist und sich Solidarität daran messen muss, welche Stellung die Schwächsten in einer Gesellschaft innehaben.

3. Feminismus nicht begriffen

Melissa Benn hat sehr schön dargelegt, wie eng der Zusammenhang zwischen dem Privaten, dem Politischen und dem Ökonomischen ist. Sie hat ihn auf verschiedenen Ebenen aufgezeigt, von denen ich zwei aufnehme und eine dritte aus schweizerischer Perspektive hinzufüge.

- a) Melissa Benn hat vom ewig alten Thema der Aufgabenteilung von Frau und Mann innerhalb einer Beziehung, also im privatesten Bereich, gesprochen. Ganz allgemein müssen wir heute zugeben, dass die realen Verhältnisse auch nach zwanzig Jahren weit hinter unseren damaligen Erwartungen zurückbleiben und sich nur wenig verändert hat.
- b) Aber auch die Hoffnung der Frauenbewegung blieb weit herum unerfüllt, dass Männer durch das von ihren Partnerinnen vermittelte Frauenbild geprägt werden und sich auch in Beruf und Politik davon leiten lassen. Aber eben: Ob Cherie Blair oder Doris Schröder: Seide Premiers blieben völlig unbefleckt von all-fälligen feministischen oder auch nur frauenrechtlichen Einflüssen und Spuren!
- c) Die Bedeutung des Zusammenhangs «Privates - Politisches - Ökonomie» zeigt gerade auch nach dem erneuten negativen Volksentscheid - die Mutterschaftsversicherung auf. Die soziale und ökonomische Notwendigkeit kann nur durch einen gestärkten Sozialstaat umgesetzt werden, hilft aber auch gleichzeitig, die soziale Gerechtigkeit zu festigen, indem Mütter die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit zumindest für die erste Zeit ihrer Mutterschaft erleichtert wird.

In bitterer Erinnerung bleiben jedoch die Diskussionen, die wir in den Wochen vor der Abstimmung führen mussten zum Frauenbild, das in der Schweiz nach wie vor vorherrscht. Es wurde uns wieder vor Augen geführt, was wir schon in früheren Abstimmungskämpfen vor zehn, zwölf oder 15 Jahren zu hören bekamen. Wieder ging es darum, zu rechtfertigen und zu erklären, dass es nicht darauf ankommen kann, ob eine Mutter sogenannte berufstätig sein will oder sogenannte berufstätig sein muss, um endlich einen Anspruch auf diesen Schutz zu haben. Und interessant auch wieder diese Diskussion über den Stellenwert der Betreuungsarbeit und der Familienarbeit von Müttern, die gerade von denjenigen Frauenkreisen in Zweifel gezogen und zum Teil mit unglaublich frauenfeindlichen Bildern versehen wurde, die sich noch vor kurzem für den Betreuungsbonus einsetzten und eine MSV ohne diesen Versicherungsteil ablehnten. Unglaublich, dass diese Form der Geringschätzung von Frauen gerade aus jenen Kreisen, die dieses Muster selbst immer vorleben und uns früher gesagt haben, es sei dasjenige, das Frauen sich eigentlich wünschten, jetzt dergestalt vorgelebt wird.

Melissa Benn hat auch auf das Phänomen der Superwoman hingewiesen, der Superfrau, die im Beruf erfolgreich ist, kleine Kinder hat, eine generöse Gastgeberin ist, am kulturellen Leben teilnimmt. Dies ist nicht nur ein Wunschbild vieler Männer. Auch wir engagierten Frauen helfen zum Teil mit, diese Bilder zu übertragen, zu zementieren. Dabei kommt uns die Verantwortung zu, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Vereinbarkeit der verschiedenen Rollen und Aufgaben, die wir uns zumuten, nicht immer so einfach ist, wie wir es uns eigentlich wünschen. Natürlich freuen wir uns für jede junge Frau, der es gelingt, ihren beruflichen Weg erfolgreich zu gehen, scheinbar ohne Schwierigkeiten ihre verschiedenen Welten zu vereinbaren und dabei nach aussen noch glücklich zu wirken. Aber das allein genügt nicht. Neben dieser privaten individuellen Ebene gibt es die politische, die wir anzurufen und abzurufen haben. Wir hörten von Melissa Benn, dass es jetzt in England gelingt, Frauen zusammenzubringen: junge, alte, beruflich aktive, familienbetreuende Frauen, Politikerinnen, die sich zu Seminarien und zu Diskussionen finden und gemeinsam Forderungen nach Lohngleichheit, besserer Kinderbetreuung, vermehrte Familienarbeit von Männern etc. konkretisieren. Dies sind zwar bewährte, logische Postulate der Frauenbewegung - aber in der Schweiz, anders als in England, zur Zeit wenig en vogue. Eine der entscheidenden Fragen ist deshalb, wie wir es in den nächsten Jahren fertigbringen, auch jüngere Frauen einzubeziehen. Wie erreichen wir, dass sich Frauen angesprochen fühlen, denen so vieles in den Schoss gefallen ist, was wir und unsere Mütter (und bereits unsere Grossmütter) erkämpfen mussten?

4. Vorbildcharakter des skandinavischen Modells

Melissa Benn hat mit ihrem Vortrag ein Plädoyer gehalten für einen, wie ich ihn bezeichnen möchte, wertkonservativen Feminismus. Ich teile diese Haltung. Eine der Aufgaben der Sozialpolitik ist es denn auch, genau diese erhaltende Rolle zu spielen bzw. diese wertkonservative Zielsetzung auch weiterhin zu erfüllen. Wo gewichtige ethische wie sozialpolitisch tragende Prinzipien gefährdet sind, ist das Bestehende zu erhalten, so bspw. beim wiederholten Ruf nach Priorisierung des Bedarfsleistungsprinzips gegenüber dem Versicherungsprinzip oder dem Ruf nach wie auch immer definierter verstärkter Eigenverantwortung. Natürlich hat Sozialpolitik ebenso wie Feminismus auch Werterneuerung bzw. Antizipation zu leisten, wenn es darum geht, gewichtige gesellschaftliche Veränderungen zu erkennen und ihnen Rechnung zu tragen. Hier hat die Frauenbewegung einen ganz entscheidenden Beitrag zu leisten, insbesondere bei der Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann. In unserer Gesellschaft verliert die Erwerbsarbeit an Dominanz, aber unser System der sozialen Sicherheit reagiert nur sehr langsam mit der Anerkennung gesellschaftlich relevanter unbezahlter Arbeit und flexiblerem Umgang mit wechselnder, zu- und abnehmender Berufsarbeit. Es gilt, verstärkt Lösungen zu entwickeln, die den aktuellen Entwicklungen, wie wir sie heute

im Erwerbsleben erfahren, wie aber auch den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen (Familienformen) Rechnung tragen.

Ich bin mir dabei durchaus der Ambivalenz bewusst, die gerade für Frauen entsteht, die praktisch von der privaten Abhängigkeit (Ehemann/Partner) zu einer öffentlichen gelangen können. Die feministische Debatte hierzu ist nicht abgeschlossen. Die skandinavischen Modelle mit ihrer stark ausgeprägten Sozialstaatstradition, die für viele von uns als «Staatsfeminismus» immer noch in zahlreichen Bereichen Vorbildcharakter haben, wecken zum Teil Kritik, weil sie zweifellos einen paternalistischen Ansatz pflegen. Etwa: Frauen würden als Klientinnen und häufig als Abhängige behandelt, «verwaltet» und «bevormundet». Männliche Gewaltverhältnisse würden für Frauen durch sozialstaatliche Kontrollen ersetzt. Die wahren Verhältnisse, die zu dieser Abhängigkeit geführt haben, würden jedoch weder angegangen noch beseitigt. Deshalb wird diesem System häufig vorgeworfen, es könne nicht zu einer Verbesserung der Stellung der Frauen in Richtung einer tatsächlichen Verwirklichung der Gleichstellung führen. Und dennoch: Ich kann den staatsfeministischen Konzepten Skandinaviens immer noch viel abgewinnen. Der Erfolg gibt ihnen - auch heute noch - ganz einfach Recht: Es ist gelungen, nachhaltig mehr Demokratie und Gerechtigkeit zu verankern. Im europäischen Vergleich fallen die Erfolge in verschiedenen gesellschaftlich wichtigen Bereichen auf, So in der zentralen Frage der Teilhabe von Frauen in Machtbereichen. Dasselbe gilt für das Erwerbsleben, den Politikbereich, den öffentlichen Bereich ganz allgemein. Skandinavien fällt zudem durch seine hohe weibliche Erwerbsrate, gleichzeitig aber auch durch eine der höchsten Geburtsraten in Europa auf. Beachtlich bleibt auch der hohe Grad an Lohngleichheitsumsetzung - dies interessanterweise trotz relativ ausgeprägt geschlechtersegregiertem Arbeitsmarkt mit einer überdurchschnittlich hohen Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Dienst. Skandinavierinnen bezeichnen sich selbstironisch manchmal als Femokratinnen, die erreicht hätten, in Politik und Verwaltung aber z. T. auch in der Wirtschaft zu vermehrter echter Teilhabe von Frauen, zu vermehrter Demokratie und namentlich auch zu mehr (sozialer) Gerechtigkeit beizutragen. Es gelingt den Skandinavierinnen immer wieder, den Beweis anzutreten, dass dieses Modell mit dem zugegeben paternalistischen Ansatz nicht zu Trägheit führen muss. Denn genau sie sind es häufig, die in der staatspolitischen Debatte neue Wege, neue Fragestellungen und neue Modelle aufzeigen, bspw. in der Debatte über die Zeitsouveränität für Frauen und in der Entwicklung des Frauenrechts. Für das «skandinavische Modell», selbst unter den heute veränderten Bedingungen, spricht auch, dass letztlich nur der Staat und nicht der Markt eine soziale Ordnung bewirken und vor allem sichern kann. Natürlich hat hier - und das dürfen wir nicht vergessen - die Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag zu leisten, und sie muss auch dafür immer wieder in die Pflicht genommen werden.

Aus Schweizer Sicht steht nach dem Nein zur Mutterschaftsversicherung der nächste grosse Prüfstein vor der Türe: die 11. AHV-Revision. Bei den Themen geht es nicht einfach um ein bisschen mehr oder weniger Sozialstaat. Die Frage ist jeweils

wieviel uns unsere soziale Sicherheit, unser Sozialstaatsprinzip, unser Bedürfnis nach sozialer Sicherheit auch für Frauen wert sind.

Eines steht fest: Argumente, wie die von Melissa Benn aus der Blair-Politik zitierten oder in noch ausgeprägterer Form im neuen Schröder-Blair-Papier präsentierten, werden auch wir Schweizerinnen noch häufiger zu hören bekommen. Darauf gilt es gezielte Antworten zu entwickeln.



Forumsdiskussion I

Elisabeth Joris: Das eigentliche geschlechterspezifische Paradox des Blairismus ist die augenfällige Zunahme an Frauen in Parlament und Regierung zum einen, die ebenso augenfällige geringe Neigung zu einer grundsätzlichen inhaltlichen Veränderung der Geschlechterverhältnisse zum andern. Denn bezogen auf Frauen erscheint die postulierte Eigenverantwortung und Individualisierung als zynisch, besteht doch das gesellschaftliche Problem gerade darin, dass die Probleme weiterhin individualisiert sind, wenn es um Verantwortungsbereiche von Frauen geht wie Haushalt, Mutterschaft, Kinder-, Kranken- und Altenbetreuung. Trotzdem wird auch diesbezüglich weiterhin von «neuen Begehrlichkeiten» und von «notwendigem Abbau» gesprochen, obwohl es vor allem in der Schweiz noch gar nie zu einem effektiven «Aufbau» gekommen ist. Dieser Diskurs ist das Resultat des konstruierten Dualismus von Sozialstaat einerseits, (Markt-) Wirtschaft andererseits, der den gesamten Bereich der privaten und unentgeltlichen Arbeit trotz deren immensen sozialen und ökonomischen Bedeutung weiterhin ausschliesst. Alle Anstrengungen der Frauenbewegung der letzten hundert Jahre, insbesondere auch der feministischen Bewegung der letzten Jahrzehnte, um die unbezahlten, zumeist von Frauen erbrachten Leistungen ins politische Blickfeld zu rücken, haben wenig gefruchtet. Um diese Fragen trotz Gegenwind nach der Jahrtausendwende wieder in die Diskussion einzubringen, sollten neue Ansätze gefunden werden. Das erfordert aber auch auf den herrschenden Diskurs mit einer verstärkten Solidarisierung zu antworten, da unter dem Schlagwort der Eigenverantwortung und Individualisierung die Entsolidarisierung gefördert wird.

Gertrud Ochsner weist darauf hin, dass das Schröder-Blair-Papier klare neoliberale Tendenzen aufweist (Bedürfnisprinzip etc.). Deshalb stellt sich die Frage nach dem Bruch im Übergang von Thatcherismus zu Blairismus. Melissa Benn sieht die Gemeinsamkeiten der beiden Politiken in der Betonung der Privatwirtschaft und der Reduktion der Rolle des Staates. Blairismus hat sich aber mit dem Argument verkauft, sich mehr um die Gesellschaft, um das Soziale zu sorgen. Was mit Gesellschaft aber tatsächlich gemeint ist, ist noch nicht abschliessend ausgehandelt.

Maja Wicki: Mir scheint es geht um etwas Grundsätzliches. Das Soziale und der Markt gehören zu dem, was in der Antike in den traditionellen Gesellschaften der Oikos dargestellt hat, nämlich das, was den Haushalt des Zusammenlebens ausmacht, im Innern und gegen aussen. Da geht es eigentlich um die Erfüllung von Bedürfnissen, deren Verteilung in den herkömmlichen Gesellschaften aber nach autoritären Kriterien erfolgte, deren Einbezug in die politische Gestaltung nicht zugelassen war. Im Lauf der Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert wurde versucht, die Bedürfnisformulierung von dieser autoritären Definition allmählich in demokratische Strukturen einzubringen. Dieser Erfolg erscheint zunehmend gefährdet. Das was ursprünglich eine demokratische politische Kultur auch in der Defini-

tion, in der Formulierung und in der Erfüllung der Grundbedürfnisse und der zusätzlichen kulturellen Bedürfnisse, die eben nicht willkürliche Bedürfnisse sind, sondern auch zur Qualität der menschlichen Existenz und des Zusammenlebens in der Pluralität der Differenz gehören. Diese Ausformulierung und Erfüllung der Bedürfnisse wird in diesem Backlash zunehmend wieder autoritär geleistet. Und das scheint mir der grosse Verlust, den wir augenblicklich oder seit einiger Zeit zu beklagen haben. Das sogenannte Soziale und das sogenannte Marktkonforme sind nicht mehr eingebunden in das Politische, in das Verständnis, dass all dies zur politischen Kultur und zu einer funktionierenden partizipativen Demokratie gehört. Mir scheint, dass hier wirklich in der Rückgewinnung einer ganz breiten und möglichst pluralen Partizipation an der Ausformulierung und an der Definition der Bedürfnisse gearbeitet werden muss. Das ist vielleicht ein möglicher Beitrag zu diesen Fragen.

Nachdenklich stimmt Mascha Madörin das relative Verstummen der Frauenbewegung, die Bedürfnisse immer wieder thematisiert hat. Vielleicht ist ein anderer Diskurs angezeigt. Unbezahlte Arbeit beispielsweise sollte nicht unter dem Thema Sozialstaat abgehandelt werden, denn es geht um eine Leistung, die für die Gesellschaft erbracht wird. Dennoch bleibt die Frage, was den. anfänglichen Enthusiasmus gegenüber dem Blairismus und ähnlichen Konzepten ausgelöst hat. Nur wenige Frauen gehören tatsächlich zu den GewinnerInnen dieser Konzepte. Viele Frauen erliegen dennoch der Fiktion, dazugehören. Daraus liesse sich eventuell erklären, weshalb viele Frauen gegen eine Mutterschaftsversicherung sind. Die eigene Benachteiligung einzugestehen, erscheint vielen schmerzhaft. Deshalb stellt sich die Frage, was die neuen Konzepte ansprechen, was diese Begeisterung auslöst.

Beatrice Wehrli: Ich würde gerne zu dieser Überlegung noch eine zusätzliche Bemerkung anhängen. Beide Rednerinnen haben sich stark gemacht für einen konservativen Feminismus. Da bin ich nun nicht ganz sicher, was sie damit meinen. Wenn sie damit meinen, dass wir die Frage der Gleichberechtigung beibehalten müssen und uns stark machen müssen für die Gleichstellung, dann kann ich das verstehen und auch akzeptieren. Aber wenn sie meinen, dass wir keine neuen Wege beschreiten müssten, dann habe ich Probleme. Es fällt mir beispielsweise auf, dass in keiner einzigen Rede der Begriff Gender Studies vorkommt. Und ich denke, dass Gender Studies eine der ganz grundsätzlichen neuen Möglichkeiten sind, an die Wurzeln des Übels zu schlagen. Wenn wir jetzt ständig von Rückwärtsrollern reden, dann kommt das ja irgendwo her. Und ich denke, die ganz alten Strukturen - Universalismus, der Mensch, das Subjekt, die Vernunft -, von denen müssen wir wegkommen und wir müssen davon ausgehen, dass es nicht den Menschen gibt, sondern Frauen und Männer. Und Gender Studies ist ein Unternehmen, das einen völlig neuen Blick auf alle Wissensgegenstände, auf alle Theorien, auf die ganze Geschichte legt. Nämlich der Blick, dass es zwei Geschlechter gibt. Das bringt unglaublich Bewegung in die ganze Geschichte. Und wenn sie damit meinen würden, dass sie einen konservativen Feminismus so verstehen, dass sie den neuen Bewegungen abgeneigt sind, dann hätte ich da meine grossen Probleme.

Ich denke wir müssten uns zusammentun mit diesen neuen Bewegungen und müssten wirklich an die Wurzeln schlagen, und auch diese Forschungen mitmachen. *Claudia Kaufmann präzisiert, dass sie sich mit dem Begriff «wert-konservativer» Feminismus keineswegs gegen Fortschritte im Feminismus wehrt. Sie bewusst zu sein, dass es grosse Unterschiede in den Bedürfnissen, den Lebenswelten von Frauen und Männern gibt, hat bereits eine wertkonservative Seite.*

Melissa Benn: Die Schaffung einer demokratischen Kultur, deren Notwendigkeit und die politische Partizipation wurden angesprochen. Dazu möchte ich das Beispiel der gestrigen Europawahlen in Grossbritannien anführen. Zudem hat mein Bruder für das Parlament kandidiert, er wurde gestern zum Abgeordneten des Unterhauses gewählt, was eigentlich eine gute Nachricht sein sollte. Doch die Wahlbeteiligung betrug nur 18%. Er kandidierte in einem nördlichen Bezirk auf einer New Labour Liste. Sein Vorgänger hatte 20'000 Stimmen erhalten, er selber brauchte nur 6'000 Stimmen zum Sieg. Das sagt nichts Besonderes über ihn aus, doch es sagt etwas aus über das Desinteresse, das der Blairismus im öffentlichen politischen Diskurs kreiert. Und das betrifft nicht nur die nationale Politik. Auch bei den Europawahlen, wo schon gar kein grosses Interesse voraussagesagt wurde, wird die Wahlbeteiligung auf unter 20% geschätzt. Das ist erschreckend. Und noch etwas anderes geschieht in Grossbritannien in bezug auf den politischen Mainstream-Diskurs und Feminismus. Ein Teil dieses Diskurses, weniger was das Gemeinwesen betrifft als das kulturelle Leben, findet nun innerhalb der Medien statt. Auf diese Art wurde das Parlament zum Statisten und der Austausch findet in den Massenmedien statt. Und viele Frauen haben nun die Rolle von Autorinnen und Debattierenden übernommen. Und zahlreiche der neuen Feministinnen sind Journalistinnen und Autorinnen und die Debatte findet ausschliesslich im Verlagswesen und in den Medien statt und überhaupt nicht in der politischen Welt. Auch das finde ich bedenklich, obwohl es eine Welt ist, die auch ich zum Teil für mich beanspruche. Es gibt also ein Sterben der politischen Kultur, nicht nur innerhalb der Linken in Grossbritannien, sondern innerhalb der Mainstream Politik.

Elisabeth Joris: Folgende Fragen aus der Diskussion sind weiter zu verfolgen:

- die geschlechterspezifischen Aspekte einer zukünftigen Sozialpolitik, war doch der Sozialstaat seit den Anfängen der Sozialdemokratie bis in die jüngste Zeit deren zentralstes Anliegen.
- die Auslotung der Möglichkeiten zur Ausgestaltung einer partizipativen Demokratie, die allen Betroffenen die Mitsprache und Mitgestaltung gewährleistet, insbesondere auch Migrantinnen.
- die Festigung der Solidarität zwischen Jung und Alt, da sich diese gegenwärtig am Beispiel Mutterschaftsversicherung als äusserst brüchig erweist.
- die Analyse von Begeisterung und Motivationen für ein politisches Engagement, da gegenwärtig Feministinnen vor allem in den Medien und im kulturellen Bereich aktiv sind, weniger im politisch-öffentlichen.



Lidia Menapace

La «distrazione» del governo italiano

Il governo italiano non rientra del tutto nella categoria di governo *socialdemocratico*, poiché in Italia - come è noto - tutto è un po' più complicato. Stiamo passando un difficile, lento e ambiguo processo di transizione dalla prima alla seconda Repubblica: il nostro governo si chiama di *centrosinistra*, ed è formato da ex-comunisti, passati dal rosse al rosa e quasi al bianco e da ex-democristiani che appena sono di un bianco rosato, più altre forze minori.

Dal punto di vista delle donne, definisco il nostro governo «distratto», con un gentile eufemismo. La dimenticanza, l'irrilevanza, la sistematica non citazione di tutto ciò che attiene alla condizione delle donne ha costituito una amara sorpresa per tutte, dopo l'avvento del governo D'Alema. Infatti non vi è in esso nemmeno traccia della vecchia e consolidata cultura dell'emancipazione, tipica della sinistra, non parliamo del femminismo, parola bandita, e in ogni modo movimento o cultura non rappresentata da nessuna delle sei ministre che fanno parte del governo in carica, scelte con criteri di lottizzazione partitica: anche se un paio tra esse hanno un passato di partecipazione non marginale al movimento delle donne, pare che non se ne ricordino. Se poi l'emancipazione consiste essenzialmente nell'accesso al lavoro pagato, si è persa persino la memoria di ciò; la Commissione nazionale per le pari opportunità tra uomo e donna, della quale faccio parte, ha dovuto addirittura protestare perché il nostro Istituto centrale di statistica non fornisce dati disaggregati per appartenenza sessuale, cosicché non si può nemmeno sapere ufficialmente l'entità numerica dei vari fenomeni sociali indagati. Sempre la stessa Commissione ha protestato perché nel *Patto per lo sviluppo*, siglato intorno al natale del 1998 tra governo, sindacati e imprenditori, tra le più di cinquanta associazioni e sigle presenti non vi è una sola firma di donna.

Se il primo impatto del governo col femminismo e col più vasto movimento delle donne è stato così negativo, la politica poi seguita lo è ancora di più. Nessuna iniziativa contro la disoccupazione femminile, che è più ampia e scolasticamente più qualificata di quella maschile, nessun accenno a possibili accessi a risorse per le donne, tutto neutro e indifferenziato. Inoltre il governo è sempre più attento alle richieste dei cattolici che ha al suo interno, fino a violare la Costituzione a proposito di finanziamenti alla scuola privata, con atteggiamenti di incredibile accettazione di posizioni illiberali in materia riproduttiva (vietata l'inseminazione da donatore esterno, vietata l'inseminazione a coppie di fatto, vietato ricorrere a tecniche di riproduzione assistita da parte di donne lesbiche), fino a lasciar passare alla Camera dei deputati (speriamo che il Senato corregga) un articolo che ammette l'adozione degli embrioni, aprendo un ennesimo pericoloso attacco alla 194, cioè alla legge che regola l'aborto

volontario; da ultimo con la partecipazione alla guerra nei Balcani, contro l'art. 11 della nostra Costituzione, che afferma: «L'Italia ripudia la guerra come offesa alla libertà degli altri popoli e strumento di risoluzione delle controversie internazionali».

In generale il centrosinistra segue una linea molto favorevole alle privatizzazioni del sistema bancario, comunicativo, dei trasporti e dei servizi: insomma la distruzione dello stato sociale in Italia è cosa fatta. È vero che lo stato sociale italiano era forse troppo burocratico e rigido, ma non si è rimediato a queste caratteristiche negative, bensì, attraverso la riduzione delle prestazioni si è colpito proprio il principio dello stato sociale, che consiste nel riconoscere che i bisogni fondamentali, una volta storicamente emersi, diventano diritti comuni e generali e debbono perciò essere soddisfatti dalla mano pubblica. Ogni volta che si introduce un criterio di soddisfacimento dei bisogni a seconda di categorie di reddito, si va verso lo stato assistenziale con conseguenze molto brutte sotto il profilo della giustizia e della civiltà. Lo stato sociale inoltre è importante per un'altra ragione: perché è un luogo privilegiato di occupazione femminile, dato che le donne prioritariamente si rivolgono alle professioni che hanno a che fare con la riproduzione sociale, cioè istruzione, sanità, pubblica amministrazione, servizi sociali, tutte aree occupazionali colpite dalla privatizzazione e dalla riduzione dello stato sociale.

In questo senso il governo di centrosinistra ha cominciato ad essere percepito non solo come un governo che dimentica le donne, ma addirittura come un governo *negativo* per le donne.

Da ultimo tutta la sinistra, ma soprattutto il movimento delle donne nel suo complesso, è stata colpita dalla partecipazione dell'Italia alla guerra nei Balcani, perché si tratta di una violazione palese e diretta della nostra Costituzione, perché non risolve niente, peggiora la situazione; cancella il movimento delle donne e rilancia il ruolo dominante dei maschi nella gestione violenta dei rapporti politici.

A questo proposito nel femminismo italiano si è di recente sviluppata una riflessione molto ampia e significativa, che però non ha potuto essere resa nota; esiste una vera e propria censura, sia pure *soft*, verso chi è critico con il governo, in particolare sulla questione della guerra. Le risoluzioni, i volantini, le manifestazioni sono state numerosissime. Le *Donne in nero* hanno manifestato una volta alla settimana in quasi tutte le città italiane, ma non è stato dato nessun rilievo a tali iniziative.

Se ciò può essere fatto, dipende in parte anche da una situazione di movimento molto diffusa e attivo, ma anche molto frammentato e separato. Per queste, da circa un anno, si sta lavorando alla ricomposizione del femminismo in una forma tuttavia che ne rispetti ed esalti le caratteristiche, fondate sulla differenza, e che non può essere reso omogeneo o unitario a forza.

Il 5 giugno 1999, a Bologna si è tenuta con buonissima presenza e adesione convinta una riunione, al termine della quale si è costituita la *Convenzione permanente di donne* contro la guerra, che argomenta su due terreni, della forma politica, e delle tematiche.

Sulla forma il ragionamento è il seguente: ciascun pezzo di femminismo ha *casa* e nome, si chiama Udi o Virginia Woolf, collettivo tale o talaltro, si occupa nella propria sede di riflessione politica, di teoria, di aiuto alle donne maltrattate, di relazioni internazionali, di pace ecc. Tuttavia non si sta sempre a casa, si ha anche voglia di uscire e di andare in piazza, di *convenire* su una *piazza*, in un comune *luogo politico* di *incontro*. Il termine *piazza* è molto adatto alle abitudini italiane. L'Italia è un paese mediterraneo nel quale la piazza è un spazio di vita, serve per il mercato e per la sagra, è dove passeggiano i giovani e le ragazze, dove ci si incontra dopo la messa domenicale, spesso vi si affaccia il municipio. La piazza è dunque un luogo di scambio, dialogo, incontro. Lì ci si dà appuntamento, come a un luogo simbolico al quale si conviene per una *convenienza*, per una utilità, dunque non per confrontare la migliore teoria o il più ampio programma o la più efficace pratica, ma perché si è individuata in una decisione comune una convenienza e su quella si *conviene*, si pattuisce un comune modo di intervento.

Chiamiamo questa forma politica *convenzione* e il primo tema al quale l'abbiamo applicata è la guerra. Che dunque esaminiamo come elemento *fondativo* della politica vigente, non come una eccezione sfortunata, ma inevitabile, nella normalità della vita associata e verso la quale vogliamo attivare una riflessione di ampio respiro e non solo un rifiuto di tipo umanitario, etico, affettivo. Noi individuiamo nella distruzione dello stato sociale le premesse economiche e culturali per avviarsi verso il militarismo, che non consideriamo solo un atteggiamento culturale, come il *rambismo* ecc., ma una vera e propria *forma di stato*, antagonista allo stato sociale, perché le risorse, essendo misurate persino nei paesi ricchi del nord del mondo, non possono essere destinate alla soddisfazione dei bisogni-diritti di cittadini e cittadine e contemporaneamente ai costi degli armamenti. Inoltre il militarismo configura una forma di stato rigida, che riconosce a tutti e a tutte solo i diritti di essere conformi, non le differenze, non le forme della soggettività.

In breve la nostra riflessione sulla pace non è affatto fondata sull'idea balorda che le donne sarebbero pacifiche per natura o per maternità, migliori e più generose: la pace non è un anelito dell'anima, bensì un *modo nonviolento di gestire i conflitti*. Bisogna perciò non nasconderli, non celarli, ma dichiararli, analizzarli per tempo, riconoscere i limiti i livelli l'intensità; e insieme trovare soluzioni - anche provvisorie - che li mutino in qualche cosa di vivibile, gestibile, procrastinabile, affrontabile in varie forme, ben sapendo che i conflitti non si risolvono, bensì si trasformano ed esistono sempre. L'idea che si possa distruggere un conflitto è un'idea bellica: appunto si decide di uccidere un conflitto, uccidendo il confliggente. Poiché la politica è fondata sull'idea che la guerra è lo strumento risolutivo dei conflitti, essi non vengono mai affrontati per tempo, non previsti, non prevenuti. Si corre *inevitabilmente* verso la guerra, e la violenza perciò permea la vita politica in generale.

Con la citata *Convenzione* di donne contro la guerra noi intendiamo costruire invece una politica che abbia la pace come fondamento e non la guerra come retropensiero e risolutiva risorsa. Per queste siamo intenzionate a fondare un istituto di ricer-

ca politica intitolato a Rosa Luxemburg, che del militarismo è stata la più accurata, acuta e appassionata analista e denunciatrix; sezioni verranno intitolate a Bertha von Suttner e ad altre, per documentare quanta nel pensiero delle donne il militarismo sia stato studiato, denunciato e respinto.

Per fare tutto ciò è necessario avere accesso a risorse. Alcune tra noi pensano che si potrebbe inserire nell'ordinamento fiscale italiano la clausola di una quota da destinare all'associazionismo politico delle donne, come già si fa per le chiese e per i partiti. Per ottenere queste bisogna non solo lottare, ma anche presentarsi come un soggetto visibile definito e organizzato. Il che speriamo di fare appunto con la rete o le convenzioni del movimento delle donne.

Tutto ciò che qui ho riassunto è stato detto durante il *Forum* indetto dalla rivista, alla vigilia in senso stretto delle elezioni europee: il risultato negativo per le sinistre si poteva già leggere nello scontento denunciato da parte di varie relatrici e intervenute. Vorrei aggiungere che l'elettorato *sembra aver punito di più quei governi o partiti che più hanno percorso la strada del liberismo economico* e della distruzione dello stato sociale, meno o per nulla quelli (Francia, Austria, Spagna, Portogallo) che si sono attenuti al programma approvato dal Pse. Blair e Schroeder, che hanno prodotto un documento proprio, non presentato democraticamente né all'Internazionale socialista, né alle istanze dei loro partiti, documento molto più orientato in senso liberista e di destra, sono stati vistosamente *puniti*. Ciò indica la strada di una possibile correzione. Non serve inseguire le destre sul loro terreno, si dà solo indicazione all'elettorato qual è la *giusta* decisione. Invece a me pare molto preoccupante che gli elettori e le elettrici non abbiano punito le sinistre per la loro posizione sulla guerra, e soprattutto non abbiano premiato le candidature o i partiti contrari all'intervento. Ciò significa che anche nell'elettorato democratico la guerra è rilegittimata. Qui è necessario il massimo sforzo di chiarezza e creatività, di teoria e pratica politica. Infine: in Italia sembra continuare e accrescersi la tendenza all'astensionismo da parte delle elettrici. Questa volta l'astensione è stata appoggiata da significativi pezzi del movimento femminista e in futuro, se governi e partiti non correggeranno la loro permanente «distrazione», la cosa sarà organizzata in modo diffuso e ampio.

Lidia Menapace

Von der «Vergesslichkeit» der italienischen Regierung

Die italienische Regierung passt nicht genau in die Kategorie der *sozialdemokratischen* Regierungen. Es ist da alles etwas komplizierter. Italien durchläuft zurzeit einen schwierigen, langsamen und widersprüchlichen Prozess des Übergangs von der ersten zur zweiten Republik. Unsere Regierung nennt sich Mitte-links und setzt sich zusammen aus Ex-Kommunisten, die von Rot zu Rosa und zu fast Weiss gewechselt haben, und Ex-Christdemokraten, die im Weiss kaum einen Rosastich haben, und VertreterInnen weiterer kleinerer Parteien.

Frauenforderungen systematisch ausgeblendet

Aus der Sicht der Frauen bezeichne ich, noch freundlich ausgedrückt, unsere Regierung als «vergesslich». Nach der Übernahme der Regierung durch D'Alema bedeutete das Vergessen, die Irrelevanz, die systematische Nicht-Erwähnung aller frauenspezifischen Angelegenheiten eine bittere Überraschung für alle Frauen. In der Tat es hat nicht einmal mehr eine Spur von der alten, soliden Emanzipationskultur, die typisch für die Linke ist. Von Feminismus - *parola bandita* - gar nicht zu sprechen. Dieser wird weder in der Art noch als Bewegung oder Kultur von einer der sechs Ministerinnen repräsentiert. Sie sind aufgrund von Parteiinteressen Regierungsmitglieder geworden. Wenn auch einige von ihnen sich in der Vergangenheit nicht unwesentlich in der Frauenbewegung engagiert haben, scheint es, dass sie sich jetzt nicht mehr daran erinnern. Wenn ferner davon ausgegangen wird, dass der Zugang zu bezahlter Arbeit ein wesentlicher Faktor für die Emanzipation ist, so ist sogar dies in Vergessenheit geraten. Die nationale Kommission für Chancengleichheit für Mann und Frau, deren Mitglied ich bin, musste sogar beim Institut für Statistik protestieren, weil die Daten nicht nach Geschlecht aufgeschlüsselt wurden. Offiziell hat man nicht einmal geschlechtsspezifische Daten zu den verschiedenen sozial indizierten Problemen zur Verfügung. Die gleiche Kommission hat auch protestiert, als Weihnachten 1998 im *Pakt für die Entwicklung* zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern, unter den über fünfzig Vereinigungen und Unterschriften keine einzige Unterschrift einer Frau zu finden war.

Wenn der erste Zusammenstoss der Regierung mit den Feministinnen und der Frauenbewegung im allgemeinen bereits negativ geprägt war, so war es die nachfolgende Politik noch weit mehr. Es gibt keine Initiative der Regierung gegen die Frauenarbeitslosigkeit, die höher ist als die der Männer und auch besser qualifizierte Arbeitskräfte betrifft. Es gibt keinen Hinweis auf einen möglichen Zugang zu Ressourcen

für Frauen, alle Formulierungen sind geschlechtsneutral und undifferenziert. Die Regierung beachtet ausserdem weit mehr die Wünsche der an der Regierung beteiligten Katholiken bis hin zur Verletzung der Verfassung, zum Beispiel bezüglich der Finanzierung von privaten Schulen. Dummt verbunden ist eine unglaubliche Akzeptanz von illiberalen Positionen im reproduktiven Bereich: Verboten ist die externe Insemination, verboten ist die Insemination bei Konkubinatspaaren, verboten ist die Inanspruchnahme reproduktiver Techniken durch lesbische Paare, während die Abgeordnetenkammer - es besteht noch die Hoffnung, dass der Senat dies korrigiert - einen Artikel, der die Adoption von Embryonen zulässt, als zulässig akzeptiert. Dies eröffnet den soundsovielten Angriff auf den Artikel 194, das Gesetz, das den freiwilligen Schwangerschaftsabbruch regelt. Und schliesslich verletzt die Beteiligung am Balkankrieg den Artikel 11 unserer Verfassung: «Italien lehnt den Krieg als Verletzung der Freiheit der anderen Völker und als Instrument der Lösung internationaler Konflikte ab.»

Die Demontage des Sozialstaates trifft die Frauen

Grundsätzlich folgt die Mitte-Links-Regierung einer Linie, die Privatisierungen im Bereich der Banken, der Kommunikation wie auch bei öffentlichem Dienst und Verkehr bevorzugt. Kurz, die Zerstörung des Sozialstaates ist in Italien gemachte Sache. Es stimmt, dass der Sozialstaat in Italien zu bürokratisch und zu starr war, aber er ist nicht in diesen Bereichen reformiert worden, sondern durch die Reduzierung der finanziellen Mittel ist der Sozialstaat in seinen Prinzipien getroffen worden, wonach die Deckung der grundlegenden Bedürfnisse, historisch bedingte Gewohnheitsrechte und allgemeine Rechte von der öffentlichen Hand garantiert werden müssen. Jedes Mal wenn ein Bedürfnis-Kriterium in Abhängigkeit vom Einkommen festgelegt wird, ist das ein Schritt in Richtung Fürsorgestaat, mit sehr schlimmen Folgen aus der Sichtweise der Gerechtigkeit und der Kultur. Der Sozialstaat ist aus einem weiteren Grund wichtig, Er ist ein privilegierter Ort der weiblichen Erwerbstätigkeit, da Frauen sich prioritär Berufen zuwenden, die mit der sozialen Reproduktion zu tun haben, wie Erziehung, Gesundheit, öffentliche Administration, soziale Dienste. Das sind alles Erwerbsbereiche, die von der Privatisierung und der Reduzierung des Sozialstaates besonders getroffen werden.

In diesem Sinn muss die Mitte-Links-Regierung nicht nur als eine Regierung, die Frauen vergisst, wahrgenommen werden, sondern sogar als eine Regierung, die *negative* Auswirkungen für Frauen hat.

Schliesslich ist die ganze Linke, aber in erster Linie die Frauenbewegung in ihrer Komplexität, von der Beteiligung Italiens um Balkankrieg getroffen worden, weil es sich um eine offensichtliche und direkte Verletzung unserer Verfassung handelt. Und weil damit nichts gelöst und die Situation verschlimmert wird. Sie löscht die Frauenbewegung aus und lanciert wieder die dominante und gewaltsame Rolle der Männer in der Führung der politischen Beziehungen.

In diesem Zusammenhang ist im italienischen Feminismus seit kurzem ein sehr breites und bedeutungsvolles Nachdenken im Gange, das aber nicht genügend öffentliche Aufmerksamkeit erregen konnte. Es existiert eine eigentliche Zensur, wenn auch von weicher Art, *soft*, die sich gegen alle richtet, welche die Regierung vor allem bezüglich der Beteiligung am Krieg kritisieren. Die Resolutionen, Flugblätter, Demonstrationen waren jedoch sehr zahlreich. Die Frauen in Schwarz demonstrierten einmal pro Woche in fast allen Städten, aber es gab keine Bezugnahme auf diese Initiativen.

Dass diese Proteste nicht zur Kenntnis genommen wurden, rührte teilweise sicher daher, dass es zwar eine sehr verbreitete und aktive, aber auch eine sehr fragmentierte und zersplitterte Bewegung war. Darum wird seit ungefähr einem Jahr an einer neuen und engeren Vernetzung der feministischen Bewegungen gearbeitet. Dabei werden die Charakteristiken der verschiedenen Richtungen aufgezeigt und respektiert; es wird auf der Differenz aufgebaut und kein Zwang geschaffen, Homogenität und Einigkeit herzustellen.

Das «Permanente Übereinkommen von Frauen gegen den Krieg»

Am 5. Juni 1999 wurde in Anwesenheit vieler Frauen und mit breiter Zustimmung in Bologna eine Versammlung abgehalten. Als Abschluss wurde ein Permanentes Übereinkommen von Frauen gegen den Krieg verabschiedet, worin auf zwei Ebenen argumentiert wird, auf der politisch-formalen und der inhaltlichen.

Auf der politisch-formalen Ebene lauten die Argumente folgendermassen: Jeder Teil der feministischen Bewegung hat *Haus* und Namen, er heisst UDI (Unione Donne Italiane) oder Virginia Woolf, Kollektiv so oder soundso. Er beschäftigt sich an seinem je eigenen Ort mit politischer Reflexion, mit Theorie, mit Hilfe für misshandelte Frauen, mit internationalen Beziehungen, mit Frieden etc. Doch frau bleibt nicht immer zu Hause, sie hat auch Lust auszugehen, auf die Piazza zu gehen, *sich auf der Piazza mit anderen zu treffen*, d. h. an einem gemeinsamen Ort öffentlichen Politisierens. Der Begriff *Piazza* entspricht den italienischen Gewohnheiten. Das mediterrane Italien ist ein Land, wo die Piazza ein Ort alltäglichen Lebens ist. Sie ist Ort des Marktes oder des Jahrmarktes. Auf der Piazza spazieren die Jungen und die Mädchen. Man trifft sich hier nach dem sonntäglichen Gottesdienst, oft stehen wir auch auf der Piazza gegenüber dem Gemeindehaus. Die Piazza ist folglich ein Ort des Tausches, des Dialoges, der Begegnung. Sie dient als Treffpunkt, ist ein symbolischer Ort, an dem man zusammenkommt, um eine *Übereinkunft* zu treffen, aus Notwendigkeit. Sie ist also nicht ein Ort, um die bessere Theorie oder das beste Programm oder die effizienteste Praxis zu verteidigen, sondern weil es als Vorteil erkannt worden ist und weil es sich lohnt, einigt man sich auf eine gemeinsame Art der Intervention.

Wir benennen diese politische Form *Übereinkommen*. Das erste Thema, mit dem wir uns beschäftigen, ist der Krieg. Wir bezeichnen ihn als *grundlegendes* Element der

laufenden Politik, nicht als eine unglückliche Ausnahme, sondern als unausweichlichen Teil des gegenwärtigen normalen gesellschaftlichen Lebens. Dieser kriegerischen Politik müssen wir ein Nachdenken mit langem Atem und nicht nur ein humanitäres, ethisches, emotionales Zurückweisen des Krieges entgegensetzen. Wir machen in der Zerstörung des Sozialstaates die ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen aus, damit man sich in Richtung Militarismus in Bewegung setzen kann. Als *«Militarismus»* bezeichnen wir nicht nur ein kulturelles Verhalten wie den *Ramboismus*, sondern eine wirklich existierende *Form des Staates*, antagonistisch zum Sozialstaat, weil die Ressourcen selbst in den reichen Ländern des Nordens beschränkt sind. Diese Ressourcen können nicht gleichzeitig dazu bestimmt sein, die Bedürfnisse und Rechte der Bürger und Bürgerinnen zu befriedigen und die Rüstungsausgaben zu begleichen. Im weiteren stellt der Militarismus eine starre Staatsform dar, die nur homogene Daseinsformen anerkennt, nicht die Differenzen und nicht die heterogenen Ausdrucksformen von Subjektivität.

In Kürze: Unsere Betrachtung über den Frieden basiert nicht auf der törichten Idee, dass die Frauen von Natur aus oder wegen der Mutterschaft friedfertig, besser oder grosszügiger seien. Der Frieden ist nicht ein brennender Wunsch der Seele, sondern eine *nicht gewaltsame Art, Konflikte auszutragen*. Man muss die Konflikte nicht verstecken, nicht verhehlen, aber sie bezeichnen, sie frühzeitig analysieren, ihre Grenzen, ihr Niveau und ihre Intensität anerkennen. Schliesslich müssen gemeinsam Lösungen gesucht werden - auch provisorische -, die die Konflikte in etwas Lebbares, Verwaltbares, Verschiebbares, Verträgliches umwandeln, das auf verschiedene Arten in Angriff genommen werden kann, wohl wissend, dass die Konflikte nicht gelöst werden können, aber dass sie sich transformieren und immer existieren. Denn die Idee, dass ein Konflikt vernichtet, zerstört werden kann, ist eine kriegerische Idee: Man entscheidet, einen Konflikt zu töten, indem die eine Konfliktpartei getötet wird. Da die Politik auf der Idee gründet, dass der Krieg das konfliktlösende Instrument ist, werden Konflikte nie zeitig angegangen, nicht vorhergesehen, wird ihnen nicht vorgebeugt. Unausweichlich läuft das auf einen Krieg hinaus, und generell durchdringt darum die Gewalt das politische Leben.

Mit dem erwähnten Übereinkommen der Frauen gegen den Krieg beabsichtigen wir dagegen eine Politik aufzubauen, die den Frieden zur Grundlage hat und nicht den Krieg, als Hintergedanke und konfliktlösende Ressource. Darum haben wir die Absicht, ein Institut für politische Forschung zu gründen mit dem Namen «Rosa Luxemburg», weil sie den Militarismus sorgfältig, scharf und leidenschaftlich analysierte und denunzierte. Sektionen werden mit Namen von Frauen wie Bertha von Suttner betitelt, um zu dokumentieren, wie sehr im Denken von Frauen der Militarismus studiert, denunziert und zurückgewiesen wurde.

Um das alles zu verwirklichen, ist der Zugang zu Ressourcen Voraussetzung. Einige von uns denken, dass man in der italienischen Steuerordnung eine Klausel einfügen könnte, die eine Steuerquote für politische Frauenvereinigungen bestimmt, wie dies

bereits für Kirchen und für Parteien praktiziert wird. Für die Erreichung dieses Zieles muss nicht nur gekämpft werden, sondern man muss sich auch als sichtbares, definiertes und organisiertes Subjekt präsentieren. Das hoffen wir mit dem Netz oder mit den Übereinkommen der Frauenbewegung zu erreichen.

Alles das, was ich hier zusammengefasst habe, ist während des Forums am Vorabend der europäischen Wahlen gesagt worden. Das negative Resultat für die Linke konnte man bereits ablesen an den unzufriedenen Voten der verschiedenen Referentinnen und deren inhaltlichen Interventionen. Ich möchte hinzufügen, dass die Wählerschaft inzwischen diejenigen Regierungen und Parteien am meisten bestraft hat, die sich am *ökonomischen Liberalismus orientierten und die Zerstörung des Sozialstaates anvisierten*. Weniger und fast gar nicht bestraft wurden diejenigen Parteien (Frankreich, Österreich, Spanien, Portugal), die sich an das anerkannte Programm der europäischen sozialistischen Partei gehalten haben. Blair und Schröder, die ein eigenes Papier produzierten, das undemokratisch weder der Sozialistischen Internationale noch den politischen Organen in ihren eigenen Parteien präsentiert wurde, ein Dokument in Richtung Liberalismus und rechts, sind sichtlich bestraft worden. Das zeigt einen möglichen Korrekturkurs an. Es nützt nichts, der Rechten auf ihrem Terrain zu folgen, sondern man muss der Wählerschaft zeigen, welches die richtige Entscheidung ist. Hingegen scheint mir sehr besorgniserregend, dass die Position der Linken zum Krieg nicht zu ihrer Bestrafung geführt hat, und vor allem, dass nicht die Kandidaturen und Parteien belohnt wurden, die sich gegen die Intervention ausgesprochen hatten. Das bedeutet, dass auch in der demokratischen Wählerschaft der Krieg wieder legitimiert ist. Hier ist ein grosser Einsatz von Klarheit und Kreativität in Theorie und politischer Praxis nötig. Schliesslich: In Italien scheint sich bei den Wählerinnen die Tendenz zur Enthaltung fortzusetzen. Dieses Mal ist die Enthaltung von bedeutenden Teilen der feministischen Bewegung unterstützt worden, und in der Zukunft, wenn die Regierungen und Parteien nicht ihre permanente «Vergesslichkeit» korrigieren, wird die Enthaltung überall breit organisiert werden.

Übersetzung Marina Widmer



Margrith von Felten
Nationalrätin, ehemals SP

Die Frauenfreundlichkeit der SP hinterfragen

Lidia Menapace hat in ihrem Referat die Auswirkungen von Regierungsentscheiden auf die Situation der Frauen eindrücklich geschildert: Rollback – und zwar bezüglich Tragweite und Tempo in einem Ausmass, das wir uns vor etwa zehn Jahren nicht vorstellen konnten. Der Widerspruch, der enorm irritiert, ist die Tatsache, dass die Zeit der grossen sozialen Bewegungen in Italien- Frauen-Friedens-, Umwelt, Psychiatriebewegung etc. der 70er und der 80er Jahre - in die Regierungszeit der Christdemokraten fällt, die Jahre des Rollbacks in die Regierungszeit der Mitte-Links-Regierung.

Ich habe mich gefragt, weshalb. Trotz eher bescheidenen Kenntnissen der italienischen Politik auf meiner Seite möchte ich eine Kurzanalyse wagen. Ein entscheidender Faktor in der ersten Republik war sicherlich die sehr starke Opposition des Partito Comunista Italiano (PCI). Er übte grossen Druck auf die christdemokratische Regierung aus und zwang sie, soziale Reformen zu verwirklichen. Heute nimmt unter anderem die Kirche die Funktion der Opposition wahr. Die heutige Mitte-Links-Regierung muss gegenüber dieser «neuen» Opposition zum vornherein Zugeständnisse machen, weil sie kirchennahe Gruppierungen in die Koalition aufgenommen hat (Abspaltungen der ehemaligen Democrazia Cristiana). Zudem musste der Staatshaushalt saniert werden, um die Konvergenzkriterien von Maastricht zu erfüllen. Konvergenzkriterien nehmen auf die sozialen Bedingungen, vor allem auf die Situation der Frauen, nie und in keinem Land Rücksicht. Sie sind definiert durch einen Absolutismus der Finanzmärkte und der nackten Zahlen. Heute stehen wir europaweit vor dem Phänomen, dass sozialdemokratische Regierungen mit grossem Eifer daran arbeiten, diese Kriterien zu erfüllen. Wir erleben zurzeit auch, dass die «Architekten» der EU-Abschottungspolitik im Sinne der «Festung Europa» und der Annäherung an die NATO mit einer fragwürdigen gemeinsamen EU-Aussen- und -Militärpolitik überwiegend aus der früheren links-grünen Opposition kamen und früher genau diese Politik vehement bekämpften.

Ein emanzipatorischer Rückschritt

Lidia Menapace schildert in ihren Ausführungen auch das ambivalente Verhältnis der Frauen zum Staat. Der Staat sichert Männerprivilegien und Geschlechterhierarchie ab. Gleichzeitig richten wir Frauen unsere Forderungen in Sachen Chancengleichheit an ebendiesen patriarchalen Staat. Lidia Menapace hat den Begriff «militaristische Staatsform» benutzt. Sie hat eindrücklich geschildert, wie sich eine weite, parteiübergreifende Frauenfriedensaktion gegen die NATO-Bombardierungen

in Ex-Jugoslawien formiert hat. Sie hat analysiert, weshalb staatstragende Linke und Grüne es nicht fertig bringen, gegen die Bombardierungen Stellung zu nehmen.

Seit einiger Zeit erleben auch wir Frauen in der Schweiz den Rollback. Die Realität der gegenwärtigen Fehlentwicklung ist bekannt. In Stichworten: Armut, Gewalt, Ausbeutung, Zerstörung der Lebensgrundlagen, Abbau von sozialen Schutzbestimmungen, Sozialabbau, Stellenabbau, Abbau gemeinnütziger Dienstleistungen etc. Von diesen Auswirkungen der gegenwärtigen destruktiven Politik sind Frauen überproportional betroffen. Für die Mehrheit der Frauen bedeutet diese Entwicklung mehr Arbeit, mehr Abhängigkeit, mehr Ausgrenzung und damit einen massiven emanzipatorischen Rückschritt. Die formale Gleichstellung ist in der Schweiz im Gegensatz zu Italien immer noch nicht ganz erreicht. Dies wird in den letzten Jahren konsequent nachgeholt - wobei im Namen der Gleichstellung fast durchwegs eine Schlechterstellung der Frauen herbeigeführt worden ist: Anhebung des Frauenrentenalters, Abschaffung der Witwenrente mit männerkompatiblen Ausnahmen, Aufhebung des Nachtarbeitsverbots, Einführung des gemeinsamen Sorgerechts nach Scheidungen etc. Die Fristenregelung ist zurzeit im Parlament hängig; mit Hilfe der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) wird sie in nächster Zeit realisiert werden - aus naheliegenden Gründen allerdings erst nach den Wahlen. Die Realisierung der Fristenregelung haben wir jedoch weniger einer starken Frauenbewegung zu verdanken, sondern vielmehr als Konsequenz der Praxis der pränatalen Diagnostik und der Reproduktionsmedizin zu werten.

Im Gegensatz zu Italien ist die Kirche in der Schweiz selten politisch relevant. Statt dessen sitzen Theologinnen und Theologen in den vielen Ethikkommissionen der Spitäler, der Universitäten und der Verwaltungsabteilungen und segnen regelmässig sämtliche Neuheiten und Tabubrüche der High-Tech-Medizin und der Biotechnologie ab.

Der Zusammenhang zwischen Regierungspolitik und der Situation der Frauen ist verglichen mit Italien für die Schweiz schwieriger herzustellen.

Abschied vom Gedanken der Solidarität

Wir haben es mit zwei grundverschiedenen Regierungssystemen zu tun. In der Schweiz haben wir Allparteien-Regierungen. Abgesehen von einzelnen Gremien auf Gemeindeebene gehört die Sozialdemokratische Partei (SP) stets zur Minderheit. In unserem System der direkten Demokratie liegt die Funktion der Opposition beim Volk. Die SP nimmt eine Doppelfunktion wahr: Sie ist sowohl Teil der Regierung als auch Teil der Opposition. Ähnlich wie in Italien waren die 70er und 80er Jahre auch in der Schweiz die grosse Zeit der Bewegungen. Starke regierungsunabhängige Kräfte links von der SP beeinflussten sowohl den Kurs der SP als auch den Kurs des gesamten Systems. Die SP machte sich einen Namen als «frauenfreundlich-

che» Partei. Gleichzeitig verabschiedete sie sich in den letzten zehn Jahren allmählich von ihrer Aufgabe, für den Gedanken der Solidarität eine verlässliche Instanz zu sein. Die Oppositionsfunktion nimmt sie heute kaum mehr wahr. In den letzten fünf Jahren wurde zweimal das Referendum gegen den Sozialschutzabbau im Arbeitsgesetz ergriffen, zweimal gegen die Aushöhlung des Asylrechts. Der Anstoss kam jeweils von Organisationen ausserhalb der SP. Ihre eigenen Initiativen aus früheren Jahren zur gerechten Ausgestaltung der Krankenversicherung und zum Ausbau der AHV - echte SP-Anliegen - hat die SP zum Zeitpunkt der Abstimmung Mitte der 90er Jahre nicht mehr unterstützt.

Vor einem Jahr bin ich aus der SP ausgetreten. Dieser Schritt war für mich notwendig, denn es fiel mir immer schwerer, in dieser Partei jene Politik glaubwürdig zu vertreten, für die ich mich seit zwanzig Jahren engagiert habe. Für meinen Parteiaustritt war der Kurswechsel der SP entscheidend, der mit der Verabschiedung des Wirtschaftskonzepts 1994 eingeläutet wurde. Damals war ich Präsidentin der SP-Frauen. Wir hatten uns intensiv mit den Inhalten des Programms beschäftigt und uns vehement gegen diese neoliberale Neupositionierung gewehrt - erfolglos. Rückblickend stelle ich fest, dass es den damaligen Parteispitzenmännern gar nicht so sehr um die Inhalte ihres neuen Wirtschaftsprogrammes ging. Kein Mensch hat sich seither um das Programm inhaltlich gekümmert. Es ging vielmehr um eine gut vorbereitete medienwirksame Inszenierung des neuen Zeitgeistes. Unübersehbar war die Begeisterung der Exponenten bei der Präsentation des neuen Kurses. Weg mit dem «ideologischen Ballast», hiess es beispielsweise, was im Klartext bedeutete: Schluss mit dem schwierigen Kampf für die Realisierung der Ziele der Chancengleichheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit für alle. Es ging um die Inszenierung des neoliberalen Lebensgefühls im Sinne von Aufbruch, Mut zum Neuen, Zupacken, Glauben an die Zukunft, Freiheit den Machern, Freiheit den Mackern, Jugendlichkeit, Optimismus, Effizienz, Eigenverantwortung etc. Seither sind es SP-Männer, die sich als Manager beim Umbau der Verwaltungen nach NPM-Grundsätzen verwirklichen, es sind SP-Männer, welche die Post und die Bahn privatisieren. Die Begeisterung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist zeitweise so gross, dass ich mich frage, ob die SP zu einer Art rosa Gewerbeverband mutiert ist. Ausgerechnet von SP-Würdenträgerinnen und -trägern kommt der Ruf nach Rationierung im Gesundheitswesen, d. h. Leistungsabbau in der Grundversorgung und Förderung des Privatpatientinnen- und -patientenbereichs, Verbote als höchst effiziente politische Forderungen sind out. In gentechkritischen Organisationen führen wir endlose Diskussionen, weil Männer das unüberwindbare Bedürfnis haben, «Positivbotschaften» auszusenden. Optimismus ausstrahlen ist angesagt, freundliche Logos und - statt Verbote - «Anreize» schaffen, ökonomisch lenken statt rigoros denken, und wenn es hoch kommt - etwa bei Freisetzen - ein Moratorium fordern. Für mich ist offensichtlich, neoliberale Positionierung hat zwar mit Linksrechts-Positionen zu tun, aber nicht nur: In erster Linie hat dieser Zeitgeist mit männlicher Identität zu tun, Männlichkeit, die sich über das, was Frauen wichtig ist,

erheben muss. Eine Politik, welche Frauen vergisst - so hat es Lina Menapace formuliert -, gibt es nicht nur in Italien sondern auch in der Schweiz.

Verweigerung der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung

Politikfelder werden seither in der Linken ganz klar geschlechtsspezifisch verteilt. Finanz- und Wirtschaftspolitik ist Sache der Männer. Das Engagement für eine menschenwürdige Asylpolitik, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Migrationsdebatten und Gewaltprävention, Gentechnologiekritik, der Widerstand gegen biomedizinische Ethikbrüche, Konsumentinnen- und Konsumentenangelegenheiten und Datenschutz, Bildungs-, Berufs- und Kulturpolitik - alle diese Bereiche sind zurzeit in der Linken fast ausschliesslich Frauensache. Wohlverstanden: Männer überlassen uns diese Bereiche nicht voll und ganz. Die Verfügung über die Ressourcen und die Bestimmung der Inhalte sind in allen Politikbereichen nach wie vor voll in Männerhand. Die geschlechtsspezifische Rollenverteilung bei der Vertretung der politischen Inhalte sagt lediglich etwas aus über die Definitionsmacht der Männer, die nach wie vor bestimmen, was wichtig, was richtig und was nichtig ist. Für das, was wichtig ist, steht der Mann.

Die Wahl der ersten SP-Parteipräsidentin hat mich riesig gefreut. Ursula Koch gibt dem neo liberalen «Rechtsdrall» in der Linken kräftig Gegensteuer. Aus der Sicht der Architekten der «neuen» SP samt ihrer Verbündeten in den Medien war die Wahl von Ursula Koch allerdings ein Betriebsunfall. Entsprechend laut und nachhaltig waren der Protest und die Kritik an der Parteiführung der neuen Präsidentin. Die männerdominierte grosse linke «Wochenzeitung» startete eine Artikelserie mit dem Titel: «Was ist mit der Linken los?» Der Zeitpunkt dieser Artikelserie hat mich etwas befremdet. Nicht der Kurswechsel der SP, sondern die Wahl der ersten Präsidentin gab offenbar den Anlass, über die Krise der Linken zu diskutieren.

Aus meiner Analyse der schweizerischen Politik ziehe ich drei Folgerungen:

Wir brauchen eine starke regierungsunabhängige «linke» Opposition. Darunter verstehe ich den Zusammenschluss von Bewegungen mit feministischen, d.h. mit sozialen, demokratischen und ökologischen Zielen. Wir müssen eine intensive Diskussion darüber führen, wie wir diese Opposition organisieren wollen. Die direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten und die Kleinräumigkeit der Schweiz kommen unserem Anliegen entgegen. Welche Bündnisse wollen wir wann und wie eingehen? Lidia Menapace hat in ihrem Referat mehrere Handlungsmöglichkeiten und Formen (Pakte, Stiftungen, Piazza-Kultur etc.) dargelegt.

Lassen wir uns vom Gerede über das Ende der Frauenbewegung nicht beirren. Das gehört zur Entmutigungsstrategie des jung-dynamischen «Aufbruchs». Im Zeitalter

des Jugend- und des Schönheitswahns werden wir Pionierinnen aus der 70er-Bewegung in doppelter Hinsicht diskreditiert. Uns trifft nicht nur die übliche Frauenfeindlichkeit, sondern es kommt die Altersfeindlichkeit dazu. Wir müssen diese Phase durchstehen. Frauenorganisationsstrukturen dürfen nicht aufgelöst werden. Es gilt neue Formen und Inhalte der Organisationsarbeit und der Einflussnahme zu erproben. Es gibt patriarchatskritische junge Forscherinnen im Wissenschaftsbetrieb, die für die Zukunft äusserst wichtige Arbeit leisten. Sie sind daran, Grundlagen für künftige feministische Politik zu erarbeiten.

Gehen wir haushälterischer mit unserer Energie um. Hinterfragen wir die bisherige «Gleichstellungspolitik», die meines Erachtens sich allzu sehr an Männerrealitäten orientiert und regelmässig die Machtfrage ausblendet. Hören wir auf zu reagieren. Ziehen wir uns zurück - selbstverständlich nicht ganz -, und nehmen wir uns die Zeit die sich ändernde Realität genau zu analysieren, zu interpretieren und zu definieren. Daraus wollen wir Schlüsse für zeitgemässe Zukunftskonzepte ziehen. Fragen wir uns, unter welchen Bedingungen Menschen menschenwürdig leben können. Machen wir uns an die Hausaufgabe, die seit der Ausrufung der programmatischen Formel «Das Private ist politisch» noch nicht erledigt worden ist, und formulieren wir eine Politik des Privaten und des Allerpersönlichsten.



Forumsdiskussion II

Die Referate von Lidia Menapace und Margrith von Felten stellen die folgenden beiden zwei Problemfelder zur Diskussion:

1. Ist eine Piazza, ein Ort kontinuierlichen Debattierens von und zwischen Frauen, notwendig? Und ist die Zersplitterung der Frauenorganisationen und der geringe Einfluss der NGOs das Resultat des Fehlens einer öffentlichen Auseinandersetzung, eventuell auch des Mangels an finanziellen Ressourcen?
2. Welche Beziehung bestimmt das Verhältnis des Feminismus zum Krieg? Drängt sich eine internationale Frauenkonvention zur Frage des Krieges auf?

Diskussion zu Piazza, Feminismus und Pazifismus/Krieg im Kosovo

«Hat der Feminismus in jedem Fall ein Pazifismus zu sein?» wird Lidia Menapace gefragt. Differenziert und praxisbezogen auf die italienische, die linke und die feministische Geschichte fällt die Antwort aus: Der erste italienische Feminismus - entstanden zur Zeit des 1. Weltkrieges - war entschieden gegen den Krieg. Dann beteiligten sich während des Faschismus in Italien auch Frauen in der «resistenza», bewaffnet und unbewaffnet. Feministinnen unterstützten später die vielen Befreiungsbewegungen inklusive der Guerilla im Süden. In den 70er Jahren wurde innerhalb der Frauenbewegung nach Debatten verneint, dass die Frauen von Natur aus oder auf grund von Mutterschaft friedfertiger seien. Die zentrale Frage ist, wie Konflikte generell gelöst werden. Und wir müssen davon ausgehen, dass Frieden keine Voraussetzung, sondern ein Ziel ist.

Die Relevanz einer Piazza ist in der regen Diskussion unbestritten. Mascha Madörin unterstützt von Chiara Simoneschi, beklagt das Fehlen einer ausserparlamentarischen und nichtinstitutionellen Piazza vor allem bei Fragen wie der 10. AHV-Revision. Damals gab es unter den Frauen und quer zu den Parteien unterschiedliche Positionen, die unbedingt zu einer Debatte hätten führen müssen, in der Konfliktlinien sichtbar geworden wären. Maja Wicki schlägt eine dialogische Kultur vor, in der es Respekt gibt in der Differenz. Der Respekt innerhalb der feministischen Bewegung würde dazu führen, dass auch ausserhalb die Differenz respektiert würde. Rita Schmid Göldi bemerkt, dass es in letzter Zeit bereits einige Piazas gegeben hat, wie den 5. Schweiz. Frauenkongress und die ARGE 2001 sowie im Zusammenhang mit der Mutterschaftsversicherung. Sie beklagt hingegen die «Vergesslichkeit» nicht der Regierung, sondern der Frauenorganisationen selber und verweist auf das Gleichstellungsgesetz, mit dem ein Verbandsklagerecht eingeführt wurde, dass zu wenig benützt wird. Erika Trepp weist auf Frauen hin, die keinen Zugang zu einer Piazza haben, etwa die Verkäuferinnen, die aber wichtige Impulse für Diskussionen geben könnten, weil sie von den Veränderungen in der Arbeitswelt direkt betroffen sind. Sie beklagt die Absenz der Frauenorganisationen

bei Fragen wie jener nach den Auswirkungen der Flexibilisierungen. Der Diebstahl der Zeitautonomie, der Wenigverdienende voll trifft in Form von Arbeit auf Abruf, Abendarbeit etc. Im Gegensatz dazu können privilegierte Frauen die Auswirkungen der Globalisierung individuell auffangen. Erika Trepp vermisst: die Solidarität - beispielsweise am 5. Schweiz. Frauenkongress, als es nicht möglich war, über die Revision des Arbeitsgesetzes zu diskutieren. Sie fordert ein aktives sich-damit-Beschäftigen und Mitdenken für Lösungen nicht nur aus Solidarität, sondern auch weil dort der Schlüssel liege zu einer besseren Organisation unserer Gesellschaft. Maja Wicki fordert Reflexion darüber, ob ursprüngliche Anliegen des emanzipatorischen Feminismus im Sinne einer Befreiung derjenigen, die ständig noch in den Ketten der Diskriminierung sind wie Migrantinnen, oder die Aufhebung der Tatsache des Mangels an politischer Mitsprache immer noch feministische Anliegen sind. Gleichzeitig greift sie die Frage des Bündnisses über die feministische Bewegung hinaus mit fortschrittlichen Männern auf, weil die feministische Bewegung allein emanzipatorische Anliegen z. B. im Asyl- und Ausländerrecht nicht einbringen könnte. Maja Wicki wird in der Frage der Bündnisse von Chiara Simoneschi unterstützt, weil es, um die Gleichstellung zu erlangen, eine Umverteilung im Arbeitsbereich (bezahlte/unbezahlte Arbeit) sowie eine Neuverteilung von Rollen, Funktionen, Aufgaben, Einfluss und Macht braucht. Alleine, ohne den Einbezug der fortschrittlichen Männer, gelänge das nicht, weil dazu Gesetze, die Organisation der Arbeit und der Gesellschaft, das Denken und die Mentalitäten verändert werden müssen. Dazu brauchen wir Männer, die an die Gleichstellung glauben.

Margrith v. Felten hält fest: Pazifismus ist Feminismus und umgekehrt. Feminismus orientiere sich an den Werten von Fürsorge und Vorsorge, und Frauen seien nicht die besseren Menschen, aber sie seien eindeutig besser sozialisiert. Jahrelange Erfahrung mit der Lösung von Konflikten ohne Gewalt sind eine Überlebensstrategie der Frauen angesichts der Gewaltbereitschaft der Männerwelt im Privaten.

Dorothee Wilhelm: Es findet eine Arbeitsteilung statt zwischen Männern und Frauen, die bedeutet, dass die Moral ins Private gehört und das feindliche Leben ins Öffentliche. Moral wird aus der Öffentlichkeit verdrängt und gehört zu Frauen, Priestern, alten Männern und zu allen, auf die es sonst nicht ankommt. Wie diese Verdrängung der Moral aus der Öffentlichkeit mit dem Krieg in Verbindung steht, war besonders deutlich zu sehen, als Bill Clinton nach dem Massaker an der Schule in Littleton kurz nach Beginn der NATO-Bombardierungen die Schüler und Schülerinnen ermahnte, ihre Konflikte gewaltfrei zu lösen. Ein Teil dieser Arbeitsteilung fand jetzt im Krieg auch statt, nämlich die Arbeitsteilung zwischen Kriegern und Männern, die die Frauen und Kinder schützen. Die Bilder, die wir in den letzten Wochen in den Medien gesehen haben, zeigen Frauen vor allem als Opfer, als Flüchtlingsfrauen, und Männer als Helden. Es gibt im Moment in Zürich eine Gruppe von autonomen Frauen, die sich trifft, um feministische Positionen zum Krieg zu entwickeln. Ich erwähne das hier, weil diese Gedanken nicht auf meinem Mist allein gewachsen sind. Ich gebe hier zu einem wichtigen Teil Diskussionen aus der Gruppe-

wieder. Männer werden zurzeit in den Medien als Helden gezeigt. Wenn Sie verfolgt haben, wie Sir Michael Jackson abgebildet wird, das ist wie eine original John-Wayne-Charakteristik. Er ist ein harter Mann, er ist kühl, er ist nüchtern. Auf der anderen Seite gibt es die Friedenshelden, die humanitären Helden, die natürlich bewaffnet sein müssen, weil sie ja erwachsen sind. Und es würde - wie auch Bundesrat Ogi argumentiert - die Würde eines schweizerischen Mannes verletzen, wenn er sein Kontingent nicht selbst mit der Waffe in der Hand schützen kann. Das sind, positiv formuliert, archaische Männerbilder. Wir arbeiten seit Jahren zu Männergewalt in Krieg und Frieden, zum Verhältnis von Männergewalt im Krieg zu Männergewalt im Frieden. Wir haben im Moment weniger fertige Antworten als auch schon. Ich möchte jetzt diesem Forum, dieser Piazza einen Haufen Fragen stellen, über die ich mit Euch gern reden will. Wir sind es gewohnt zu sagen: Gewalt im Krieg ist ein Produkt des Patriarchats. Das ist es ja ohne Zweifel, aber wenn wir das gesagt haben, was tun wir als nächstes? Wozu haben wir Positionen? Wie alle zivilgesellschaftlichen Kräfte setzen wir auf Prävention vor dem Krieg, auf Diplomatie, auf gewaltfreie Formen der Konfliktlösung, auf Antinationalismus. Nach dem Krieg versuchen wir beim Wiederaufbau mitzureden, wenn man uns lässt. Wir streben an, zivilgesellschaftliche Kräfte zu stärken. Aber was tun wir dazwischen? Nichts? Die eine Seite davon ist das, was Lidia Menapace sagt, dass die Frauenbewegung nicht mehr in die Medien kommt und keine Öffentlichkeit hat mit ihrer Anti-Kriegs-Haltung und ihrer Kritik an der sozialdemokratischen Regierungsposition. Hier in der Schweiz war es auch nicht mehr möglich, eine antibellizistische Position in die nicht ganz linken Medien zu bringen. Mir kommt es vor, als würde eine Parallele stattfinden zu dem, was ich eben gesagt habe, dass die Moral ins Private gehört. Die Moral, das ist auch das, was den zivilgesellschaftlichen Kräften zusteht. Vor und nach dem Krieg wissen wir ungefähr, was wir zu tun haben, dann haben wir auch ein Forum. Während des Krieges kommt es auf die mächtigen Männer an. Da wird die Frauenbewegung nicht gesehen, von den zivilgesellschaftlichen Kräften wird niemand gehört. Und irgendwie akzeptieren wir diese Arbeitsteilung, weil wir keine eigene Position haben über das, was wir zu tun hätten im Krieg, ausser dass wir wissen, dass es ein patriarchales Machwerk ist. Das bedeutet aber, davor stehen zu bleiben und nicht weiter handlungsfähig zu sein. Margrith v. Felten hat gefragt: «Wie können wir aufhören, einfach nur zu reagieren?» In der feministischen Friedenspolitik fragen wir uns, wie eine feministische Position zum Krieg aussehen könnte. Wie können wir die Opferdiskurse verlassen? D. h. nicht, nicht mehr zwischen Opfern und Tätern zu unterscheiden, denn das hilft nur den Tätern. Aber wie kommen wir über die Opferdiskurse hinaus? Wie können wir verantwortlich handeln? Wie können wir einen Ansatzpunkt finden? Wie können wir z. B. in dem Fadenkreuz Vergewaltigung im Krieg auf eine nichtnationalistische, nicht ethnisierende Weise von Vergewaltigung im Krieg reden, die nicht Vergewaltigung im Krieg gegen Vergewaltigung im sogenannten Frieden ausspielt, die nicht die Täterperspektive durchzieht, wonach es besonders schlimm ist, als Frau zur Kriegsbeute zu werden? Wie reden wir von Ver-

gewaltigung im Krieg auf eine feministisch-politische antiethnische Weise? Mein sicherer Ansatzpunkt ist - es ist eine feministische Position, wie sie auch im schweizerischen Aktionsplan für die Umsetzung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz formuliert ist -, dass es ein zentrales feministisches Anliegen ist, die Militärausgaben zu reduzieren. Doch auch die Sozialdemokratie in der Schweiz betreibt, wie Margrith v. Felten erwähnt hat, eine Annäherung an die NATO. Das bedeutet eine Militarisierung, eine militariserte Staatsform - wir können es daran erkennen, wieviel Ressourcen in die Rüstung gehen, während gleichzeitig der Sozialstaat abgebaut wird. Für mich scheint ein Fadenkreuz dieser Entwicklung zu sein, dass jetzt Soldaten zur Flüchtlingsbetreuung geschickt werden. Der Sozialstaat wird abgebaut, militärische Aufgaben sind zum Teil nicht mehr erfüllbar, sind nicht mehr attraktiv, und sozialstaatliche Aufgaben werden ans Militär übergeben. Was bedeutet das für die Gesellschaft?

Christine Delphy: «Je voudrais réagir sur deux choses qui me semblent fondamentales. Je suis en désaccord avec les deux grands points soulevés, celui de la possibilité d'une plateforme commune, d'une position commune - ceci que vous avez nommé <piazza> - entre toutes les organisations féminines et féministes, et sur le deuxième point aussi, sur la paix qui me servira d'exemple pour le premier. Je ne pense pas qu'il soit possible qu'il y ait cette plateforme commune. Les femmes, dans mon analyse, ont toutes un intérêt commun, mais elles ne le voient pas toutes de la même façon. Quand on arrive à avoir une plateforme commune, on arrive à quelque chose d'extrêmement banal, d'extrêmement trivial et d'extrêmement minimal. C'est ce qui s'est passé en France au moment de la préparation pour Pékin, pour la conférence de Beijing, où toutes les organisations ont été appelées à se mettre ensemble. La seule chose pour laquelle elles ont pu se mettre d'accord c'était sur la demande de parité, parce que pour le reste elles ont des opinions très différentes. Que demander à toutes les organisations de se mettre ensemble, c'est dire finalement qu'être féministe et être femme c'est la même chose. On pourrait espérer que cela devienne la même chose un jour, mais pour l'instant ce n'est pas la même chose. Je vais appuyer ceci - sur le fait que les femmes ne voient leurs intérêts de la même façon et ne sont pas féministes forcément parce qu'elles sont femmes ou n'ont pas la même position sur beaucoup de choses parce qu'elles sont femmes - justement sur l'exemple du Kosovo. En beaucoup de domaines en ce qui concerne leur vie propre, leurs intérêts propres, les femmes n'ont pas la même vision, surtout quand cela concerne les questions dites de politique générale sur lesquelles le féminisme n'a pas particulièrement travaillé. Cela a été très manifeste par exemple en France et certainement en Angleterre et probablement encore plus en Amérique du Nord au moment des deux grandes guerres déclenchées par l'OTAN, soit disant par les Nations Unies dans le premier cas, et clairement dans le cas du Kosovo uniquement par l'OTAN, c'est à dire la guerre de l'Irak et la guerre du Kosovo. Ces guerres ont été non déclarées et - en tous les cas en France et je pense en d'autres pays aussi - ont divisé entièrement l'ensemble des partis politiques, y compris les partis de gauche. Le clivage pro-guerre et antiguerre n'est pas passé entre les partis, il est passé à l'in-

térieur de chaque parti et il est passé à l'intérieur des féministes: la guerre contre l'Iraque a fait une division de plus, une division non dite. Et à nouveau la guerre du Kosovo a fait une division. Beaucoup de femmes féministes, explicitement féministes, je ne parle pas de simplement femmes, mais féministes, qui étaient absolument en faveur de la guerre contre l'Iraque, la fameuse guerre du droit. C'est la même chose qui se passe au Kosovo, parce que la guerre du Kosovo c'est la guerre du golfe, le retour, c'est le même type de guerre. Ce sont des guerres absolument non démocratiques, qui ne sont même pas votées par les Assemblées et encore moins votées par les citoyens. Il y a un clivage absolu. Je vais vous donner un simple exemple. Le Parti communiste s'est ouvert et a pris dans ses rangs en deuxième de liste pour les élections européennes - mais en faite en première de liste, car le premier de liste, le secrétaire générale Robert Hue du Parti communiste, ne va pas siéger au Parlement européen - une féministe, Geneviève Fraisse. Le Parti communiste est ouvertement contre l'intervention de l'OTAN, mais la deuxième de liste qui est féministe, Geneviève Fraisse, a fait des déclarations pro-guerre en s'alignant sur les Verts français. Il n'y a aucune unanimité quelconque ni de position commune entre aucune des féministes de ce point de vue-là. Ceci montre à mon avis d'une façon exemplaire ce que nous devrions savoir par expérience, que les femmes ne sont pas naturellement pacifistes. Les mères américaines pendant la guerre du golfe étaient pour la guerre soit disant pour que leurs enfants reviennent vivants. Les mères ont souvent été parmi les plus bellicistes des femmes.»



Andrea Holenstein

Frauen und Macht: Perspektiven der Geschlechterpolitik in Deutschland

Zusammenfassung des Referats von Barbara Schaeffer-Hegel

Was ist Macht?

Barbara Schaeffer-Hegel definiert Macht in der Tradition von Max Weber, Hannah Arendt und Heinrich Pupitz. Macht ist weder ein Gut noch eine Eigenschaft, sondern ein Relationsbegriff. Und Macht ist immer auf die Gewährung von Zustimmung angewiesen. Zur Durchsetzung des eigenen Machtstrebens werden unterschiedliche Mittel eingesetzt, und es gibt unterschiedliche Gründe, weshalb jemand Macht haben möchte. Allerdings gibt es grosse Unterschiede in den Machtchancen. Gerade Frauen haben weltweit bis heute weniger Chancen als Männer, ihre Konzepte und Visionen durchzusetzen.

Fazit: Für Frauen ist es keinesfalls ein Widerspruch, (männliche) Macht zu bekämpfen und sie gleichzeitig anzustreben. Es ist kein Widerspruch, weil Macht an sich keine moralische Qualität besitzt.

Welches Verhältnis haben Frauen zur Macht?

Polikerinnen in Deutschland geben meistens vor, keine Macht zu wollen, sondern Einfluss. Gleichzeitig neigen Machtminderheiten (also auch die Frauen) aufgrund ihrer Machtskrupel dazu, die eigene Machtlosigkeit durch eine moralische Selbstaufwertung zu kompensieren. Diese Haltung ist nach Schaeffer-Hegel falsch, denn die Macht der Männer beruht nämlich weitgehend darauf, dass Frauen ihnen diese Macht einfach überlassen. Diese passive Macht des Gewährenlassens gibt den Männern erst die Möglichkeit zu handeln.

Frauen haben Schwierigkeiten, sich im Nahbereich wirklich deutlich auseinanderzusetzen, miteinander zu arbeiten, politisch gemeinsam zu handeln und trotzdem unterschiedlicher Meinung zu sein. Diese Konfliktscheu hindert sie ganz gewaltig bei der Durchsetzung derjenigen Ziele, auf die sie sich dennoch einigen können.

Historische Hintergründe:

Die Zwillingsgeburt Staat und patriarchale Familie vor rund 4000 Jahren hat, so Schaeffer-Hegel, dazu geführt, dass Frauen in eine gesellschaftliche Isolation und in die Machtlosigkeit gedrängt worden sind. Aus der Übertragung militärisch-hierarchischer Organisationsformen auf das zivile Leben ist die Institution Staat entstanden, bei gleichzeitigem Ausschluss der Frauen aus dem öffentlichen Leben. Sie wurden einem erfundenen exterritorialen, privaten Herrschaftsbereich der Männer zugeordnet: der patriarchalen Familie. Diese unterschiedliche Verortung von Män-

nern und Frauen in Staat und Familie, bzw. Öffentlichkeit und Privatsphäre hat u.a. auch dazu geführt, dass die Frauen untereinander systematisch entsolidarisiert worden sind. Männer hatten - obwohl Konkurrenten - ihre gemeinsame Struktur, einen gemeinsamen Vorgesetzten, gemeinsame Ziele. Frauen waren vor allem Konkurrentinnen hinsichtlich Chancen auf einen Ehemann. Mangels eines gemeinsamen Dritten hatten sie voneinander keinerlei Nutzen.

Drei Positionen von Frauen gegenüber Macht:

Die erste Position: Frauen waren und sind der Sockel für die Errichtung der Macht der Männer und ermöglichen dadurch erst die Macht der Männer.

Die zweite Position: Frauen definieren sich als die Opfer der (mächtigeren) Männer. Dies ist der Standpunkt der zweiten (neuen) Frauenbewegung. Frauen verharrten unter der anklagenden Maxime «Das Private ist politisch» weiterhin in der Opferposition.

Die dritte Position: Frauen beanspruchen Macht und Verantwortung auch für die Frauen.

Gesellschaftliche Ziele für eine adäquate Geschlechterpolitik in Deutschland und in andern Ländern:

Die Zuständigkeit für Kinder und Familie, ja bereits die Möglichkeit, schwanger zu werden, führt dazu, dass Frauen auf der Karriereleiter häufig steckenbleiben. Wegen gebrochener Ausbildungs- und Berufsbiografien besetzen sie in Wirtschaft und Universitäten nur vier Prozent der Führungspositionen. Sie bleiben eine Machtminderheit und haben weniger Möglichkeiten, die gesellschaftlichen Strukturen so zu beeinflussen, dass der Ausgangspunkt dieses Zirkels sich verändert: nämlich nicht mehr ausschliesslich für Familie und Kinder zuständig zu sein. Denn das Auge des Taifuns ist die Hausarbeit bzw. die Kindererziehung. Im Gegensatz zu früher ist ober die häusliche Tätigkeit keine lebensfüllende Aufgabe mehr. Durch Vermarktung und Vergesellschaftung von Dienstleistungen und Produktion ist ein grosser Teil der Hausarbeit aus der Familie ausgelagert worden. Ausserdem machen es grundlegende Veränderungen der Ehe- und Sexualmoral nicht mehr möglich, die Ehe als lebenslängliche, soziale Sicherungsinstitution anzusehen. Frauen müssen folglich schon nur aus diesen Gründen eine andere Lebensform finden. Sie müssen berufstätig sein und damit ihre ökonomische Unabhängigkeit sichern.

Nach Schaeffer-Hegel bedeutet dies aber auch, dass gleichzeitig die Reproduktionsstruktur und -kultur unserer Gesellschaft ausgeblutet wird. Es mangelt an Zeit und Zuwendung für die Kinder. Wenn wir langfristig eine lebensfähige Gesellschaft erhalten wollen, müssen die Verantwortlichkeiten neu verteilt werden: Männer sollen tendenziell 50% der Familien- und Hausarbeit übernehmen und den Frauen 50% der Erwerbsarbeit und der Machtpositionen zugestehen. Um Männer in die Familien zurückzuholen und Väter zu ihren Kindern, müssen familien gerechte Teilzeitangebote entwickelt und eine Veränderung der Lebenszyklen angestrebt werden.

Schaeffer-Hegel fasst dies kurz und pointiert in drei Punkten zusammen:

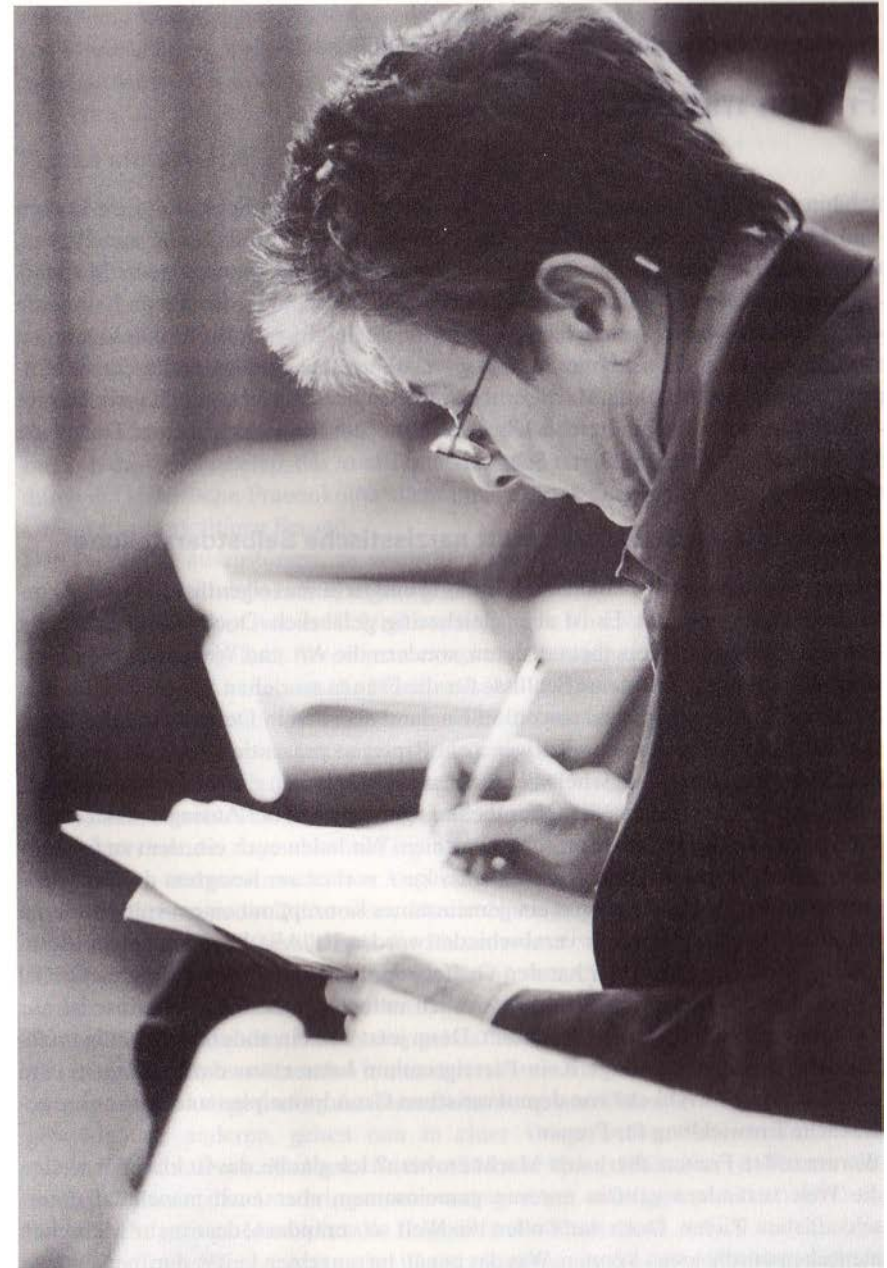
1. Es ist ungerecht, dass Frauen die meiste gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten und deswegen nur in geringem Masse an den Machtchancen partizipieren können.
2. Die Dominanz männlicher, eroberungsorientierter, letztlich militärischer Werte ist angesichts begrenzter Naturressourcen rückständig, ja gefährlich geworden. Zudem hat der soziale Wandel der letzten 50 Jahre das Lebensmuster von Männern und Frauen verändert und destabilisiert. Neue Formen für das Zusammenleben von Männern, Frauen und Kindern müssen gefunden werden, wenn nicht der psychosoziale Kollaps der Gesellschaft riskiert werden soll. In Deutschland beträgt die Geburtenrate nur noch 1,7 bzw. 1,3 Kinder. Es besteht die Gefahr, dass die gebildeten, wohlhabenden, berufstätigen Menschen keine Kinder mehr haben, kinderreiche Familien oder alleinerziehende Mütter dagegen zu Sozialhilfe-Empfängerinnen werden.
3. Die öffentlichen Einrichtungen und Transfer-Leistungen (Steuerungen, Sicherungssysteme und im Zuge des Mainstreaming alle rechtlichen und organisatorischen Regelungen der Gesellschaft) sollen berücksichtigen, dass Kinder zu versorgen, eine der wichtigsten Dienstleistungen für die Gesellschaft ist.

Strategien, um zum Ziel zu kommen:

Schaeffer-Hegel betont, dass Kinderbetreuung auf kollektive Weise geregelt werden muss. Um die Machtverhältnisse zu verändern, empfiehlt sie zwei Strategien, die parallel angewandt werden müssen, obwohl sie sich auf den ersten Blick enorm unterscheiden:

1. Unterwanderung: Frauen müssen sich an der Macht beteiligen, sie müssen in die Institutionen, Verwaltungen, Parteien, Universitäten, Wirtschaftsverbände und Versicherungsanstalten. Um auf dem Karriereweg nach oben zu kommen, braucht es aber vorerst noch immer private Lösungen für die Familien- und Hausarbeit, weil die Gesellschaft noch keine kollektive Unterstützung anbietet und die Männer zu maximal 6% bereit sind, sich aktiv an der Hausarbeit zu beteiligen.
2. Eigene Machtzentren: Frauen aus unterschiedlichen Parteien und unterschiedlichen Berufen sollen sich untereinander vernetzen. Sie können dadurch ihre männlichen Parteigenossen unter Druck setzen. In Deutschland haben solche überparteilichen Frauenfraktionen gravierende Verschlechterungen für die Frauen verhindert, allerdings nur bei Themen wie Abtreibung oder Gewalt in der Ehe. Wichtig wäre eine Zusammenarbeit aber gerade auch bei Themen wie soziale Sicherheit, Familienpolitik oder Steuerpolitik. Dazu brauchen Frauen eigene Koalitionen und Bündnisse.

Als Beispiel für die Vernetzung und Förderung von Frauen weist Barbara Schaeffer-Hegel zum Schluss auf die von ihr initiierte «Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft» in Berlin. Diese hat sich Empowerment von Frauen, Networking und Förderung des weiblichen Führungsnachwuchses zum Ziel gesetzt.



Ursula Koch
Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Frauen mit Macht

Ich bin sehr glücklich, dass Frau Schaeffer-Hegel etwas deutlich betont hat: Frauen und Macht gehören zusammen. Mehr noch, es ist eine Verpflichtung von Frauen, Macht anzustreben, Macht zu wollen, dazu zu stehen und Strategien zur Machteroberung in dieser Gesellschaft zu entwerfen. Die Unschuld - wir haben halt keine Macht, wir sind halt so ohnmächtig - ist für mich die grosse Ausrede. Diese können und dürfen wir nicht akzeptieren. Ich spreche nur über Frauen, die in der Öffentlichkeit, also in der Politik Macht erobern wollen und es auch getan haben. Es gibt natürlich andere Machtbereiche. Über diese möchte ich nicht sprechen. Dazu eine Vorbemerkung zum Papier von Schröder und Blair.

Demokratische Strukturen statt narzisstische Selbstdarstellung

Das Papier selber ist zu banal, zu schwammig und zu dumm eigentlich, um viele Worte darüber zu verlieren. Es ist aber gleichzeitig gefährlich. Doch ich möchte nicht den Inhalt dieses Papiers thematisieren, sondern die Art und Weise, wie es präsentiert wurde, um daraus meine Schlüsse für die Frauen zu ziehen.

Man kann heute sagen, dass sowohl in England als auch in Deutschland die Situation für Frauen schwieriger wird, wenn ein Papier so präsentiert wird. Warum? Die beiden Herren Regierungschefs Schröder und Blair haben dieses Papier zur Chefsache gemacht und sind an die Öffentlichkeit getreten mit der Aussage: «Hier ist das Programm der Sozialdemokratischen Parteien. Wir laden euch ein, dem zu folgen.» Die beiden Herren haben vergessen, dass kurz vorher am Kongress der Sozialdemokratischen Parteien Europas ein gemeinsames Konzept mit einem völlig anderen Inhalt zur Wirtschaftspolitik verabschiedet worden ist. Alle Parteien haben es unterschrieben. Herr Schröder hat den Griffel genommen, Herr Blair hat den Griffel genommen. Sie haben das Konzept feierlich unterzeichnet. Doch offenbar ist nur das Ritual wichtig und nicht der Inhalt. Denn jetzt war ein anderes, ein völlig undemokratisches Ritual gefragt. Kein Parteigremium hatte etwas dazu zu sagen. Und das bedeutet eine Abkehr von demokratischen Grundprinzipien und damit eine gefährliche Entwicklung für Frauen.

Warum sollen Frauen überhaupt Macht erobern? Ich glaube, das ist klar: Wir wollen die Welt verändern gemäss unseren gemeinsamen, aber auch manchmal unterschiedlichen Zielen. Doch wir wollen die Welt so verändern, dass mehr Menschen menschenwürdig leben können. Was das genau im einzelnen heisst, darüber sind wir uns vielleicht nicht immer einig. Das müssen wir auch nicht sein. Aber wir können mit dieser politischen Kultur, wie sie von Männern aufgebaut worden ist, dieser hierarchischen Kultur, dieser Selbstdarstellungskultur, dieser narzisstischen Kultur, die-

ser Machtklüngel- und Seilschaftenkultur nicht gut arbeiten. Wir können damit nicht gut leben. Wir wollen diese politische Kultur verändern.

Piazza statt Arena

Nun möchte ich einiges sagen zu der Art, wie man in unseren Gesellschaften umgeht mit Frauen, die öffentliche Machtpositionen einnehmen. Dazu gibt es viele Erfahrungen, die habe ich selber auch. Es gibt mindestens zwei Strategien im Umgang mit Frauen, die Macht haben oder haben wollen. Die eine ist der Versuch zu absorbieren. Das heisst: Wie kann man dafür sorgen, dass die Frauen, die hier ihre Köpfe etwas herausstrecken, sehr schnell so sind wie die Männer auch? Wie kann man dafür sorgen, dass das, was die Frauen wollen, nämlich die Veränderung der politischen Kultur, nicht zum Tragen kommt? Wie kann man sie integrieren, so dass sie in kurzer Zeit das Spiel spielen, das man eigentlich spielen will? Und man lässt sich dann durch die spezifische Frauenkultur nicht mehr stören. Das ist die eine Methode im Umgang mit mächtigen Frauen.

Die andere ist auszustossen, zu vernichten und lächerlich zu machen. Das Frauenspezifische wird dabei als Mangel dargestellt. Die Norm wird vorgegeben durch die Männer. Sie sagen, wie es ist. Und was ist, ist gut. Und was anders ist, ist nicht anders, sondern mangelhaft. Wenn man etwas anders machen will, dann nur deshalb, weil man das nicht kann, was die Norm vorschreibt. Dass man hingegen das Vorgeschiedene kritisiert und anders machen will, wird gar nicht thematisiert.

Ich werde einige Beispiele aufzeigen von Fallen, die Frauen gestellt werden, und von Schwierigkeiten, denen Frauen begegnen. Hier möchte ich den Begriff der Piazza wieder aufnehmen. Piazza heisst nichts anderes als öffentliche Diskussionen zu führen miteinander. Irgendwo und irgendwann zusammenzukommen - wie an diesem Forum - und miteinander von Angesicht zu Angesicht zu reden. Man spürt sich, man fühlt sich, man hat Differenzen. Das ist besonders für uns Frauen sehr wichtig. Leider ist in unserer Gesellschaft die Piazza ersetzt worden durch die Arena. Die Arena ist eine Form der politischen Konfrontation, die der Art, wie Frauen diese Auseinandersetzungen führen wollen, zutiefst widerspricht. Es sind Hahnenkämpfe. Die beiden Hähne oder Hähninnen gehen aufeinander los, während sie ihre applaudierenden Unterstützenden hinter sich scharen. Im Prinzip entspricht dieses Arrangement der kriegerischen Auseinandersetzung von Clans. Die Clanchefs, getragen von den anderen, gehen nun in einer kriegerischen Auseinandersetzung aufeinander los. Denn die Arena ist ein stilisierter Krieg. Da haben wir Frauen sehr wenige Chancen, das einzubringen, was uns eigentlich wichtig ist und uns liegt. Denn das ist nicht gefragt. Man spürt die Ungeduld des Moderators, sobald eine Frau etwas länger und differenzierter wird. Dann nimmt er ihr das Mikrofon weg und gibt es wieder einem Mann. Dieses Arrangement ist ein Beispiel für diese Art von Fallen.

Aber es geht sogar noch weiter. Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, dass die Politik wieder näher zu den Menschen hingehen muss. Es nützt nichts, als Politikerin und Politiker in Bern Pirouetten zu drehen. Man muss mit den Menschen öffentliche Veranstaltungen durchführen und an Diskussionen teilnehmen. Für diese Haltung wurde ich vehement ausgelacht, vor allem von Medienleuten, die diese Form der Auseinandersetzung für längst überholt halten und sich selber als die Öffentlichkeit bezeichnen. Politische Diskussionsveranstaltungen halten sie für lächerlich. Auch hier geht es gegen das Frauenspezifische, gegen das, was uns eigentlich auszeichnet, dass wir nämlich auch den persönlichen Kontakt suchen, nicht nur die Übertragung via Bildschirm ins Schlafzimmer. Dieses Frauenspezifische wird systematisch untergraben, lächerlich gemacht und zum Teil verunmöglicht. Das nimmt den Frauen, die Macht haben, ihre spezifische Kultur der Machtausübung oder der direkten Kommunikation. Es findet eine Ausstossung statt, die vor allem dann zum Tragen kommt, wenn man Differenzen hat und wenn man etwas anderes machen will. Dazu ein Beispiel in Form einer kleinen Geschichte.

Netzwerk statt Clan

Mein Vorgänger hatte eine ganz bestimmte Art zu regieren. Er hatte einen Clan von Vertrauten um sich geschart. Das waren etwa acht oder neun Leute, die alles dirigiert haben. Dieser Clan hatte um sich einen Kranz von Journalisten, die gefüttert wurden mit Neuigkeiten und mit Geschichten. Das waren Seilschaften, die funktioniert haben. Ich bin gegen den klaren Willen dieses Clans gewählt worden. Meine Wahl wurde als ärgerlicher Betriebsunfall bezeichnet. Das Clannetz hat hinterher nicht mehr gespielt. Und ich habe gesagt, dass ich das auch nicht will. Es ist undemokratisch und frustriert die Leute. Denn sie können gar nicht wirklich mitwirken, und die Fähigkeiten der Menschen kommen nicht zum Ausdruck. Daraus hat eine Zeitung folgende Geschichte gemacht: «Wie ist der neue Clan von Ursula Koch zusammengesetzt?» Sie haben Fotos gebracht von Männern, die jetzt angeblich meinen neuen Clan bilden. Sie haben aufgezeigt, wer dazugehört und wer herausgefallen ist. Dahinter stand die Überzeugung, dass diese Präsidentin so zu funktionieren hat wie die anderen auch. Es geht nicht, dass hier eine neue Kultur eingeführt wird. Nachdem der Artikel geschrieben war, hat der Journalist mich anständigerweise gefragt, ob das stimme. Ich habe geantwortet, dass das alles Nonsense ist. «Ich arbeite nicht so, ich habe ganz andere Vorstellungen, wie man mit Menschen arbeitet. Es stimmt kein Wort von dem, was Sie schreiben.» Aber die Geschichte war gemacht und wurde so publiziert. Einen Satz von mir hat der Journalist noch eingebaut, nämlich dass ich eher in Netzwerken denke als in Hierarchien. Der Artikel ist erschienen und hat das grösste Chaos angerichtet, weil die Leute nämlich gar nicht wussten, dass sie offenbar mein neuer Clan waren. Ich habe Briefe erhalten von Fraktionsmitgliedern, es sei eine Schande, dass ich diesen oder jenen gewählt hätte und nicht sie. Der sei nämlich der falsche Berater, und der richtige sei er.

Aber was war eigentlich das Ziel dieses Artikels? Unbewusst richtete er sich klar gegen die Einführung einer neuen Kultur. Die muss man bekämpfen. Die muss man a priori unterbinden, lächerlich machen, ein Chaos daraus machen, die Situation unmöglich machen. Dasselbe geschah, als ich gesagt habe: «Wir sind in einem neoliberalen Scheindiskurs, wir brauchen eine Grundwertedebatte.» Ich habe diese Debatte angekündigt und wir sind zur Zeit an deren Vorbereitung. Sofort wurde dies lächerlich gemacht, ich wurde als Esoterikerin verschrien. Jetzt fragen dieselben Leute: «Wann kommt endlich diese Grundwertedebatte?» Auch hier geht es um eine Neubesinnung. Doch eine Besinnung auf Grundwerte der Politik ist nicht gefragt. Das stört die Macher. Das stört den Ablauf in diesem eingespielten Strukturen und muss darum bekämpft werden.

Ähnliche Beispiele gäbe es noch viele. Doch zum Schluss nur noch dieses: Wenn man die Diskussion um die Mutterschaftsversicherung mitverfolgt hat, hat man gemerkt, wieviel unterschwellige Aggressionen in dieser Gesellschaft gegen Frauen leider heute noch vorhanden sind.

Forumsdiskussion III

Wegen der - bedingt durch den Krieg in Kosovo - weit länger dauernden 2. Forumsdiskussions kam die Auseinandersetzung zum Thema der Macht nach den Referaten von Barbara Schaeffer-Hegel und Ursula Koch zu kurz. Sehr zu bedauern ist vor allem, dass der Präsidentin der SP Schweiz kein Raum mehr für die Beantwortung etwelcher Fragen und zu weiteren Ausführungen gegeben wurde. Die Chance für die wichtige Debatte über die Stellung der Frauen in der Sozialdemokratie, den Einfluss der Feministinnen in der Partei und den allfälligen Aufbruch im Widerspruch wurde damit vertan. Nicht nur aus zeitlichen Gründen wurde sie nicht geführt, sondern auch wegen der Reaktionen, die das Referat von Schaeffer-Hegel ausgelöst hatte, obwohl die Position von Ursula Koch die Möglichkeit gegeben hätte, die provozierende These der «Pflicht zur Macht» am konkreten Beispiel zu diskutieren.

Dore Heim, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Zürich, erinnert daran, dass auch die Abstinenz, die Verweigerung der Partizipation, eine politische Forderung der Frauenbewegung war. Es sollte überlegt werden, welche Machtpositionen Frauen besetzen sollten und welche besser nicht. Denn es kann durchaus ein strategisches Kalkül sein, Frauen über Schlüsselpositionen einzubinden und sie dann bis zur Erschöpfung lahmlaufen zu lassen. Gerade ihre Erfahrungen in den Institutionen - als Gewerkschaftssekretärin und als städtische Gleichstellungsbeauftragte - haben Heim überzeugt, dass es für Frauen auch heute weiterhin wichtig ist, nicht nur in den Strukturen drinnen zu funktionieren, sondern eigene Kompetenzzentren aufzubauen, einen eigenen Bezugsort zu schaffen.

Die feministische Ökonomin Mascha Madörin kritisiert ihrerseits die vorwiegend nationalstaatliche Dimension der Diskussion über Macht, obwohl relevante Debatten über den Zugang zu Ressourcen, über Makroökonomie und Wirtschaftspolitik gegenwärtig vor allem von Frauennetzwerken aus dem Süden initiiert werden. Das aktive «Netzwerken» dieser Frauen geht weit über nationalstaatliche Politik hinaus. Eine Schwäche der Politikerinnen in den meisten europäischen Institutionen dagegen ist ihre Loslösung von dieser internationalen Frauenbewegung. Einziger Verknüpfungspunkt war die UNO-Frauenkonferenz in Beijing von 1995. Es muss daher überlegt werden, wie der Zugang zu diesen internationalen Netzwerken organisiert werden kann. Nach Madörin ist es ausserdem naiv zu glauben, dass Frauen in Gewerkschaften und Parteien oder staatlichen Institutionen Erfolg haben könnten ohne starke Bewegung. Denn es wäre ein fataler Irrtum zu meinen, Politik fände nur in den Institutionen statt.

Schaeffer-Hegel hinterfragt die von Heim postulierte kritische Einschränkung in der Besetzung von Machtpositionen grundsätzlich und unterstreicht demgegenüber die «Pflicht zur Macht». Es gilt, das Potential der inzwischen grossen Zahl von Frauen in beruflichen Schlüsselpositionen, in den Verwaltungen, in den Gewerkschaften, zu nützen. Eine Bewegung ebbt immer wieder ab, aber das In-den-Institutionen-Sein

und die gegründeten Netzwerke können sich als stabil erweisen und dauerhafte Wirkung zeigen. Auch wenn Schaeffer-Hegel die internationale Vernetzung für äusserst wichtig hält, muss ihrer Ansicht nach doch zuerst an jenen Orten, wo Frau angesiedelt ist, vieles geleistet und müssen «Nägel mit Köpfen» gemacht werden, bevor die Netze weiter gespannt werden.

Grundsätzliche Kritik an den Thesen von Schaeffer-Hegel formuliert Michèle Spieler Mitglied der Redaktion von «Olympe»:

Michèle Spieler: Sie haben gesagt, dass Frauen Macht anstreben dürfen und müssen nicht weil sie einen Teil des Kuchens haben möchten, sondern weil der Reproduktionsbereich schon immer ihr angestammter war und sie dort Leistungen erbracht haben. Ich finde diese Argumentation gefährlich und diskriminierend. Diskriminierend einerseits den Frauen gegenüber, die keine Kinder aufziehen, weil ihnen somit die Gefahr droht, den Anspruch oder einen Teil des Anspruchs zu verlieren, und andererseits auch den Frauen gegenüber, die Kinder aufziehen, weil sie wieder auf den Reproduktionsbereich reduziert werden. Ich möchte, dass Frauen Macht anstreben können, sollen, müssen, weil sie schlicht und einfach vollwertige Mitglieder einer Gesellschaft sind.

Barbara Schaeffer-Hegel: Einspruch: Wenn man Macht anstrebt, ohne ein Programm zu haben, ohne zu wissen, was man damit will, ohne ein politisches Konzept zu haben, ohne etwas für die Gemeinschaft zu tun, dann ist Macht schlecht. Dann sollte man Macht nicht anstreben. Ich denke, Frauen sind aufgrund ihrer Geschichte, ob sie Kinder haben oder nicht, ist dabei ganz egal, aber aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Tradition näher an dem Bereich, der am gefährdetsten ist in unserer Gesellschaft. Und deswegen denke ich, die Frauen haben auch eine inhaltliche Verpflichtung. Das muss ja jetzt überhaupt nicht heissen, dass sie alle Familienministerin werden sollen, sondern dass sie überall, wo sie stehen, sich auch dafür verantwortlich fühlen. Ich will, dass Frauen Macht und Verantwortung koppeln. Deswegen beziehe ich mich darauf, dass Frauen ein besseres Gespür haben für das, was die Menschen brauchen. Ob sie Kinder haben oder nicht, ob sie Familienpause gemacht haben oder nicht, das spielt dabei keine Rolle. Das hat damit nichts zu tun. Es heisst auch nicht unbedingt, dass Frauen immer diesen Auftrag im Kopf haben müssen, wenn sie ihre Karriere machen. Aber allein die pure mathematische Gerechtigkeit, 50 Prozent Frauen, 50 Prozent Männer, die reicht mir nicht aus. Ich möchte eine politische Verantwortung mit der Macht gekoppelt haben. Deswegen sage ich, dass Frauen eine spezielle Pflicht zur Macht und auch eine Verantwortung dafür haben.

Gaby Küppers

Kennen Sie Mainstreaming? Von der Unsichtbarmachung der Frauenfrage in der EU

Als ich die Einladung zu dieser Tagung erhielt, war meine erste Reaktion: Das ist aber ein denkwürdiges Datum. Natürlich dachte ich nicht an den Frauenstreik, sondern an die EP-Wahlen. So ticken unsere Uhren also weiterhin sehr unterschiedlich. Damals hatte ich den Eindruck, von dem Projekt gehe ein optimistischer Atem aus. Ein Grund mehr zuzusagen. Was bei der Tagungsplanung aber niemand ahnen konnte: dass es Krieg geben würde in Europa und damit neben all dem Leid auch die Rückkehr der alten Rollenbilder mitten unter uns, bei denen die Männer das Recht des Stärkeren durchsetzen und die Frauen die Vergewaltigten oder potentiell Vergewaltigten sind. Männer sind die Mutigen, Frauen sind die, die Angst haben. Bei einer Veranstaltung in Deutschland behauptete Daniel Cohn-Bendit, die Nummer eins der französischen Grünen für die Europawahlen, im Kosovo-Krieg gelte es, sich zu entscheiden zwischen Gewalt und Feigheit. Bundeskanzler Schröder sprach beim EU-Gipfel in Köln nicht mehr von der GASP, der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik, sondern von der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Javier Solana, der derzeitige Generalsekretär der NATO, sei als neuer Hoher Repräsentant der EU genau der geeignete Mann, dies nach aussen zu repräsentieren.

Diese Beispiele zeigen: Wir sind heute viel weiter weg von einer frauenfreundlichen und gendergerechten Gesellschaft als noch vor einem Jahr.

Einstimmender Situationsbericht aus Deutschland und der EU

Wie sieht es in meinem eigenen Lande, in Deutschland, aus? Bekanntlich wurde im September 1998 die Regierung Kohl abgelöst. Gleich darauf kursierten die ersten Namen zukünftiger *Ministerinnen*. Bei den *Grünen* ist über Frauen erst einmal nichts zu hören. Als die old boys die Frauen ganz offensichtlich vergessen, regt sich Widerstand. Doch am Schluss bleiben die Frauen mit 2:1 MinisterInnen-Posten auf der Strecke - mit dem seither schon oft vergessenen Versprechen, eine Kommissarin nach Brüssel zu schicken. Ob nun etwas daraus wird, ist immer noch nicht klar. Das hängt a) vom Ergebnis der Europaparlamentswahlen ab und b) von der Durchsetzungsfähigkeit der Unternehmerverbände, die jetzt schon laut schreien, auf den Posten müsse eine wirklich qualifizierte Person (sprich: ein Mann).

Bei der SPD sieht es nicht viel besser aus. SPD-Kanzler Schröder überträgt am Ende Christine Bergmann das Ministerium für (Zitat) «Frauen und das ganze Gedöns». Bergmanns Idee, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft unter Dach und Fach zu bringen, hat wütende Reaktionen seitens der Wirtschaft hervorgerufen.

Schröder hat Bergmann zurückgepfiffen. Das war's wohl mit der Initiative. Im April 99 schlug die grüne Frauenreferentin am Vorabend des Muttertags ein Gesetz zur Verpflichtung der Männer auf häuslichen Abwasch vor. Da schrien nicht nur die Männer, sondern auch die SPD-Frauen gleich auf. Auch aus der Initiative wird also nichts.

Bessere Zeiten in der EU? Knöpfen wir uns zunächst das Dach, den EU-Rat, vor. Wir stehen am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft. Chancengleichheit sei dabei eine der Prioritäten der Präsidentschaft, hat Frau Bergmann verkündet. Hat jemand etwas davon gemerkt? 1999 ist auch das Jahr gegen Gewalt gegen Frauen. Auch davon ist kaum etwas zu spüren.

Im EU-Rat gibt es bekanntlich schon seit lange vor dem Regierungswechsel in Bonn satte sozialdemokratische Mehrheiten. Inzwischen werden 13 von 15 EU-Ländern sozialdemokratisch regiert oder haben eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung. Aber erst im Februar dieses Jahres kam die britische Frauenministerin, Baronin Jay, auf die Idee, dass man auch einen Frauenministerrat in der EU einrichten könnte. Sonst haben bekanntlich alle Fachminister ihren Rat. Dass auch FrauenministerInnen einen Rat haben könnten, darauf war bislang niemand gekommen. Dann die zweite Ebene der EU-Institutionen, die Kommission:

In der Kommission arbeiten 3489 Beamte, davon 1804 Frauen (51,7%). Grob gesehen verteilen sie sich genau so, wie frau es befürchtet: 80% Posten D (Saaldienerinnen etc.), C (Sekretärinnen) und B (Sachbearbeiterinnen). In der höchsten Kategorie, der Kategorie A, arbeiten 19,4% Frauen (80 von 412). Chefinnen gibt es so gut wie keine: es gibt 9 Generaldirektoren (A1), darunter keine einzige Frau, 23 Direktoren, darunter 4 Frauen. Das bleibt auch so. Bis zum Jahr 2004 wird kein Posten mehr frei.

Nach dem Rücktritt der Kommission Anfang dieses Jahres verkündete der neue Kommissionspräsident Prodi im März 99, er wolle als neue Kommissare «starke Männer um sich scharen». Eine Nachfrage, ob er auch an Frauen dächte, hat er anfangs überhaupt nicht verstanden. Wie man munkelt, sind inzwischen insgesamt nur zwei oder drei Kandidatinnen im Rennen (BRD, Spanien, Dänemark). Derzeit sind es 5 von 20. Die Zuständigkeit für das Dossier Frauen und Chancengleichheit wurde in der alten Kommission erst nach vielem Hin und Her (nach anfänglicher Quasi-Nichtexistenz) entschieden. Jetzt gibt es eine Arbeitsgruppe «Chancengleichheit» unter dem Vorsitz von Santer/Prodi und den Mitgliedern Padraig Flynn (Soziales, Beschäftigung, Gesundheit), Anita Gradin (Justiz, Einwanderung, Inneres), Ritt Bjerregaard (Umwelt), Monika Wulf-Mathies (Regionalpolitik), Erkki Liikanen (Haushalt).

Inzwischen wird hinter den Kulissen bereits fleissig um die Ressorts geschachert. Dass irgend jemand sich um den Posten der Frauenkommissarin bzw. des Frauenkommissars beworben hätte, ist mir nicht bekannt.

Und im Europaparlament (EP), der dritten Ebene? Meine persönliche Perspektive: Ich arbeite selbst im Aussenwirtschaftsausschuss, einem sogenannten Männerbe-

reich. Im Sekretariat dieses Ausschusses sind alle Fachreferenten männlichen Geschlechts, alle Sekretariatsstellen sind mit Frauen besetzt. Um das Thema gender machen entsprechend alle einen grossen Bogen. Kein Wunder, dass für die drei Anhörungen des Ausschusses in diesem Frühjahr aus diesem Kreise noch nicht einmal ein Vorschlag für eine Referentin auf dem Podium kam.

In der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode sind 27% der EP-Abgeordneten Frauen. Wie es demnächst aussehen wird, ist noch nicht abzusehen. Nicht mit dabei sind auf jeden Fall mehrere weibliche Labour-Mitglieder des Frauenausschusses, u. a. die Sprecherin der Labour-Frauen Sue Waddington. Tony Blair hat sie nicht mehr auf die Liste gesetzt.

Zum Schluss noch eine Anekdote: Das EP ist vor einiger Zeit in neue, grössere Gebäude umgezogen. Diese Gebäude hiessen bislang A, B, C. Es mussten Namen her, und man dachte an die Namen grosser Europäer. Sind Sie überrascht, dass darunter zunächst nicht eine grosse Europäerin war und erst nach heftigem Protest seitens der Grünen nun endlich eine oder zwei dabei sind? Europa ist eben ein Herrenhaus, im wahrsten Sinne des Wortes.

Mainstreaming - Geschichte und Bedeutung des Begriffs

Kommen wir zum Inhalt der EU-Verträge. Eigentlich, so heisst es in den EU-Institutionen, ist die Gleichstellung zwischen Mann und Frau schon immer ein Grundprinzip der verschiedenen Verträge gewesen. Falsch ist das nicht: schon in den Römischen Verträgen von 1957 sah der Artikel 119 gleiches Entgelt bei gleicher Arbeit vor. Und Artikel 118b verlangte einen sozialen Dialog über die Gleichberechtigung. Der Hintergrund dieser frauenfreundlichen Artikel ist freilich ernüchternd. Im zukünftigen gemeinsamen Binnenmarkt sollten Länder mit einem höheren Anteil von Arbeiterinnen - die, wie man weiss, stets schlechter bezahlt werden - nicht von vornherein «wettbewerbsfähiger» sein.

40 Jahre lang, bis zum Amsterdamer Vertrag, hat sich an der Stellung von Frauen in den Verträgen erstaunlicherweise nichts geändert. Am 1. Mai 1999 aber trat der Amsterdamer Vertrag in Kraft. Ist nun die frauenfreundliche Zeit angebrochen?

Es scheint so. Denn: Art. 2 macht die Gleichstellung von Frauen und Männern zur Aufgabe der Gemeinschaft. Artikel 3 trägt der Gemeinschaft auf, Ungleichheit zu beseitigen. Artikel 13 gestattet Aktionen zur Beseitigung von Diskriminierung auch aufgrund des Geschlechts. Bei Artikel 137 geht es nun um Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz. Und der neue Artikel 141 (ehedem 199 Römische Verträge) gestattet sogar die Möglichkeit von Vergünstigungen für das *unterrepräsentierte Geschlecht*. Das ist natürlich schon die erste Frechheit. Natürlich geht es nicht darum, dass mehr Männer Empfangsdamen werden. Denn wenn schon, werden sie Empfangschefs. Wäre die Absicht tatsächlich ernst gemeint, hiesse der Wortlaut statt «unterrepräsentiertes Geschlecht» schlicht «Frauen».

Neben dem Amsterdamer Vertrag erwähnen bereits das Protokoll und das Abkommen über die Sozialpolitik und die Leitlinien des sogenannten Beschäftigungsgipfels in Luxemburg (November 1997) das Thema «Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen», allerdings als letzten Punkt (und da steht er nun auch auf den nationalen Beschäftigungsplänen).

Sind wir nun mit dieser vertraglichen Grundlage aus dem Schneider? Lassen wir uns den Titelbegriff des Vortrags, das «*Mainstreaming*», näher betrachten.

1. Die «Wunderwaffe»

Nehmen wir den gerade genannten Beschäftigungsgipfel in Luxemburg (November 1997). Er konstatierte ganz klar: Chancengleichheit ist eine Frage von wirtschaftlicher Bedeutung. Es geht um Frauen als Wirtschaftsfaktor. Um diesen Faktor genügend auszureizen - und die Forderungen der UN-Frauenkonferenz in Peking umzusetzen - wurde das Mainstreaming gezeugt und am 21. Februar 1996 geboren. Sternzeichen: Fisch. Schwer zu fassen, flutscht immer wieder weg.

Schon die Namensgebung ist grandios: Mainstreaming - ein Begriff, der nichts aussagt, ausser dass es irgendwie darum geht, nicht gegen den Strom zu schwimmen. Die perfekte Tarnung. Niemand käme ohne weiteres auf die Idee, dass es um Frauen und gender geht, dass es, so die offizielle Definition, um die «Strategie» geht, «die Dimension der Chancengleichheit in alle wichtigen Politikbereiche einzubeziehen». Chancengleichheit sollte also in jeder Richtlinie, jedem Vertrag, jedem Projekt, jeder Haushaltslinie umgesetzt werden. Niemand weiss aber offenbar so richtig, wie.

2 und ihre programmierte Ladehemmung

Denn: Mainstreaming ist eine Bitte, völlig unverbindlich - im Amsterdamer Vertrag wie auch im Sozialprotokoll. Die Strategie setzt hauptsächlich darauf, dass sich das Richtige ohnehin irgendwann irgendwie durchsetzt und dann so wie die Raumtemperatur einfach da ist.

Deswegen kam das EP in den letzten Monaten konsequenterweise auch auf eine ganz simple Idee. Es nahm die Strategie so ernst, dass es im Zuge der Reform der parlamentarischen Ausschüsse zunächst den Frauenausschuss einfach abschaffen wollte. Grund: Chancengleichheit kann ja jetzt in jedem Ausschuss behandelt werden. Es brauchte massiven Protest, um diese Absicht zu vereiteln. Bei den zähen Verhandlungen ist folgendes herausgekommen: Der Frauenausschuss wird zunächst für die halbe Legislaturperiode bestätigt (alle anderen Ausschüsse werden selbstverständlich fünf Jahre existieren). Danach wird entschieden, ob er weiterhin nötig ist. Ausserdem ist der Frauenausschuss ein sogenannter neutraler Ausschuss. D. h. wer dort Vollmitglied ist, hat damit nicht sein Recht auf einen Vollsitz in einem anderen, offensichtlich ernsthafteren Ausschuss verwirkt. Positiv gewendet könnte frau sagen, Frauenausschussmitglieder können nun gleichzeitig auf zwei Hochzeiten tanzen. Ich befürchte allerdings, dass die Neutralität aufgrund der Befürchtung beschlossen wurde, andernfalls würde niemand in den Ausschuss gehen.

Mainstreaming ist eine gutgemeinte Idee, die von Frauen selbst, in Peking, initiiert wurde. Aber sie wurde deswegen aufgegriffen und in den EU- Institutionen hoffähig, um einen Vorwand zu haben, nichts zu tun. Oder zumindest in vielen Bereichen nichts. Im Mainstreaming gibt es keine harten, sondern nur Kann-Bestimmungen. Mainstreaming ist auch häufig ein Vorwand, explizite Frauenförderung abzuschaffen, so etwa den Frauenausschuss oder auch die Haushaltslinien. Ein Beispiel aus dem Bildungs- und Hochschulbereich: Da gab es einst zwei Haushaltslinien: das Hochschulprogramm SOKRATES und eine weitere, explizit gleichstellungsorientierte Haushaltslinie (B3-1000), die sich besonders um eine Sensibilisierung für und eine Veränderung von Geschlechterstereotypen im Bildungsbereich kümmerte, z. B. um Förderung von Mädchen in «typischen Männerberufen». Mit dem Mainstreaming wurde die Reservierung spezieller Mittel hierfür in der Haushaltslinie gestrichen. Folglich ist der Bereich verschwunden. Nur das Wort ist noch da.

Ein ziemlich hässliches Beispiel ereignete sich bei dem Programm gegen Gewalt gegen Frauen, DAPHNE, das seit 1996 existiert, aber eine gesetzliche Grundlage brauchte. Der Kommissionsvorschlag lag vor, das Parlament unterstützte das Programm ohnehin nachdrücklich. Dann war der Rat an der Reihe. Dort führte ein langes Hickhack schliesslich dazu, dass die legale Basis geändert wurde. Vorgesehen war der Artikel 235, also eine Art Generalermächtigung, um im Rahmen des Gemeinsamen Marktes für eines ihrer Ziele (z. B. Kampf gegen Gewalt gegen Frauen) tätig zu werden. Weil Deutschland, England, Frankreich, Dänemark und Belgien (Sozialdemokraten!) dagegen waren, lautet die legale Basis jetzt: Artikel 129. Das bedeutet, Gewalt gegen Frauen wird als ein Problem der Volksgesundheit angesehen. Themen wie der Frauenhandel fallen folglich nicht mehr darunter. Auch beim eigenständigen Asylrecht für Frauen, u. a. auch wegen erlittener Gewalt, kommen wir damit keinen Schritt voran.

Sehen wir uns die Artikel des Amsterdamer Vertrags noch einmal etwas genauer an. Nehmen wir ein Beispiel aus einem Bereich, der bereits in den Römischen Verträgen niedergelegt war: gleiches Entgelt für gleiche Arbeit. Laut einer ganz neuen EU-Statistik von dieser Woche verdienen Frauen immer noch, 40 Jahre nach dem Erlass der im Ziel entgegengesetzten Vorschrift, 25% weniger als Männer. Denn gleiche Bezahlung ist erwünscht, ungleiche Bezahlung aber nicht verboten. Der Amsterdamer Vertrag eröffnet zwar nunmehr die Möglichkeit, Diskriminierung zu bekämpfen. Doch das Verfahren geht folgendermassen: «(...) der Rat [kann] (...) auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.» Einstimmig: Die Chancen für eine Massnahme, diese Prozedur zu überstehen, sind gleich null. Ist das nun ein Fehler im System oder ein Fehler des Systems?

Bilanz nach drei Jahren «Mainstreaming»

Der erste Kommissionsbericht zur Mainstreaming-Politik stammt vom 4.3.98 und ist sehr zahm. Er lobt erstens den Ansatz und zweitens die erzielten Fortschritte. Beim Aufzählen dieser Fortschritte verweist er darauf, dass die greifbarsten Resultate in der Entwicklungszusammenarbeit und den Aussenbeziehungen erzielt worden seien. Frau ist überrascht.

1. Aussenbeziehungen

Warum werden die Aussenbeziehungen bei den greifbaren Resultaten erwähnt? Als Beweis herangezogen wird die Existenz eines EU-Dokumentes mit dem Titel «Zusammenhang zwischen dem Handelssystem und den international anerkannten Arbeitsnormen». Dieses Dokument betont die Wichtigkeit der Gleichstellung. Es stammt von 1996. Das war noch bevor die ersten Massnahmen des Mainstreaming angelaufen waren! Wer die aggressive Liberalisierungspolitik der EU-Aussenhandelspolitik kennt, weiss zudem, dass arme Frauen weltweit zu den VerliererInnen gehören.

2. Entwicklungspolitik

Ausgerechnet Entwicklungspolitik spielt in der EU ein Stiefkinderdasein. Sollte sich deswegen unbemerkt auf diesem Feld eine subversive Spielwiese eröffnet haben? Der Punkt ist, dass es in den beiden für Entwicklungspolitik zuständigen Generaldirektionen DG 1 und DG 8 seit Jahren jeweils eine Haushaltslinie «Women in Development» gibt. Sie dienen nicht den Frauen in der Dritten Welt, sondern der Sensibilisierung des Kommissionspersonals. Das ist eine durchaus ehrenwerte Aufgabe. Ganz nette Broschüren sind da schon entstanden. Jede EU-Beamtin, jeder EU-Beamte kann sie sich zur gefälligen Beachtung in sein Büro stellen. Ein (im wörtlichen Sinne mit den Händen) greifbares Resultat zwischen zwei Pappdeckeln also.

Viel gebracht haben die Broschüren aber offenbar nicht. So besagt eine Studie von WIDE (Women in Development Europe, ein feministisches NGO-Netzwerk), dass nur 2% der EU-Entwicklungsprojekte eine «WID»-Komponente haben. Entwicklungspolitische Projekte sind in ein vertragliches Umfeld eingebettet. Sieht frau sich nun aktuell die Mitteilungen der Kommission über zukünftige Beziehungen zu Lomé oder Lateinamerika (gerade erschienen für den Rio-Gipfel) an: Darin steht nichts Substantielles zum Thema.

In den Rahmen der Entwicklungspolitik fällt das eben erst geschlossene Abkommen EU-Südafrika. Obwohl gerade die südafrikanische Seite Interesse an der Festschreibung des Genderaspektes in diesem Abkommen hatte, wurde daraus nichts. Die männlichen Verhandlungsführer befanden das Thema augenscheinlich für irrelevant.

Der Rat der Entwicklungsminister hatte das Thema Mainstreaming am 20. Mai 1998 auf seinem Arbeitsprogramm. Die EU-Haus-Agentur Agence Europe schreibt zu dem Tagesordnungspunkt: «Der Rat berief sich auf seine Resolution von Dezember

1995(!) und nahm Schlussfolgerungen an, um sich nunmehr der Frage Chancengleichheit *ernsthafter* (Herv. G. K.) anzunehmen.» (AE, 20.5.98) Das Wörtchen ernst kommt in offiziellen Papieren zum Mainstreaming auffällig häufig vor. Zitat: «Auf der Ebene der Dienststellen der Kommission zeigt sich dieses *ernstgemeinte* (Herv. G. K.) Engagement auch in der Tatsache, dass der Generalsekretär der Kommission alle Generaldirektorinnen und Generaldirektoren aufgefordert hat, einen hochrangigen Beauftragten bzw. eine hochrangige Beauftragte zu ernennen, der/die die Entwicklung des Gender Mainstreaming in der jeweiligen GD hauptverantwortlich übernehmen soll.» Nirgendwo anders habe ich bislang gelesen, dass es sich bei irgendeiner Haltung der Kommission um ein «ernstgemeintes Engagement» handle. Niemand würde versichern, die Währungsunion sei wirklich ein «ernstgemeintes Projekt» oder die Gründung von Europol sei ein «ernstgemeintes Engagement», so als zweifle jemand daran.

Alles in allem gibt der Bericht durch die Blume zu: Mainstreaming ist ein Flickenteppich, ist Stückwerk geblieben. «Effektive Einzelmassnahmen ersetzen nicht ein integriertes Gesamtkonzept», sagte in einer EP-Aussprache auch Thomas Mann, ein deutscher EP-Abgeordneter aus der CDU.

Fehler im System oder Fehler des Systems?

Die Frage ist schwierig zu beantworten. Schliesslich will frau den Strohalm, den sie einmal in der Hand hat, nicht mehr hergeben. Als Argumentationshilfe deswegen zunächst drei Beispiele aus den Bereichen Forschung, Beschäftigung und Arbeit.

Beispiel 1

Das 5. Rahmenprogramm für Forschung ist Anfang dieses Jahres angelaufen. Zuerst war Mainstreaming nicht vorgesehen. Die Verfasser waren einfach nicht darauf gekommen. Aber nach Protesten sollen Frauen nun zu 40% partizipieren. Der Haken an der Geschichte: Es gibt auf EU-Ebene keine geschlechtsspezifischen Statistiken abgesehen von der Zahl der UniabgängerInnen. Auf welcher Basis soll also gezielt eine Veränderung der Verhältnisse geplant werden? Es fehlt das, was in anderen Bereichen längst existiert: Evaluierungskriterien, Verpflichtungen, Sanktionsmechanismen. Im Umweltbereich gibt es beispielsweise eine Umweltverträglichkeitsprüfung UVP. Wie könnte entsprechend eine Frauenverträglichkeitsprüfung FVP aussehen? Mit welchen Instrumenten soll der Erfolg gemessen werden?

Beispiel 2

Am 5. und am 6. Mai 98 fand in Belfast eine EU-Ministerkonferenz zum Thema «Frauen und ihre employability» statt. Festgehalten wurde, dass darauf hingearbeitet werden muss, dass Frauen ihr Familien- und ihr Berufsleben miteinander verbinden können. Das Ziel, dass Männer dies verbinden können, kommt in der Ministerdenkweise gar nicht vor. Es gibt keinerlei systematische Unterstützung von femi-

nistischen Ansätzen. Frauen sollen eingebaut werden, männliche Gesellschaft soll andererseits aber nicht abgebaut werden. Ignoriert wird, dass Geschlechterverhältnisse Machtverhältnisse sind und dass es gerade darum gehen müsste, diese Machtverhältnisse abzubauen.

Beispiel 3

Seit 1986 gibt es eine Richtlinie über mithelfende Ehegatten, sprich Frauen. Seit langem soll sie verändert werden, um für die Frauen obligatorische Registrierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung etc. einzuführen. Aber irgendwo in den Institutionsfluren hängt's. Es gibt bis heute keinen neuen Vorschlag. Die Verantwortlichen engagieren sich zu wenig.

Ist das alles? Das ist nur die eine Seite. Auch der Kritikpunkt «mangelndes Engagement» scheint mir zu kurz gegriffen. Ich glaube nicht, dass alles nur eine Frage der Personaldecke ist. Mein Grundzweifel ist, ob Mainstreaming allein überhaupt der richtige Ansatz ist. Das Ziel, die Chancengleichheit von Frau und Mann, meint in der Praxis immer nur - und ganz offensichtlich nur - die bessere Integration der Frauen in der Arbeitswelt.

Kurieren der Symptome versus Wurzelbehandlung

Früher musste immer Margaret Thatcher herhalten. Heute kann frau genauso gut Madeleine Albright und Charlene Barshefsky in der US-amerikanischen Administration bemühen. Beide machen die gleiche aggressive Aussen- und Aussenhandelspolitik, wie dies männliche Kollegen täten. Das Streben nach der Quote ist *notwendig*. Aber es ist keine *hinreichende* Bedingung für eine frauengerechtere Welt.

Ausserdem greift Mainstreaming in der EU - wenn überhaupt - nur bei Arbeitsmarktstrategien und bei den Strukturfonds (dem Finanzierungsinstrument der EU zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU), bei denen es auch um Arbeitsplätze geht. Es bezieht sich also in ganz überwiegendem Masse auf die Erwerbsarbeitswelt. Das heisst, der allererste Begründungszusammenhang für die Gleichstellung von 1957 (Römische Verträge) ist immer noch nicht überwunden.

Und da eröffnet sich ein weiteres Problem: Die EU tut alles, um den Einfluss des Staates zurückzudrängen und den Einfluss der Privatwirtschaft zu stärken. Und sie fördert massiv supranationale Übereinkommen und Institutionen wie das MAI oder die WTO, die die Wirtschaft immer weiter der Regulation und der Regulierbarkeit entziehen. Gerade die Privatwirtschaft funktioniert aber ausschliesslich nach dem Kriterium Profitmaximierung - und nicht Maximierung der Wohlstandsverteilung, des guten Lebens für alle.

Dennoch: Mainstreaming wird in den Institutionen als Ansatz keineswegs in Frage gestellt. Denn er ist so schön unsichtbar und macht (die Frauenfrage) unsichtbar,

klings gleichzeitig aber sehr progressiv, denn er stammt schliesslich aus einem Frauenzusammenhang, nämlich der Pekinger Konferenz.

Wenn Frauen nur als Grössen im Arbeitsleben gesehen werden ...

Es ist eine prima Idee, wenn das 5. Forschungsrahmenprogramm zu 40% Frauen zugute kommen soll. Aber: Es geht nicht um so etwas wie feministische Inhalte, um Abbau von androzentrischer Wissenschaft o.ä., um Abbau oder Umbau von Männerprivilegien. Das Thema «Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben» bezieht sich nur auf Frauen, nicht auf Männer. Mainstreaming wird als Frauenproblem behandelt. Aber es sollte sich dabei um eine offensive Zurückdrängung von männlich definierter Macht handeln, d. h. Frauen, die männliche Macht ausüben, wären davon gleichfalls betroffen.

Alternativen

Soll sich tatsächlich etwas ändern, darf es nicht um *Strategien und Massnahmen* gehen, die die Politik in der EU begleiten. Vielmehr muss sich die *Politik* selbst ändern. Es geht nicht um *Berücksichtigung* des Grundsatzes der Chancengleichheit, sondern um dessen *Durchsetzung* als *einen* Aspekt auf dem Weg zu einer frauengerechteren Welt. Konkret für diesen *einen* Aspekt würde das technisch u. a. bedeuten:

- Entwicklung von Indikatoren
- geschlechtsspezifisch aufgegliederte Statistiken
- ein einklagbares Recht auf Gleichstellung
- Festschreibung der Zulässigkeit von positiven Massnahmen
- konsequente und obligatorische (statt freiwillige) Durchforstung des Haushalts und der Gesetzgebung (also konkret z.B. auch: Verbot von Ehegattensplitting. Nach negativer Frauenverträglichkeitsprüfung automatisch Rückweisung von Gesetzesentwürfen, Projekten etc.)

Das ist die technische Seite. Aber es geht um mehr. Es geht nicht um die Behebung eines Mangels, nicht nur um die Frau als potentielle Arbeitskraft, sondern um die Veränderung des Koordinatensystems.

Unser System basiert auf ungleichen Machtverhältnissen, auf einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, bei der Frauen nicht nur die schlecht bezahlten, sondern auch die unbezahlten Arbeiten zugewiesen bekommen. Mainstreaming, so wie es in der EU umgesetzt wird, geht aber in den reproduktiven (also unbezahlten) Bereich so gut wie nicht ein und thematisiert nicht die Notwendigkeit, dass der dominante Teil des Machtverhältnisses - die Männer - Macht abgeben muss.

Umverteilung von Macht ist etwas anderes als die Behebung eines Mangels. Sie bedeutet auch Umverteilung von Entscheidungsgewalt über Arbeit und Freizeit. D. h. nicht nur Entlastung von Frauen durch Freistellung, sondern auch Entwicklung einer Kultur, in der auch Männer für reproduktive und unbezahlte Arbeiten zuständig sind, ohne als Ausnahme zu gelten. Kulturelle Aspekte kommen aber in der Handlungsbibel für die nächsten Jahre, der Agenda 2000, nicht vor.

Viele Frauen mögen gehofft haben, dass Mainstreaming zu einem Automatismus würde. Aber etwas völlig anderes ist eingetroffen. Mainstreaming hat die Frauenfrage unsichtbar gemacht. Trotzdem plädiere ich nicht dafür, das Mainstreaming abzuschaffen - schliesslich habe ich selbst einige Verbesserungsvorschläge vorgestellt. Gleichzeitig aber dürfen wir den Teil nicht für das Ganze halten. Wir müssen weiter auch den Abbau von Privilegien der TrägerInnen als «männlich» definierter Rollen im Blick haben und uns um die Veränderung des *Machtverhältnisses* bemühen. Dieses Machtverhältnis betrifft nicht nur Frauen von 15 bis 60 während einer 35- oder 40-Stunden-Woche, sondern Frauen und Männer - von der Wiege bis zur Bahre, und dies 24 Stunden am Tag.

Jael Bueno
Koordinatorin Nosotras / Wir Frauen

Differenz und Gleichstellung

Wenn von Frauenpolitik die Rede ist, stellen wir uns folgende Fragen: Wo stehen wir Frauen in der aktuellen Situation, die geprägt ist von Initiativen gegen die Mutterschaftsversicherung, von Abstimmungskampagnen gegen Frauenprojekte, von der Volksinitiative «Zürich ist keine Einwanderungsstadt» und anderen Bestrebungen? Gibt es noch eine Frauenbewegung? Wenn es sie noch gibt, wo steht sie? Vielleicht war sie beim Kreuzgang der ehemaligen Fraumünster-Abtei am 25. Mai, um das Frauenzentrum Zürich zu unterstützen? Wo sind wir Komplizinnen, wo liegen unsere Differenzen, wenn wir über Frauenpolitik sprechen? Wie ist unsere Beziehung zur politischen Gesellschaft, zum Staat und zu den Institutionen und zum Gleichstellungsgesetz definiert? Was wollen wir? Oué nudo queremos desenredar? Welche Knoten wollen wir lösen? Es gibt viele feste Knoten, einer davon ist die Differenz. Ich möchte in meinem Koreferat die beiden Diskurse über Differenz und Chancengleichheit miteinander verknüpfen. Frauen definieren sich als eine differente Gruppe gegenüber Männern. Diese Differenz zu hinterfragen ist die Basis für eine Frauen- und Gleichstellungspolitik. Mit der Gleichstellungspolitik wird versucht, die Frauenfrage auf einer politischen Ebene zu diskutieren und Massnahmen zu verlangen, um Situation und Lage der Frauen zu verbessern. Aber die Betonung der Differenz ist nicht immer eine Chance zur Verbesserung oder zur Veränderung: Statt die strukturelle Benachteiligung der Frauen in einer Gesellschaft zu erklären, etikettiert sie die Frauen als arm und abhängig und verstärkt den Status quo der Verteilung von Ressourcen in einer gespaltenen Gesellschaft.

Der Diskurs über Chancengleichheit bezieht sich auf eine Differenz, die auszugleichen wäre. In diesem Diskurs ist es wichtig, auch die «kulturelle Differenz» mitzudenken und zu thematisieren: *die Kulturisierung sozialer Handlungen und die Ethnisierung sozialer Gruppen*.

Seit vielen Jahren haben soziale Bewegungen - z. B. schwarze Frauen, Indigenas, Frauen mit Migrationserfahrung - hier und in anderen Ländern darum gekämpft, dass ihre unterschiedlichen Erfahrungen anerkannt werden. Sie haben eine politische Position bezogen, um diese «andere Erfahrung» sichtbar zu machen. Aber diese Betonung der Differenz wurde zu einem Diskurs über «kulturelle Differenz». Diese «kulturelle Differenz» wurde in der bestehenden hierarchischen Struktur festgeschrieben, deren Akteure die Macht haben, die Bedingungen zu bestimmen, unter welchen frau sichtbar wird.

In letzter Zeit wird in der Schweiz viel über Differenz gesprochen. Breiten Raum eingenommen hat der Diskurs über «kulturelle Differenz» in der Öffentlichkeit vor allem mit der Diskussion über die Integrationsleitbilder. Dabei wird «kulturelle Dif-

ferenz» auf zwei unterschiedlichen Akteur-Ebenen thematisiert: einmal im hegemonialen Diskurs, um eine öffentliche Anerkennung der «kulturellen Differenz» zu erhalten, und zweitens auf der Ebene der Betroffenen selber bzw. der als «different» Bezeichneten, die über den Diskurs um «kulturelle Differenz» aus ihrem Unsichtbarsein heraustreten wollen.

«Das Reden über kulturelle Differenz» - sagt Encarnacion Gutierrez Rodriguez - «ist keine neutrale Beschreibung, sondern Ausdruck einer Mehrheitskultur, die eine Umschreibung sucht für das, was sie nicht beim Namen nennen will, nämlich die Ausgrenzung von Menschen und deren damit einhergehende soziale Segmentierung.»

Der Diskurs um kulturelle Differenz wird dabei nicht als Effekt ökonomischer, sozialer, politischer und ideologischer Verhältnisse erklärt. Ich zitiere Encarnacion Gutierrez Rodriguez: «Das Konzept «Kulturelle Unterschiede» bezweckt die positive Setzung von Kultur als Bereicherung der Mehrheitskultur, greift jedoch auf einen Kulturbegriff zurück, der als national- oder ethnisch-homogene Entität Menschengruppen ausserhalb von historischen und politisch-ökonomischen Bedingungen bestimmt.»

Die «kulturelle Differenz», die «kulturelle Distanz» dient heute als einfache Erklärung für schwierige Probleme. Wenn die Probleme auf eine «kulturelle Differenz», auf eine «kulturelle Distanz» zurückgeführt werden, gleiten sie in einen nebulösen Zustand, der nicht mehr einer klaren Analyse des Problems bedarf. Es muss nicht nach befriedigenden Lösungen gesucht werden, denn ein kulturelles Problem ist in dieser Logik des Diskurses naturgegeben und deswegen unveränderlich. So wird beispielsweise auch der militärische Konflikt in Ex-Jugoslawien erklärt. Politiker bezeichnen ihn als einen ethnischen Konflikt, führen an, dass keine interethnische Verständigung möglich sei. Und die Interventoren brauchen nicht mehr über die Grundproblematik dieses Landes nachzudenken, bspw. über die Ressourcenverteilung - diese scheint nur eine komplizierte Sache des ehemaligen Kommunismus zu sein.

Wenn wir Deutschschweizerinnen bspw. mit den Schweizerinnen aus der Romandie einen krassen Konflikt hätten und wenn dieser unter dem gleichen Kriterium - wie in Ex-Jugoslawien - als «ethnischer Konflikt» bezeichnet würde, gäbe es auch hier nur die eine einfache Lösung: die Bombardierung und damit verbunden das Leiden der Betroffenen. Aus dieser Sicht wird ein militärisches Eingreifen für notwendig erklärt, ein kultureller oder ethnischer Konflikt als unlösbar deklariert. Dabei mangelt es an einer konkreten historischen und sozialen Erklärung des Konfliktes. Interessengruppen - politische oder ökonomische - benutzen den Begriff Kultur als Deckmantel, um soziale Gruppen vom Zugang zu den Ressourcen auszuschliessen. Die einen führen biologische Gründe dafür an, andere greifen geistige oder metaphorische Argumente auf. So sprechen sie über die schweizerischen Werte, die schweizerische Kernkultur, die kulturellen Wurzeln der SchweizerInnen. Wie wenn wir nicht wüssten, dass die hegemonialen Diskurse, bestimmt von hegemonialen

Gruppen, auch die hegemonialen «Referenzen» und «Identitäten» in jeder Gesellschaft bilden. Oder haben wir das vergessen?

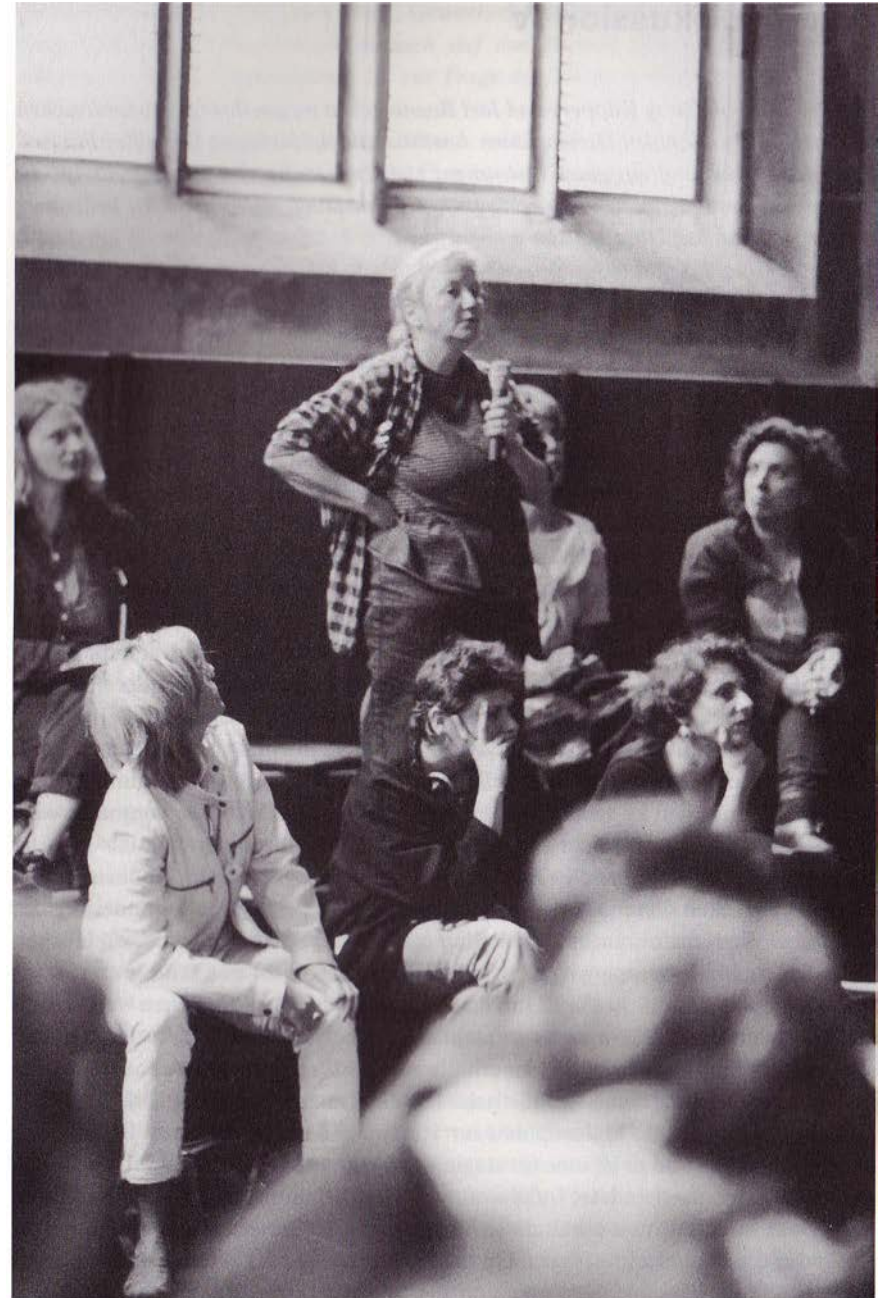
Sind wir uns bewusst, was Kultur ist? Kultur ist die Art und Weise, wie Personen die Beziehungen zwischen sich und anderen Personen und der sozialen Umgebung aufbauen. Damit ist Kultur ein permanenter Prozess, Kultur bleibt nie statisch, bewegungslos. Und etwas ist noch wichtig zu erinnern: Personen tragen die Kultur nicht unter der Haut, auch nicht als eine Information, die in ihren Chromosomen steht. Kultur ist ein gesellschaftlicher Aufbau. Und wenn wir immer noch versuchen, ein schwarzes Mädchen, das in der Schweiz geboren ist oder lebt, mit einem Plakat auf der Stirn zu sehen als Trägerin der sogenannten afrikanischen Kultur, ist unser Blick blind, um die Bewegung dieser Welt zu sehen und zu verstehen. So können wir bewusst oder unbewusst zu Mitgliedern der neuen Rechten werden, die mit vollem Engagement die Reinheit der Kultur, der hegemonialen Kultur, verteidigt.

Chancengleichheit und der Differenzdiskurs

Geben wir uns an diesem Frauen-Forum Zeit, nachzudenken, ob die Forderung nach Chancengleichheit - wo stehen wir Frauen eigentlich als wirtschaftlicher Faktor oder mit den Worten von Foucault gesprochen, als «strategisches Dispositiv» -mehr als ein moralischer Appell ist. Ob die Sichtbarmachung ungleicher Chancen durch die Gleichstellungspolitik die historische, ökonomische und politische Positionierung von allen Frauen ermöglichen kann. Denken wir zusammen nach. Chancengleichheit für wen und mit wem? Mit oder ohne unsere Mitbestimmung? Bezieht die Chancengleichheit Frauen mit und ohne Migrationserfahrung ein?

Die lateinamerikanischen, autonomen Feministinnen sagen, dass wir Frauen mit schärferen Augen die Chancengleichheit untersuchen sollten. Viele von ihnen haben die These aufgestellt, dass Massnahmen zur Chancengleichheit zu Bürokratisierung und Institutionalisierung der feministischen Bewegung geführt haben.

Geben wir uns deswegen auch Zeit, über die folgende Aussage von Julieta Kirkwood, einer Feministin aus Chile, nachzudenken: «Die Frauenbefreiung ist nicht einfach ein Problem, das man dadurch löst, dass man diejenigen, die noch nicht drin sind, mit ins Boot nimmt. Denn es reicht nicht, die Mauern der eigenen Wohnung einzureissen, um teilzuhaben an Gesellschaft und Öffentlichkeit und sich Horizonte zu schaffen. Feministinnen lehnen die Möglichkeit ab, nur den Fahrplan und die Rollen ein bisschen an die aktuell herrschende Ordnung anzupassen, denn das wäre nichts anderes als sich in eine Umwelt hinein-zuzwängen, die von Männern und Männlichkeit bereits definiert wurde. Die Teilhabe von Frauen an der Welt bedeutet für die feministische Bewegung einen die Welt selbst verändernden Prozess. Es handelt sich in diesem Sinne um eine Welt, die erst noch aufgebaut werden muss, und das kann nicht geschehen, ohne die alte zu zerstören.»



Forumsdiskussion IV

Die Referate von Gaby Küppers und Jael Bueno geben wegen ihrer aussenpolitischen und ihrer internationalen Dimensionen Anstösse zur Beleuchtung folgender Fragen:

1. Ist Mainstreaming ein gutes Instrument zur Umsetzung von Gleichstellung? Ist Mainstreaming eine diskursive Möglichkeit, um Dinge nicht mehr zu benennen, oder eher Anlass, Dinge wieder zu benennen?
2. Ist weiterhin auf Quoten zu setzen?
3. Bedroht eine Neuauflage des MAI (Multilaterales Investitionsabkommen der WTO) im nächsten Jahrhundert das bisher Erreichte?
4. Wie kann dem gegenwärtigen Diskurs über die «kulturelle Differenz» entgegengewirkt und dem Verständnis von Kultur als einem gestalterischen Prozess dynamischer Beziehungen Gültigkeit verschafft werden? Welche Bedeutung kommt dieser Diskussion unter dem Aspekt der Geschlechterdifferenz zu?

Im ersten Teil wird vor allem die Bedeutung des Mainstreaming diskutiert.

Stella Jegher: Es gibt ein paar Missverständnisse, wie wir Mainstreaming verstehen möchten. Auf Deutsch meint Mainstreaming Chancengleichheit oder Geschlechterpolitik als Querschnittaufgabe und dass diese Dimension in alle Programme, alle Organe, in alle Strukturen und Kulturen einfließen muss. Wir dürfen nun nicht sämtliche Fehler des Systems dem Mainstreaming anlasten, das wäre zu sehr verallgemeinert. Mainstreaming ist eine Strategie, die wir sehr genau von anderen Strategien unterscheiden und mit ihnen kombinieren müssen. Es ist eine Strategie, die innerhalb von Institutionen eingesetzt werden kann, d. h. vorausgesetzt, dass Frauen bereit sind, sich auf diese institutionelle Politik einzulassen. Es geht darum, an konkreten Zielsetzungen zu arbeiten, wie die Geschlechterverhältnisse verändert werden könnten. Das ersetzt nicht andere Pfeiler einer feministischen Politik - also die Veränderung des Systems als Ganzes -, es setzt sie sogar voraus. Mainstreaming macht keinen Sinn ohne Quoten, es macht keinen Sinn ohne eine Veränderung des politischen Systems, es macht keinen Sinn ohne eine Veränderung der gesetzlichen Grundlagen. Mainstreaming ist nicht ein Ziel, das wir als solches kritisieren sollten, und ich glaube, das macht die EU in ihren eigenen propagandistischen Veröffentlichungen auch falsch. Für uns muss es nicht als Ziel betrachtet und diskutiert werden, sondern als eine Strategie, die innerhalb von Institutionen angewendet werden kann, die aber niemals eine feministische Politik ersetzen soll oder kann.

Es gibt jetzt die ganzen Philosophien zur Steuerung der Politik und zu Indikatoren und Kennzahlen, und es ist eine Strategie von Feministinnen, das zu nutzen und zu sagen: «O.k. wir machen jetzt Indikatoren zu Gleichstellung, machen Statistiken, in denen das Geschlechterverhältnis sichtbar wird.» In diesem Sinne macht Mainstreaming die Geschlechterfrage nicht unsichtbar, sondern es ist ein Instrument, mit dem gerade die Geschlechterfrage und die scheinbare Neutralität aller Politiken und Programme sichtbar gemacht werden kann.

Die im Verein Quoteninitiative aktive Gewerkschaftssekretärin Natalie Imboden bezieht sich in ihren Ausführungen auch auf das Referat von Barbara Schaeffer-Hegel und die Forumsdiskussion III zur Frage der Macht innerhalb der politischen Institutionen:

Natalie Imboden: Es wurde gesagt, Frauen sollten alle politische Macht übernehmen. Es ist nicht das Problem, dass die Frauen nicht wollen und sie keine Ideen und Konzepte hätten, was sie mit dieser Macht wollen. Das Problem ist, dass sie nicht zu diesen Schaltstellen hinkommen - mit wenigen Ausnahmen. Es sind die Barrieren, die Frauen im Weg stehen und die sie hindern, sich an dieser politischen Macht zu beteiligen. Ich finde auch nicht, dass sich die politische Macht nur auf linke Frauen beschränken soll. Im Sinne der Differenzen, die sich zwischen uns Frauen manifestieren, muss politische Macht für Frauen unabhängig von ihrem politischen Hintergrund zugänglich sein. Es stellt sich daher nicht die Frage, ob linke Frauen oder rechte Frauen. Ich will die rechten Frauen statt der rechten Männer haben. Die Barrieren, die Frauen auferlegt werden, könnten mit dem Instrument der Quoteninitiative ausser Kraft gesetzt werden. Dieses politische Projekt, das schon vor längerer Zeit begann und im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen soll, bezweckt, dass 50% der Positionen mit politischer Macht auf institutioneller Ebene national, also im Parlament, in der Exekutive, aber auch beim Bundesgericht, von Frauen besetzt sein sollen. Die Quoteninitiative ist nicht ein Ziel - ebensowenig wie das Mainstreaming als Ziel bezeichnet werden sollte -, sondern ein Instrument, und es ist wichtig, dass wir hier unterscheiden zwischen Ziel und Instrument. Zur Quoteninitiative als Instrument müsste eine breite Debatte stattfinden, nicht nur zwischen den linken Feministinnen und den Männern rechtsausen.

Anny Hefti-Misa, Psychologin, Mitinitiantin des Babaylan-Netzwerkes der Filipinas in der Schweiz, verbindet in ihrem Votum die Mainstreaming-Diskussion mit der Frage der kulturellen Differenzen. Sie nennt ein Beispiel, wie auf den Philippinen mittels Mainstreaming die von der Regierung eingesetzte Kommission für Frauenfragen die Beschlüsse der UNO-Konferenz von Beijing basisorientiert umzusetzen sucht:

Anny Hefti-Misa: Mit Comics wird aufgezeigt, was gender, gender sensitivity ist. Mit diesen Comics können auch ganz andere Frauen erreicht werden, solche, die nicht an Konferenzen und Meetings gehen. Frauen, die beim Waschen, Kochen usw. diese Comics lesen könnten. Ich selber komme zwar an solche Konferenzen, aber wenn ich zurückgehe ins Emmental, wo ich wohne, ist das für die Bäuerinnen da sehr fremd. Sie fragen mich: «Warum gehen Sie nach Zürich, Frau Hefti?» Diese Frauen müssten wir doch erreichen. Wir diskutieren hier über den Kopf, aber wie können wir konkret das Leben unserer Nachbarinnen verbessern? Mainstreaming geschieht auf mehreren Ebenen. Erstens auf der persönlichen Ebene: Ich selber als Individuum muss meine Sensibilisierung hinsichtlich gender issues verstärken. Dann überzeuge ich meine Freundinnen, damit sie meine Einsichten nachvollziehen können. Dann kommt die kollektive Überzeugung auf Organisationsebene - ein langsamer Prozess. Auf sozialer Ebene ist es dann systemisch, denn wir können nicht nur unter uns Frauen Mainstreaming betreiben, sondern auch bei den wichtig-

sten Personen um uns herum. Das bedeutet konkret, dass in Mainstreaming und gender issues auch mein Mann, meine Kinder einbezogen werden müssen, alle, überall. Von der sozialen Ebene geht es schliesslich zur politischen Ebene: Auch die Männer müssen einbezogen werden. Das ist mir wichtig, auch im Zusammenhang mit den kulturellen Differenzen, denn Geschlechterdifferenzen sind auch Differenzen. Und Differenzen müssen wir übersetzen. Ein weiterer Punkt ist der Zugang zu den Ressourcen. Für uns Migrantinnen ist die Tür zu euren Kommissionen und Institutionen verschlossen. Wir müssen diesen Zugang zu den Ressourcen besser organisieren. **Regula Frey-Nakonz:** In der EU geschieht, was häufig geschieht: Ursprünglich feministische Vorstösse und Konzepte werden vereinnahmt und umdefiniert. Eigentlich ist es unsere permanente Aufgabe, diese Inhalte und Begriffe wieder zurückzuerobern. Wir hatten ein ähnliches Problem der Definitionsmacht mit dem Gender-Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit - in diesem Bereich bin ich vor allem tätig - Ende der achtziger Jahre, Anfang neunziger Jahre. Der Gender-Ansatz ist eigentlich der Vorläufer des Mainstreaming. Mainstreaming ist alter Wein in neuen Schläuchen. Ich bin froh, dass es immer wieder neue Wörter gibt, damit wir neue Attraktivität erhalten. Das Ziel des Gender-Ansatzes damals war die Frauenförderung und diese Frauenprojekte in der Entwicklungszusammenarbeit aus ihrer Marginalisierung zu holen, vor allem was die Ressourcen anbelangt. Statt dessen sollten die gesamtgesellschaftlichen Strukturen geändert werden. Ein Beispiel dafür: Anstelle einkommensschaffende Projekte zu finanzieren, könnte man sich um frauenfreundliche Staatsbudgets kümmern. Dazu wurden zwei zentrale Strategien entwickelt. Eine Gender-Politik sollte in alle einzelnen Bereiche einfließen, und zugleich sollten auch die Männer eingebunden werden in das Anliegen, Gleichstellung zu erreichen.

Es passierten ähnliche Dinge in der Entwicklungszusammenarbeit damals wie jetzt in der EU. Das Geschlechterverhältnis wurde ignoriert, man ging davon aus, dass Frauen und Männer harmonisch zusammenarbeiten können. Frauenprojekte wurden als altmodisch verpönt, und da die Gleichstellung zur Querschnittsaufgabe wurde, wurden auch fast alle Frauenprojekte gestrichen. Inzwischen ist die Rückeroberung des Gender-Begriffes aber geglückt. Ich habe den Eindruck, dass sich der Machtdiskurs nun durchgesetzt hat in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Gender-Politik soll nun in alle Bereiche einfließen, aber gleichzeitig ist auch die Einsicht zum Mainstream geworden, dass nicht auf Gender-Fachkompetenz und frauenspezifische Massnahmen verzichtet werden kann. Der Gender-Mainstreaming-Ansatz ist in der Entwicklungszusammenarbeit insofern ein radikaler Ansatz, weil der Fokus nicht mehr nur auf dem Produkt ist, es also nicht nur darum geht, wie wir gendersensible, frauenfreundliche Projekte machen. Der Blick wird auch zurück auf die Produktionsstätte geworfen, d. h. wie reorganisieren wir die Organisationen, die Institutionen, damit sie überhaupt in der Lage sind, Instrumente zu entwickeln, damit die gewünschten Produkte entstehen können. So verstanden

80 ist der Mainstreaming-Ansatz nicht nur etwas, was die Regierungen implementieren

können, sondern auch die Nichtregierungsorganisationen. In der Entwicklungszusammenarbeit bedeutet das einen Vorteil, weil dadurch endlich einmal der Blick zurückgeht auf die eigene Gesellschaft und damit die Gleichstellung nicht nur an die Entwicklungsländer delegiert wird.

In der EU gibt es eine ganz andere Definition von Mainstreaming, nämlich die des Europaparlamentes. Politischer Wille und gleichstellungspolitische Strukturen sind die Voraussetzung, um Mainstreaming erreichen zu können.

Der zweite Teil der Forumsdiskussion dreht sich um das von Gaby Küppers erwähnte MAI, das «Multilaterale Abkommen über Investitionen», über das seit 1995 im Rahmen der OECD, in der die Schweiz auch Mitglied ist, hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Nationalrätin Christine Goll will diesbezüglich in Bern intervenieren. **Christine Goll:** Es ist international organisierten NGOs und BürgerInnen-Initiativen zu verdanken, dass Transparenz hergestellt wurde: Eine BürgerInnen-Initiative hat das MAI im Internet publiziert. Der Vertragsabschluss war bereits geplant für 1998, dann wurde er zuerst verschoben, dann sistiert. Nicht zuletzt dank des Widerstandes starb dann das MAI, zwar nicht endgültig, aber zumindest im Rahmen der OECD. Jetzt ist es bereits wieder so, dass es durch die Hintertüre reingezügelt wird, wie wir erwartet hatten. Was tut sich in Bundesbern dazu? Relativ wenig. Wir haben versucht, immer wieder kritische Fragen zu stellen, und diese wurden vom Bundesrat immer wieder sehr lapidar beantwortet und die Beantwortung verschleppt mit dem Argument, das MAI existiere gar nicht mehr. Ich reiche im Sommer 99 eine Anfrage ein, um zu wissen, was im Rahmen der WTO läuft. Es ist klar: Wenn sich ein solches Regelwerk durchsetzt, können wir sämtliche Errungenschaften der Frauenbewegung, sämtliche Errungenschaften im Kampf um soziale Gerechtigkeit vergessen.

Gaby Küppers: Im Europaparlament tut sich bezüglich MAI derzeit gar nichts, weil niemand da ist, die oder der das tragen könnte. Die Vorbereitungen laufen in etwa so: In den letzten Monaten mussten die verschiedenen Mitgliedsländer der WTO, das sind inzwischen etwa 135, ihre Vorschläge dazu erarbeiten, worüber sie am 30. November in Seattle in der nächsten Welthandelsrunde zu verhandeln gedenken. Das werden sicher alle Länder tun, es spielt aber nur eine Rolle, was die USA und die EU vorlegen werden. Die USA möchten sektoriell vorgehen und nachher über das Verhandlungspaket abstimmen, die EU möchte ein Gesamtpaket schnüren, und dafür liegen die Vorschläge auch schon - zumindest der Presse - vor. Die EU-Kommission hat den Vorschlag geschrieben, und das EU-Parlament hat dazu so gut wie keine Kompetenzen, auch wenn es sich dazu äussern wird. Nun heisst dieser Teil des Paketes nicht mehr MAI, sondern «Verhandlungen über Investitionen». *Abschliessend hebt die Ökonomin Mascha Madärin nochmals die Bedeutung von Basisbewegungen und Frauenbewegungen in der Kampagne gegen das MAI hervor. Nach ihr bedeutet Mainstreaming: bei allen Fragen sagen, was es aus feministischer Sicht für das Geschlechterverhältnis bedeutet und wo die Interessen liegen.*

81

Mascha Madörin: Dieses Niederschmettern mindestens der OECD-Variante hatte nur Erfolg, weil es ein hochkomplexes Intervenieren von mobilisierten Netzwerken war bis hin zur französischen Regierung. Wenn nicht auch die französische Regierung interveniert und in der OECD opponiert hätte, wäre es sehr viel schwieriger gewesen, das MAI zu blockieren. Dies ist ein bis dahin noch nicht dagewesener Fall, bei dem alle Ebenen der Institutionen - und da haben überall Frauen eine zentrale Rolle gespielt - die Problematik zum Thema gemacht haben. Eine solche Verbindung zwischen Institutionen, trauen bewussten Frauen in Institutionen und breiten Bewegungen hat es zu einem solchen Thema noch nicht gegeben.



La parité en France: exemple d'un mauvais débat sur une bonne question

Je traiterai de la parité, puis des rapports entre la théorie et la pratique, c'est-à-dire de positions qui sont très souvent subthéoriques. Par subthéorique, j'entends des analyses, mais aussi des buts qui sont implicites dans les réflexions et les actions, féministes ou non, traitant des places respectives des femmes et des hommes dans la société. Ce côté implicite, non-dit, nous permet de croire qu'il existe un consensus quand souvent il n'y en a pas. Cela nous évite aussi de discuter des différences de visions, de *Weltanschauungen*, entre femmes quant à leurs intérêts. Il n'y a non plus en général de discussions sur les stratégies. La stratégie, c'est la façon dont on va de l'endroit où nous sommes, disons le point A, à l'endroit où nous voudrions aller: le point Z. Parler de stratégie est difficile car cela exige que l'on soit capable d'articuler le long terme et le court terme. La définition d'une stratégie exige donc:

- 1) de décider du but final, le point Z;
- 2) de définir l'articulation entre le long terme et le court terme: entre le but final et les petits pas qu'on fait pour y arriver;
- 3) de s'assurer que le court terme ne soit pas contradictoire avec le long terme.

Cet examen du long terme et du court terme peut imposer de remettre en cause non seulement certaines tactiques, mais également des choses que nous considérons comme des acquis. Pour moi le long terme c'est l'égalité entre tous les êtres humains, donc aussi l'égalité entre les femmes et les hommes. L'égalité entre les femmes et les hommes n'est pas l'égalité avec les hommes tels qu'ils sont, contresens souvent fait. En effet l'égalité entre les femmes et les hommes suppose que non seulement les femmes bougent, mais les hommes aussi.

Le débat sur la parité

Le débat sur la parité en France a commencé il y a dix ans. Il a été faussé pour différentes raisons:

- 1) il s'est focalisé sur *une* solution à *un* problème;
- 2) ce problème est limité et donc très pragmatique;
- 3) il est parti sur des bases théoriques et pratiques fausses, qui n'intègrent pas les acquis du féminisme et qui n'intègrent même pas les conventions internationales, comme la Convention pour l'élimination de toutes les discriminations à l'encontre des femmes qui a pourtant été ratifiée par la France en 1983.

Cependant le problème posé, celui de l'absence des femmes des instances politiques, a la capacité de soulever des questions intéressantes et même fondamentales, en par-

ticulier de forcer à définir ce que sont les femmes et donc ce que sont les hommes. Le débat français a évité cette question, faisant comme s'il savait ce que sont les femmes et ce que sont les hommes: comme'ils étaient des femelles et des mâles.

Pour les unes, les *paritaristes*, cette division de l'humanité du point de vue du rôle dans la reproduction est un «fait» incontestable et fondamental: à leurs yeux il fonde l'humanité, en lui permettant de se reproduire, et doit être pris en compte et inscrit dans la Constitution. Cette vue essentialiste des sexes et du sexe, c'est ce que les *anti-paritaristes* leur ont reproché: ni l'anatomie ni la physiologie ni les rôles reproductifs ne doivent jouer un rôle dans la vie politique, ont-elles dit, nous sommes tous également humains et également citoyens, et la «différence des sexes» ne doit pas être inscrite dans la base politique du pays, la Constitution. Cette réponse ne proposait aucune autre solution à l'absence des femmes, du domaine politique comme des autres aires de décision et de pouvoir; et que sous prétexte d'ignorer la «différence des sexes», elle ignorait la différence de genre. Or le genre est précisément la constitution de deux groupes non seulement différents mais opposés, hiérarchisés, et exhaustifs: qui englobent toute la population. Pour les *féministes radicales*, le sexe ne joue donc aucun rôle dans l'affaire: il s'agit d'une construction sociale arbitraire, dont le but est de constituer un groupe inférieur et - par conséquent - un groupe supérieur. Que le genre, et donc le sexe, c'est-à-dire l'importance qu'on lui donne, soient des constructions sociales, n'enlève rien à leur réalité.

Les anti-paritaristes françaises, elles, qui ne veulent pas être soumises au «sexe» tout en refusant de voir le genre, ne voient donc rien que des individus différemment constitués, ce qui ne devrait faire aucune différence. Et elles/ils pensent qu'il suffit de décréter que cela ne doit faire aucune différence pour que cela n'en fasse pas. Mais si le sexe est effectivement un trait physique qu'une société peut choisir de prendre en compte ou de ne pas prendre en compte, le genre n'est pas le sexe. Le genre est construit par la société et il a une existence plus réelle, contrairement aux apparences, que le sexe. Le genre ne peut cesser d'exister que s'il est détruit. Ce n'est pas un hasard si les anti-paritaristes n'ont pas parlé de genre: c'est que parler de genre implique que l'on considère sérieusement cette hiérarchie comme une construction qui comme toutes les structures sociales est reconstruite jour après jour, avec l'assentiment et même la participation de tout le monde.

Au terme d'un long débat la France a accouché d'un amendement de la Constitution qui ne sert à rien, qui va encore moins loin que la Convention ratifiée en 1983 et qui laisse intact le problème de sa mise en oeuvre parce que tout ce que cet amendement dit c'est que la loi favorise l'égalité d'accès des femmes et des hommes aux fonctions électives. Or ces lois ne pourront favoriser quoi que ce soit que du moment où elles seront passées: tout le travail reste à faire. Tout ce débat sur la parité est un débat typiquement français, qui consiste à tourner longuement en rond pour parvenir à rester sur place tout en s'agitant beaucoup.

Questions sur l'égalité et l'inégalité

Je traiterai donc des différentes visions de ce qui pourrait constituer l'égalité. A un niveau analytique j'ai fait une typologie des diverses positions sur les questions de l'égalité. Il ne s'agit pas de positions effectivement défendues par certains groupes, mais de ce qu'on peut déduire de leurs positions. Cette typologie permet de classer les propositions et donc d'examiner dans quelle mesure elles contribuent à quel but: à quelles stratégies elles correspondent.

Le modèle de l'équivalence:

Ce modèle est mis en avant par les différentalistes, qui veulent «rehausser» le statut des femmes en rehaussant leur rôle traditionnel. On ne change pas la division du travail social, au sens de gesellschaftliche Arbeitsteilung, mais on fait remonter - dans l'ordre des valeurs, du prestige, de la reconnaissance sociale - le rôle traditionnel des femmes. Analyse sous-jacente et implicite: les rôles des femmes et ceux des hommes sont dictés par la nature, les femmes et les hommes ont des tempéraments et des aptitudes différents, mais l'un ne vaut pas mieux que l'autre, et les deux doivent être également valorisés par la société. But (Z): revaloriser la «sphère féminine».

Le modèle de l'équité:

Les femmes doivent avoir accès à tout, sans perdre leurs caractéristiques féminines de tempérament et d'aptitudes et sans perdre leur prééminence dans les rôles sociaux associés à ces qualités. Analyse sous-jacente: les femmes et les hommes sont légèrement différents, et leurs sphères d'activité se ressentent de ces différences, mais la cloison entre les deux n'est pas étanche; cependant chaque sexe est «plus doué» pour un type d'activité que pour un autre; mais en vertu de l'appartenance des deux à l'espèce humaine, ils doivent avoir, dans la mesure de leurs «qualités» et donc aspirations spécifiques, des chances égales. But (Z): la loi ne doit pas interdire des domaines d'activités sur la base du sexe, mais elle doit permettre aux femmes d'entrer dans tous les domaines, compte tenu de leurs spécificités. C'est la logique de la conciliation travail-famille, conciliation recommandée pour les seules femmes, car les femmes sont les premières concernées par les enfants: c'est à la femme qui s'y intéresse le plus, et celui qui est le plus doué pour s'en occuper.

Le modèle de l'égalité:

Cette position serait celle des féministes radicales, et est celle qui est incorporée dans certains documents internationaux qui se basent sur la philosophie des droits humains. La logique des féministes radicales leur fait considérer les différences entre femmes et hommes comme historiques, créées par l'oppression et la subordination. Recommandation: éliminer toutes les situations oppressives ou résultant de l'oppression. But (Z): égalité entre tous les êtres humains.

On voit que ces trois positions idéal-typiques, se prononcent explicitement ou *implicitement* sur la question «sexe et genre»: qu'est-ce qui est du ressort du sexe,

qu'est-ce qui est du ressort du genre, de la construction sociale? Du même coup, elles prennent parti sur ce qui constitue ou non une oppression, et donc une inégalité, car une inégalité est une différence non-légitime. Par exemple, pour l'équivalence, le fait de la division du travail n'est pas oppressif en soi, ni inégalitaire: c'est une spécialisation naturelle. Le problème ne réside donc pas dans la division du travail, mais dans la valorisation de chaque sphère. Pour l'équité, la division du travail est aussi naturelle. Mais elle ne doit pas être imposée par la loi, et ne doit pas empêcher les gens d'avoir accès à tous les postes et responsabilités. Dans cette configuration (équité), il y a un conflit entre les aptitudes naturelles des deux sexes et le credo démocratique d'égalité d'accès, d'où la recommandation de la conciliation: la nature des femmes et des hommes, qui fait que les unes veulent des enfants et s'en occuper (ce qui est bon pour la famille), défavorise les femmes sur le marché du travail rémunéré. Il faut donc mitiger, corriger dans une certaine mesure ce qui est vu comme un «handicap» naturel: du aux natures différentes des femmes et des hommes, à la nature donc.

Dans ces deux positions, équivalence et équité, il y a une continuité entre la nature et la culture, entre le sexe et le genre. Ce qui constitue l'oppression est, pour l'équivalence la non-valeur donnée à la sphère féminine d'activité qui découle de la nature féminine, et pour l'équité, le fait que la loi ou les mœurs, au nom de leur plus grande aptitude pour les affaires familiales et privées, pénalise les femmes sur le marché du travail et dans le domaine public en général.

Pour la position féministe radicale, avec l'analyse en termes de genre, il y a discontinuité entre la nature et la culture. Les différences anatomiques ou physiologiques liées au sexe ne sont pas considérées comme en soi importantes: pas plus importantes que les différences entre deux individus de même sexe. La société sait traiter de façon égale des individus ayant des morphologies et des physiologies très différentes, ainsi que des aptitudes physiques ou mentales très différentes, et il n'y a pas de raison pour qu'elle considère autrement les différences dites sexuelles. En revanche, les différences qui comptent dans cette analyse sont les différences sociales - au premier rang desquelles justement l'importance démesurée accordée par nos sociétés au «sexe» anatomique et à ses soi-disant conséquences fonctionnelles. Dans cette analyse, il n'existe pas d'aptitudes ou d'aspirations différentes fondées en nature entre les femmes et les hommes. Ces goûts et ces «talents» font partie de la construction sociale, du genre.

Seule cette analyse peut déboucher sur une véritable égalité. Cependant, la mise en oeuvre des principes qu'elle contient est extrêmement difficile. D'abord parce que, contrairement à la position de l'équité, que l'on retrouve en filigrane dans les arguments des anti-paritaristes, pour une position féministe radicale il est fondamental non seulement de défaire les différences de genre, mais d'abord de les trouver, de les repérer, ce qui signifie la plupart du temps de démontrer qu'elles sont cela: des différences de genre, et non de sexe, de culture et non de nature.

Alors que pour la position de l'équité - position libérale - il suffit de ne pas prendre en compte le sexe pour que tout le monde soit traité également. Il suffit que la loi n'interdise rien expressément sur la base du sexe pour que les deux sexes soient traités également. C'est la position d'Elisabeth Badinter par exemple. Pour la position radicale ou du genre, le genre a une existence, incorporée dans la division du travail, et constitue donc toute une organisation sociale. Ne pas prendre celle-ci en compte, c'est la laisser se perpétuer. Pour la détruire, il faut étudier cette organisation sociale, dans le détail, dans toutes les façons et les endroits où elle fonctionne. Dans le même esprit les documents des Nations Unies exigent que l'inégalité soit étudiée pour être attaquée.

Histoire de ces conceptions dans les luttes féministes

Je pense depuis un certain temps que des directions différentes peuvent être prises et ont été prises concernant la situation des femmes, historiquement, et que ces directions sont liées, d'une façon qui n'est pas toujours évidente, aux courants des mouvements féministes. C'est pourquoi je parle de positions idéal-typiques, qui se déduisent des actions réalisées ou proposées plus que des idéologies explicitement annoncées. Et que ces positions non seulement ne vont pas dans la même direction, mais peuvent aller dans des directions contraires.

Or on pense souvent que tout le monde sait ce qui est féministe, ou ce qui est «bon pour les femmes». Quand cela change - et cela change - les grands médias, ce qui parvient au public, ne répercutent pas ce changement de paradigme. Ainsi, on est passé d'une vision qui considérait les interdictions de travail de nuit comme bénéfiques pour les femmes à une position qui les déclare nuisibles aux femmes - sans que le changement de philosophie sous-jacente soit souligné. Sans non plus, du même coup, que l'on reconnaisse qu'il y a une philosophie dessous, et que l'on examine si elle informe d'autres lois existantes ou d'autres recommandations.

Un exemple de cette attitude est donné par le Parti communiste français, qui en 1995, dans un grand aggiornamento, a décidé d'abandonner la classe ouvrière comme objet privilégié de ses soins, et la révolution comme but, et s'est proclamé : humaniste. Mais pas seulement : il s'est déclaré humaniste et féministe, ce qui démontre assez que pour le P.C., comme pour d'autres, «humaniste» ne se réfère qu'aux hommes et non à l'humanité entière. Le P.C. se préoccupe donc des femmes, ses élues-femmes posent sans arrêt des questions au Parlement. Elles n'ont pas pris la peine d'étudier le féminisme, ni comme mouvement ni comme ensemble d'études : pour être féministe à leurs yeux, il suffit apparemment d'être «pour» les femmes. Cette attitude montre que ce qui est présupposé, c'est que tout le monde sait «ce qui est bon pour les femmes». C'est comme le bien pour les Chrétiens : tout le monde ne veut pas le faire, mais tout le monde sait en quoi il consiste.

La situation matérielle des femmes en France

En tant que féministe radicale, je pense que l'oppression des femmes, comme toutes les oppressions, n'est pas gratuite. Qu'elle a un but : l'exploitation. La moitié des femmes en France travaillent à l'extérieur, et plus des trois quarts si on considère la tranche d'âge 25-49 ans, et la plupart comme salariées. Leurs carrières de travail sont moins interrompues qu'elles ne l'étaient il y a dix ans - elles travaillent de façon plus continue. Elles occupent les postes les plus bas et sont majoritaires dans les secteurs les moins bien payés. La différence moyenne entre les salaires des femmes et des hommes est de 30%. Quand on analyse cette différence il reste un résidu allant de 7 à 12% qu'on ne peut analyser en termes structurels et qui est donc dû à la discrimination pure et simple. Ces chiffres sont établis sur les salaires horaires de travailleuses à plein temps. Il y a 15 ans, le temps partiel n'existait pas en France, aujourd'hui, le quart de la force de travail est à temps partiel, et les femmes constituent 85% de cette force de travail. Or, non seulement les travailleurs à temps partiel gagnent moins que les travailleurs à temps complet, mais même leur salaire horaire est moindre. De plus, les femmes n'ont pas des carrières de travail aussi longues que les hommes, car elles continuent de s'interrompre pour les naissances. On ne sait pas combien restent «au foyer» toute leur vie : il est probable que peu de femmes ne travaillent jamais au-dehors et que la population des femmes «sans profession» est faite des ces femmes qui entrent et sortent du marché du travail selon leurs «obligations familiales». Le résultat, c'est que, soit parce qu'elles sont moins bien payées, soit parce qu'elles travaillent moins d'heures - par force ou par choix - soit parce qu'elles ne travaillent pas pendant des années entières - là aussi par force ou par choix - les femmes considérées comme un ensemble ont des revenus propres bien moindres que ceux des hommes. Ceci se voit de façon dramatique au moment de la retraite. Aujourd'hui les retraites des salariés sont en moyenne de 3000 FF par mois, alors que celles des salariés hommes sont du double.

Les femmes, qu'elles travaillent au-dehors ou non, font la plus grande partie des tâches ménagères. Celles qui travaillent au-dehors y passent une heure de moins que celles qui sont «au foyer». La participation des hommes aux tâches ménagères s'est accrue en dix ans - entre deux enquêtes emploi du temps - de onze minutes par jour, qu'il faut contraster aux quatre heures de moyenne des femmes. Je m'arrête là, parce que ce tableau est d'une grande banalité.

L'habitude est de comparer les divers pays européens en faisant ressortir les différences entre les pays. Mais à mon sens, ces différences ne sont pas très grandes, comparées aux ressemblances. Dans tous ces pays, les femmes effectuent le travail domestique gratuitement et sont exploitées par leur mari ou conjoint. Dans tous ces pays, elles doivent : soit aller au bout de leurs forces physiologiques, en faisant une double journée, en ajoutant un travail extérieur au travail domestique, pour gagner, en travaillant 12 à 14 heures par jour, la moitié de ce que gagne leur conjoint en travaillant 8 heures, pour être relativement indépendante de lui - relativement seule-

ment, car la contribution monétaire principale aux frais du ménage, la seule prise en compte, est celle de l'homme; soit renoncer à toute autonomie financière, donc à toute autonomie tout court; soit encore, vivre seules, et donc indépendantes, mais au prix de la pauvreté. Dans tous les pays, les choix des femmes sont des mauvais choix parce que toutes les alternatives sont mauvaises.

Par rapport à ce tableau, qui est connu, quelles sont les directions possibles, et les directions prises? Ou plutôt, quelles sont les conséquences, les implications prévisibles des différentes philosophies de l'égalité et de la différence et des différentes politiques qui s'en inspirent ou les mettent en oeuvre sans s'en inspirer?

Les mouvements féministes: ni unanimes ni univoques

La vision des mouvements féministes comme unanimes et univoques est fautive, ainsi que l'idée que tout le monde sait ce qui est bon pour les femmes. On sait, que ce soit pour la France ou pour les Etats-Unis, et probablement pour les autres pays industrialisés, que des débats politiques ont eu lieu entre une attitude protectionniste et une attitude égalitariste par rapport au travail salarié des femmes. La première a gagné pendant longtemps et était impulsée et en tous les cas approuvée par une grande partie des mouvements féministes.

Les recommandations de nos Etats, en tous les cas de l'Etat français, formulées pour la conférence de Beijing, vont dans le sens qui inspirait les politiques protectionnistes, celui de l'équité. Ce qui est recherché par ces politiques, ce n'est pas l'égalité, mais *plus d'égalité*. Or un plus, appliqué à tout autre mot: chocolat par exemple, veut vraiment dire plus. Mais appliqué à l'égalité, il ne veut pas dire *plus*, ni *moins* non plus d'ailleurs, car l'égalité ne saurait être plus ou moins. Puisque c'est une contradiction dans les termes, plus d'égalité veut dire: pas d'égalité. La non-égalité justifiée, méritée, c'est cela l'équité. Ce que l'Etat français prévoyait dans son rapport et prévoit toujours dans ses actes, c'est un sort différent pour les femmes et les hommes. Il prévoit la reconduction de la situation existante. C'est ce qui s'appelle la conciliation famille-travail. Il ne faut pas que les femmes soient totalement découragées de travailler au-dehors, mais il ne faut pas non plus qu'elles cessent de faire le travail domestique gratuit. C'est à la lumière de cet impératif ou se reconnaissent tous les hommes, tous partis confondus, et toutes classes confondues, car c'est dans l'intérêt et des travailleurs en tant que maris, et des patrons en tant qu'employeurs, qu'il faut considérer l'importance que revêt, dans le débat, la nécessité que «les femmes restent des femmes», que les femmes «restent féminines». Il est fondamental en effet, que les femmes continuent d'avoir un profil moins ambitieux que les hommes, soient plus qu'eux motivées par l'amour et les sentiments. Car c'est le *quid pro quo* qu'on leur propose: moins riches certes, mais ce n'est pas à l'argent qu'elles tiennent, mais à leur famille. Les hommes ont une famille gratuitement et même une famille qui leur rapporte. Mais si les femmes ne remplissent pas le rôle féminin, soit elles ne trouveront pas d'homme, soit celui qu'elles ont trouvé les abandonnera pour une autre plus docile. Sans même vouloir plus

une famille que les hommes, les femmes sont donc obligées de rester féminines, c'est-à-dire de manifester leur acquiescement aux règles du jeu. Revenons aux raisons pour lesquelles j'ai dit que les propositions de l'Etat français allaient dans celui de l'équité, i.e. d'une juste inégalité. Cette philosophie de la conciliation famille-travail, est-elle partagée ou non par les mouvements féministes? Dans la plupart des pays industrialisés, le courant jusqu'ici majoritaire des mouvements féministes demande vis-à-vis du travail l'égalité de traitement, mais aussi des conditions pour permettre aux femmes de travailler. Ces conditions sont - ou étaient, car cela fait des années que l'on n'en parle plus - des modalités de travail qui permettent aux femmes de concilier travail et famille. Dans les années 70, et encore aujourd'hui, à chaque fois que la question du travail des femmes se pose, celle des crèches et des horaires scolaires des enfants se pose, ainsi que celle des horaires de travail des femmes elles-mêmes.

Or, ce qui n'a pas été étudié ou tout simplement vu, par les féministes occidentales, c'est que leurs revendications ont été satisfaites, pendant un temps, dans un pays: la République démocratique allemande, RDA. Tous les enfants avaient une place en crèche ou presque. Et toutes les femmes travaillaient au-dehors: 90%. Leur sort était-il différent du nôtre? Non. Car elles avaient cependant à s'occuper comme les Occidentales du travail domestique, elles se plaignaient de la double et même de la triple journée. Leur distribution dans l'emploi était très semblable à celle qui règne dans les pays occidentaux: au bas de l'échelle. Et les raisons de la non-promotion des femmes données par les employeurs étaient les mêmes que celles données en Occident: les interruptions dues aux grossesses, leur manque de disponibilité pour des heures supplémentaires ou des formations, leur manque d'ambition, leurs absences pour les maladies des enfants. Dans ces raisons, on remarque que la moitié sont des «acquis»: les congés-maternité, et les congés pour maladie des enfants, ces «acquis» qui «permettent aux femmes de travailler». Elles en avaient d'autres: une journée entière par mois de congé payée supplémentaire - pour faire le ménage. Cela peut paraître caricatural: mais en Occident, c'est bien la même logique que celle suivie par les employeurs et l'Etat, qui disent, en France par exemple, suivre les vœux des femmes en leur laissant prendre leur mercredi - pour être avec les enfants.

Arriver à l'égalité en pourchassant l'inégalité

Tant que les aménagements du travail seront faits «pour les femmes», comme si elles seules avaient des enfants, comme si seules elles bénéficiaient du travail domestique, on leur fera payer cela. Mieux, c'est fait pour leur faire payer: c'est-à-dire qu'une exploitation en permet une autre. Le sous-paiement des femmes sur le marché du travail rend «logique» leur exploitation domestique; le fait que seules elles aient des «obligations familiales» fait qu'elles sont forcées d'accepter un rôle mineur et mal payé sur le marché du travail, accompagné d'une dépendance personnelle vis-à-vis de leur conjoint.

Or il y a là une résistance extraordinaire de toute la société: depuis les institutions les plus institutionnelles jusqu'aux individus, et presque autant de la part des femmes que de la part des hommes. La question de mesures qui rendraient obligatoire ou inévitable le partage du travail domestique et des soins aux enfants n'est jamais posée - sauf en Espagne, de façon rhétorique et limitée, et en Suède avec l'obligation pour les hommes de prendre le congé parental d'éducation. Tout le monde semble considérer qu'il s'agit d'un domaine privé, sur lequel il n'y a pas d'action possible sauf la négociation entre partenaires. Mais ces partenaires de vie, comme les partenaires sociaux, sont bien inégaux: et la négociation dans les couples, ne va pas très loin, quand elle ne se termine pas très vite.

L'inégalité des ces positions est pourtant en grande partie encouragée et déterminée par des politiques sociales, y compris des politiques qui se prétendent ou se croient bonnes pour les femmes: comme par exemple la création de crèches. A moi aussi cette revendication semblait aller de soi il y a encore dix ans: mais l'exemple de la RDA m'a montré qu'il faut être plus vigilante et même méfiante. Pour qui sont les crèches? Et donc à qui va-t-on les faire payer? N'est-ce pas une façon de ne pas poser la question du travail domestique ou plutôt d'y répondre: il faut trouver un substitut au travail de la femme du couple parental, ce qui signifie donc qu'il n'est pas question de le partager entre les conjoints.

Cette méfiance, il faut l'appliquer *mutatis mutandis* à toutes les mesures et structures existantes ou proposées. Ceci signifie que l'on revienne aux bases de la différence sexuelle, ou des sexes, ce qui est la même chose, quoiqu'en prétendent certaines. Mais d'abord il faut être sûres du but que l'on poursuit. Est-ce l'égalisation? Je dirais, à partir de la situation française, de l'exemple de l'ex-RDA, et des demandes des féministes occidentales, que souvent on a l'impression que certaines féministes ne souhaitent pas vraiment l'égalité, mais une espèce de développement séparé, d'égalité dans la différence, qui prend aujourd'hui le nom d'équité. Et que cette conception n'est pas une version «différente» de l'égalité, mais la perpétuation de l'inégalité. Dans les politiques mises en place comme en RDA, ou préconisées, comme en Occident, soit par les élus, soit par les féministes, on est dans la logique de l'équité, qui est aussi celle de différences, naturelles ou culturelles, entre les hommes et les femmes: les hommes plus intéressés par le travail ou le sport et les femmes par le couple et les enfants. Dans l'analyse en termes de genre, cette spécialisation n'est que le nom euphémique donné à un système d'exploitation des femmes, qui passe aussi par la construction d'une psychologie différentielle.

Il faut le prendre en compte le genre pour défaire les résultats de la division genrée, y compris de ce qui peut sembler du domaine des préférences individuelles, comme le peu de goût des filles pour les maths, ou le goût forcené des garçons pour les engins mécaniques et le bruit. La prise en compte du genre dans un but égalitaire informe la logique de l'action positive, par laquelle on considère qu'un groupe a été victime de discriminations présentes ou passées, et qu'il s'agit de les corriger. Par contre, dans cette démarche, les différences physiques ne doivent plus être considérées comme

des différences de groupe, des étiquettes, qui légitiment des traitements différentiels. Tout traitement différentiel est considéré comme un traitement discriminatoire, sauf s'il est une «discrimination positive»: destiné à corriger les effets ou les causes de la discrimination passée. Il s'agit donc de faire à tout moment la différence entre les différences: celles qui sont «naturelles», physiques, et celles qui sont culturelles.

Celles qui sont physiques doivent être traitées comme toutes les autres différences physiques que l'on rencontre dans une population. Tout le monde doit avoir les mêmes chances, par exemple les mêmes soins. Cela ne signifie pas, contrairement à ce que nombre de gens semblent craindre, que les femmes seront opérées de la prostate et les hommes soignés pour des maladies des ovaires. Après tout, nulle part on ne traite de la même façon quelqu'un qui souffre d'un ulcère d'estomac et quelqu'un qui a une fracture de la jambe. Les mêmes soins, cela veut dire les mêmes droits à être bien soigné, quelle que soit son anatomie. Tous les individus sont différents et l'égalité signifie que chaque personne a également droit à ce qui lui convient. Quant aux différences de genre, qu'on attribue au sexe, puisqu'elles ont été établies par un traitement discriminatoire et pour un traitement discriminatoire et avec des résultats discriminatoires, elles doivent être prises en compte: car les ignorer, comme le conseillent nos universalistes républicains, c'est les laisser jouer à plein. Mais elles doivent être prises en compte uniquement pour être détruites, tant dans leurs résultats que dans leurs origines. Car pour empêcher la discrimination, l'absence de discrimination actuelle ne suffit pas. Ainsi, ne pas discriminer contre les femmes quand, pour une promotion donnée, il n'y a pas de femmes candidates, ne donne aucun résultat: il faut remonter en amont, chercher pourquoi il n'y a pas de femmes candidates, et faire en sorte qu'il y en ait. La raison pour laquelle il n'y a pas de femmes candidates peut elle-même renvoyer à une autre, et ainsi de suite: il faut remonter la chaîne de la discrimination, qui est la chaîne de la construction du genre. Cette recherche doit être conçue comme une lutte active. L'égalité ne se décrète pas, dans une situation d'inégalité: l'inégalité est installée, et reconduite; elle doit donc être activement pourchassée, dans ses manifestations immédiates, mais aussi et surtout dans toutes ses racines - terme qui est la racine du mot «radicale».

Pour conclure, parvenir de A à Z exige que nous examinons si les mesures que nous preconisons pour améliorer le sort de toutes les femmes ne risquent pas de consolider la situation présente et d'empêcher des progrès futurs. C'est dans cette optique qu'il faudrait envisager non seulement ce que nous pouvons demander, mais même tout ce que nous «avons déjà» et considérons comme des acquis, mais qui sont souvent des acquis d'une vision de l'équité, contraire à l'égalité.

Bei genügender Anzahl Bestellungen wird der Text übersetzt.

Patricia Schulz

Directrice, Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes

Beaucoup de bruit pour rien - ou le débat français sur la parité.

Une comparaison avec la situation en Suisse de l'initiative 3 mars 1993 pour une représentation équitable des femmes dans les autorités fédérales'

Je dois admettre que je n'ai jamais compris les termes du débat français sur la parité, depuis son apparition en 1992, et que je suis parfois bien perplexe devant certaines approches théoriques et pratiques qui l'ont accompagné. J'ai choisi de faire quelques réflexions comparatives entre les systèmes politiques français et suisse pour expliciter mes questions. J'examinerai l'objet du débat, les organes visés, le type de démocratie, l'aspect numérique, le contexte historique, le contexte médiatique, le contexte juridico-philosophique et le sort fait aux projets, dans les deux pays.

1. Objet du débat: que visent la parité, respectivement l'initiative sur les quotas?

1.1. En France, il s'est agi d'inscrire dans la Constitution un complément à l'article 3, prévoyant que «La loi favorise l'égal accès des femmes et des hommes aux mandats électoraux et fonctions électives» et que les partis politiques «contribuent à la mise en oeuvre du principe énoncé au dernier alinéa de l'article 3 dans les conditions déterminées par la loi». Voici planté le cadre général du débat sur la parité.

Il y a eu plusieurs versions du texte de l'article 3, mais le débat s'est systématiquement concentré sur les fonctions électives.² Le flou demeure quant à l'étendue et aux modalités concrètes d'application de ces deux dispositions. Quelles mesures législatives prendra-t-on pour favoriser la parité? Quel est le rôle attendu des partis, leur financement public dépendra-t-il, et si oui dans quelle mesure, de leur action en faveur de l'égal accès aux mandats électoraux et aux fonctions électives? Le gouvernement s'est engagé, s'agissant de l'Assemblée nationale, à ne pas modifier son mode de scrutin actuel sous prétexte de réaliser la parité. On peut dès lors se demander comment il entend réaliser la parité avec un système majoritaire uninominal à deux tours, ou existe un seul siège par circonscription électorale.

Ces questions ne sont pas résolues, mais une chose est claire, l'article 3 de la Constitution française ne concerne ni l'exécutif³, ni l'administration ni le judiciaire, et nous verrons qu'il vi se des organes qui disposent, relativement, de peu de pouvoir.

1.2. En Suisse, selon l'initiative «Pour une représentation équitable des femmes dans les autorités fédérales» (Initiative des quotas dit aussi initiative du 3 mars 1993), le

but est d'inscrire dans la Constitution fédérale l'exigence de représentation équitable des femmes et des hommes dans tous les organes fédéraux: le gouvernement, les deux chambres du parlement, le Tribunal fédéral et l'administration fédérale. Il faudrait donc modifier plusieurs articles de la Constitution fédérale pour y parvenir. Les exigences quantitatives varient selon les caractéristiques de chaque organe, à savoir le nombre de leurs membres, leur mode de désignation (élection populaire, élection par le parlement, nomination par l'autorité exécutive ou administrative), la durée des fonctions, etc. L'initiative tient compte de la réalité, par exemple du fait que le gouvernement fédéral est composé de 7 membres et qu'on ne peut donc pas revendiquer une représentation arithmétiquement égale des femmes et des hommes.

2. Les organes visés: une question de pouvoir

2.1. En France, la parité vise exclusivement des organes électifs, c'est-à-dire des organes disposant de peu de pouvoirs (la fonction présidentielle étant implicitement exclue). D'une part, et c'est une constatation générale valable pour tous les pays, les Parlements ont perdu de leur pouvoir face aux gouvernements et aux administrations travaillant pour ces derniers. D'autre part, deux raisons plus françaises accentuent cette perte de pouvoir du parlement, le système institutionnel et le système des partis. Sur le plan institutionnel, la Constitution française attribue l'essentiel des compétences à l'exécutif, plus particulièrement au gouvernement - et par ce biais aussi à l'administration. Le gouvernement a l'initiative des lois, il dispose d'un pouvoir législatif et réglementaire très étendu, il fixe l'ordre du jour des deux chambres (ceci explique qu'il existe des milliers de propositions parlementaires jamais examinées), il peut soumettre un projet de loi selon la formule du «vote bloqué», obligeant ainsi les parlementaires à accepter le texte sans amendements; le gouvernement peut aussi poser la question de confiance à l'Assemblée nationale, c'est-à-dire forcer les parlementaires soit à le soutenir, soit à risquer une dissolution de l'Assemblée. De plus, le président dispose aussi de compétences limitant celles du parlement (droit de referendum et droit de déclarer l'état d'urgence). On assiste donc à une concentration du pouvoir dans les mains de l'exécutif (et de l'administration qui prépare les projets: les ministres passent, les fonctionnaires restent...), et enfin des tribunaux. Le parlement français est en résumé un de ceux qui ont le moins de pouvoir dans les pays européens, en raison de la répartition opérée par la Constitution entre le Parlement et le pouvoir exécutif.

Mais en plus, le système des partis renforce cette prédominance du gouvernement: en principe, la majorité parlementaire est supposée soutenir tous les projets du gouvernement issu de ses rangs. Cette discipline n'est peut-être pas aussi forte actuellement avec la «majorité plurielle», mais depuis 1962, la discipline de vote constitue dans l'ensemble une des caractéristiques du système français mis en place avec la Constitution de 1958 (V^e République).

Cette situation partisane se retrouve dans les assemblées élues au niveau régional et départemental, qui ne disposent de surcroît pas de pouvoir législatif, mais ont des attributions surtout administratives et financières, depuis la loi de décentralisation de 1982.

2.2. En Suisse, l'initiative des quotas vise tous les organes fédéraux, en particulier le gouvernement et l'administration, qui jouent en Suisse aussi un rôle croissant, au détriment de l'Assemblée fédérale. Celle-ci a cependant en raison du partage des compétences entre Parlement et gouvernement prévu dans la Constitution, une fonction beaucoup plus importante que son homologue français. L'Assemblée fédérale fixe son ordre du jour, elle dispose de l'essentiel du pouvoir législatif formel (le Conseil fédéral disposant d'un pouvoir législatif et réglementaire nettement plus réduit que le gouvernement français), elle élit les membres du gouvernement et du Tribunal fédéral⁴, elle ne peut être dissoute par le gouvernement - mais inversement, elle ne peut le renvoyer. Le système des partis joue aussi en faveur du pouvoir du Parlement: il n'existe pas en Suisse de coalition gouvernementale avec un programme commun, et conséquemment pas de discipline de vote. Le gouvernement ne dispose par conséquent pas d'une majorité «automatique» sur laquelle il pourrait s'appuyer et à qui il pourrait en pratique donner des ordres. Il doit construire sa majorité à chaque fois. Le pouvoir du Parlement est cependant limité par l'existence des droits d'initiative populaire et de référendum facultatif. Le corps électoral peut, grâce à l'initiative populaire en matière constitutionnelle, contraindre le Parlement à traiter de sujets qu'il n'a pas choisis. L'existence du référendum facultatif oblige le Parlement à faire des lois «konsensfähig», capables d'être soutenues par une majorité. Notons que cette contrainte au consensus s'exerce aussi sur l'administration fédérale et le gouvernement, qui préparent les projets de loi. L'existence du référendum facultatif influence donc fortement le processus législatif, bien avant la phase référendaire proprement dite. En comparaison, le gouvernement français (et son administration) sont beaucoup plus libres et peuvent préparer des projets de loi sans se préoccuper trop de leur acceptabilité, les limites étant dans une mauvaise application ou des phénomènes de rejet (grèves, troubles).

Contrairement à l'article 3 de la Constitution française qui englobe les 4 niveaux de l'Etat (national, régional, départemental et communal), l'initiative du 3 mars s'entient au niveau fédéral; elle respecte ainsi la souveraineté des cantons et veut éviter de cumuler les oppositions qui s'adresseraient aux quotas d'une part, à une atteinte à l'autonomie cantonale d'autre part.

3. Démocratie représentative et semi-directe

3.1. La Suisse connaît un régime de démocratie semi-directe, avec droit d'initiative populaire visant à modifier la Constitution fédérale et droit de référendum facultatif permettant d'attaquer «les lois et arrêtés fédéraux votés par l'Assemblée fédérale».

Le droit d'initiative a été utilisé pour proposer le système de quotas.

3.2. La France est pour l'essentiel une démocratie représentative, dans laquelle les citoyens et citoyennes élisent leur président et leurs représentants dans les assemblées élues. Ils ne disposent en tout cas pas de mécanismes pour provoquer de leur propre initiative des changements constitutionnels ou législatifs, même s'ils sont parfois consultés par voie de référendum, décidé par l'exécutif.

4. Aspect numérique

4.1. Dans le débat français, la parité, c'est le partage arithmétique du pouvoir: 50-50, sur la base du sexe - ce qui ne correspond du reste pas à composition de la population. Les quotas concerneraient tout ce qui serait inférieur à cette norme de 50% et seraient de ce fait inadmissibles. Je ne comprends pas pourquoi le débat français s'est concentré ainsi sur cette limite ni pourquoi une représentation inférieure à 50% serait par définition inacceptable. Les quotas sont perçus par beaucoup de gens comme humiliants, ce qui provient peut-être du fait que la France n'a pas l'habitude de quotas destinés à garantir représentation de certains groupes sociaux et qu'il n'existe ainsi pas de «culture» de la représentation par groupes, qui pourrait être utilisée par analogie.

4.2. En Suisse, la représentation équitable entre femmes et hommes, c'est le partage tendant vers 50%, mais différenciant cette arithmétique égalitaire en fonction de la disparité des organes visés. Les quotas sont l'instrument pour le but. Les quotas sont certes perçus par certains e-s comme humiliants, mais par beaucoup aussi comme un moyen de favoriser l'égalité, c'est-à-dire de créer les conditions matérielles de l'égalité: nulle humiliation ici, au contraire, et cela d'autant moins que nous avons l'habitude de quotas dans d'autres domaines. On peut donc raisonner par analogie.

5. Contexte historique

5.1. En Suisse, la revendication des quotas est née d'une expérience politique forte, la non-élection de Christiane Brunner en 1993 et dans la foulée, l'élection mouvementée de Ruth Dreifuss au Conseil fédéral. Et cela dans un pays qui avait refusé le vote aux femmes au plan fédéral jusqu'en 1971.

La méfiance des femmes, ou de certaines femmes en tout cas, à l'égard du système politique, s'est en raison des événements de mars 93 beaucoup accrue. Le choc a été grand de voir comment la candidate Brunner avait été maltraitée par les médias, et par la majorité au Parlement. Ce choc, et la colère qui l'a accompagné, ont poussé des femmes de différentes tendances politiques, mais en majorité des femmes vertes et de gauche, à se rassembler autour d'un projet destiné à garantir l'égalité représentation des femmes dans toutes les autorités fédérales.

Leur conviction commune a été qu'il faut plus de femmes partout, car c'est la condition pour que la diversité des points de vue des femmes soit prise en compte de la même façon que la diversité des points de vue des hommes l'est déjà. Il n'existe pas

d'unanimité entre les diverses organisations intéressées et qui ont participé à la récolte des 100'000 signatures nécessaires à l'aboutissement formel de l'initiative. Mais la plupart des personnes engagées en faveur de l'initiative du 3 mars sont par ailleurs des personnes qui militent, souvent depuis (très) longtemps, en faveur de l'égalité. Les organisations ont réussi à recueillir les 100'000 signatures, si bien que le sujet continue à être à l'ordre du jour. Le Conseil fédéral s'est prononcé contre l'initiative dans son Message du 17 mars 1997⁵, les deux chambres du Parlement⁶ ont également rejeté l'initiative qui devra être votée par le peuple et les cantons, probablement en 2000. En Suisse, en parallèle au débat sur les quotas, d'autres thèmes importants en matière d'égalité sont traités: la loi sur l'égalité, la 10^{ème} révision de l'AVS avec son double caractère, progressiste grâce au bonus éducatif et social et splitting, et son caractère négatif, l'élévation de l'âge de la retraite des femmes. Mais on traite aussi de la révision du droit du divorce, et d'autres lois importantes, par exemple la formation professionnelle. Le débat en matière d'égalité ne se limite donc pas aux quotas.

5.2. En France, la revendication de la parité naît bien suite au constat que la représentation des femmes à l'Assemblée nationale stagne à peu près au niveau de 1945 ou 46 quand les femmes ont enfin reçu le droit de vote, c'est-à-dire autour de 5%, et qu'elle est encore plus basse au Sénat (qui connaît un mode de scrutin indirect qui défavorise encore plus les femmes). Mais il n'y a pas eu de traumatisme politique qui aurait rassemblé les forces de progrès dans un projet vraiment commun. Le renvoi sans gloire des «jupettes» (quelques femmes nommées ministres à des postes secondaires dans le gouvernement d'Alain Juppé) n'a pas provoqué de réactions comparables à ce qui s'est passé en Suisse.

En France, en parallèle à la discussion sur la parité, il n'y a aucun grand débat sur d'autres questions d'égalité: c'est comme si le débat sur la parité avait stérilisé la discussion - en tout cas au plan médiatique - sur les thèmes très quotidiens d'égalité que sont la violence, la poursuite des discriminations salariales, les difficultés d'application de la loi sur l'interruption volontaire de grossesse, etc. Le débat français sur la parité est et reste surtout un débat d'intellectuelles, ce qu'il n'est pas en Suisse, où beaucoup de femmes de base s'y sont lancées.

6. Contexte médiatique

6.1. En France, les médias ont traité la parité de façon étonnante par rapport à leur désintérêt assez marqué envers les autres questions d'égalité en lui consacrant passablement de place. Comme le relève la philosophe Michèle Le Doeuff, des femmes qui ne s'étaient jamais engagées sur des thèmes égalitaires, se sont investies dans le débat sur la parité, et ont ainsi développé leur image médiatique (éventuelle), et cela qu'elles soient pour ou contre la parité.

Les anti-paritaristes ont reçu une place considérable. Je n'ai pas le souvenir que des femmes intellectuelles aient obtenu autant de place pour expliquer leurs points de vue en matière d'égalité par exemple dans le domaine des salaires, de la formation,

dans la recherche scientifique, et à fortiori s'agissant des militantes de base, pour la contraception et la légalisation de l'avortement, etc. En comparaison, c'est actuellement presque le silence, sur les droits reproductifs⁷, l'inégalité des salaires, les discriminations dans l'emploi.

6.2. En Suisse, les médias ont déjà passablement traité le thème des quotas pour la représentation femmes-hommes, mais la discussion la plus difficile devra être faite lors de la future campagne référendaire. Si j'en juge par le débat déjà réalisé sur l'initiative du 3 mars et le débat mené sur l'assurance maternité, les adversaires des quotas auront beaucoup de chances d'être largement entendu-e-s et les partisan-e-s risquent d'avoir davantage de peine à faire valoir leur point de vue.

Dans les deux pays, les médias aiment trouver des femmes qui s'opposent à des mesures de réalisation de l'égalité, et des femmes qui s'opposent les unes aux autres. Et ainsi, les médias contribuent probablement à la formation d'une volonté plutôt conservatrice.

7. La contexte juridico-philosophique

7.1. La tradition politique française se fonde sur l'universalisme: il n'y a que des citoyens, qui appartiennent à une seule et même catégorie. On ne pourrait donc pas différencier entre les personnes éligibles selon leur sexe car cela serait une atteinte à l'universalisme citoyen et républicain, à la souveraineté nationale et au principe de l'égalité. Cet argument servit déjà en 1982 au Conseil constitutionnel pour refuser une première loi qui voulait introduire un quota de 30% minimum de représentants de chaque sexe pour les élections municipales. Le Conseil constitutionnel argumenta de la même façon en 1998, à propos d'un projet semblable, pour les conseils régionaux.

Une des grandes faiblesses des partisans de la parité a été leur incapacité à contre-argumenter de façon solide, aussi au nom de l'universalisme, mais d'un universalisme plus concret, en appuyant leur revendication sur la réalité économique et sociale, et donc sur les multiples différences de situation des femmes et des hommes qui auraient permis de justifier la nécessité d'une diversité de représentation, des femmes comme des hommes. Les arguments en faveur de la parité ont plutôt porté sur une essence, une différence fondamentale entre femmes et hommes. Les adversaires de la parité ont eu alors beau jeu de refuser un tel enfermement dans des rôles fixés d'avance, par la biologie.

Les médias français ont largement répercuté des discussions dont beaucoup de gens n'avaient pas idée auparavant, et ils ont opposé ainsi des thèses essentialistes à une thèse universaliste à première vue beaucoup plus tentante - bien qu'elle fasse l'impasse sur la réalité: l'affirmation qu'il n'y a qu'une seule catégorie de citoyens n'empêche pas que l'inégalité demeure profonde entre femmes et hommes. La situation française est ainsi caractérisée par un mauvais débat sur un sujet important qui a reçu une réponse vague.

7.2 La Suisse connaît en revanche une véritable culture des différences, voire des quotas, inscrits dans le droit ou appliqués de fait, et cela depuis la première constitution de 1848. On prévoit alors un parlement bicaméral où les petits cantons ont le même nombre de sièges que les grands dans la chambre haute (Conseil des Etats), indépendamment de leur population. Les petits cantons pèsent du même poids que les plus grands dans la révision de la constitution fédérale, qui exige la double majorité du peuple et des cantons. Le constituant de 1848 cherche dès la fondation de l'Etat fédéral à garantir la représentation des minorités, en particulier des cantons catholiques conservateurs qui s'étaient ligüés dans une alliance spéciale, le Sonderbund. Son oeuvre a été poursuivie avec la révision de la constitution en 1874, et ultérieurement par une extension progressive des droits populaires. C'est bien une approche visionnaire: le système mis en place en 1848 et 1874 a tenu jusqu'à présent, et cela probablement grâce à une extension progressive de l'association des minorités aux décisions. L'exigence de cohésion sociale inspire le système et en fixe les contours.

La représentation des groupes (au sens large) en est une clé. Le recours aux quotas, de fait ou de droit se voit partout: au gouvernement, dans l'administration fédérale et le Tribunal fédéral, avec la volonté de garantir la représentation des différentes communautés linguistiques, des régions et des partis, auparavant aussi des religions. Dans l'administration fédérale, existent des quotas linguistiques qui sont à peu près respectés; les quotas de sexe le sont moins bien dans les postes élevés, mais le principe figure dans une directive destinée à garantir la représentation des femmes. Il existe aussi des quotas linguistiques - et de sexe le cas échéant, au plan cantonal. Beaucoup des commandes publiques de la Confédération soit attribuées sur une base régionale, afin d'éviter de trop grands déséquilibres économiques. La cohésion sociale de l'ensemble du pays a été invoquée pour procéder ainsi, malgré un coût financier plus élevé. La dépense accrue a paru justifiée socialement et politiquement. L'argument de cohésion sociale a été très important dans notre système.

Il devrait par conséquent être plus facile d'argumenter en Suisse, en faveur de quotas pour l'égalité entre femmes et hommes parce que l'on peut raisonner par analogie, mais ça ne garantit pas le succès en pratique. Le Tribunal fédéral, catégorique dans un arrêt sur une initiative soleuroise⁸ et de façon un peu nuancée dans un arrêt à propos d'une initiative uranaise⁹, le Conseil fédéral ainsi que la majorité du parlement ont indiqué leur opposition à cette revendication. Il appartiendra au constituant de juger, au printemps 2000 peut-être. Le Conseil constitutionnel français a quant à lui estimé en 1982 que le quota de 30% alors prévu par une loi pour les élections municipales se heurtait à la tradition républicaine. Il en a jugé de même en 1988 pour les élections régionales, comme indiqué ci-dessus.

En plus des justifications fondées sur la liberté électorale, le principe d'égalité et le respect de la démocratie, le raisonnement par analogie se heurte en Suisse souvent à un argument pratique. Certes, on connaît bien des quotas, pour garantir la représentation d'autres groupes mais c'est déjà bien assez compliqué comme cela. S'il fallait

en plus tenir compte du sexe, alors le système se bloquerait. Comme il faut éviter ce blocage, on doit refuser l'exigence d'égalité entre femmes et hommes, exigence qu'il ne serait donc pas nécessaire de respecter pour garantir la cohésion sociale. Que les femmes courent un risque accru de pauvreté, fassent toujours l'objet de multiples discriminations, en raison de leur genre, n'est pas vu comme suffisant.¹⁰

8. Sort fait aux deux projets

8.1 En France, le complément à l'art. 3 Constitution a été voté et il est possible qu'on en restera là. En tout cas, son acceptation ne donne aucune garantie de voir bientôt un mécanisme législatif efficace, ce d'autant moins qu'il faudra probablement une loi organique, c'est-à-dire une loi plus difficile à adopter que les lois habituelles, pour préciser les modalités de l'accès égal aux fonctions électives, aux différents niveaux.

8.2. En Suisse, l'initiative sur les quotas sera très probablement refusée lors de la votation, puisque le gouvernement et la majorité des deux chambres du Parlement se prononcent contre elle. Les partis de gauche et les verts, avec les organisations féminines engagées dans cette cause, ne pourront pas l'emporter sur les partis bourgeois - sans compter l'opposition qui proviendra d'autres milieux, économiques, associatifs. Ceci n'est pas une surprise, au contraire: il s'agit plutôt d'une caractéristique de notre histoire politico-juridique - marquée par exemple par de longs efforts pour l'introduction du suffrage féminin.

En revanche, ce qui est plus gênant, c'est que les mêmes partis et milieux qui s'opposent à l'initiative des quotas (au motif qu'elle impliquerait une limitation de la liberté de vote et une application excessivement étendue du principe d'égalité) et qui soutiennent alternativement ou en même temps que d'autres mesures seraient plus efficaces, par ex. la sensibilisation et l'information grâce à des campagnes, sont les mêmes qui s'opposent à de telles actions quand leur probabilité se rapproche.

Je crois pour terminer qu'en Suisse le débat en faveur de l'égalité matérielle - ce que Delphy appelle l'égalité par opposé à l'équivalence et à l'équité - est plus avancé qu'en France. Le taux de représentation des femmes dans la vie politique y est aussi nettement plus haut: actuellement 24% au Conseil national et 15% au Conseil des Etats, 20% dans les gouvernements et 24 % dans les parlements cantonaux. La situation en matière d'inégalités salariales est à peu près la même qu'en France. Les chances des femmes dans la haute administration et la recherche semblent meilleures en France qu'en Suisse, mais pas beaucoup meilleures. La politique familiale française est cependant beaucoup plus progressiste et permet plus facilement de concilier activité professionnelle et familiale, notamment parce que 80% des enfants de plus de deux ans peuvent aller en crèche et que la France connaît tout une série de prestations sociales en faveur de la famille, inconnues en Suisse.

En revanche, la culture politique des quotas en Suisse et le souci de trouver des solutions pragmatiques, sans se laisser enivrer par la magie des mots - la rhétorique

n'étant pas notre fort au demeurant - me paraissent à priori deux bonnes conditions pour parvenir à des changements, à long terme.

Mais cela implique que l'on se bat pour le maintien de ces valeurs «conservatrices» du féminisme telles que Claudia Kaufmann les a définies, à savoir le refus de l'individualisme et de l'individualisation excessifs, la volonté de corriger les inégalités de fait et donc l'affirmation de la nécessité de mesures d'action positive, seules capables de faire que le principe d'égalité entre femmes et hommes reçoive une traduction concrète. C'est en tant que membre du groupe «femmes» que les femmes ont été et sont encore individuellement discriminées, il faut donc transformer le rapport du groupe «femmes» et du groupe «hommes», tout en sachant que l'appartenance de sexe n'est de loin pas le seul facteur explicatif. L'Etat a ici une responsabilité essentielle, car c'est seulement sur le terrain politique que cette responsabilité peut trouver son expression dans des règles de droit fixant les conditions de l'égalité matérielle.

1 Ce texte est celui d'un exposé, qui a été légèrement remanié pour la publication.

2 L'introduction de la parité dans l'administration et le judiciaire ne nécessitent, selon le Conseil d'Etat français pas de révision constitutionnelle: «le préambule de la Constitution de 1946 prévoyant expressément la possibilité pour le législateur d'assurer l'égalité des droits entre femmes et hommes, ... (L) le Gouvernement a donc limité le champ de cette révision aux seules fonctions politiques.» (Congrès du Parlement, Compte rendu analytique officiel, 2^{ème} séance du lundi 28 juin 1999). Une loi votée par le Parlement suffirait donc pour les autres fonctions. Seules un certain nombre de mesures, souvent pas respectées, ont été prévues pour certains concours de recrutement à des emplois dans la fonction publique.

3 L'exclusion de la fonction présidentielle est implicite: elle n'a jamais été mentionnée lors des débats parlementaires.

4 Les 9 membres du Conseil constitutionnel sont désignés à raison de 3 par le Président de la République, 3 par le président du Sénat, et 3 par le président de l'Assemblée nationale (art. 56 Constitution).

5 FF 1997 III 489-542, en allemand BBI 1997 III 537-587.

6 BO CN 1999 714-734, BO CE 1999 475-479.

7 Une discussion reprend concernant l'interruption volontaire de grossesse, en raison de l'annonce par Madame Martine Aubry, ministre des affaires sociales et de la santé, de son intention d'étendre éventuellement l'accès à l'IGV.

8 ATF 123 I 152 ss; Voir pour la thématique des quotas F-Questions au féminin 1/98, qui publie, en première version ou en reproduction, une série d'articles très intéressants, en particulier une critique de cet arrêt par Andreas Auer et Vincent Martenet, «Les quotas, la démocratie et le fédéralisme», le texte ayant paru en français et en allemand.

9 ATF 125 I 21

10 Le vote du 13 juin refusant l'introduction de l'assurance maternité illustre clairement le fossé séparant les conceptions du rôle des femmes et des hommes dans la société. Mais si la Romandie a largement accepté l'assurance maternité, il est certain qu'elle rejettera l'initiative, rejoignant ainsi la Suisse alémanique dans le refus de réaliser l'égalité concrète.

Elisabeth Joris

Gleichheit und Gerechtigkeit: ein Blick in die Zukunft

Bemerkungen zum Abschluss des Frauen-Forums zur Jahrtausendwende

Am Ende dieser intensiven Auseinandersetzung um den Aufbruch im Widerspruch möchte ich abschliessend einige Punkte festhalten, die auch in Zukunft beachtet werden sollten. Die Frauenbewegungen haben Zeit ihres Bestehens, seit der französischen Revolution und ihrem Ruf nach *Liberté* und *Egalité*, ihre Argumentation immer wieder auf dem Konzept der Gleichheit aufgebaut. Gleichheit beinhaltet den Vergleich, die Sichtbarmachung dessen, was gleich beziehungsweise ungleich ist. Folglich wird Gleichheit auf der politischen Ebene zu einer Frage der Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit ist eine der Grundkomponenten des Diskurses der Sozialdemokratie seit deren Anfängen. Die Gleichheit auf die Zukunft auszurichten ist aber auch eine Aufgabe, die Frauen wahrnehmen sollen und wollen und von der sie nicht ausgeschlossen werden dürfen. Wie sie auszugestalten ist, müssen Frauen selber definieren, gerade in Bezug auf die Gültigkeit für Migrantinnen und allgemein für Frauen, die rechtlich noch diskriminiert sind. Die Frage der Gleichheit stellt sich so als Frage nach der Herstellung von Gleichheit auch zwischen Frauen und nicht nur zwischen Frauen und Männern.

Festzuhalten und stärker zu propagieren ist deshalb ebenso die Definition von Kultur als Prozess und nicht als etwas Statisches. Es geht also nicht um verschiedene abgegrenzte Kulturen, sondern Kultur an sich impliziert Wandel aufgrund von Beziehungen, und zwar Beziehungen zwischen grundsätzlich Gleichen. Denn Gleichheit bedeutet nicht einfach Nachholen und Aufholen, sondern bezieht sich vielmehr auf eine Relation: Sie zielt auf eine grundsätzliche Veränderung von Verhältnissen zwischen den Geschlechtern, zwischen Männern, zwischen Frauen, auch zwischen Frauen mit Stimmrecht und Frauen ohne Stimmrecht, zwischen Süden und Norden.

Zur Sicherung von Gleichheit und Gerechtigkeit ist die zukünftige Rolle des Staates als Instanz, welche die Rahmenbedingungen setzt, vermehrt zu beachten. Die globalisierte Wirtschaft und die WTO, damit auch das gegenwärtig wieder diskutierte MAI-Abkommen, stellen jedoch die Möglichkeiten des Staates, gesetzliche Vorbedingungen für Gleichheit zu schaffen, in Frage. Da diese Aspekte gegenwärtig noch kaum Thema der Geschlechterdiskussionen sind, muss ihnen - nicht zuletzt ihrer Bedeutung für die Stellung der Frauen in den einzelnen Ländern wegen - zu viel grösserer Resonanz verholfen werden.

Und schliesslich sollten die Frauenbewegungen die zukünftige Friedenssicherung debattieren. Friedenssicherung ist wie Kultur als kontinuierlich zu erneuernder Pro-

zess zu verstehen, damit nicht wieder traditionelle Geschlechterstereotypen von männlichem Aggressor beziehungsweise Beschützer und weiblichem Opfer reproduziert werden. Damit aber auch verhindert wird, dass der Krieg, entsprechend der gegenwärtigen Logik und wie am Vorabend des 1. Weltkrieges, dem Auftakt dieses Jahrhunderts, als Möglichkeit der Konfliktbewältigung wieder allgemeine Gültigkeit erhält. Dafür braucht es als Aufbruch ins 21. Jahrhundert mehr Öffentlichkeit, mehr Einflussnahme, es braucht eine «Piazza».

HISTORISCH-BIOGRAPHISCHER SEITENBLICK

Hanna Zweig-Strauss

Betty Farbstein-Ostersetzer: engagierte Ärztin und Sozialdemokratin

Beile Chaje, genannt Betty Ostersetzer, wurde am 30. Januar 1873 in Czortkow, Galizien (damals zu Österreich gehörend), als Tochter des Stadtarztes Abraham Adolf und der Golde Bassie geboren.¹ 1893 kam sie zum Medizinstudium nach Zürich.² Sie gehörte zu der relativ grossen Gruppe osteuropäischer jüdischer Studentinnen³ und dürfte wohl in diesen mehrheitlich sozialistischen Kreisen David Farbstein kennengelernt haben. Farbstein stammte aus Warschau, hatte 1892 in Berlin ein Studium der Jurisprudenz begonnen und war 1894 zur Fortführung dieses Studiums nach Zürich gekommen.⁴ Im WS 1894/95 wohnten Betty Ostersetzer und David Ferbstein unter der gleichen Adresse an der Sonneggstrasse 6 in Untermiete. Sie heirateten am 11. Juli 1895, denn Betty Ostersetzer war schwanger. Sie gebir einen Sohn, setzte ihr Studium fort, wurde 1897 in Affoltern eingebürgert und eröffnete nach der Absolvierung des eidgenössischen Staatsexamens⁵ eine Praxis für Allgemeinmedizin und Frauenkrankheiten im Kreis 4, dem Arbeiterviertel der Stadt Zürich.⁶ Die Familie Farbstein-Ostersetzer lebte während Jahren in bedrängten finanziellen Verhältnissen. Sie wurde 1907 noch in Zürich eingebürgert,⁷ was wenig später von rechtsbürgerlichen Exponenten lebhaft bedauert wurde.⁸ Doch die Ehe blieb auch nach der Geburt des zweiten Kindes und dem Durchbruch David Farbsteins als Anwalt bekannter Sozialdemokraten krisengeschüttelt und wurde 1908 geschieden.⁹

Wider den Patriarchalismus der Genossen

Nach der Scheidung geriet Betty Farbstein, wie sie weiterhin genannt wurde, in die Situation der allein erziehenden, erwerbstätigen Mutter, die zudem noch politische Interessen vertrat und sich aktiv in der Sozialdemokratischen Partei engagierte. Während einiger Jahre fungierte sie als Zentralpräsidentin des Arbeiterinnenverbandes und setzte sich energisch für eine Reihe von Frauenanliegen ein. So forderte sie die Frauen auf, sich aktiv der Partei anzuschliessen,¹⁰ da die spezielle Frauennot wegen arbeitsmässiger Überbelastung, Ausbeutung, Prostitution oder ungewollter Schwangerschaft «weder von den einzelnen Genossen noch von der Partei als etwas Wesentliches, als ein zum Himmel schreiendes Unrecht empfunden und wahrgenommen wird, welches schleunigst Abhilfe verlangt». Sie erkannte sehr genau, dass sich die sozialistischen Männer bezüglich ihrer patriarchalischen Vorstellungen nicht wesentlich von den bürgerlichen unterschieden: «Betrachtet es ein So-

zialdemokrat als seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, der Frau, wenn sie erwerbstätig ist, den Grossteil der Hausgeschäfte und der Kinderpflege abzunehmen? Ist es etwas Seltenes, dass ein Sozialdemokrat ein Mädchen schwängert und sie mit dem Kind der Not hilflos preisgibt? Beutet er nicht die Proletarierin als Prostituierte ebenso aus wie die andern? Allein können sich die Frauen nicht helfen. Damit sie an Versammlungen gehen können und mit Ihresgleichen verkehren, ist es ja nötig, dass die Männer zu Hause blieben, die Hausgeschäfte verrichten und die Kinder pflegten. Wieviele von den Genossen würden das tun?» Die Antwort kam postwendend und der Leserbriefschreiber bestätigte ihre Vorbehalte den sozialistischen Männern gegenüber: «Meine Frau ist eine überzeugte Sozialdemokratin, obwohl ich selten mit ihr über politische Fragen spreche, denn dann widerspricht sie mir, weil sie eben Frau ist. Kommt ein anderer ins Gespräch, verteidigt mein Frauchen mit den von mir gelernten Gründen die Bewegung, wie ich es nicht besser, wenigstens nicht eifriger tun könnte. Gehe ich aber einmal zu einer Sitzung oder habe ich irgendwo wieder einen Vortrag zugesagt, so jammert sie ganz gewiss. Sie hasst das Fortbleiben des Mannes und mitkommen wird sie nie, wenn das Kind allein zu Hause bleiben müsste.»¹¹ Die Möglichkeit, dass «Frauchen» an die Versammlung gehen oder einen Vortrag halten könnte, schien dem Briefschreiber nicht erwägenswert. Frauen gehen nicht an Versammlungen und halten schon gar keine Vorträge. Mit der Aufforderung an die Frauen, sich ebenfalls zu organisieren, war natürlich der Anspruch auf das Stimm- und Wahlrecht der Frauen im demokratischen Staat verbunden. Betty Farbstein machte früh darauf aufmerksam, dass dieses Postulat auch in den Demokratien nicht erfüllt sei, solange man Volk sage und Männer meine. Ohne politische Rechte, ohne politische Macht sei eine Verbesserung der Stellung der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht möglich, da dadurch die Haltung von Familie und Sozietät, Frauen als Wesen minderen Rechtes wahrzunehmen, programmiert werde. Unter diesen Umständen glaubten die Frauen mit der Zeit selbst an ihre eigene «physiologische Minderwertigkeit»¹² und liessen sich einreden, politische Mitbestimmung führe zu einem Verlust an «Weiblichkeit».¹³ Die Sozialdemokratische Partei vertrat zwar die Forderung nach vollständiger politischer Gleichberechtigung der Frauen, wie es allerdings mit der Einstellung der einzelnen Parteimitglieder bestellt war, steht auf einem andern Blatt. Auch in den leitenden Gremien der Partei waren die Frauen nur sehr vereinzelt vertreten.

Provokative Forderungen: Gemeinschaftshaushalt oder Lohn für Hausarbeit

Betty Farbstein kannte aus eigener Erfahrung die Mehrbelastung der verheirateten, erwerbstätigen Frau. 1910 publizierte sie im Verlag des Grütlivereins die Broschüre «Die Ziele der Frauenbewegung», in der sie andere Modelle der Lebensführung vorschlug und Forderungen aufstellte, die für ihre Zeit revolutionär, noch heute teilweise nicht erfüllt und weiterhin utopisch sind. Sie opponierte dagegen, dass dem so

genannten «schwachen Geschlecht» die grössere Arbeitslast aufgebürdet wird. Der Mann hingegen könne nach seiner Berufsarbeit sich dem Sport, der Politik, der Bildung widmen, während Frauenarbeit «weder Mass noch Zeit» kenne. Frauen sollten es den Männern gleichtun und bestimmte Arbeits- und Ruhezeiten verlangen. Hierfür müsste die Frauenarbeit, auch die Hausfrauenarbeit, die «keinen klingenden Lohn bringt», aufgewertet und angemessen entschädigt werden. Falls das Einkommen des Mannes hierfür nicht ausreiche, sei der Staat zu verpflichten, die Leistung der Hausfrau und Mutter derart zu entschädigen, dass sie vom Mann wirtschaftlich unabhängig werde. Betty Farbstein ging also zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Forderung eines «Hausfrauenlohnes» weit über die Postulate der Sozialdemokratie hinaus, ja weiter als viele radikale Feministinnen unserer Tage. Sie blieb jedoch nicht in der Utopie einer fernen, sozialistischen Zukunft stecken, sondern bot für die Gegenwart konkrete Lösungsmöglichkeiten an. Da zwischen dem bürgerlichen und besonders kirchlichen Gebot «die Frau gehört ins Haus» und der natürlichen Forderung der einkommensmässigen Unterschichten «du musst Brot schaffen für deine Kinder» die Frau unbarmherzig zerrieben werde, verlangte sie die Schaffung von grösseren, ökonomischen Gemeinschaften, so genannten Hausgenossenschaften, die für die einzelnen Funktionen wie Kochen, Reinemachen, Kinderpflege Fachpersonal anstellen sollten. Nach ihrer Ansicht könnten die derart von der Doppelbelastung freigestellten Frauen bei guter Berufsausbildung gleichwertige Arbeit leisten wie Männer und daher gleiche Entlohnung fordern.

Argumentationen gegen den Gemeinschaftshaushalt, die Betty Farbstein als zu erwartende Gegengründe anführte, wie die Lockerung der Familienbande oder der bürgerliche Mythos von der unersetzbaren Mutter, lehnte sie als Sentimentalität ab und wollte «nicht mit Sentimenten sondern mit Realitäten» rechnen. Besonders der eher romantisch-patriarchalischen Forderung von Leonhard Ragaz, dem bekannten Theologen und Mitbegründer der religiös-sozialen Bewegung, die Frau habe in der Ehe ein Stück des verlorenen Paradieses für den Mann darzustellen,¹⁴ hielt sie die egalitäre Vorstellung entgegen, dass «nicht nur er in ihr sondern auch sie in ihm» ein Stück des verlorenen Paradieses wieder finden sollte. Sie verlangte den Mann nicht als Herrn, sondern als Kameraden, die Frau nicht als Sklavin, beschränkte Egoistin, Weibchen oder Arbeits- und Gebärmachine, sondern als Menschen. Folgerichtig wehrte sie sich gegen die traditionelle, jüdisch-christliche Vorstellung, die Frau sei dem Manne untertan. Auch am bürgerlichen Familienideal des 19. Jahrhunderts mit seiner rigiden Rollenverteilung, das die schweizerische Sozialdemokratie weitgehend übernommen hatte, und das wenig oder gar nicht hinterfragt wurde, wagte sie zu rütteln.

Prostitution und Schwangerschaft: zwischen Fortschritt und Biologismus

Als weiteres Problem griff Betty Farbstein das Heiratsverhalten ihrer Zeit auf auf und die in ihren Augen eng damit verknüpfte Prostitution. Als aufgeklärter Ärztin

war ihr völlig klar, dass Sitten- und Moralpredigten an der «Naturgewalt der Sexualität» nichts ändern können. So lange jedoch Heiraten, vor allem in den so genannten besseren Kreisen, nur erwünscht waren, wenn die Männer schon eine gesicherte wirtschaftliche Position errungen hatten, und besonders die Eltern alles ihnen Mögliche daransetzten, ihre Söhne und Töchter «standesgemäss» zu verheiraten, überragten im Bürgertum die Ehen zwischen Partnern sehr ungleichen Alters. Nach Betty Farbsteins biologistisch gefärbter Diktion - Krafft-Ebing zitierend¹⁵ - hatte dies zur Folge, dass aus diesen Ehen «minderwertige», d. h. mit Schwächlichkeit oder Krankheiten behaftete Kinder hervorgingen und die Frauen als Pflegerinnen missbraucht wurden.

Betty Farbstein war zudem der Überzeugung, der Sexualtrieb müsse erfüllt werden und führe sonst zu einer ungehinderten Ausbreitung der Prostitution mit all ihren körperlichen und seelischen Schädigungen. Sie unterschied, einem frühen, sozialmedizinischen Denkansatz folgend, zwischen den «Prostituierten aus Not» und den charakterdevianten «geborenen Prostituierten». Sie erkannte sehr wohl, dass «der Sumpf auch nicht weniger verderblich wird, wenn rohe Polizisten die armen Weiber wie Freiwild jagen oder einige Ärzte mit der Karbolflasche daneben stehen», eine Aussage, die nahtlos in moderner Terminologie auf die Ausweisungspraxis gegenüber «Prostituierten aus Not» und die zahllosen Anti-Aids-Kampagnen zutrifft. «Geborene Prostituierte», also Frauen, die ohne äussere Not die Prostitution als Beruf auffassen, betrachtete sie, konform mit der zu dieser Zeit verbreiteten positivistischen Haltung in der Beurteilung des Verhaltens von Menschen, als psychopathisch, d. h. krank und mit den bekannten Verfahren nicht zu heilen. Hier folgte sie dem Denken der führenden Psychiater und der autoritären Behörden ihrer Zeit, die Personen, die nicht ins übliche Schema passten, kurzerhand «versorgten». Als Remedur gegen die Prostitution aus Not waren ihre Vorschläge jedoch differenzierter. Sie empfahl frühe Heirat, gleichmässige Verteilung der Lasten beim Aufbau der wirtschaftlichen Gegebenheiten der Familien, d. h. seriöse Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit der Frauen und ein Aufschieben der Erfüllung des Kinderwunsches bis zur Sicherung der wirtschaftlichen Verhältnisse. So stand sie denn auch vom Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit an für eine eigenverantwortliche Möglichkeit zur Schwangerschaftsverhütung, d. h. für die freie Zugänglichkeit von Verhütungsmitteln,¹⁶ und eine weitgehende Liberalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung ein. Persönlich vertrat sie wohl die Ansicht, die Schwangerschaftsunterbrechung sei in den ersten drei Monaten völlig freizugeben. Jedenfalls forderte sie die Abschaffung des «Gebärzwanges durch den Staat, da nicht die Vernichtung des keimenden Lebens sondern die skrupellose Kinderproduktion ein Verbrechen» sei.¹⁷ David Farbstein übernahm die Forderung nach einer straflosen Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten. Als Nationalrat und Mitglied der Kommission zur Vereinheitlichung des Strafrechtes brachte er diesen Vorschlag 1925 zur Diskussion,¹⁸ dieser überstand aber erwartungsgemäss die Beratungen in der vorbereitenden Kommission nicht.

Zusammen mit Agnes Robmann und Johannes Heusser formulierte Betty Farbstein 1913 die Forderung nach fünf Indikationen zur straflosen Schwangerschaftsunterbrechung¹⁹ (verbrecherische Notzucht, Blutschande, «Blödsinn» oder Epilepsie der Schwangeren, voraussehbare Unmöglichkeit das erwartete Kind zu ernähren und übergrosse schon vorhandene Kinderzahl), also teilweise Postulate, die noch heute von rechtsgerichteten einflussreichen und grossen Vereinigungen vehement bekämpft werden.

In diesem Zusammenhang ist hier kurz auf die Widersprüchlichkeit der Haltung gegenüber Schwangerschaftsunterbrechung und Schwangerschaftsverhütung einerseits und der «eugenischen Indikation zur zwangsweisen Sterilisierung» um die Jahrhundertwende und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts andererseits hinzuweisen.²⁰ 1892 wurde unter der Regie von August Forel in der Schweiz mit staatlicher Billigung eine erstmalige zwangsweise Sterilisation aus «eugenischen Gründen» im deutschsprachigen Raum durchgeführt, ohne dass von kirchlicher Seite, die sich gegen Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung mit Emphase wehrte, heftige Proteste laut geworden wären. Auch energischer Widerspruch von sozialdemokratischer Seite gegen die «eugenischen» Vorstellungen fehlte.

Bruch - Aufbruch - Widerspruch

1913 heiratete Betty Farbstein in zweiter Ehe den um drei Jahre jüngeren deutschen «Arbeitersekretär und Journalisten» Erich Karl Stoboy und verlor dadurch ihre Schweizer Staatsbürgerschaft. Sie blieb danach Deutsche, obwohl die Verbindung mit Stoboy schon 1917 wegen Verschuldens des Ehemannes geschieden wurde.²¹ Auch Betty Farbstein ihrerseits lebte nicht nach dem damaligen Musterbild einer Ehefrau. Wie sie es selbst ausdrückte, verliess sie im Oktober 1915 für drei Monate «Knall auf Fall Familie, Patienten und ihre zweite Heimat, um in einem österreichischen Kriegsspital Dienst zu leisten».²² Dieser späte Patriotismus der Sozialistin und Feministin kann nur im Kontext der irrationalen, nationalistischen Kriegsbegeisterung zu Beginn des Ersten Weltkrieges verstanden werden. Mit Betty Farbsteins vordergründiger Persönlichkeit als rational denkende Sozialistin und Frauenrechtlerin steht ihr Verhalten in offenem Widerspruch. Auch der mehrheitlich Kriegsdienst und Militarismus ablehnenden Einstellung der schweizerischen Sozialdemokratie entsprach die Haltung wenig. Sie schreibt dazu, dass sie dies tat «aus demselben überwallenden Gefühl, man mag es Vaterlandsliebe oder sonstwie nennen, aus dem heraus auch unsere standfestesten Genossen ihre Familien, ihre Stellungen und was das Schrecklichste für uns war, auch die rote Fahne verliessen»,²³ eine wohl sehr zutreffende Beschreibung ihres gelegentlich hinter der Maske der souveränen «starken Frau» aufscheinenden impulsiven Charakters. Ihr machten offenbar grundsätzliche Fragen oder das Verlassen der Familie und ihres neunjährigen Sohnes weniger Kopfzerbrechen als ihre PatientInnen, jedenfalls verlor sie darüber kein weiteres Wort. Hier zeigt sich zugleich ihre Ungebundenheit gegenüber Partei-

doktrinen, die sie anscheinend bedenkenlos über Bord warf, um den eigenen Vorstellungen zu folgen. Eine gewisse Egozentrizität kann wohl kaum ausgeschlossen werden, denn sie war durchaus bereit, andere für den von ihr gewählten Weg auch zu benachteiligen.

Nach ihrer Tätigkeit im Kriegsspital Brunn kehrte Betty Farbstein nach Zürich zurück und führte ihre ärztliche Praxis weiter. 1932 gab sie ihre Berufstätigkeit auf und zog zu ihrem älteren Sohn nach Tel Aviv. Sie litt in zunehmendem Masse an einer schweren Depression und kehrte 1937 schwer krank in die Schweiz zurück. Warum oder auf wessen Intervention hin ihr die Behörden als Nicht(-mehr)-Schweizerin und Jüdin die Rückkehr gestatteten, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Nur kurze Zeit später, am 20. Juni 1938, verstarb Betty Farbstein in Kilchberg.²⁴

- 1 Familienschein, 27. Dez. 1906, Stadtarchiv Zürich, II 1907, B 63.
- 2 Immatrikulation auf Grund eines Lehrerinnenpatentes, Lemberg, Matrikel Nr. 10069, WS 1893, Universität Zürich.
- 3 Daniela Neumann, Studentinnen aus dem russischen Kaiserreich in der Schweiz, Zürich 1987.
- 4 David Farbstein, Aus meinem Leben, vollständige Fassung unpubliziert, Typoskript, Central Zionist Archives, Jerusalem, teilweise veröffentlicht in: Festschrift 50 Jahre SIG, Zürich 1953. Studienunterlagen über David Farbstein, Staatsarchiv Zürich, U 105 h 3 b, Mappe David Farbstein.
- 5 Bundesarchiv, Protokolle der eidg. Medizinalprüfung 11. März bis 25. Nov. 1903.
- 6 Auskunft des Medizinhistorischen Institutes der Universität Zürich.
- 7 Stadtratsprotokoll, Stadtarchiv Zürich, V.S. a.13., 1907, Nr. B 63.
- 8 Bilder Zürcher Parlamentarier, anonym, 1909, Staatsarchiv Zürich. Farbstein wird darin in höhnischer, offen antisemitischer Weise diffamiert.
- 9 Bezirksgericht Zürich, Protokoll Nr. 1881 der Sitzung vom 10. Dez. 1908, S.1687.
- 10 Volksrecht, 18. Aug. 1909.
- 11 Volksrecht, 20. August 1909.
- 12 Max Runge, Professor für Gynäkologie, hatte 1893 in einem Vortrag und einer darauffolgenden Streitschrift «Das Weib in seiner geschlechtlichen Eigenart» eine anatomische und psychische Minderwertigkeit postuliert.
- 13 Volksrecht, 3. März 1913.
- 14 Zit. nach Betty Farbstein, Die Ziele der Frauenbewegung, S. 12.
- 15 R. Freiherr von Krafft-Ebing, 1840-1902, Psychopathia sexualis, 1886.
- 16 Der Verkauf von Kondomen z. B. war zu dieser Zeit in gewissen Kantonen verboten, in anderen nur in einer Grauzone möglich.
- 17 Volksrecht, 9. April 1914.
- 18 IV. Session der vorberatenden Kommission des Nationalrates, 16. bis 21. August 1925, Bundesarchiv E (-) 1070 600918.
- 19 Bericht über eine Veranstaltung des Arbeiterinnenverbands im Zürcher Volkshaus, Volksrecht, 26. Mai 1914.
- 20 Urs Aeschbacher, Psychiatrie und Rassenhygiene, in: Aram Mattioli, Antisemitismus in der Schweiz, 1848-1960, Zürich 1968, S. 286.
- 21 Bezirksgericht Zürich, Protokoll NT. 1068, I. Abteilung, vom 20. Dez. 1917.
- 22 Betty Stoboy-Ostersetzer, In einem österreichischen Kriegsspital, Volksrecht, 17. Aug. 1916.
- 23 ebda.
- 24 Angabe des Zivilstandsamtes Kilchberg.

Gaby Klipper

Sie tat, was zu tun war

Zum Tod von Nelly Meffert-Guggenbühl

Seit langem hatte ich unsinnigerweise gehofft, ich würde die Nachricht nie erhalten. Aber dann kam sie doch. Am 7. Juli 1999 verstarb in St. Gallen im Alter von 95 Jahren die Schweizer Kinderpsychologin und Antifaschistin Nelly Meffert-Guggenbühl.

Der Weg zu ihr hatte über die Beschäftigung mit dem antifaschistischen Exil in Argentinien im Rahmen der ila (Informationsstelle Lateinamerika, Bonn) geführt. Einer, der dort Grossartiges geleistet hatte, war Carl Meffert gewesen, ein Maler und Grafiker. In seinen unvergleichlichen Zeichnungen und Schnitten war jeder Strich ein Aufschrei gegen die Barbarei des Faschismus. Ein damals mit ihm befreundeter Emigrant machte uns auf Nelly, Carl Mefferts Witwe, und ihren Wohnort in der Schweiz aufmerksam. Sie sei eine absolut beeindruckende Frau, sagte er.

Nelly Meffert-Guggenbühl war zu diesem Zeitpunkt schon 90 Jahre alt. Wir hätten gern für die ila ein Interview gemacht, waren aber skeptisch, ob sie dazu bereit und in der Lage wäre. Doch am Telefon verflogen sofort alle Zweifel. Wir könnten jederzeit kommen, müssten uns allerdings vorher anmelden, denn sie sei viel unterwegs. So sassen wir dann eines Tages bei Kaffee, Plätzchen und Likör in ihrer mit Bildern, Zeichnungen und Erinnerungsstücken vollgestopften und dennoch gemütlichen Wohnung mit Blick über die Stadt. Nelly Meffert-Guggenbühl war faszinierend offen und interessiert, voller Herzlichkeit und Humor. Wir seien doch Gleichgesinnte, sagte sie sofort, ganz klar, dass wir uns duzen würden. Von jetzt an also einfach Nelly.

Nelly wurde 1904 in St. Gallen geboren. Obwohl sie aus grossbürgerlichen Verhältnissen stammte, sympathisierte sie schon als Teenager mit sozialistischen Ideen und wollte Sozialarbeiterin werden. Nach dem Abitur schickten sie ihre Eltern nach London, als höhere Tochter sollte sie in einem vornehmen Pensionat perfektes Benehmen lernen. Sie zog es aber vor, in einem Sozialprojekt in einem Armenviertel in London zu arbeiten.

Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz ging sie nach Zürich und jobbte im Büro einer Gruppe linker Architekten. Bald wurde dieses Büro zu einer wichtigen Anlaufstelle für Flüchtlinge aus Nazideutschland. Abgesehen von einigen prominenten KünstlerInnen und (bürgerlichen) Politikern, war es für deutsche Flüchtlinge kaum möglich, eine Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz zu bekommen. Engagierte Leute aus der Linken und dem aufgeklärten Bürgertum organisierten die Unterstützung für die illegalisierten ImmigrantInnen. Unterkünfte und Papiere mussten beschafft, die Versorgung der Leute sichergestellt werden. Nelly wurde eine wichtige Person in dieser «Unterstützerinnenszene». Doch als sie davon erzählte, klang alles völlig un-

spektakulär. Sie habe halt getan, was zu tun war. Kaum sprach sie von Schwierigkeiten und Problemen. Vielmehr erzählte sie mit leuchtenden Augen von den vielen aussergewöhnlichen Erlebnissen und Begegnungen: «In gewisser Weise war es eine wunderbare Zeit. Ich lernte unheimlich viele interessante Leute kennen: Thomas Mann, Friedrich Wolf, Ernst Toller, Johannes R. Becher, Else Lasker-Schüler. Einmal kam die Frau des in Deutschland inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann zu mir, um sich meinen Pass auszuleihen. Und schliesslich habe ich bei der Arbeit Jupp kennengelernt, meinen späteren Mann. Sein richtiger Name war Carl Meffert, aus Tarnungsgründen hatte er sich den Künstlernamen Clement Moreau zugelegt.»

Jupp wurde ihre grosse Liebe. Doch diese Liebe war ständig höchst gefährdet, denn Meffert hielt sich illegal in der Schweiz auf. Er lebte täglich mit dem Risiko, verhaftet und abgeschoben zu werden. Nelly und Jupp beschlossen, Europa zu verlassen. 1935 emigrierten sie nach Argentinien. In Buenos Aires heirateten sie und bekamen bald zwei Kinder. Jupp versuchte, sich als Zeichenlehrer und mit kleinen Werbeaufträgen durchzuschlagen. Daneben schuf er seine antifaschistischen Grafiken, die in der linken Exilzeitschrift «Das Andere Deutschland» erschienen, später auch in argentinischen Publikationen. Viel Geld war damit nicht zu verdienen. Hinzu kam, dass Jupp seit seiner Jugend drogenabhängig war. Regelmässig brauchte er seine Morphiumspritze.

Nelly organisierte das Leben. Sie kümmerte sich um Kinder und Haushalt, half Jupp bei seiner Arbeit - sie druckte gewöhnlich die Linolschnitte - und begann, mit einer Kinderpsychologin in der Uniklinik von Buenos Aires zu arbeiten. Eine Arbeitsteilung, nach der den Frauen die Ernährung der Familie zufiel, war typisch im Emigrantenmilieu. Nelly erklärte warum: «Es war für uns Frauen leichter, Arbeit zu finden, als Kindermädchen, im Haushalt. Die Männer suchten natürlich <wichtige> Arbeit, und das war nicht so leicht, das ist ja klar.» An diese Stelle des Interviews erinnere ich mich noch besonders gut. Die Frage, ob sie geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Eingliederung in die Exilumgebung gesehen habe, verneinte sie zunächst. Dann aber kam sie ins Nachdenken. Das sei für sie eine ganz neue Fragestellung, sagte sie, und sie begann zu analysieren, glasklar. Nelly hatte plötzlich einen neuen Denkansatz entdeckt und ging ihm nach, ohne Furcht, vorherige Zuordnungen über Bord zu kippen. Erst nach einiger Zeit kamen wir auf ihren weiteren Werdegang zurück.

Trotz aller Probleme fühlten sich Nelly und Jupp in Argentinien wohl. Sie hatten einen grossen Freundeskreis - neben den EmigrantInnen viele argentinische Künstler und Intellektuelle - und verspürten nach 1945 kein Bedürfnis, nach Europa zurückzukehren. Sie blieben in Argentinien - bis die politischen Verhältnisse sie erneut einholten. Nach dem Militärputsch von 1962 war Jupp akut gefährdet, und sie entschieden sich zur Übersiedlung in die Schweiz.

Nach dreissig Jahren Abwesenheit kehrte Nelly nach St. Gallen zurück. Sie fand schnell Anschluss und konnte auch wieder mit Kindern arbeiten. Das machte sie

noch zwanzig Jahre lang, erst mit 82 (!) ging sie in den Ruhestand. Sie blieb ein politischer Mensch, verfolgte die Entwicklung, las die linke Presse und unterstützte die Ärztevereinigung gegen den Atomkrieg IPPNW. Auf ihrer alten Schreibmaschine mit dem verrutschten a schrieb sie uns immer wieder, kommentierte die ila, reflektierte das Tagesgeschehen.

Argentinien hat sie nach ihrer Rückkehr in die Schweiz nicht mehr besucht, aber es sei, wie sie sagte, immer ihr «Heimwehland» geblieben.

Frauennetze auf europäischer Ebene

Die Europäische Frauenlobby (The European Women's Lobby EWL):

Die Europäische Frauenlobby ist die grösste koordinierende Körperschaft von Frauenorganisationen in der EU mit über 2700 Mitgliedorganisationen in 15 Ländern. Sie wurde 1990 geschaffen und war eine Reaktion auf die Tatsache, dass verschiedene europäische Strukturen ohne die Beteiligung von Frauen konstituiert wurden. Ziel der Frauenlobby ist es, jegliche Diskriminierung von Frauen in der EU zu bekämpfen und als Verbindung zwischen Frauenorganisationen und den politischen Entscheidungsträgern/-innen in der EU zu wirken. Ihre Aktivität und ihre Einflussnahme sind jedoch periodisch von unterschiedlicher Intensität.

Sekretariat: EWL, 18 rue Hydraulique, B-1210 Bruxelles,
Tel. 0032/2 217 90 20, Fax 0032/2 219 84 51.

Frauenstrukturen im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB):

Der EGB vertritt mehr als 47 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in 22 Ländern. Davon sind ca. 40% Frauen, wobei der Anteil der weiblichen Mitglieder in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist. Der EGB hat eine Frauenabteilung und einen Frauenausschuss. Frauen sind aber im EGB und in den verschiedenen im EGB organisierten Gewerkschaften unterrepräsentiert, vor allem auf den höheren Entscheidungsebenen. Die EGB-Frauenkonferenz hat am EGB-Kongress 1995 einen Aktionsplan für die Vertretung von Frauen und die Entwicklung einer geschlechtsspezifischen Perspektive im EGB und seinen Instituten, in den Europäischen Gewerkschaftsausschüssen und den nationalen Bündnen durchgesetzt. Verschiedene Massnahmen und Forderungskataloge des EGB-Frauenausschusses fordern die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen in der EU (Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit, Ablehnung von Arbeit auf Abruf, Forderung eines europäischen Leitfadens für die Bewertung von Arbeitsplätzen u. a.)

Sekretariat: EGB, Boulevard Emilie Jacquemain 155, B-1210 Bruxelles,
Tel. 0032/ 2 224 04 11, Fax 0032/2 224 04 54/55.

1. Eine Feministische Koalition als Gegenkraft im Umbruch der Gesellschaft

Eine politische Koalition der feministischen Interessengruppen in der Schweiz will Frauen dazu ermächtigen, sich in alle Bereiche der gesellschaftlichen Auseinandersetzung einzumischen, eigene Strategien zu entwickeln, Bündnisse einzugehen und neue Handlungsspielräume zu eröffnen.

Die Feministische Koalition entsteht vor dem Hintergrund eines massiven und rasanten Umbruchs der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung unserer Gesellschaft. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regimes in Osteuropa, mit der globalen Durchsetzung eines neoliberalen Wirtschaftssystems und im Zuge der technologischen und geopolitischen Entwicklungen findet weltweit wie auch in der Schweiz ein tiefgreifender Strukturwandel statt: Abbau des Sozialstaates, Abbau von Arbeitsplätzen und Deregulierung prägen ihn, steigende Armut, Verschuldung, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und Migration sind die sichtbarsten Folgeerscheinungen, deren Hauptlast überall vor allem Frauen tragen. Dabei verschärft die Ungleichverteilung von Macht und Ressourcen ethnische, nationalistische und religiöse Spannungen wie auch den Konflikt zwischen den Geschlechtern, und immer häufiger werden Verteilungskämpfe in Form von gewalttätigen, kriegesischen Konflikten ausgetragen.

Dieser Entwicklung muss mit starken Gegenkräften begegnet werden. Die Feministische Koalition versteht sich als teil dieser Bewegung, für welche nicht Profit und Wirtschaftswachstum im Zentrum gesellschaftlichen Handels stehen sollen, sondern die Suche nach Alternativen jenseits von Diskriminierung, Sexismus, Rassismus, sozialer Ungerechtigkeit und Armut, Kriegen und Gewalt gegen Menschen und Natur.

2. Eine Koalition in der Tradition der feministischen Bewegung

Die Feministische Koalition steht in der Tradition der Neuen Frauenbewegung. Ihre politischen Formen und Ziele knüpfen an am Diskurs, den die feministische Bewegung seit den siebziger Jahren geschaffen und geführt hat.

So sieht die Feministische Koalition Fremdbestimmung und Ausbeutung des weiblichen Körpers im privaten und öffentlichen Bereich als eine für unsere Politik zentrale Frage an («Das Private ist politisch»).

Unter Gewalt versteht sie nicht nur direkte, persönlich ausgeübte Gewalt, wie sie sich von der Ehe bis zu Kriegen manifestiert, sondern auch strukturelle Gewaltverhältnisse, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut. Zu letzteren gehört unter anderem auch die gesellschaftliche Norm der Heterosexualität. Dem vom patriarchalen System geprägten Arbeitsbegriff stellt die Feministische Koalition einen Arbeitsbegriff entgegen, der nicht nur die bezahlte Erwerbsarbeit, sondern auch die mehrheitlich von Frauen geleistete, gesellschaftlich notwendige unbezahlte Arbeit umfasst («Recht auf ökonomische Eigenständigkeit»).

Der gleichberechtigte Zugang von Frauen zu Macht- und Entscheidungspositionen ist für die Feministische Koalition ein demokratisches Grundrecht. Sie erkennt aber auch die Gefahr der strukturellen Ausgrenzung, d.h. die Gefahr, dass die Realitäten von mehrfach diskriminierten Frauen aus dem feministischen Diskurs ausgeblendet werden - z. B. diejenigen von Migrantinnen oder Frauen mit einer Behinderung («Keine ist befreit, solange nicht jede befreit ist»). Zur nötigen Reflexion gehört unbedingt die Auseinandersetzung mit der Macht- und Gewaltfrage im eigenen Kreis.

3. Eine Koalition der Vielfalt und der Differenz

Die Feministische Koalition gründet auf der Überzeugung, dass Frauen im patriarchalen System aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit die Erfahrungen von Ausbeutung und Diskriminierung - wenn auch in unterschiedlichsten Formen - teilen und damit in allen gesellschaftlichen Fragen einen anderen Ausgangspunkt haben als Männer.

Andererseits hat sich auch die feministische Bewegung in den letzten Jahren stark differenziert. Neue Interessengruppen haben sich zu Wort gemeldet, die aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit Migration, Behinderungen, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, etc. andere Sichtweisen einbringen.

Zur Differenzierung gehört ebenso die Tatsache, dass sich Frauengruppen und einzelne Feministinnen im Laufe der Jahre professionalisiert haben. Der feministische Diskurs hat sich zudem im letzten Jahrzehnt vermehrt der Herausforderung internationaler Debatten gestellt. Frauengruppen in der Schweiz arbeiten zunehmend mit internationalen Netzwerken zusammen, etwa bei den verschiedenen Welt(frauen)konferenzen oder in den Diskussionsprozessen um verschiedenen UNO-Konventionen.

Die Vielfalt und Differenz im Denken und Handeln der Frauenbewegung ist eine Bereicherung, so lange die Bereitschaft zu einer konstruktiven Streitkultur besteht und unterschiedliche Positionen auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Errungenschaften respektiert werden.

4. Eine Feministische Koalition in der Schweiz - zur Erarbeitung von Handlungsperspektiven

In der Feministische Koalition schliessen sich Frauenprojekte, -gruppen und -organisationen sowie Einzelfrauen aus den verschiedenen Regionen zusammen. Mit dem Zusammenschluß zu einer feministischen Koalition stellen sich diese Gruppen den neuen theoretischen und praktischen politischen Herausforderungen. Sie wollen ihr Fachwissen bündeln und ihre gemeinsamen Positionen stärken. Sie wollen wirksam ins politische Geschehen eingreifen und dabei auch neue Formen der Einmischung entwickeln und erproben. Wo die Positionen divergieren, stellen sie sich - auf dem Hintergrund ihrer gemeinsamen Geschichte als Bewegung und ihrer gemeinsamen feministischen Denktradition - der notwendigen Auseinandersetzung.

Diese Plattform wurde an der Gründungsversammlung vom 31. Oktober 1998 in Bern verabschiedet. Sie enthält zudem Diskussions- und Handlungsfelder der FemCo zu den Themen: Körperpolitik, Demokratie und politische Macht, Arbeits- und Sozialpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Letztere werden unter den folgenden Aspekten aufgegriffen: Wir stellen fest, Konsens innerhalb der feministischen Bewegung, Kontroversen und Diskussionsbedarf unter Feministinnen.

Die Plattform kann bestellt werden bei: FemCo, 3000 Bern,
Tel. 021/351 70 90, Fax 021 351 70 91, e-mail: femco@equal.ch

Auszug aus dem Schröder-Blair-Papier

Erst wenige Tage vor dem Frauen-Forum, am 8. Juni 1999, präsentierten der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und der britische Premierminister Tony Blair in London ein Papier, das die neuen Wege sozialdemokratischer Politik zeigen soll. Darin werden Schröders «Neue Mitte» und Blairs «Politik des Dritten Weges» zu einer Vorbild-Ideologie für die Sozialdemokratien Europas formuliert, die sich von traditioneller sozialdemokratischer Politik abgrenzt. Dieses Schröder-Blair-Papier wurde am FrauenForum rege und wahrscheinlich erstmals an einer öffentlichen Veranstaltung in der Schweiz diskutiert und kritisiert. Deshalb geben wir hier wichtige Passagen des Dokumentes wieder. Das Dokument ist in «Blätter für deutsche und internationale Politik» Heft 7/99 erschienen und ist auf folgender Seite zu finden: <http://www.spd.de/politik/erneuerung/perspektiven/index.htm>.

Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten

Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair

In fast allen Ländern der Europäischen Union regieren Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie hat neue Zustimmung gefunden - aber nur, weil sie glaubwürdig begonnen hat, auf der Basis ihrer alten Werte ihre Zukunftsentwürfe zu erneuern und ihre Konzepte zu modernisieren. Sie hat neue Zustimmung auch gewonnen, weil sie nicht nur für soziale Gerechtigkeit, sondern auch für wirtschaftliche Dynamisierung und für die Freisetzung von Kreativität und Innovation steht.

Markenzeichen dafür ist die «Neue Mitte» in Deutschland, der «Dritte Weg» im Vereinigten Königreich. Andere Sozialdemokraten wählen andere Begriffe, die zu ihrer eigenen politischen Kultur passen. Mögen Sprache und Institutionen sich unterscheiden: Die Motivation ist die gleiche. Die meisten Menschen teilen ihre Weitsicht längst nicht mehr nach dem Dogma von Links und Rechts ein. Die Sozialdemokraten müssen die Sprache dieser Menschen sprechen.

Fairness, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere: diese Werte sind zeitlos. Die Sozialdemokratie wird sie nie preisgeben. Um diese Werte für die heutigen Herausforderungen relevant zu machen, bedarf es realistischer und vorausschauender Politik, die in der Lage ist, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu erkennen. Modernisierung der Politik bedeutet nicht, auf Meinungsumfragen zu reagieren, sondern es bedeutet, sich an objektiv veränderte Bedingungen anzupassen.

Wir müssen unsere Politik in einem neuen, auf den heutigen Stand gebrachten wirtschaftlichen Rahmen betreiben, innerhalb dessen der Staat die Wirtschaft nach Kräften fördert, sich aber nie als Ersatz für die Wirtschaft betrachtet. Die Steuerungsfunktion von Märkten muss durch die Politik ergänzt und verbessert, nicht aber behindert werden. Wir unterstützen eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft!

II. Neue Konzepte für veränderte Realitäten

Das Verständnis dessen, was «links» ist, darf nicht ideologisch einengen.

- Die Politik der Neuen Mitte und des Dritten Weges richtet sich an den Problemen der Menschen aus, die mit dem raschen Wandel der Gesellschaften leben und zurechtkommen müssen. In dieser neu entstehenden Welt wollen die Menschen Politiker, die Fragen ohne ideologische Vorbedingungen angehen und unter Anwendung ihrer Werte und Prinzipien nach praktischen Lösungen für ihre Probleme suchen, mit Hilfe aufrichtiger, wohl konstruierter und pragmatischer Politik. Wähler, die in ihrem täglichen Leben Initiative und Anpassungsfähigkeit im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen beweisen müssen, erwarten das gleiche von ihren Regierungen und ihren Politikern.
- In einer Welt immer rascherer Globalisierung und wissenschaftlicher Veränderungen müssen wir Bedingungen schaffen, in denen bestehende Unternehmen prosperieren und sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können.
- Neue Technologien ziehen radikale Veränderungen der Arbeit sowie eine Internationalisierung der Produktion nach sich. Einerseits führen sie dazu, dass Fertigkeiten verlorengehen und einige Wirtschaftszweige schrumpfen, andererseits fördern sie die Entstehung neuer Unternehmen und Tätigkeiten. Daher besteht die wichtigste Aufgabe der Modernisierung darin, in Humankapital zu investieren, um sowohl den einzelnen als auch die Unternehmen auf die wissensgestützte Wirtschaft der Zukunft vorzubereiten.
- Ein einziger Arbeitsplatz fürs ganze Leben ist Vergangenheit. Sozialdemokraten müssen den wachsenden Anforderungen an die Flexibilität gerecht werden und gleichzeitig soziale Mindestnormen aufrechterhalten, Familien bei der Bewältigung des Wandels helfen und Chancen für die eröffnen, die nicht Schritt halten können.
- Wir stehen zunehmend vor der Herausforderung, umweltpolitische Verantwortung gegenüber künftigen Generationen mit materiellem Fortschritt für die Breite der Gesellschaft zu vereinbaren. Wir müssen Verantwortung für die Umwelt mit einem modernen, marktwirtschaftlichen Ansatz verbinden. Was den Umweltschutz angeht, so verbrauchen die neuesten Technologien weniger Ressourcen, eröffnen neue Märkte und schaffen Arbeitsplätze.
- Die Höhe der Staatsausgaben hat trotz einiger Unterschiede mehr oder weniger die Grenzen der Akzeptanz erreicht. Die notwendige Kürzung der staatlichen Ausgaben erfordert eine radikale Modernisierung des öffentlichen Sektors und eine Leistungssteigerung und Strukturreform der öffentlichen Verwaltung. Der öffentliche Dienst muss den Bürgern tatsächlich dienen: Wir werden daher nicht zögern, Effizienz-, Wettbewerbs- und Leistungsdenken einzuführen.
- Die sozialen Sicherungssysteme müssen sich den Veränderungen in der Lebenserwartung, der Familienstruktur und der Rolle der Frauen anpassen. Sozialdemokraten müssen Welle finden, die immer drängenderen Probleme von Kriminalität,

sozialem Zerfall und Drogenmissbrauch zu bekämpfen. Wir müssen uns an die Spitze stellen, wenn es darum geht, eine Gesellschaft mit gleichen Rechten und Chancen für Frauen und Männer zu schaffen.

- Armut, insbesondere unter Familien mit Kindern, bleibt ein zentrales Problem. Wir brauchen gezielte Massnahmen für die, die am meisten von Marginalisierung und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.
- Die Kriminalität ist ein zentrales politisches Thema für die moderne Sozialdemokraten: So verstehen wir Sicherheit auf den Strassen als ein Bürgerrecht.
- Und: Eine Politik für lebenswerte Städte fördert Gemeinsinn, schafft Arbeit und macht die Wohnviertel sicherer.

(...)

III. Eine neue angebotsorientierte Agenda für die Linke

(...)

Moderne Sozialdemokraten müssen die Anwälte des Mittelstands sein

Der Aufbau eines prosperierenden Mittelstands muß eine wichtige Priorität für moderne Sozialdemokraten sein. Hier liegt das grösste Potential für neues Wachstum und neue Arbeitsplätze in der wissenschaftsgestützten Gesellschaft der Zukunft.

- Menschen unterschiedlichster Herkunft wollen sich selbständig machen: Seit langem etablierte und neue Unternehmer, Anwälte, Computerexperten, Ärzte, Handwerker, Unternehmensberater, Kulturschaffende und Sportler. Ihnen muss man den Spielraum lassen, wirtschaftliche Initiative zu entwickeln und neue Geschäftsideen zu kreieren. Sie müssen zur Risikobereitschaft ermutigt werden. Gleichzeitig muß man ihre Belastungen verringern. Ihre Märkte und ihr Ehrgeiz dürfen nicht durch Grenzen behindert werden.
- Europas Kapitalmärkte sollten geöffnet werden, damit Unternehmen und Unternehmer leichten Zugang zu Finanzierungsquellen erhalten. Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, sicherzustellen dass High-Tech-Firmen im Wachstum denselben Zugang zu den Kapitalmärkten erhalten wie ihre Konkurrenten.
- Wir sollten es dem einzelnen leicht machen, Unternehmen zu gründen, und neuen Firmengründungen sollten wir Wege bahnen, indem wir Kleinunternehmen von administrativen Belastungen befreien und ihren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten erweitern. Wir sollten es Kleinunternehmen im besonderen erleichtern, neues Personal einzustellen: Dies bedeutet, die Regulierungslast zu verringern und die Lohnnebenkosten zu senken.
- Die Verbindungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sollten gestärkt werden, um mehr unternehmerische Nebeneffekte («spin offs») aus der Forschung und die Förderung der Konzentration («clusters») neuer High-Tech-Industrien zu gewährleisten.

(...)

IV. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Linke

Der Staat muss die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein.

Menschen, die nie gearbeitet haben oder schon lange arbeitslos sind, verlieren die Fertigkeiten, die sie brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren zu können. Langzeitarbeitslosigkeit beeinträchtigt die persönlichen Lebenschancen auch in anderer Weise und macht die uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe schwieriger. Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muss reformiert werden. Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.

Für unsere Gesellschaften besteht der Imperativ der sozialen Gerechtigkeit aus mehr als der Verteilung von Geld. Unser Ziel ist eine Ausweitung der Chancengleichheit, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Alter oder Behinderung - um sozialen Ausschluss zu bekämpfen und die Gleichheit zwischen Mann und Frau sicherzustellen.

Die Menschen verlangen zu Recht nach hochwertigen Dienstleistungen und Solidarität für alle, die Hilfe brauchen - aber auch nach Fairness gegenüber denen, die das bezahlen. Alle sozialpolitischen Instrumente müssen Lebenschancen verbessern, Selbsthilfe anregen, Eigenverantwortung fördern.

Mit diesem Ziel wird in Deutschland das Gesundheitssystem ebenso wie das System der Alterssicherung umfassend modernisiert, indem beide auf die Veränderungen in der Lebenserwartung und die sich verändernden Erwerbsbiographien eingestellt werden, ohne den Grundsatz der Solidarität dabei preiszugeben. Derselbe Gedanke stand im Hintergrund bei der Einführung der «Stakeholder Pensions» und der Reform der Erwerbsunfähigkeitszahlungen in Grossbritannien.

Zeiten der Arbeitslosigkeit müssen in einer Wirtschaft, in der es den lebenslangen Arbeitsplatz nicht mehr gibt, eine Chance für Qualifizierung und persönliche Weiterbildung sein. Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung. Eine neue Politik mit dem Ziel, arbeitslosen Menschen Arbeitsplätze und Ausbildung anzubieten, ist eine sozialdemokratische Priorität - wir erwarten aber auch, dass jeder die ihm gebotenen Chancen annimmt.

Es reicht aber nicht, die Menschen mit den Fähigkeiten und Kenntnissen auszurüsten, die sie brauchen, um erwerbstätig zu werden. Das System der Steuern und Sozialleistungen muss sicherstellen, dass es im Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten. Ein gestrafftes und modernisiertes Steuer- und Sozialleistungssystem ist eine wesentliche Komponente der aktiven, angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik der Linken. Wir müssen:

- dafür sorgen, dass sich Arbeit für den einzelnen und die Familie lohnt. Der grösste Teil des Einkommens muss in den Taschen derer verbleiben, die dafür gearbeitet haben;
- Arbeitgeber durch den gezielten Einsatz von Subventionen für geringfügige Beschäftigung und die Verringerung der Steuer- und Sozialabgabenlast auf ge-

ringfügige Beschäftigungsverhältnisse ermutigen, «Einstiegsjobs» in den Arbeitsmarkt anzubieten. Wir müssen ausloten, wieviel Spielraum es gibt, die Belastung durch Lohnnebenkosten mit Hilfe von Umweltsteuern zu senken;

- gezielte Programme für Langzeitarbeitslose und andere Benachteiligte auflegen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich unter Beachtung des Grundsatzes, dass Rechte gleichzeitig auch Pflichten bedingen, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren;
- alle Leistungsempfänger, darunter auch Menschen im arbeitsfähigen Alter, die Erwerbsunfähigkeitsleistungen beziehen, auf ihre Fähigkeit überprüfen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und die staatlichen Stellen so reformieren, dass sie Arbeitsfähige dabei unterstützen, eine geeignete Beschäftigung zu finden.
- Unternehmergeist und Geschäftsgründungen als gangbaren Weg aus der Arbeitslosigkeit unterstützen. Solche Entscheidungen bringen erhebliche Risiken für diejenigen mit sich, die einen solchen Schritt wagen. Wir müssen diese Menschen unterstützen, indem wir diese Risiken kalkulierbar machen.

Die neue angebotsorientierte Agenda der Linken wird den Strukturwandel beschleunigen. Sie wird es aber auch leichter machen, mit ihm zu leben und ihn zu gestalten.

(...)

ZUR POLITISCHEN AKTUALITÄT

Gaby Küppers

Die Verhältnisse stehen auf dem Kopf - aber es ist alles beim Alten geblieben

Zu den Ergebnissen bei den Wahlen ins Europäische Parlament

Zum fünften Mal in der Geschichte der Europäischen Union waren deren Bürgerinnen und Bürger im Sommer 99 aufgerufen, für die kommenden fünf Jahre ein Europäisches Parlament zu wählen. Doch sie tröpfelten nur sehr zögerlich in die Wahllokale. Die ersten Hiobsbotschaften für die angehenden VolksvertreterInnen kamen aus den Niederlanden, wo traditionell an einem Werktag gewählt wird. Am Abend des 10. Juni, einem Donnerstag, hatten dort nur knapp 30% der Stimmberechtigten ihre Stimme abgegeben. Am Sonntagabend, dem 13. Juni, war der Unionsdurchschnitt dann auf knapp 50% hochgeschraubt. Dafür gesorgt hatte in erster Linie Belgien, wo Wahlpflicht besteht und zudem gleichzeitig nationale Wahlen stattfanden. In Deutschland lag die Beteiligung bei 45,2%. England schaffte den Negativrekord. Dort ging weniger als ein Viertel des Wahlvolks an die Urnen. Insgesamt war die Beteiligung bei EP-Wahlen noch nie so niedrig gewesen.

Für die offensichtliche Legitimationsverweigerung mussten vielerlei Erklärungen herhalten. Von zu schlappem Wahlkampf im Vorfeld war die Rede, von mangelnder BürgerInnennähe der Entscheidungen in Strassburg und Brüssel. Auch der Rücktritt aller EU-Kommissare nach Aufdeckung der Misswirtschaft nur wenige Monate zuvor hat sicherlich dazu beigetragen, noch weniger Herzen für die sogenannte europäische Idee zu erwärmen. Ausschlaggebend für die geringe Bereitschaft, überhaupt ein Votum abzugeben, waren aber wohl vor allem innenpolitische Gründe. In Deutschland etwa bekam die rot-grüne Bundesregierung nach acht Monaten unerfüllter Wahlversprechen einen Denkkzettel. In Belgien dagegen legten die flämische und die wallonische grüne Partei, beide bislang nicht in der Regierung, wenige Tage nach dem Auffliegen des Dioxinskandals unerwartet viel zu und stellen statt zuvor zwei nunmehr fünf Abgeordnete. Auch zeichnete sich beim Krieg im Kosovo gerade erst ein Waffenstillstand ab. Europas Kriegsbeteiligung und teils heftige -befürwortung durch zur Wahl stehende Parteien hielt ebenfalls eine Reihe von WählerInnen von den Wahllokalen ab. Schliesslich hat sich auch herumgesprochen, dass es nicht so weit her ist mit den Mitsprache- und vor allem mit den Mitentscheidungsrechten des EP, trotz Machtzuwachs in einigen Politikbereichen, nachdem der Maastrichtvertrag in Kraft getreten ist. Und wenn das EP tatsächlich einmal auftrumpfen dürfte, funktioniert eine grosse Koalition und schützt die Regierungen daheim. So erten im Frühjahr die beiden grossen Fraktionen - und damit allein gut zwei Drittel

des Parlaments - so halbherzig mit ihren Anträgen herum, dass der damalige Kommissionspräsident Santer vorsichtshalber selbst im Namen seiner Mann- und Frauschaft den Hut nahm.

Die De-facto-Grosse-Koalition

Deswegen hat sich nach den EP-Wahlen trotz einiger Verschiebungen gar nicht so viel verändert. Sicher, 54%, also mehr als die Hälfte der 626 Abgeordneten, sind neu. Solange die Frischlinge die Fraktionsdisziplinen noch nicht verinnerlicht haben, kann das zu einigen überraschenden Abstimmungsergebnissen führen. Auch haben die «kleinen Fraktionen», die Grünen, die Liberalen und die Vereinigte Linke, dazugewonnen. Neuheiten aus Frankreich sind die rechte Partei der Jäger (Chasse, Pêche, Nature et Traditions) und die (nicht am linken Regierungsbündnis beteiligten) TrotzistInnen (LO/LCR), die mit den in die Regierungskoalition eingebundenen KommunistInnen gleichzogen.

Die meistkommentierte Neuerung aber ist das Verhältnis zwischen den «grossen Fraktionen» EVP (Europäische Volkspartei) und PSE (Partei der Sozialdemokraten Europas). Es hat sich komplett umgekehrt: 224 Mitglieder bilden jetzt die in der EVP (von den deutschen ChristdemokratInnen bis zu Berlusconi's Forza Italia, was erstere schon in der letzten Legislaturperiode in den heimatischen Wahlkreisen stets tunlichst verschwiegen). Die PSE reduzierte sich umgekehrt auf 180 Sitze. In der De-facto-Grossen-Koalition bleibt also alles beim alten.

Dennoch wirkte die erste Abstimmung im EP nach der Inversion der Grosskräfteverhältnisse auf Teile der Presse wie eine grundlegende Verschiebung. Bei der Wahl zum EP-Präsidenten liess die EVP ihre Muskeln spielen und widersetzte sich dem ungeschriebenen Gesetz, wonach das Amt den bei den grossen Fraktionen alternierend zusteht. Nach Gil Robles von der spanischen konservativen PP wäre ein Sozialdemokrat an der Reihe gewesen. Statt dessen stellte die EVP die Französin Nicole Fontaine (UDF) auf, holte die Liberalen mit dem Versprechen ins Boot, ihnen in der zweiten Hälfte der Legislatur den Posten zuzuschancen, und setzte mit Mehrheit ihre Kandidatin gegen den PSE-Mann, den Portugiesen Mario Soares, durch, den man nach seiner unrühmlichen Rolle bei der Beendigung der Nelkenrevolution wohl kaum als Linken bezeichnen mag. Damit hat nach Simone Veil (1979-82) zum zweiten Mal in der Geschichte des Europäischen Parlamentes eine Frau die Präsidentschaft inne.

Schattenboxen

Dadurch ist das Parlament in der Praxis aber weder besonders schwarz noch besonders weiblich geworden. Aus nationalen Gründen sind die Meinungsunterschiede innerhalb der beiden grossen Fraktionen oft grösser als zwischen ihnen. Letztes Beispiel dafür ist die Bestätigung der neuen KommissarInnen. Das Säbelrasseln der

deutschen CDU, unzufrieden damit, dass Schröder bei den Nominierungen mit Günter Verheugen (SPD) und Michael Schreyer (Grüne) die Opposition übergangen hatte, wurde selbst in den eigenen Fraktionsreihen überhöht. Schliesslich wollten sich Konservative aus anderen Ländern den Einzug ihrer Kandidatinnen nicht durch deutsche Gefechte gefährden lassen. Am Ende kriegte der neue Kommissionspräsident Prodi für sein Team die absolute Mehrheit - erstaunlich war allein, dass er danach erleichtert lächelte, als sei das Ergebnis nicht von Anfang an klar gewesen. Auch in Sachen Frauen tritt das EP eher auf der Stelle. 185 der 626 neuen Abgeordneten sind Frauen, das sind knapp 30% und damit gut 3% mehr als in der letzten Legislaturperiode. Aus Skandinavien kommen wie zuvor die meisten Frauen, aus Luxemburg kommt keine einzige. Bei den Schlüsselpositionen ist die Bilanz: zwei Schritte vor und mindestens einer zurück: Nicole Fontaine zur Seite stehen 13 Vizepräsidenten und 1 Vizepräsidentin. In den vergangenen fünf Jahren hatten noch zwei Frauen das Amt innegehabt.

Schlechter haben die Frauen auch bei den Fraktionsvorsitzen abgeschnitten. Bis zu den Wahlen führten in drei Fraktionen Frauen das Präsidium: bei den SozialdemokratInnen (Pauline Green), bei den Radikalen (Catherine Lalumière) und bei den Grünen (Magda Aelvoet, bis zum Wechsel von Claudia Roth in den deutschen Bundestag sogar in weiblicher Doppelspitze). Jetzt ist nur noch bei den Grünen eine Frau Präsidentin: Heidi Hautala aus Finnland, gemeinsam mit dem Co-Vorsitzenden Paul Lannoye. Leicht besser sieht es dagegen bei den Ausschussvorsitzenden aus. Von 23 Ausschusspräsidien wurden zuvor 6 von Frauen geführt. Nun sind es wieder 6, allerdings wurde nach einer Umstrukturierung die Zahl der Ausschüsse auf 17 verringert. Bei den Vizevorsitzenden waren zuvor 21 von 66 weiblichen Geschlechts jetzt sind es 15 von 48, also im Verhältnis in etwa gleich viele.

Quantität, das ist bekannt, ist nicht gleich Qualität. In den umfangreichen Fragekatalogen, die die neuen Abgeordneten den AnwärterInnen auf den KommissarInnenposten zur schriftlichen Beantwortung mit in die Sommerferien gaben, fand sich eine durchaus beachtliche Anzahl von Fragen zum Komplex Frauen, Frauenförderung und Geschlechterverhältnisse. Ob dies im Parlamentsalltag seinen Niederschlag findet, bleibt abzuwarten. Von Seiten der KommissarInnen in spe kündeten die Antworten durch die Bank von mässigem (Er-)Kenntnisstand. Die Griechin Anna Diamantopoulou, in deren Händen jetzt das Frauenressort neben - frau ahnt die Kombination bereits - der Zuständigkeit für Soziales und Beschäftigung liegt, hinterliess bei der mündlichen Befragung Anfang September jedoch immerhin einen überraschend positiven Eindruck. Das gleiche konnte frau von dem designierten Kommissar für Aussenhandel und internationale Wirtschaftsbeziehungen nicht sagen. Auf die Frage einer Abgeordneten, warum er sich bei seinen schriftlichen Ausführungen zum Thema Gender so einsilbig geäussert habe, erwiderte er treuherzig: «Ich habe nur einen Satz geschrieben, weil ich dachte, Frauen und Handel hätten nichts miteinander zu tun.» Das verschlug etlichen Anwesenden die Sprache. Hoffentlich nicht für lange.

13. Juni 1999:

Das Nein zur Mutterschaftsversicherung

Natalie Imboden

Die Ergebnisse - eine Analyse

1'280'422 Nein-Stimmen: Facts and figures

Das Resultat von 61,1% Nein zur Mutterschaftsversicherung am 13. Juni 1999 war eindeutig und niederschmetternd. Trotzdem stellt sich die Frage, wer nein oder eben ja gestimmt hat. Welche soziologischen Faktoren waren ausschlaggebend? Ein Vergleich mit den beiden früheren Mutterschaftsabstimmungen von 1984 und 1987 und weiteren sogenannten Frauenabstimmungen drängt sich auf. Statistische Daten und Prozentanteile relevanter Kategorien (Alter, Geschlecht, Parteibindung etc.) geben wichtige Hinweise darauf, wer wie gestimmt hat. Die Gründe für das Resultat sind aber vielschichtiger und können hier nur angetönt werden.

Gemäss der sogenannten VOX-Analyse werden folgende Aussagen bestätigt: In den grossen Städten fand die Vorlage mehr Befürworter als in kleinen und mittleren sowie auf dem Land. Höher Gebildete unterstützten die MSV deutlicher als weniger Gebildete. Trotz der Ja-Parole des Bauernverbands verwarfen die Bauern und Bäuerinnen die Mutterschaftsversicherung sehr deutlich (27,3% Ja), während besonders LehrerInnen der Vorlage klar zustimmten (72,2% Ja). Keinen bemerkbaren Einfluss auf das Abstimmungsverhalten hatte neben dem Zivilstand und der Konfession auch die Geschlechtszugehörigkeit.

Kaum Unterschiede im Abstimmungsverhalten von Frauen und Männern

Frauen als soziale Gruppe haben die Mutterschaftsversicherung mit 41 % Ja nur wenig stärker als der Durchschnitt befürwortet (Männer 38 % Ja). Die Annäherung des Abstimmungsverhaltens von Frauen und Männern entspricht einem längerfristigen Trend. So betrug die Differenz zwischen den Geschlechtern bei der Abstimmung über den Gleichstellungsartikel in der Verfassung (Gleiche Rechte für Mann und Frau, Juni 1981) und beim neuen Ehe- und Erbrecht (September 1985) noch 14 bzw. 13%. Hingegen lag die Stimmbeteiligung von Frauen am 13. Juni leicht über jener der Männer (47 zu 43 %). Bei diesem Abstimmungswochenende sind Frauen in grösserer Zahl als sonst zur Urne gegangen, gerade Frauen in der deutschsprachigen Schweiz, für die die Verwerfung der Mutterschaftsversicherung eine hohe Bedeutung hatte, und Frauen mit Sympathien zur politischen Rechten.

Die stärksten Unterschiede zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen waren allerdings politischer Natur. Prägend für die Stimmabgabe war die Links-/Rechts-Orientierung. 85 % aller Links-WählerInnen waren für die Vorlage, bei den SVP-AnhängerInnen waren es gerade 4%. Kaum Unterschiede im Stimmverhalten bestehen zwischen AnhängerInnen von CVP, FDP und bei den parteiungebundenen Personen. FDP-nahe Personen liegen mit 38% Ja knapp unter dem durchschnittlichen Ja-Anteil, bei CVP-nahen und parteiungebundenen Personen liegen die Werte mit 42 bzw. 41% leicht über der durchschnittlichen Zustimmung von 39%. Neben der politischen Orientierung spielte auch das Alter eine wichtige Rolle. Gesamtschweizerisch befürworteten die unter Vierzigjährigen, also jene Bevölkerungsgruppe, welche theoretisch altersmässig direkt von den Leistungen hätte profitieren können, die Vorlage, die älteren Generationen lehnten sie ab. In der Romandie sagten alle Jüngeren von rechts über das Zentrum nach links deutlich ja. In der Deutschschweiz befürworteten zwar auch 96 Prozent der nach links orientierten Jüngeren die Vorlage, die jüngere Rechte sprach aber ein deutliches Nein zur Mutterschaftsversicherung (20% Ja).

Rechte Mobilisierung schafft Gräben

In der französischsprachigen Schweiz wurde die Mutterschaftsversicherung klar mit 78,4 Prozent Ja-Stimmen angenommen, in der Deutschschweiz hingegen ebenso klar mit 29,5 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Der Sprachengraben bei der Mutterschaftsversicherung entsteht zum ersten Mal, wie ein Blick auf die bisherigen Abstimmungen von 1987 und 1984 zeigt. Damals wurden beide Vorlagen in der Romandie und auch in der Deutschschweiz gleichermassen abgelehnt. Dies relativiert gemäss den Autoren der Vox-Analyse Verallgemeinerungen hinsichtlich des Röstigrabens. Die Autoren erklären die Ursache für das unterschiedliche Stimmverhalten in den verschiedenen Landesteilen vor allem mit der Mobilisierung der Rechten in der Deutschschweiz und weniger mit dem generellen Staatsverständnis. In der Romandie fand die Mutterschaftsversicherung praktisch bei allen Parteien Unterstützung, also auch bei der FDP und bei den Liberalen. Die SVP als vehemente Gegnerin der Vorlage (die Junge SVP hatte das Referendum ergriffen) ist in der Westschweiz weniger eine prägende Kraft. Der Unterschied wird denn auch mit den unterschiedlichen Kampagnen in den beiden Landesteilen erklärt. Ernsthafte Gegner hatte die Vorlage praktisch nur in der deutschen Schweiz.

Von Interesse sind auch die Gründe für das Stimmverhalten, welche in der Vox-Studie erfragt wurden: Die meisten zustimmenden Personen wollten mit ihrem Ja zur Mutterschaftsversicherung Frauen, Mütter und Familien unterstützen. Auf der anderen Seite wurden die meisten Nein-Stimmen damit begründet, dass es eine Mutterschaftsversicherung gar nicht brauche. Ausschlaggebendes Argument gegen die Vorlage waren die Modellwahl (Versicherung und Grundleistung für Mütter) und der Hinweis, dass die vorhandenen Lücken auf andere Art geschlossen werden könnten.

Umfragen und statistische Auswertungen geben wichtige Hinweise zur Erklärung von Abstimmungsergebnissen. Damit eine Mutterschaftsversicherung, welche diesen Namen auch verdient, doch noch realisiert wird, braucht es aber gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen.

Die Vox-Analyse basiert auf einer Umfrage bei 1200 StimmbürgerInnen 10 Tage nach der Abstimmung, durchgeführt vom GfS-Forschungsinstitut. Die Interpretation nahm ein Forschungsteam des Departements für Politikwissenschaft der Universität Genf vor.

«25 Jahre Frauen als Stimmbürgerinnen: Wie haben sie entschieden?» Zum Anlass des 25. Jahrestages der Einführung des Frauenstimmrechtes in der Schweiz, GfS-Forschungsinstitut (Sekundäranalyse der VOX-Analysen) 1996.

Katharina Haag

Was meinen bürgerliche Frauen? Ein Nein - ja und?

«Eine neue Sozialversicherung in der heutigen Zeit schaffen zu wollen, das musste ja schief gehen.»

«Ja, ich war schon dagegen, aber das heisst nicht, dass ich mit der heutigen Situation zufrieden bin.»

«Die MSV war nicht die richtige Lösung, aber das Nein hat mich trotzdem nicht gefreut.»

«Tagesschulen und ein besseres Angebot der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Das sind die wichtigeren Themen - das muss endlich gelöst werden.»

Enttäuschung, Wut, Ohnmacht!

«Mir tut es leid für meine Tochter.»

«Schlimm finde ich in diesem Zusammenhang, wie sang- und klanglos die Erhöhung der EO-Zahlungen für Militärdienstleistende hingenommen wurde, wo es schliesslich auch um 100 Mio. mehr pro Jahr geht.»

«Am meisten geärgert haben mich die Frauen, denen es nicht passte, dass sie zu ihrer Zeit kein solches Angebot hatten, so nach dem Motto: <Ich musste auch selber klarkommen.> Oder die anderen, darunter auch junge Frauen, die ganz aggressiv wurden und auf die Karrierefrauen zu schimpfen begannen, die einfach alles haben müssen.»

«Wenn die Männer schwanger würden, dann hätten wir jetzt die MSV»

Symbolisches Nein

«Für mich ist das Nein zur MSV ein Mehrheitsentscheid von (Deutsch-)schweizerinnen und -schweizern, nicht nur zu dieser Versicherung. Das Nein zeigt klar und deutlich, wie Traditionalisten jeder politischen Couleur die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sehen: Der Mann steht im Erwerbsleben, die Frau am Herd.»

Es gibt kein bürgerliches Stimmungsbild

Die Stimmung unter den Bürgerlichen nach der Ablehnung der MSV? Ein Bericht von der bürgerlichen Basis? So unterschiedlich wie die Ansichten vor der Abstimmung waren, so unterschiedlich ist nun die Stimmung. Mein Bekanntenkreis hat die Vorlage mehrheitlich befürwortet und sich im Abstimmungskampf eingesetzt. Viele von ihnen sind enttäuscht und müde. Erkennbar ist bei einigen ein wachsender Unwille, sich weiterhin in der Frauenfrage zu engagieren und sich zu exponieren. Auf der anderen Seite ist eine wachsende Ungeduld spürbar darüber, dass viele Postulate der Gleichstellung nach wie vor nicht erfüllt sind, *«obwohl es eigentlich Selbstverständlichkeiten wären»*.

Und die prominenten GegnerInnen? Sie hatten unmittelbar nach der Abstimmung mehr als genug Gelegenheit, ihrer Zufriedenheit mit dem Abstimmungsergebnis Ausdruck zu geben. Nicht vorenthalten möchte ich den LeserInnen die Ansichten eines ehemaligen Studienkollegen von mir, der keinen Hehl aus seiner Genugtuung ob des Resultates machte. Er ist jungliberaler Nationalratskandidat und war sich nicht zu schade, vor der Abstimmung in einem persönlichen Inserat (mit Foto) in der *Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift* zu einem Nein aufzurufen, weil die EO durch die MSV zweckentfremdet würde. Die EO-Gelder stünden von Gesetzes wegen nur Militärdienstleistenden zu. Der Kollege hat übrigens einen grossen Teil seiner Militärkarriere während seiner Studienzeit absolviert, *«unter grossen Opfern»*, wie er selber meint - dank den EO-Beiträgen vieler erwerbstätiger Frauen, wie ich finde. Seine Vision zur Frauenförderung: Der Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung reicht völlig, es gilt ihn nur umzusetzen.

Vorwärtsblicken und Weitermachen

Freisinnige Politikerinnen setzen sich seit Jahren für eine europäische Integrationspolitik ein. Der *EU-Beitritt* wäre eine Chance, sich im Mutterschaftsschutz und in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in rascherem Tempo europäischen Standards anzupassen.

Unmittelbar nach der Abstimmung zur MSV wurde am Parteitag der FDP-Frauen der Schweiz eine Petition *«für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule»* lanciert. Die Petition ist nicht zuletzt auch eine konstruktive Reaktion auf das Nein zur MSV. Drei darin enthaltene Forderungen sind für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie relevant:

1. Die Realisierung und der Betrieb von privaten, halbprivaten oder öffentlichen freiwilligen Tagesschulen sollen von Bund und Kantonen unterstützt und steuerlich begünstigt werden.
2. Kinderbetreuungskosten sollen von den Steuern abgezogen werden können.
3. Die Grundschule soll im 5. Altersjahr beginnen können.

Die übrigen Punkte fordern eine schweizerische Harmonisierung der Schulsysteme und die wesentlich frühere Einführung des Fremdsprachenunterrichts.

Es gibt aber immer einen Grund, sich nicht offen für Frauenfragen einsetzen zu müssen. Bei der MSV-Vorlage konnte man sich als Bürgerliche gegen noch mehr Staat einsetzen. Die Unterschrift für die Petition kann man verweigern, weil Früh-Englisch und Früh-Französisch die Kinder überfordern könnte.

Meine persönliche Ansicht ist, dass noch immer zu viele von uns bürgerlichen Frauen befürchten, dass sie ihr politisches Lager verraten oder an Beliebtheit einbüßen, wenn sie für Frauenfragen eintreten. Doch «Frauen fördern durch fordern statt braves Mädchen spielen» lautet das Motto einer wachsenden Zahl.

Kommentar der Redaktion

Nationalratswahlen der Jahrhundertwende: Erste Ansätze zu einer differenzierten Analyse

Der Kommentar wurde nach den eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 1999 von Redaktionsfrauen zusammen mit der SP-Nationalrätin Doris Stump (AG) im Gespräch erarbeitet.

Die Wahlen ins nationale Parlament sind nicht nur hinsichtlich des Frauenanteils, sondern auch bezüglich der zukünftigen Chancen für die frauenspezifische und gleichstellungsrelevante Gesetzgebung zu analysieren. Notwendig sind dafür Sorgfalt und Differenzierung sowie die Berücksichtigung der langfristigeren Perspektiven und Entwicklungstendenzen.

Frauen haben 1999 zwar mehr Sitze als 1995, jedoch wegen der im Laufe der Legislaturperiode durch Nachrücken hinzugewonnenen Mandate ist die Frauenvertretung neu schwächer als vor den Wahlen. So sind denn auch weniger diese Gewinn-, beziehungsweise Verlustzahlen zu kommentieren, als zu fragen, wo und warum Frauen mehr Gewicht und Einfluss haben.

Starke Frauen in den Fraktionen von CVP und FDP

Dass die SVP zulegen würde, war vorauszusehen, und dass dort Frauen geringe Chancen haben ebenso. Frauenfreundliche Postulate hat diese Partei nie unterstützt. Aus Frauenperspektive ist vor allem die Frage relevant, wie sich ein Teil der Frauen um Brigitta Gadiant längerfristig verhalten werden. Ihr Gewicht ist inhaltlich minimin, doch binden sie - ebenso wie die anderen Kandidatinnen auf lokaler Ebene - Frauen an die SVP. Und das muss zu denken geben. Es ist ein Faktor, den die marktorientierte Werbemaschine SVP nicht vernachlässigen wird. 25% der Männer haben SVP gewählt, aber nur 20% der Frauen. Ohne ihre männerorientierte Politik auch nur abzuschwächen, wird die Partei versuchen diesen Anteil von 20% zu halten oder zu erhöhen. Dafür braucht sie Frauenkandidaturen. Mit diesen Vertreterinnen in ihren Reihen legitimiert sie selbst frauenfeindliche Massnahmen.

Es ist wahrscheinlich, dass ein Teil der rechtskonservativen und rechtsbürgerlichen Wähler zur SVP wechselten, aber wohl nur wenige Wählerinnen. Während nur noch 15% der Männer CVP wählen, sind es noch 16% der Frauen. Dass bedeutet, dass die CVP auf die Wählerinnen Rücksicht nehmen muss, die in ihrer Mehrheit immer noch stärker als die Männer ihre solidarische Seite bezeugen. Zwar ist ein Teil der neugewählten jüngeren CVP-Frauen - ähnlich wie Bundesrätin Ruth Metzler - nicht mehr in der Frauenbewegung verankert, und einige sind auf Grund ihrer erfolgreichen professionellen Karriere eher dem rechtsbürgerlichen Lager zugeneigt, nicht aber dem rechtskonservativen. Formale Gleichstellung ist für sie selbstverständlich,

doch stellen sie sich gegen weitergehende Massnahmen. Die Mehrheit der gewählten CVP-Frauen, und dabei vor allem die mittlere und ältere Generation, politisieren weiterhin wie ihre Vorgängerinnen Judith Stamm und Josy Meier prononciert sozial und frauenfreundlich. Neben den wiedergewählten Nationalrätinnen Zapfl und Dormann sind dies vor allem Lucrezia Meier-Schatz, versierte Politologin und Präsidentin der Pro Familia, und Chiara Simoneschi-Cortesi, die gegenwärtige Präsidentin der Eidgenössischen Frauenkommission. Sie wollen und können sich innerparteilich Geltung verschaffen. Unterstützung haben sie von der Frauengruppe der CVP, die in den letzten beiden Jahren gelernt hat, mit Geschick und Unterstützung der Öffentlichkeit innerparteilich und nach aussen erfolgreich zu lobbyieren. Ein zukunftsversprechender Lichtschimmer.

Bei den Freisinnigen ist der Einfluss der Frauen geringer, doch die wiedergewählten FDP-Frauen belegen insbesondere in Zürich die Spitzenränge. Lili Nabholz, hinter Trix Heberlein auf Platz 2, ist eine klare Vertreterin des liberalen Flügels und als ehemalige Präsidentin der Eidg. Frauenkommission eine dezidierte Vertreterin der Gleichstellung. Sie pflegt Kontakte zu Frauen aus allen Richtungen der Frauenbewegung. In den Frauenorganisationen stark verankert ist auch die in den Ständerat gewählte Waadtländerin Christiane Langenberger.

Linke Feministinnen: verdrängt, neu- und wiedergewählt

Der Erfolg der bürgerlichen Frauen war andererseits mitverantwortlich für den Sitzverlust profilierter linker Frauen. Weil CVP und FDP mit guten Kandidatinnen den Frauen eine Alternative boten, haben bürgerliche Wählerinnen weniger Panaschierstimmen den ausgewiesenen Politikerinnen aus der Linken und Grünen gegeben, sahen sie doch ihre Interessen in «ihren» Parteien vertreten.

Die Grünen mit ihrem starken Frauenpotential verloren allgemein Stimmen und damit wichtige in der feministischen Bewegung verankerte Vertreterinnen. Katrin Kuhn wurde im Aargau und Margrith von Felten in Basel nicht mehr gewählt, Cecile Bühlman in Luzern nur knapp. Als Nationalrätinnen der Grünen bestätigt wurden auch Franziska Teuscher (BE) und Ruth Gonseth (BL). Bei der SP sind von den Abgewählten die grosse Mehrheit Frauen. Diese vertraten einen frauenfreundlichen und vielfach auch einen prononciert feministischen Kurs. Neben der nicht in den Ständerat gewählten Ursula Hafner sind dies vor allem die Nationalrätinnen Barbara Geiser (BE), Christine Keller (BS), Maria Roth-Bernasconi (GE), Silva Semadeni (GR) und Agnes Weber (AG). Die Frauenfraktion der SP ist trotz allem noch stark. Mit Anita Fetz (BS) sitzt eine in der ganzen Schweiz bekannte Lobbyistin in Sachen Frau im Parlament und mit Susanne Leutenegger-Oberholzer (BL) eine Ökonomin und Gewerkschafterin. Schliesslich wurden die Feministinnen Doris Stump und Christine Goll bestätigt.

Für eine frauenfreundlichere Ausrichtung der zukünftigen Politik kann eine Stärkung der Frauenfraktion in der CVP und FDP vielleicht wichtiger sein als die (leichte)

Schwächung der linken Frauenfraktion, sinkt doch damit die Dominanz der SP-Frauen in der überparteilichen Parlamentarierinnengruppe. Die von dieser Gruppe unterstützten Ansprüche können nicht mehr einfach als linke Politik abgetan werden, wenn sie von wichtigen Exponentinnen der bürgerlichen Parteien mitgetragen und -formuliert werden.

Frauenspezifische Allianzen für die Themensetzung der Zukunft

Im Vorfeld der Wahlen 99 bestimmte die SVP mit ihrem enormen Werbeaufwand die Themen, die von den Zeitungen und anderen Parteien aufgegriffen wurden, statt dass sie andere Schwerpunkte gesetzt hätten. Frauenthemen in die Diskussion einzubringen war schwierig. Es gilt gegenwärtig weder als vordringlich noch als zeitgemäss. Ganz im Gegensatz zur Ausmarchung von 1995: Auf dem Hintergrund der von den Frauen erkämpften Wahl von Ruth Dreifuss in den Bundesrat waren die Frauenorganisationen verschiedenster Couleur von einem eigentlichen Motivations Schub erfasst, und - das ist entscheidend - die Kandidatinnen wurden von einer breiten Bewegung getragen. Gleichstellungsfragen wurden auch in den Medien diskutiert, das Gleichstellungsgesetz, Veränderungen des Rentenalters, aber ebenso Geschlechterquoten.

Wie es im Jahre 2000 um die Chancen der Quoteninitiative steht, die auf dem Hintergrund der starken Empörung über die Nichtwahl Christiane Brunnens lanciert worden war, ist schwierig zu beurteilen. Trotzdem sollte die Selbstverständlichkeit von Quoten, wenn es um die Verteilung von Ämtern und Sitzen zwischen Parteien und Regionen geht, in diesem Land in die öffentliche Diskussion einfließen (vgl. dazu auch den Beitrag von Patricia Schulz und den Forumsbeitrag von Natalie Imboden in diesem Heft). In Zukunft müssen aber nicht nur die traditionellen gleichstellungsrelevanten Frauenanliegen konsolidiert und ein von der Basis der bürgerlichen Frauen getragener Konsens für eine Mutterschaftsversicherung gesucht, sondern auch neue Felder definiert werden. Politisch bedeutsam über verschiedene Parteigrenzen hinweg könnte im Rahmen eines neuen Gesellschaftsvertrags und der Generationenfrage die Gewichtung der unentgeltlichen Arbeit werden. Im Zusammenhang mit den angekündigten Initiativen zur Steuersenkungen und Sparpolitik sollte auch die feministische Budgetpolitik an Relevanz gewinnen: Wo wird für was Geld ausgegeben, beziehungsweise gespart, und wer profitiert steuermässig? Als Gegenpol zum rechtsnationalistischen Aufschwung sind auch Postulate der Migrantinnen breit abzustützen. Für gesetzgeberische Umsetzung frauenspezifischer und feministischer Forderungen dürfen die Parlamentarierinnen, die in diesen Bereichen aktiv werden könnten, nicht allein gelassen werden, sondern bedürfen der Impulse und der starken Unterstützung von aussen. Ebenso sollten sich die Politikerinnen an den Bedürfnissen der Basis orientieren. Eine engere Zusammenarbeit und gegenseitige Information und Motivierung ist vordringlich.

Verfassung, Geschlecht und Demokratie

Art. 4 Abs. 2 BV ist für Feministinnen zu einer Standardabkürzung geworden. Doch wer sich in Zukunft auf den Gleichstellungsartikel berufen will, muss Art. 7 Abs. 3 zitieren, denn am 1. Januar 2000 tritt die nachgeführte Bundesverfassung in Kraft. Die Abstimmung im April 1999 vermochte gerade 36% der Stimmberechtigten an die Urne zu locken. Auch der Abstimmungskampf verlief relativ flau. Dies obwohl die unterschiedlichsten Interessengruppen mit dem nachgeführten Verfassungstext nicht gerade zufrieden sind. Aus Frauensicht lässt sich hierzu neben der allgemein nur ansatzweisen Berücksichtigung der Gleichberechtigung der Geschlechter auf die fehlenden Geschlechterquoten verweisen, wie dies die Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten bereits in der Vernehmlassung getan hat. Dennoch war die Bundesverfassung auch unter Feministinnen kein grosses Thema. Das schwache Echo ist zum Teil erklärbar durch das schweizerische politische System, das eine ständige partielle Revision mittels Initiativrecht ermöglicht. Dies hat indirekt (Gegenvorschlag) 1981 zum Gleichstellungsartikel geführt und ermöglicht eventuell bereits (bzw. endlich) im Frühling 2000 die Auseinandersetzung um Quoten. Generell ist die politische Tradition in der Schweiz durch eine relative Verfassungsferne gekennzeichnet und die politischen Auseinandersetzungen werden auf der Ebene von Sachfragen geführt. Auf dieser Ebene lassen sich auch Frauenkreise noch immer mobilisieren. Somit kann das Ausbleiben einer breit abgestützten frauenspezifischen Antwort auf die nachgeführte Bundesverfassung sicher nicht als allgemeines Verstummen von Feministinnen interpretiert werden.

Möglichkeiten eines lustvolleren und der feministischen Politik näheren Engagements in Rechts- und Verfassungsfragen zeigte die deutsche Juristin und Staatsrechtlerin Susanne Baer von der Humboldt Universität anlässlich des interdisziplinären Symposiums «150 Jahre Demokratie & Geschlechterdifferenz» in Solothurn im November 1998. Anhand der Diskussion um die neue deutsche Verfassung legte Baer dar, wie ihrer Meinung nach Recht genutzt werden soll, ohne es allzu ernst nehmen. Spielräume seien auszudehnen durch öffentliche Skandalisierung von Recht mittels Anklage zum einen oder durch Gestaltung von Verfassungsrecht. Ihr lesenswertes Referat ist kürzlich im Sammelband zu diesem Symposium erschienen (vgl. Bücher zum Thema in diesem Heft).

Christensen, Birgit (Hg.): Demokratie und Geschlecht - Démocratie et sexes. Interdisziplinäres Symposium zum 150jährigen Jubiläum des Schweizerischen Bundesstaates - Symposium interdisciplinaire. Zürich 1999.

Die Hälfte der Arena

Zur Abstimmung über die Quoteninitiative am 12. März 2000

Wer will schon Quoten! Im Grunde genommen ist es selbstverständlich, dass im Parlament nicht weniger Frauen als Männer sein sollten. Das gilt überhaupt für alle Entscheidungspositionen. Die Forderung nach einer gerechten Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden ist so gesehen ziemlich banal. Dennoch - oder gerade deswegen - löst sie bei GegnerInnen irrationale Angstzustände und bei BefürworterInnen leichtes Unbehagen und einen déjà-vu-Effekt aus. Wie oft schon haben wir mit subtiler, manchmal subversiver Entwicklungshilfe oder dann eben mit dem Holzhammer die Köpfe jener Frauen und Männer bearbeitet, die noch immer glaubten, in Politik und Wirtschaft zählten nur Erfahrung und Leistung und Frauen seien nur aufgrund eines persönlichen Defizits nicht genügend zahlreich vertreten. Ausserdem reichen doch zwei Bundesrätinnen eigentlich. Den Feminismus nicht begriffen - der Satz von Melissa Benn und Claudia Kaufmann trifft auch hier ins Schwarze Und doch ist unter uns Feministinnen eine Ambivalenz gegenüber Frauenquoten festzustellen.

Feministische Theorie hat sich bisher ungenügend mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie auseinandergesetzt.¹ Auch das Frauen-Forum hat vermehrt Piazzas statt Arenen gefordert. Gleichzeitig fordern wir via Quoten die Hälfte der Arena ein. Dieser scheinbare Widerspruch lähmt und ist Ausdruck einer feministischen Champignonzucht, die alle Frauen ein und derselben Ideologie unterwirft. Wir behaupten zu Recht, dass uns die Hälfte der Arena zusteht. Wir sind aber nicht sicher, ob wir auch in die Arena wollen. Aber darum geht es letztlich nicht, denn es gibt genug Frauen, die genau das wollen, und die sollen die gleichen Chancen dazu haben wie Männer.

Die ganze Auseinandersetzung um Quoten ist kräftezehrend und nicht selten stellen sich die Gegnerinnen über die Befürworterinnen mit Aussagen wie «Ich habe das nicht nötig», «Ich will qualifizierte Menschen, nicht einfach Frauen». Das impliziert, dass Quotenbefürworterinnen hilfsbedürftig, unqualifiziert und inkompetent sind, und sich durch Quoten einen persönlichen ungehörigen Gewinn erzielen. Dass Frauen sich für sich selber engagieren, entspricht so gar nicht dem Bild des auf Fürsorge und Vorsorge gründenden Feminismus. So gesehen verwundert es kaum, dass sich Frauen lieber mit Inhalten als mit Institutionen auseinandersetzen. Doch wohin mit all den Inhalten, wenn nicht in die Institutionen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Problem, dass dem «Nehmen Sie Platz, Madame» ein «Machen Sie Platz, Monsieur» vorausgeht. Quotenforderungen hätten bessere Chancen, würden die Gremien um die entsprechende Zahl Frauen ergänzt. Dann müsste weder an den Sitzen noch an den Wahlchancen der Männer gerüttelt werden. 135

Über Parteigrenzen hinweg ist das Rütteln noch eher unproblematisch, aber partei-intern entstehen Loyalitätskonflikte. Auch aus links-grünen feministischen Kreisen ist in Quotendiskussionen immer wieder der Satz zu hören: «Mir ist ein linker Mann lieber als eine rechte Frau». Mit anderen Worten: Quoten sind gerecht, sinnvoll und angebracht, so lange sie den eigenen Männern nichts anhaben. Zur Erinnerung: einzig die Grüne Fraktion hat im eidgenössischen Parlament einen Frauenanteil von über 50%. In allen anderen Fraktionen hat es noch zu viele Männer - nicht nur auf eidgenössischer Ebene.

Da aber in der Schweiz kein harmonisches feministisches Biotop herrscht, wir uns vehement gegen feministische Champignonzucht im oben erwähnten Sinn wehren müssen, wir keine Hemmungen haben dürfen an Stühlen zu rütteln und jede Frau ihre Arena selber definiert, ist im kommenden Abstimmungskampf ein vorbehaltloses Engagement für die Quoteninitiative angesagt.

1 Gabriele Abels, Stefanie Sifft: Demokratie als Projekt, Campus 1999. Vgl. Buchbesprechung in dieser Ausgabe.

Rita Schmid Göldi

Chancengleichheit und Gleichstellung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung

Für die im Frühjahr 1998 eingesetzte ExpertInnenkommission zur Revision des Berufsbildungsgesetzes hat das Postulat «Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter in der beruflichen Aus- und Weiterbildung» hohe Priorität.

Berufliche Aus- und Weiterbildung von Frauen

Mittlerweile absolvieren 93% der Mädchen und 96% der Knaben eine nachobligatorische Ausbildung. Seit 1985 hat sich der Anteil der Mädchen von 85% auf 93% verbessert. Mehr Männer (85%) als Frauen (71 %) wählen nach der obligatorischen Schule einen Ausbildungsweg mit direktem Zugang zur Tertiärstufe, der somit auch weiterbildungs- und karriereoffener ist. Im Schuljahr 1996/97 sind die Frauen bei den einjährigen Berufslehren mit 71% übervertreten, bei den zweijährigen mit 75%. Bei den dreijährigen Lehren ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen, und bei den vierjährigen Lehren sind die Frauen mit 14% massiv untervertreten.

Die Daten zeigen, dass jede zweite Frau eine der folgenden fünf Ausbildungen gewählt hat: Kaufmännische Angestellte, Verkäuferin, Handelsdiplomandin (drei Jahre), Damen-Coiffeuse, Krankenschwester. Die Hälfte der jungen Männer hingegen hat aus zwölf Berufen ausgewählt.

Die Bildungssituation der Frauen hat sich also generell gesehen erheblich verbessert, doch bestehen die altbekannten Stolpersteine nach wie vor, die den Frauen auf ihrem beruflichen Aus- und Weiterbildungsweg in die Quere kommen.

Gesetzliche und bildungspolitische Konsequenzen

Die nachstehenden Forderungen müssten in das revidierte Berufsbildungsgesetz, in die Umsetzungs- und Ausführungsbestimmungen und in die Bildungspolitik einfließen. *Zugangshindernisse abbauen:* Kulturelle und strukturelle Zugangshindernisse für Frauen zu bestimmten Ausbildungen und Berufen, insbesondere denjenigen der Technik und denjenigen im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, sind zu beseitigen. Mit gezielten Massnahmen ist der Zugang zu allen Ausbildungen zu fördern.

Konsequente Durchlässigkeit: Es ist dafür zu sorgen, dass eine konsequente horizontale und vertikale Durchlässigkeit aller Ausbildungsgänge gewährleistet wird. *Umfassende Reichweite des Gesetzes:* Das revidierte Berufsbildungsgesetz hat sich auf alle Berufsausbildungen, das heisst auch auf die heute kantonal geregelten (Gesundheitsbereich), zu erstrecken.

Gleichstellungsfreundliche Ausbildungsreglemente: Das Berufsbildungsgesetz und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen definieren Leitlinien für gleichstellungsfördernde Ausbildungsreglemente, die unter anderem die Aufhebung der Koedukation in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern ermöglichen und Technologiekompetenz als Schlüsselqualifikation im Lehrplan jeder Grundausbildung vorsehen. Zusätzlich müssen die Rahmenlehrpläne für alle Grundausbildungen Module enthalten, die das unterschiedliche Laufbahnverhalten der Geschlechter thematisieren. Das Gesetz sorgt dafür, dass Sozial- und Handlungskompetenzen aufgewertet werden. Die Rahmenlehrpläne fördern Lehr- und Lernsituationen, die beiden Geschlechtern Erfahrungen ermöglichen, die über Rollenklischees hinausführen. Das neue Berufsbildungsgesetz hat insbesondere für den Bereich der Fort- und Weiterbildung Instrumente und Methoden zur Qualifikation individueller und beruflicher Fähigkeiten sowie auch ausserberuflich erworbener Kompetenzen zu definieren.

Lebenslanges Lernen fördern: Das lebenslange Lernen muss aktiv gefördert werden. Anreizsysteme für Unternehmen, aber auch für die Individuen sollen auf politischer Ebene ausgehandelt werden und in entsprechende Gesetzgebungen einfließen. Sozialpartnerschaftlich geregelte Bildungsurlaube, steuerliche Anreize für Unternehmen oder individuelle Ausbildungsgutscheine sind Möglichkeiten dazu.

Massnahmen für «qualifizierten» Berufsausstieg und Wiedereinstieg: Der Bund muss Mittel für Massnahmen bereitstellen, um einerseits einen «qualifizierten» Ausstieg aus dem Berufsleben zu ermöglichen, aber auch um den beruflichen Wiedereinstieg zu erleichtern.

Gesetzlicher Auftrag für Berufs- und Laufbahnberatung: Der Stellenwert und das Angebot von Berufs- und Laufbahnberatungen, die sich mit spezifischen Fragestellungen von Mädchen und Frauen befassen, müssen gesetzlich verankert werden. Genderfragen gehören für Berufs- und LaufbahnberaterInnen zum Pflichtstoff in der Aus- und Weiterbildung.

Modulare Weiterbildungsmöglichkeiten: Modulare Weiterbildungsmöglichkeiten sind gleichstellungsfreundlich zu gestalten. Die Organisation derselben berücksichtigt unterschiedliche Lebenszusammenhänge.

Förderung des Frauenanteils an Fachhochschulen: Massnahmen zur Förderung des Frauenanteils an den Fachhochschulen müssen unverzüglich entwickelt und umgesetzt werden.

Ausbildung in Genderfragen: Die Aus- und Weiterbildung für Lehrpersonen beinhaltet obligatorisch auch Unterricht in Genderfragen.

Berufsbildungsforschung berücksichtigt Genderaspekt: Das Gesetz stellt sicher, dass die angewandte Berufsbildungsforschung den Genderaspekt jeweils mitberücksichtigt.

Das Rahmengesetz in der Vernehmlassung

Ob all diese Forderungen in die Gesetzgebung und die Umsetzungsmassnahmen einfließen werden, ist zurzeit noch offen. Im Gesetzesentwurf, der als Rahmengesetz

setz für den Bund konzipiert ist, sind einige grundsätzliche Forderungen drin. Allerdings wird es sehr auf die Ausführungsbestimmungen auf Bundes- und Kantons-ebene ankommen, auch auf den politischen Willen zu entsprechenden Massnahmen, ob die geschlechtsspezifischen Stolpersteine, die Gleichstellung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung verhindern, aus dem Weg geräumt werden.

Anni Lanz

Zum Aufbruch ins neue Jahrhundert

287 Massnahmen zur Umsetzung der Aktionsplattform der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz

Unsere Verwaltung empfiehlt: «Sicherstellen, dass die öffentlichen Gelder Frauen und Männern in gleichem Masse zugute kommen» und «den gleichen Zugang und die volle Teilhabe der Frauen an Macht- und Entscheidungspositionen auf allen Ebenen fördern». Dies ist im Schweizer Aktionsplan der interdepartementalen Arbeitsgruppe¹ nachzulesen, der in der Folge der 4. Weltfrauenkonferenz erstellt worden ist. Der Aktionsplan enthält 287 Massnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau und entspricht in seiner Struktur der Aktionsplattform, dem Schlussdokument der 4. Weltfrauenkonferenz. Vom Kapitel «A: Armut» bis zum Kapitel «M: Strukturen und Finanzen» erfahren wir ein reichhaltiges politisches Programm. Jede Massnahme wird durch eine Begründung, durch die zuständigen Adressatinnen und durch den Zeitraum der Umsetzung ergänzt.

Die NGO-Koordination post Beijing Schweiz, ein Zusammenschluss von über zwanzig Organisationen, die sich auf die 4. Weltfrauenkonferenz vorbereitet haben und seit der Konferenz an der Umsetzung der Konferenzbeschlüsse arbeiten, hat sich an der Vernehmlassung zum Aktionsplan beteiligt. Abgesehen von migrations- und asylpolitischen Vorschlägen wurden viele Anregungen der NGOs, wenn auch oft in abgeschwächter Form, in den Aktionsplan aufgenommen. Nun hat die NGO-Koordination zum Aktionsplan einen NGO-Bericht veröffentlicht.² Die Vertreterinnen verschiedener Organisationen haben darin die für sie wichtigen Massnahmen aufgegriffen und kommentiert. Die NGO-Koordination will die Umsetzung der Massnahmen periodisch evaluieren. Mehr noch: Damit den Worten Taten folgen, muss sie bei PolitikerInnen und Verbänden ihren Einfluss geltend machen, was nicht nur Beharrlichkeit sondern auch politisches Know-how voraussetzt. Bereits stehen Inhalte der empfohlenen Massnahmen auf der politischen Traktandenliste, zum Beispiel die kostendeckende Kinderrente - sie wurde vom Nationalrat bereits abgelehnt - oder eine nationale Ombudsstelle für Menschenrechte.³ Auch auf kantonaler und lokaler Ebene müssen die Sessions- und Parteiprogramme studiert werden, um frühzeitig mit Hilfe von Aktionsplattform, Aktionsplan und NGO-Bericht auf die Einhaltung der politischen Verpflichtungen zu drängen.

Aktionspläne und entsprechende NGO-Berichte sind Arbeitsinstrumente, die sich auch auf internationaler Ebene einsetzen lassen. Sie erlauben den Vergleich mit den Umsetzungsergebnissen anderer Länder. Dabei ist wichtig, dass die basisnahen Erfahrungen der NGOs die oft etwas vagen Feststellungen von RegierungsvertreterInnen konkretisieren. Im Jahr 2000 ist eine Konferenz in New York zum Thema «fünf Jahre nach Peking» geplant, allerdings unter sehr eingeschränkter Beteiligung

der NGOs. Die wichtigste Arbeit muss jedoch jeweils vor den grossen Konferenzen geleistet werden. Vom 19. bis zum 21. Januar 2000 findet in Genf eine regionale Vorbereitungskonferenz statt. Vor diesem - nur für die Regierungen bestimmten - Anlass gibt es am 17. und 18. Januar ein NGO-Treffen, doch sind die Teilnahmebedingungen noch etwas unklar.

- 1 Aktionsplan der Schweiz, zu bestellen bei der EDMZ, Tel. 031 235 50 50, Fax 031 325 50 58, internet: www.admin.ch/edmz. Bestellnummer 301.925d.
- 2 NGO-Bericht der NGO-Koordination post Beijing Schweiz, zu bestellen bei Bianca Miglioretto, Breitensteinstr. 55, 8037 Zürich, Tel./Fax 01 271 72 27; www.postbeijing.ch
- 3 Zur parlamentarischen Initiative von Angeline Fankhauser für eine nationale Ombudsstelle für Menschenrechte hat der Frauenrat für Aussenpolitik z. H. der ParlamentarierInnen ein Dossier zusammengestellt.

TAGUNGEN

NGO-Koordination post Beijing Schweiz, «Umsetzen, durchsetzen - aber wie? Politische Mittel und Vorgehensweisen zur Umsetzung unserer Ziele», 21. August 1999 in Bern

Die NGO-Koordination post Beijing befasst sich mit der Umsetzung des im Juni 1999 veröffentlichten Aktionsplans der Schweiz (vgl. den Beitrag von Anni Lanz in diesem Heft). Anlässlich der Tagung stellte die NGO-Koordination ihren eigenen Bericht den Medien vor. Kontakte zu Medien braucht es, um die Ziele breiter bekannt zu machen und genügend öffentlichen Druck für eine effektive Umsetzung zu erzeugen. Ebenso wichtig ist aber auch der Kontakt zu PolitikerInnen, um die Anliegen ins Parlament einzubringen und die notwendigen gesetzgeberischen Schritte einzuleiten. Das braucht Know-how und Erfahrung. Zu diesem Zweck wurde an der Tagung unter dem Titel «Erfolgreiche Kampagnen, ein kleines Rezeptbuch für die politische Aktivistin» eine französisch- und deutschsprachige Dokumentation verteilt, in der die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit verschiedener Organisationen zusammengetragen ist. Isabelle Ducret, Journalistin beim «Courrier de Genève», unterstrich in ihrem Referat die Bedeutung der Medien, da es doch über diese Kanäle gelingt, in die Privatsphäre «normaler Menschen» einzudringen und die Anliegen bekanntzumachen. Ohne öffentliche Bekanntheit kommt es zu keiner Unterstützung durch Kommunen, Kantone oder dem Bund. Weil JournalistInnen mit Zuschriften überflutet werden, ist es entscheidend, wie ihre Aufmerksamkeit gewonnen werden kann. Neben direkten Kontakten sind die Kürze, die Aktualität und damit der Aufhänger, der Ereignischarakter, aber auch die Beharrlichkeit zentral. Auf Beharrlichkeit pochte auch Christine Goll mit dem Beispiel ihres erfolgreichen Vorstosses für einen zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsstatus von Migrantinnen. Die Nationalrätinnen Cécile Bühlmann und Margrith von Feiten waren mit ähnlichen Vorstössen gescheitert, beim dritten Mal klappte es. Die Zielrichtung war im Parlament nicht mehr neu. Der Vorstoss konnte dank enger Zusammenarbeit von Nationalrätinnen, einer informativen Dokumentation, der Vorführung eines packenden Films in der vorberatenden Kommission sowie mit einem auffallenden, aber kurzen Brief der Gleichstellungskonferenz an alle Parlamentarier/-innen am Tag der Beratung genügend Aufmerksamkeit erzeugen. Bis zur fertigen Gesetzesvorlage hatte es zwei Jahre gedauert, in denen die Lobbyistinnen ständigen Kontakt hielten. In der Diskussion wies Goll darauf hin, dass persönliche Kontakte zu den Politikerinnen von grossem Gewicht sind für die Beachtung der an sie gelieferten Unterlagen. Die Diskussionsleiterin Dorothee Wilhelm brachte die Empfehlung auf den Punkt: «Unsere Kreise erweitern, um unsere Möglichkeiten zu erweitern!»

Für die Verbreitung des NGO-Berichtes zum Aktionsplan bedeutet dies: Nach den Kriterien von «Wichtigkeit» und «Realisierbarkeit» einzelne Massnahmen auswäh-

len und an nationale und kantonale ParlamentarierInnen schicken, Kontakte mit Präsidentinnen verschiedener lokaler Frauenorganisationen suchen, das Spektrum an Kontakten mit engagierten Frauen möglichst ausweiten, Netzwerke nutzen und pflegen, das heisst, den Bericht eng mit Personen, Themen und Parteien verknüpfen. Es ist vor allem wichtig, den «Fütterungskreislauf» ernst zu nehmen, denn je öfter sich Frauen auf den NGO-Bericht beziehen, desto wertvoller wird er als Referenzsystem, je wertvoller er ist, desto nützlicher ist es, auf ihn Bezug zu nehmen.

Elisabeth Joris

Weiss, männlich, satt? Die Welthandelsorganisation WTO auf dem Prüfstand

Tagung zu Handelsregeln und Alltagsrealitäten, organisiert von der Erklärung von Bern und von Swissaid, am 15. Oktober 1999 in Bern

Das Treffen der Handelsminister der 134 WTO-Mitgliedsländer Anfang Dezember in Seattle/USA soll nach Wunsch der Industrieländer der Auftakt zu einer weiteren mehrjährigen Verhandlungs- und Liberalisierungsrunde sein. Vor diesem Hintergrund luden EvB und Swissaid zu einer Tagung ein, die sich mit den Auswirkungen der komplexen und abstrakten WTO-Regeln auf den Alltag der Menschen sowohl im Norden wie im Süden auseinandersetzte, insbesondere in Bezug auf die Ernährungssicherheit und die Situation der Frauen.

Die Ökonomin Mariama Williams aus Jamaica betonte in ihrem Referat, dass keine der WTO-Vereinbarungen geschlechtsneutral sei, auch wenn die geschlechtsspezifische Betroffenheit oft nicht auf den ersten Blick zu erkennen sei. Die Auswirkungen von Handelsliberalisierungen auf Frauen ortet sie dabei in drei Bereichen. Erstens: Durch Kürzung der staatlichen Sozialausgaben - verursacht durch wegfallende Zölle und damit sinkende Staatseinnahmen - sind Frauen gezwungen, ihre unbezahlte Arbeit auszudehnen. Zweitens: Auf dem globalisierten Arbeitsmarkt ist zunehmend billige weibliche Arbeitskraft gefordert, d. h., dass sich zwar die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern, es sich aber meist um unqualifizierte, schlecht bezahlte Arbeit handelt und damit die gesamte Arbeitsbelastung der Frauen weiter steigt. Drittens: Durch die Überschwemmung der Märkte mit billigen (subventionierten!) Importprodukten aus den Industrieländern können Bäuerinnen im Süden ihre traditionell produzierten Produkte nicht mehr verkaufen. Williams forderte, dass es nicht eine neue Liberalisierungsrunde brauche, sondern dass nun zuerst einmal überprüft werden müsse, wie sich die bisher verabschiedeten Handelsregulierungen auf Umwelt, Entwicklung und Gender-Beziehungen auswirkten. Diese Forderung wird weltweit von unzähligen NGOs geteilt.

«Die Verbindung von Handelsfragen und Gender ist etwas völlig Unbekanntes bei der WTO», erklärte der offizielle WTO-Vertreter am abschliessenden Podiumsge-

sprach, an dem neben Mariama Williams und Anna Kajumolo Tibaijuka, Koordinatorin für die ärmsten Länder bei der UNO-Handelsorganisation UNCTAD, auch ein Vertreter des Staatssekretariats seco (ehemals BAWI) teilnahm. Der WTO-Präsident wies die Verantwortung für alle genderrelevanten Aspekte den einzelnen Mitgliedsländern zu; die WTO selbst habe weder das Geld noch den Apparat, um die geforderten Analysen der Auswirkungen von Handelsliberalisierungen vorzunehmen, was den Gesprächsleiter zur maliziösen Frage veranlasste, ob denn die WTO nicht über die Folgen ihrer Politik nachdenke. Auch Luzius Wasescha vom seco sieht in dieser Frage keinen Handlungsbedarf bei der WTO, denn nicht die WTO-Regeln seien schuld an der Benachteiligung von Frauen, sondern die schlechte Wirtschaftspolitik einzelner Länder. Anna Tibaijuka betonte die Wichtigkeit der Gender-Dimension bei Handelsfragen, sieht aber gleichzeitig enge Grenzen bei der Integration von Gender-Perspektiven in die WTO-Mechanismen. Von den insgesamt 67 Vorschlägen und Forderungen, die von den ärmsten Ländern im Hinblick auf das Ministertreffen in Seattle ausgearbeitet worden seien, befasse sich kein einziger mit dem Thema Gender. Es sei sehr schwierig, diese Anliegen in juristische Formen zu giessen, erklärte Tibaijuka.

Das Aufeinandertreffen der Voten der beiden männlichen (weissen) Regierungs- bzw. WTO-Vertreter und der Voten der beiden aus «Entwicklungsländern» stammenden Ökonominen demonstrierte einmal mehr die völlig unterschiedliche Wahrnehmung und Interpretation von Realitäten bzw. den Wissensstand beim Thema Gender. Insbesondere der seco-Vertreter schien mit den Erläuterungen von Mariama Williams wenig anfangen zu können und zeigte bereits bei seinem Eingangsvotum wenig Fingerspitzengefühl, als er bezugnehmend auf den Tagungstitel einen geschmacklosen Witz zum besten gab.

Claudia Gähwiler

NEUES ZU OLYMPE OE GOUGES

Olympe de Gouges: «Ich bin ein Lebewesen ohnegleichen; ich bin nicht Mann noch Frau»

Von Beginn an ist sie Aussenseiterin: Als illegitime Tochter eines Marquis, vom Vater «an der Wiege vergessen», hat sie keinen Anteil an seinem aristokratischen Leben. Sie wächst in den bescheidenen Verhältnissen einer Metzgerfamilie auf. Eine klägliche Erziehung, geringe Kenntnisse von diesem und jenem. Mit siebzehn dann die Heirat mit einem ungeliebten Mann. Die Ehe als Grab. Witwe, Geliebte, Allein-erziehende. Immer steht Olympe de Gouges am Rande, keine der Normen wird sie jemals erfüllen. Sie ist Okzitanerin in Paris (...) Sie kämpft allein, immer allein, nur mit der Feder bewaffnet, keine Partei, kein Klub steht je hinter ihr. Sie erklärt die «Rechte der Frau und Bürgerin», aber niemand hört sie. Man hält sie für exaltiert, sogar für verrückt. Sie ist die «Furie de Gouges», das «böse», das «schamlose» Weib, «eine dieser Frauen, denen es unter grössten Anstrengungen gelungen ist, so unweiblich wie möglich zu erscheinen». Wie in einem Puzzlespiel fügt sich langsam ein Bild zusammen, das einer aufregenden Frau, rebellisch, leidenschaftlich, unerschrocken und human.

zitiert aus: Ohne Furcht ins Weite hinaus, Biographien streitbarer Frauen, Sibylle Peine, Benziger Verlag, Solothurn und Düsseldorf, 1995, ISBN 3-545-34136-4.

«Furie hinter den Spiegel», Roman von Maurilia Meehan*

«Was soll eine Frau machen, wenn sie fast vierzig ist, die Kinder aus dem Haus sind und ihr Mann sie für ein Alien hält? Klar, dass Alice im Wunderland der Computerspiele Zerstreuung sucht... Und was kann eine Frau tun, wenn sie Ende des 18. Jahrhunderts erkennt, dass «ihre» Revolution eine Revolution für Männer ist? Klar, dass Olympe [de Gouges] davon ausgehen muss, mit der Guillotine Bekanntschaft zu schliessen...

Klar ist auch, dass Danton aussah wie Gérard Depardieu.»

Dies die Kurzbeschreibung durch den Argument Verlag. Bei dem Roman handelt sich um eine erfundene Geschichte, die auf den historischen Figuren und Begebenheiten des revolutionären Paris aufbaut und auf amüsante Weise eine Geschichte der Träume von damals und jetzt webt.

Maurilia Meehan, Furie hinter den Spiegel, Argument Verlag, Hamburg 1999, ISBN 3-88619-939-8.

*Olympe stellt an dieser Stelle regelmässig Publikationen über Olympe de Gouges vor - nach der die Zeitschrift benannt wurde. Die Angaben zu den Neupublikationen stammen vom Frauenbuchladen Zürich.

die

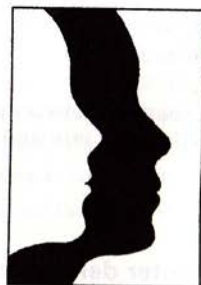
Laut
Einer
Studie
Benützen
Emanzen
Nur
Zeitweise
Einen
Intakten
Tarnanzug:
Sonst
Charakterisieren
Handelsübliche
Regenmäntel
Im allgemeinen
Feministische
Tendenzen.

erscheint regelmässig viermal jährlich
Einzelnummer 8.- / Abo 28.- plus Porto
Redaktion die, Mattengasse 27, 8005 Zürich
Fax 01-201 37 35

Anzeige

Menschenrechte für die Frau 1/99

Die Zeitschrift von
TERRE DES FEMMES



Vergessener Teil der Wahrheit

Gewalt gegen Frauen in
Südafrika

In Frankreich wird gehandelt

Haftstrafe für eine
Beschneiderin

„Augen auf beim Kleiderkauf“

Schul-Projekttag zum
Thema Textil

TERRE DES FEMMES
PF 2565, 72015 Tübingen
Tel. 07071/7973-0
Fax 07071/7973-22
6,50 DM + 2 DM Versand
(Bitte in Briefmarken)

BÜCHER ZUM THEMA

Gabriele Abels, Stefanie Sifft (Hg.): Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform, Campus, Frankfurt 1999.

Dieser Sammelband greift das feministische Unbehagen gegenüber der Staatsform Demokratie auf. Demokratie wird als «kollektive und fortwährende Aufgabe» verstanden, an der aus feministischer Sicht erhebliche Zweifel in bezug auf Idee und Realisierung bestehen. Denn Demokratie erweist sich vielfach als «Herrschaftsprojekt vieler Männer und weniger (Mittelschichts-)Frauen».

Trotz dieser Kritik geht es nicht darum, eine neue, bessere Staatsform zu skizzieren, sondern Demokratie aus feministischer Perspektive neu zu fassen. Hier hat die feministische Demokratietheorie einen Nachholbedarf. Nur ungenügend und diffus wurde bisher das Verhältnis zu den Institutionen der repräsentativen Demokratie bearbeitet. Konkret bezieht sich diese Kritik auf drei Ebenen: Der politische Prozess, der Staat als Demokratie- und Partizipationsform wurde zu wenig untersucht; die Interdependenz von Staatshandeln, Demokratie und Geschlechterverhältnissen ist bisher ungenügend berücksichtigt worden; andere Diskriminierungsfaktoren wie Hautfarbe, ethnische Herkunft und ökonomische Ressourcen wurden insbesondere von der deutschen feministischen Politikwissenschaft vernachlässigt.

In den drei Teilen «Demokratisierung als egalitäres Projekt», «Staat als feministisches Projekt» und «Zivilgesellschaft als herrschaftsfreies Projekt?» greift der Band Forschungsdesiderate auf, bezieht feministische politische Theorie und Praxis aufeinander und versucht so zur Weiterentwicklung feministischer Staats- und Demokratietheorie beizutragen.

Im Anschluss an das Olympe-Frauen-Forum sind vor allem die Beiträge von Birgit Sauer («Demokratisierung mit oder gegen den Staat? Sieben Thesen zu einer feministischen Revision staats-theoretischer Ansätze») und Gabriele Wilde («Geschlechtsbürgerinnen als Konstrukt demokratischer Verfassungsstaaten. Zum Paradox einer privaten Öffentlichkeit») im zweiten Teil sowie der Aufsatz von Barbara Holland-Cunz («Sieben Thesen zu einer feministischen Theorie der Demokratie») im dritten Teil von Interesse.

Michèle Spieler

Erna Appelt: Geschlecht - Staatsbürgerschaft - Nation. Politische Konstruktionen des Geschlechterverhältnisses in Europa, Campus Verlag, Frankfurt a. M. 1999.

Das von der in Österreich lehrenden Wissenschaftlerin veröffentlichte Buch gliedert sich klar in die drei im Titel aufgeführten Kapitel. Im ersten Kapitel zeigt Appelt vor allem die Folgen des Mangels an Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht in den

Politikwissenschaften. Das zweite Kapitel behandelt das Staatsbürgerkonzept, das bis heute nicht nur bestimmt, wer dazugehört, sondern auch wer ausgeschlossen ist - ob Frauen, Homosexuelle, Minderheiten, MigrantInnen oder wer auch immer. Citizenship umfasst sowohl bürgerliche und soziale Rechte als auch politische Partizipation. War für die Linke die universelle Einforderung der sozialen Rechte lange selbstverständlich - z. B. sollte die AHV allen zugute kommen -, finden der Neoliberalismus und die damit verbundene Ausrichtung des Wohlfahrtsstaates auf den aktiven Bürger nun auch zunehmend AnhängerInnen innerhalb der sozialdemokratischen Regierungen. Erna Appelt weist zudem auf die historische Dimension der Unterschiede in den europäischen Modellen des Wohlfahrtsstaates hin. Während das britische Modell den Familienernährer stützt, ist das französische viel familialistischer, das heisst nicht auf eine Person innerhalb der Familie ausgerichtet. Das nordische seinerseits koppelt das Recht auf sozialstaatliche Leistungen vom Erwerb ab; die propagierte Geschlechterneutralität kaschiert, dass die Erwerbsarbeit weiterhin priorisiert wird, jedoch unter Berücksichtigung der Elternrolle. Das letzte Kapitel thematisiert das Konzept des Nationalstaates und zeigt, dass das national staatliche Denken an eine enorme Gewaltbereitschaft gebunden ist. Abschliessend fordert die Autorin im Hinblick auf das angehende Jahrtausend den Entwurf einer neuen Politik, die eine global citizenship ermöglichen könnte. Dazu sind nach Appelt feministische Impulse mehr denn je gefordert.

Elisabeth Joris

Birgit Christensen (Hg.): Demokratie & Geschlecht, Interdisziplinäres Symposium zum 150jährigen Jubiläum des Schweizerischen Bundesstaates, Chronos, Zürich 1999.

Für das Thema dieser «Olympe»-Nummer von Interesse sind vor allem die Beiträge, die sich mit der Frage der Gleichstellung in der Verfassung beschäftigen. Im Zentrum der Beiträge von Herta Nagl-Docekal, Birgit Christensen und Christa Tobler steht die Frage nach den Ergebnissen und Zielsetzungen einer materialen, d. h. tatsächlichen Demokratie im Gegensatz zur formellen. Beleuchtet werden Aspekte der politischen und der feministischen Philosophie, schweizerischer Verfassung und Gesetzgebung sowie der Rechtspraxis. Sehr anregend sind auch die Anmerkungen der deutschen Rechtswissenschaftlerin Susanne Baer zu einem «geschlechtssensiblen deliberativen Konstitutionalismus». Da wir ohne Recht nicht auskommen, sollten Frauen es möglichst kreativ nutzen: neben der pragmatischen Nutzung - dem Standbein - die Performance vor Gericht oder die öffentliche Skandalisierung der Entscheidung - das Spielbein.

Elisabeth Joris

Catherine Hoskyns: Integrating Gender, Women, Law und Politics in the European Union, Verso, London/New York 1996.

In diesem Werk geht die englische Wissenschaftlerin der Entwicklung der geschlechterrelevanten Politiken in der EU nach und plädiert für eine möglichst vielfältige politische Praxis auf verschiedenen Ebenen innerhalb und ausserhalb formal vorgegebener Grenzen. Hoskyns analysiert sowohl die frauenspezifischen Richtlinien als auch deren Implementierung und damit die verschiedenen Praktiken, die komplexen Interaktionen zwischen Regierungen, Institutionen und Netzwerken. Als äusserst dienlich erweist sich die Facettenvielfalt der Untersuchung, die auch EU-Frauen-Netzwerke und Migrantinnen-Organisationen einbezieht, ebenso das ausführliche Register und der vorbildliche Anhang. Er umfasst: die wichtigsten Dokumente, die Gleichstellungsgesetzgebung in den EU-Ländern, die Frauenvertretung in den Gremien, Statistiken, beispielsweise über geschlechtsspezifische Lohnunterschiede. Obwohl bereits 1996 erschienen, ist das Werk alles andere als überholt.

Elisabeth Joris

Melissa Benn: Madonna & Child. Towards a new politics of motherhood, Vintage, London. 1999. (Taschenbuch).

Melissa Benn stellt ihrem Buch ein Zitat von Ann Oakley voraus: «Es gibt nur einen Weg herauszufinden, wie heute Frauen Mutterschaft erfahren, nämlich indem wir auf das hören, was sie zu sagen haben.» Im ersten Kapitel beschreibt Benn, eine erfolgreiche Journalistin, ihre eigene Erfahrung: «All das, was uns im vorherigen Leben so teuer war, dieser immer wiederkehrende Satz, welcher mit <ich will>, <ich plane>, <ich beabsichtige> beginnt, verheddert und verliert sich hoffnungslos in der Welt dieses kleinen Wesens, dessen winzige Hände sich öffnen und schliessen, langsam und schön wie eine Blume.» Benn beschreibt nicht nur glänzend ihre Verwunderung und Neugier darüber, wie ihre bisherigen intellektuellen, politischen und emotionalen Selbstverständlichkeiten durcheinander geraten, sondern auch das Leben einer qualifizierten Berufstätigen in London, welche nun Mutter ist. Als gute Journalistin beginnt sie mit Müttern in verschiedensten beruflichen und sozialen Situationen zu reden, ihnen zuzuhören. Sie konsultiert Statistiken, zitiert Zahlen, welche die grossen sozio-ökonomische Veränderungen, die heute Mutterschaft illustrieren, kommentiert kritisch die aktuellen Veränderungen der britischen Sozialversicherungen. Sie schreibt mit unerbittlichem Scharfsinn darüber, wie heute über Mütter hinweg in der Öffentlichkeit geredet und politisiert wird und wie viele idiotische Alltagsprobleme - beispielsweise zu wenig Geld oder zu wenig gute Kinderkrippen - das Leben von Mütter komplizieren und teilweise bis zur ausweglosen Verzweiflung treiben. Benn schreibt mit Feingefühl und Witz über Benachteiligte und mit scharfsinnigem Sarkasmus über unterdrückerische Verhältnisse und deren PromotorInnen, und dies alles mit erfrischend analytischem Verstand, einer treffsicheren und poetischen Sprache.

Ein Lesegenuss von Abis Z. So sollten gute Sachbücher sein und so sollte das Thema Mutterschaft aus feministischer Sicht abgehandelt werden.

Zitate original:

«There's only one way to find out how women actually experience motherhood, and that's by listening to what they have to say.»

...«the ever-renewable sentence that begins with <I want-, <I plan-, <I intend> now becomes hopelessly entangled with, lost within, the compass of this creature whose tiny hand opens and closes with all the slow definite beauty of a flower.»

Mascha Madörin

Menapace, Lidia: Economia politica della differenza, I libri dell'UDI, Roma 1992.

Ein schönes Schicksal habe das Buch ereilt: viel gebraucht worden ist es, Zweifel und Polemiken hervorgerufen hat es, Antworten und neue Versuche sind entstanden, steht im Vorwort zur dritten Auflage. Im Zentrum stehen die Analyse und die Reflexion über die reproduktive Arbeit - oder anders - formuliert, die Frage nach einer Ökonomie ausgehend von Fraueninteressen. Lidia Menapace - obwohl Autorin - betrachtet dieses Buch nicht als ihr alleiniges Werk, sondern als ein Werk von vielen, als eine gemeinsame Arbeit. Zwar ist es schon älteren Datums, aber trotzdem auch heute noch lesenswert.

Marina Widmer

Barbara Schaeffer-Hegel: Säulen des Patriarchats, Zur Kritik patriarchaler Konzepte von Wissenschaft - Weiblichkeit - Sexualität und Macht, Centaurus, Pfaffenweiler 1996.

Das Buch ist kein einheitliches stringentes Werk, sondern vereinigt Beiträge und Forschungsergebnisse der in Berlin lehrenden Wissenschaftlerin sowie der unter ihrer Leitung aktiven Projektgruppe, die 1995 die Untersuchung über den Berliner Frauenrat unter dem Titel «Frauen mit Macht» veröffentlichte. Ihren biographischen Werdegang erzählend - vom schwärmenden Mädchen zur Feministin, Hochschul-lehrerin, Ehefrau und Mutter von vier Kindern -, zieht sie einleitend Bilanz. Sie kritisiert, dass allzulange nur Frauenforschung, Frauenpolitik und Frauenförderung betrieben wurde und damit die patriarchale Männerpolitik die konstante Orientierungsgröße blieb. Sie fordert den Perspektivenwechsel: gleiche Rechte und Pflichten auch für Männer und Beteiligung der Männer an der Haus- und Familienarbeit. Einem egalitären Kurs verpflichtet, setzt sich Schaeffer-Hegel kritisch mit den Geschlechterverhältnissen von der Antike bis heute und der Bedeutung der geschlechterkonnotierten Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit für die Ausgestaltung

der Machtverhältnisse auseinander. Dabei hält sie - wie in ihrem Referat anlässlich des Forums - nicht mit Kritik an den Frauen zurück, da ihrer Meinung nach ein Grossteil der Macht der Männer «Macht ist, die ihnen von Frauen gegeben wird». Mit einer Reihe von Strategien für die Zukunft - Konfliktfähigkeit, Bündnisfähigkeit und Ausbau der Frauennetzwerke - will sie die Machtposition der Frauen ändern.

Elisabeth Joris

Christine Delphy, Diana Leonard: Familiar exploitation, A New Analysis of Marriage in Contemporary Western Societies, Polity Press, Cambridge 1992.

Ausgehend von den Debatten um die Hausangestellten und die «Produktions- und Reproduktions-Theorie», kritisieren die beiden Soziologinnen die herkömmliche marxistische Analyse der Familie und ihrer Funktion im Kapitalismus. Sie bestehen auf dem Begriff des «Patriarchats», das weder als integrierter Teil des Kapitalismus noch als ideologisches Konstrukt verstanden wird, sondern als ein System der Ausbeutung, basierend auf den materiellen Vorteilen der Männer aus der Unterdrückung der Frauen. Im zweiten Teil analysieren sie die Familie als ein ökonomisches System. Diesen theoretischen Ansatz untermauern sie im dritten Teil mit Resultaten empirischer Untersuchungen im Arbeiter- und im bürgerlichen Familienmilieu Englands.

Ihre auf dem Materialismus marxischer Prägung fussende Theorie formulierte Christine Delphy seit den 70er Jahren in verschiedensten Beiträgen, die nun in einem Sammelband unter dem Titel «L'Ennemi Principal, Economie politique du Patriarcat» (Edition Syllepse, 1998) vorliegen.

Elisabeth Joris

Stevi Jackson: Christine Delphy, Sage Publications, London 1996.

Das mit viel Sympathie gezeichnete Porträt ist Teil der Reihe «Women of Ideas», welche von Mary Wollstonecraft bis Catherine MacKinnon die Biographien verschiedenster denkender Frauen vereint. Jackson zeigt Delphy als Aktivistin und Mitbegründerin der Neuen Frauenbewegung in Frankreich, aber auch als Theoretikerin, und analysiert mit kritischer Distanz deren Denkansätze. Im Gegensatz zu den angelsächsischen Radikalfeministinnen gilt Delphys Interesse nicht der Gewalt, sondern mehr der materiellen Abhängigkeit der Frauen, ihrer Stellung in der Familie und auf dem Arbeitsmarkt. Ihre theoretischen Ansätze und sozialwissenschaftlichen Beiträge veröffentlichte sie auch immer wieder in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift «Nouvelles questions féministes», die sie unter anderem zusammen mit Simone de Beauvoir gegründet hat. Die Soziologin Delphy vertritt einen eindeutig dem Materialismus verpflichteten radikalen Feminismus, jedoch ohne Anspruch auf eine alleinige Wahrheit. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von den all-

zu stark von der Arbeiterbewegung beeinflussten Feministinnen in linken Parteien wie von den Differenztheoretikerinnen. Nach Jackson ist Delphys grösstes Verdienst, den materialistischen Ansatz von Marx für die feministische Analyse umgearbeitet zu haben. Sie listet aber auch die Mängel in Delphys Denkansatz auf, vor allem die Nichtberücksichtigung der «racial division» und deren Verknüpfung mit der «gender division» zum einen und der Subjektivität zum andern.

Elisabeth Joris

Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.): f-Frauenfragen, Heft 1/1999 vom Juni 1999. Themen: Gender Mainstreaming. Manifest «Mehr Frauen ins Parlament!». Vernehmlassungen 11. AHV-Revision, 2. BVG-Revision.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe von Frauenfragen ist dem «Gender Mainstreaming» gewidmet. Nachzulesen sind die Redebeiträge einer Fachtagung, welche die Eidg. Kommission für Frauenfragen und das Eidg. Gleichstellungsbüro am 4. Dezember 1998 in Bern organisierten. Barbara Schaeffer-Hegel setzt beim Verhältnis von Staat und Geschlecht an. Die Frauenstrategien der 70er und der 80er Jahre - Protest, Verweigerung, Projektarbeit und Autonomie - betrachtet sie als nicht mehr wirkungsvoll, und sie will auch über Gleichstellungs- und Quotenpolitik hinauswachsen. Angesagt sind deshalb News Management, Agenda Setting und Reframing. Da kann Gender Mainstreaming nicht mehr weit sein ... Tatsächlich ist dieses für Schaeffer-Hegel «die wichtigste, aber auch die gefährlichste» der neuen Strategien - weil es nicht eine eigentliche Frauenstrategie ist, sondern eben ein staatliches Konzept.

Was daran gefährlich ist, lässt sich aus dem Beitrag der EU-Gleichstellungsstrategin Sabine Overkämping herausspüren: Sie schildert detailliert das ausgeklügelte, aber auch reichlich technokratisch wirkende Gender-Mainstreaming-Konzept der Europäischen Kommission - so dass frau sich am Ende fragt, ob da nicht in erster Linie (Frauen-)Energien eingebunden und damit neutralisiert werden. Durchaus lustvoll scheint dagegen der praktische Umgang mit der neuen Strategie in den Schilderungen der Schwedin Gertrud Aström, die beim Mainstreamen auf Gemeinde-Ebene Erfahrungen gesammelt hat - etwa beim Ausmessen von Garderoben und Saunas oder bei der Qualitätskontrolle von Kindertagesstätten ...

Dass der Geschlechteraspekt im ganz Konkreten vergessen geht, wenn nicht feministische Akteurinnen konsequent dahinter sind, ist altbekannt - besonders in der Sozialpolitik. Mit der 11. AHV-Revision soll einmal mehr auf Kosten der Frauen gespart werden, und im Entwurf zur 1. BVG-Revision werden frauenpolitische Verbesserungsvorschläge unverfroren auf eine ferne Zukunft verschoben. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat sich mit beiden Vorlagen ausführlich befasst, die Stellungnahmen sind im Heft abgedruckt.

Gleichstellungspolitik hin, Gender Mainstreaming her: Es mangelt an Frauen in der Politik! Diese Meinung teilen heute Frauen in den grossen Parteien. Sie haben mit Blick auf die Nationalratswahlen 1999 ein überparteiliches Manifest mit zwölf zentralen Forderungen veröffentlicht. Ob bei Drucklegung dieser «Olympe» der bisherige Anteil von 22.5% Frauen im Nationalrat wirklich erhöht werden konnte?

Stella Jegher

Cristina Allemann-Ghionda: Schule, Bildung und Pluralität. Sechs Fallstudien im europäischen Vergleich, Peter Lang Verlag, Bern 1999.

Die Beschulung von Minderheiten- und Mehrheitskindern in schweizerischen und europäischen Schulen wird seit Mitte der achtziger Jahre untersucht. In diesem Prozess stellen sich viele Fragen, z.B. was hat kulturelle Vielfalt mit Bildung zu tun? In welche Richtung vollzieht sich der Wandel des Bildungssystems und der Bildungspolitik? In den letzten Jahren entwickelten viele Kantone Strategien, um diesen Wandel am «richtigen» Weg zu orientieren. Die getrennte Schulklassen, die multikulturelle Schule, das Modell «St. Johanns» sind Beispiele dafür. Die Reaktionen auf diese Strategien sind unterschiedlich, z. B. stellt der Präsident der Eidg. Kommission gegen Rassismus in der Broschüre «Getrennte Klasse» fest, dass «mit der Trennung von Schulklassen nach dem fragwürdigen Kriterium der «Nationalität» die Schweiz (das Land Pestalozzis) ihre ganze Schulgeschichte verraten würde und ihre Jugend um Erfahrungen berauben, die sie zur gesellschaftlichen Orientierung benötigt.» Cristina Allemann-Ghionda legt in diesem Buch dar, dass die soziokulturelle und die sprachliche Vielfalt für den Status quo in der Bildung bestimmend sind und es auch sein sollen zwecks einer besseren Gestaltung der Bildungsorganisation und der Unterrichtsinhalte. Sie führt eine vergleichende Analyse der Bildungssysteme von vier Ländern durch: Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz. Der Ländervergleich und der Vergleich zwischen drei Kantonen der Schweiz in drei Sprachregionen zeigen, dass die deutschsprachigen Systeme tendenziell separierende (und segregative), die französisch- und die italienischsprachigen integrative Formen der Beschulung bevorzugen. Die Autorin sagt auch: Schliesslich sind Bildungssysteme denkbar (aber wohl eher selten), die den ursprünglich monokulturellen Bildungsbegriff durch einen multiperspektivischen, pluralistischen ersetzt haben.

Kultur und kulturelle Differenz, die ethnische oder polyethnische Gemeinschaft werden als Begriffe verwendet, um die Problematik der Bildungssysteme zu erklären. In diesem Erklärungsversuch von Nationen oder Gesellschaften könnte in Worten von Heckmann - ein Autor, der in diesem Buch erwähnt ist - die Schweiz als Beispiel für einen dritten Typus von Nation stehen, nämlich den ethnisch pluralen Nationalstaat, in dem die Zugehörigkeit zur Nation weder mit biologischen noch mit kulturellen Argumenten begründet wird.

Die 527 Seiten geben interessante Antworten, z.B. auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen kultureller Vielfalt und Bildung.

Jael Bueno

Heide Gieseke/ Katharina Kuhs (Hg.): Frauen und Mädchen in der Migration. Lebenshintergründe und Lebensbewältigung, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a.M. 1999.

Dieses Buch ist von besonderem Wert für all jene, die sich mit Fragen der Migration auseinandersetzen. In den Teilbereichen Schule, Berufswahl, Gesundheit und am Beispiel eines Gemeinwesen-Projektes zur Existenzgründung thematisieren verschiedene Autorinnen Konflikte zwischen Wunschvorstellungen und Wirklichkeit, zwischen immigrierten und deutschen Frauen, zwischen Männern und Frauen und zwischen verschiedenen Generationen. Zum Beispiel erfährt die Leserin, wie die Vorherrschaft des Deutschen Sinnes in der Schule, bei der Berufswahl etc. von den Mädchen und Frauen als handfeste Behinderung auf dem Weg zu einem selbstbewussten, selbständigen Leben in Deutschland erlebt wird. Täglich werden sie in öffentlichen Räumen mit fremden Bildern und Zuschreibungen konfrontiert, die mit ihrem Selbstbild und mit tatsächlichen Fakten wenig übereinstimmen. Trägt beispielsweise ein türkisches Mädchen ein Kopftuch, so wird das aus deutscher Sicht als dem Mädchen auferzungen und als politisches Kampfmittel des Islams, als Angriff auf die deutschen Normen und Werte der Aufklärung gedeutet. Junge türkische Frauen hingegen entschlossen sich unter gewissen Umständen, das Kopftuch zu tragen, weil sie so mehr Freiraum ausserhalb der Familie gewinnen. Einzigartig an diesem Buch ist auch die umfangreiche Bibliographie zum Thema. Nach inhaltlichen Schwerpunkten sortiert, ermöglicht sie es, schnell und gezielt den Literaturbestand einzelner Teilbereiche zu erfassen.

Verena Hillmann

Dirie, Waris in Zusammenarbeit mit Miller, Cathleen: Wüstenblume. Schneekluth, München 1998; Kassindja, Fauziya, Miller Bashir, Layli, Niemand sieht dich, wenn Du weinst. Karl Blessing Verlag, München 1998.

Zwei im Exil lebende Afrikanerinnen haben mit der Veröffentlichung ihrer Autobiographien den Kampf gegen Genitalverstümmelung internationalisiert. Die Somalierin Waris Dirie hat sich als Topmodel der Modewelt bereits einen Namen gemacht und nutzt jetzt ihre Bekanntheit, um sich als Sonderbotschafterin der UNO gegen Genitalverstümmelung einzusetzen. Fauziya Kassindja, eine junge Togoerin, wurde berühmt, weil ihre Geschichte durch die Medien der ganzen Welt ging. Sie ersuchte in den USA um Asyl, weil ihr die Genitalverstümmelung drohte.

Fauziya Kassindja berichtet in ihrem Buch, was ihr in einem freiheitlichen Land alles widerfahren ist, bis ihr frauenspezifischer Fluchtgrund endlich anerkannt wird. Die junge Frau erlebt in ihrem von liberalen Gedanken geprägten Elternhaus eine friedvolle Kindheit, in der ihr Vater sie fördert, weil er bei seinen Töchtern ebenso auf Bildung Wert legt wie bei seinen Söhnen. Dies findet ein jähes Ende, als sie nach dem Tod ihres Vaters von seinen konservativen Verwandten noch minderjährig zur Heirat mit einem älteren Mann gezwungen werden soll, der voraussetzt, dass sie


sich der Genitalverstümmelung unterzieht.

Deshalb flieht sie mit Unterstützung von Mutter und Schwester heimlich über Deutschland in das Ungewisse der USA. Dort hat ihre auf dem Flughafen vorgebrachte Bitte um Asyl wegen Furcht vor Genitalverstümmelung zur Folge, dass sie sich im Gefängnis wiederfindet. Fast zwei Jahre lang ist sie unmenschlichen, demütigenden Haftbedingungen ausgesetzt, die sie ihrer Rechte und ihrer Würde berauben. Sie, ebenso wie andere Asylbewerberinnen, wird gemeinsam mit Kriminellen, zeitweise sogar im Hochsicherheitstrakt, untergebracht. Nur ihr muslimischer Glaube bestärkt sie, die Hoffnung auf Gerechtigkeit nicht aufzugeben. Waris Dirie hingegen kommt schon als Fünfjährige mit dem grausamen Ritual der Genitalverstümmelung in Berührung. Noch begreift sie nicht, was ihr damit angetan wird, nur die Erinnerung an die Tortur der Prozedur, die langjährigen Schmerzen, von denen sie erst sehr viel später durch einen medizinischen Eingriff befreit wird, bleiben zurück. Erst die Erwachsene begreift die Bedeutung des Verlustes ihrer sexuellen Empfindungsfähigkeit, als sie einen Mann findet, mit dem sie zusammenleben und Kinder haben will. Auch bei ihr findet ein friedvolles Mädchendasein, wenn auch als analphabetische Nomadin in der widerspenstigen Wüste Somalias, ein jähes Ende, als der Vater die Minderjährige gegen ihren Willen mit einem alten Mann verheiraten will. Um sich dieser patriarchalen Gepflogenheit zu widersetzen, ergreift die 14jährige die Flucht. Sie lernt als Migrantin zu überleben, zuerst im Londoner Haus des Repräsentanten ihres Landes, wo sie wie eine Sklavin behandelt wird, dann allein am Rande der Legalität in dieser europäischen Weltstadt, in der sie auf einem steinigen Weg zu einer Karriere als Topmodel gelangt. Selbst dann verhilft ihr nur eine Heirat zur Aufenthaltsbewilligung. Es ist ihrem Mut zuzuschreiben, dass sie schliesslich als Model einen so bekannten Namen hat.

Fauziya Kassindja ist jedoch, infolge des langwierigen Asylverfahrens - ihr Gesuch wurde nach über einem Jahr Wartezeit abgelehnt - so mit ihrer physischen und psychischen Kraft am Ende, dass sie die Rückführung nach Togo beantragt. Nur die Tatsache, dass gerade in diesem Moment Layli Miller Bashir mit ihr Kontakt aufnimmt, sich als tatkräftige Freundin erweist, bewahrt sie davor.

Die angehende Juristin setzt sich sehr für ihre Rechte ein, schafft es, andere juristische Expertinnen zu gewinnen, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen. Auch die Frauenmenschenrechtsorganisation Equality Now sowie prominente Journalistinnen, Politikerinnen werden darauf aufmerksam, unterstützen sie in ihrem Kampf. Dies zusammen mit dem Druck der Öffentlichkeit führt dazu, dass die Togoerin letztendlich in den USA Asyl erhält. Zugleich erkennt erstmals eine amerikanische Gerichtsstanz Furcht vor nichtstaatlicher frauenspezifischer Verfolgung als Grund für die Gewährung von Asyl an.

Das eine Buch ergreift, zeigt das Leben als Asylbewerberin in einem Us-amerikanischen Gefängnis, die Bedeutung solidarischen öffentlichen Drucks von ausserhalb, auch in einem Land wie den USA. «Wüstenblume» dagegen ist ein Buch, das inspi- 155



Schweizerischer
Berufsverband
Soziale Arbeit SBS

Soziale Arbeit

Die Fachzeitschrift für Sozialarbeit,
Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation

Arbeitslosigkeit? Migration? Alter? Misshandlung?
Fragen gibt es täglich. Antworten gibt es jeden Monat.

**Ja, ich abonniere 22 Ausgaben «Soziale Arbeit»
(ein Jahresabonnement) für nur 115 Franken.**

Name	Vorname	
Adresse	PLZ, Ort	
Telefon	Datum	Unterschrift

Talon einsenden oder faxen an:
Geschäftsstelle SBS, Postfach, 3000 Bern 21, Fax 031 382 11 25

riert, ermutigt zu kämpfen gegen die Verstümmelung von Mädchen und für das Leben. Stilistische Unterschiede kommen dadurch zustande, dass Fauziya Kassindja aus einer reichen, städtischen, strenggläubigen Schicht kommt, Waris Dirie hingegen in einem Nomadenstamm aufgewachsen ist, geprägt von Überlebensnotwendigkeiten in der Wüste und mit einer lebendigen Naturverbundenheit, die die moderne Zivilisation kritisch sieht. Beide haben ihre Autobiographie nicht alleine geschrieben, die von Fauziya Kassindja wird durch einen Beitrag ihrer Freundin Layli Miller Bashir ergänzt, Waris Diries Lebensgeschichte ist in Zusammenarbeit mit Cathleen Miller entstanden, da sie des Schreibens unkundig ist. So unterschiedlich beide Bücher sind, so haben beide Frauen sehr jung sehr viel Mut bewiesen, einen Weg gefunden, sich schliesslich in der für sie fremden, westlichen Zivilisation zu behaupten. beide haben mit ihrer Lebensgeschichte einen Beitrag dazu geleistet, sich nicht nur mit der Genitalverstümmelung auseinanderzusetzen, sondern ein Stück Afrika zu begreifen.

Susanne Reichinger

Veronika Aegerter, Nicole Graf, Natalie Imboden, Thea Rytz, Rita Stückli (Hg.): Geschlecht hat Methode, Ansätze und Perspektiven in der Frauen- und Geschlechtergeschichte, Beiträge der 9. Schweizerischen Historikerinnentagung 1998, Zürich 1999.

Auch wenn der vorliegende Band nicht direkt mit der Beziehung von Feminismus und Sozialdemokratie zu tun hat, werden darin doch Problemfelder umrissen, die auch die Auseinandersetzung von Feministinnen mit den sozialdemokratischen Regierungen prägt. Im Zentrum steht die Frage nach der Relevanz der Kategorie «Geschlecht». Dabei ist die Diskussion um Judith Butlers konstruktivistischen Ansatz von Gewicht, der die Sex/Gender- Unterscheidung auflöst, da nach ihr auch Körperlichkeit ein gesellschaftlich hergestelltes Konstrukt ist. Doch ist das Geschlechterverhältnis, wie Brigitte Studer im einleitenden Aufsatz festhält, «nicht nur eine Frage von Diskurs und Deutung, sondern auch von sozialen Praktiken und Materialität» und vor allem beruht es nicht «nur auf Differenz, es stellt auch ein Herrschaftssystem dar.» Der Band vereinigt eine grosse Anzahl von Forschungsergebnissen zu verschiedenen historischen Epochen. Für die in diesem Heft behandelten Themen sind vor allem der Beitrag von Natalie Imboden zur Geschlechtertrennung auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt, 1910-1923, von Chantal Magnin zur Geschichte des «Alleinernährers» in den 50er Jahren, von Sybille Brändli zu Geschlecht und Konsum in der Schweiz nach 1945 und von Regula Stämpfli zur geschlechtlichen Verknüpfung von Wehrpflicht und Staatsbürgertum von Interesse, aber auch die verschiedenen Beiträge zur Eugenik, die einen - meist erschreckenden Einblick - in den Diskurs und die Praktiken geben, und zwar bezogen auf Eingebürgungen, Eheverbote, Abtreibung und Sterilisation.

Elisabeth Joris 157

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

37

Flüchtlinge, Migration und Integration

Europäische Flüchtlingspolitik und der Kosovo-Krieg;
Demontage des Asylrechts; Exportwirtschaft und Ver-
treibung in Kurdistan; Arbeitsmigration Mexiko – USA;
Personenfreizügigkeit und Sozialdumping Schweiz –
EU; Integration, Staatsbürgerrecht; Frauenhandel und
Illegalisierung von Migrantinnen; Ausländerpolitik und
Apartheid in der Schule

H. Dietrich, G. Roth, M. Holzberger, Ch. Parnreiter,
M.-C. Caloz-Tschopp, J. Dietziker, B. Lühje, A. Sancar,
Ch. Scherrer, H. Baumann, M. Le Breton, S. Prodollet,
I. Wallerstein, H. Heindl, G. D'Amato, U. Loppacher

Diskussion

P. Hug: Friedens- und Sicherheitspolitik statt NATO-Krieg
S. Kappeler: Militärmachismo und Frauenbewegung
P. Lock: Nachkrieg in Südosteuropa

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

200 Seiten, Fr./DM 21.- (Abonnement 36,-/38,-) zu beziehen
im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 01 - 273 03 02
widerspruch@access.ch http://www.access.ch/widerspruch

**Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen des Kantons Zürich (Hg.):
Teilzeitarbeit, Unterbeschäftigung, Arbeitsmarktsituationen von
Frauen über 50, Literatur und aktuelle Forschung 1995-1999,
recherchiert und kommentiert von Ursula Fiechter, Zürich 1999.**

Für alle Personen, die sich mit den geschlechtsspezifischen Implikationen des Arbeitsmarktes unter dem Einfluss der Flexibilisierung der Erwerbsverhältnisse beschäftigen, ist diese unter der Leitung von Catherine Silberschmidt herausgegebene und von Ursula Fiechter umsichtig kommentierte Liste von Forschungsarbeiten von grossem Wert. Die hohe und noch zunehmende Teilzeitquote der erwerbstätigen Frauen ist typisch für die Schweiz: 54% gegenüber durchschnittlich 33% im EU-Raum. Ist die Teilzeitarbeit nicht freiwillig, handelt es sich um Unterbeschäftigung, die bei Frauen stark angestiegen ist. Wenig Aussagen können zum Arbeitsmarkt für Frauen über 50 gemacht werden, gibt es dazu doch kaum Forschungsprojekte.

Die Broschüre kommentiert den Forschungsstand in der Schweiz und in Europa zu diesen drei Bereichen. Während für die Schweiz auch laufende Projekte einbezogen werden, sind für ausgewählte EU-Länder nur publizierte Arbeiten berücksichtigt. Abschliessend zeigt Fiechter die Forschungslücken auf und weist damit den Weg für zukünftige Projekte.

Elisabeth Joris

**Sabina Littmann-Wernli: Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt,
Verlag Rüegger, Zürich 1999.**

Mit ihrer Dissertation an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich versucht Sabina Littmann aus der Ratlosigkeit herauszuführen, wie gleiche Chancen für Frauen und Männer in der Arbeitswelt hergestellt werden können. Der Untertitel verrät denn auch gleich, auf welchem Weg die Autorin sich dem Ziel nähern will, nämlich mit der «Konzeption einer ökonomischen Gleichstellungsregelung zum Abbau der geschlechtsspezifischen Rollenteilung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer durch Arbeitszeitflexibilisierung». Der Ursprung der Ungleichheit der Chancen wird in der traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenteilung geortet. Deshalb sollte Gleichstellungsförderung dort einsetzen, wo diese Rollenteilung in Kraft tritt: zum Zeitpunkt der Familiengründung. Frauen sollen von der alleinigen Verantwortung für Betreuungsaufgaben entlastet werden. Einerseits durch den Ausbau institutioneller Fremdbetreuungsmöglichkeiten, andererseits und vor allem aber durch eine partnerschaftliche, ökonomisch sinnvolle Teilung der Betreuungspflichten zwischen den Eltern. Diese Forderung lässt sich ökonomisch theoretisch und empirisch begründen. Anreize zur partnerschaftlichen Teilung von Erwerbs- und Familienpflichten sollen geschaffen werden, konkret wird der individuelle Anspruch auf bezahlte Familienarbeitszeit formuliert. Die Dissertation versteht sich als «ökonomische Brücke», die das Gleichstellungsziel erreichbar macht.

Michèle Spieler

Autorinnen

Melissa Benn, Schriftstellerin und Journalistin, unterrichtet an verschiedenen Orten. Sie hat zahlreiche Artikel zu Feminismus und damit verbundenen Fragestellungen sowie Essays über Frauen und Politik/Kultur in verschiedenen Anthologien und Artikelsammlungen veröffentlicht. Sie hält regelmässig Vorträge zur Regierungspolitik, zu Armut und Feminismus und gibt Kurse über Journalismus und über das Schreiben von Feuilletons.

lael Bueno, Soziologin, ist Projektkoordinatorin von NOSOTRAS-WIR FRAUEN und Mitarbeiterin der Projektgruppe des Frauenrats für Aussenpolitik (FrAu).

Christine Delphy, lebt in Paris und arbeitet als Wissenschaftlerin am Centre national de recherche scientifique (CNRS) im Forschungsbereich politische Philosophie der Gegenwart. Sie ist Mitglied von zehn internationalen Frauennetzwerken. Mit Simone de Beauvoir gründete sie 1980 die internationale frankophone Zeitschrift «Nouvelles Questions Féministes», deren Herausgeberin sie bis heute ist.

Margrith von Felten, Juristin, seit 1991 Nationalrätin von Basel, bis August 1998 für die SP, seither parteilos, Mitglied der Grünen Fraktion.

Claudia Gähwiler, studierte Geschichte und Germanistik, Redaktion bei der entwicklungspolitischen Zeitschrift «mosquito», Weltwirtschaftsgruppe von FrAu (Frauenrat für Aussenpolitik).

Katharina Haag, 1963, Historikerin und Anglistin, studierte in Zürich. Sie arbeitet als Gleichstellungsbeauftragte in der Stadtverwaltung Zürich und ist in der der FDP Fehraltorf engagiert.

Andrea Holenstein, Literaturwissenschaftlerin, Zürich. Schwerpunkte: (feministische Utopien), feministische Literaturtheorien. Journalistin/Redaktorin. Seit 1998 Teilzeit-Stelle im Bereich Kommunikation.

Natalie Imboden, Historikerin, studierte Geschichte, Staatsrecht und Politikwissenschaft in Bern. Arbeitet bei der Gewerkschaft vpod als nationale Frauensekretärin. Sie ist in verschiedenen Frauenprojekten (Verein Feministische Wissenschaft, Quoten-Initiative) und politisch beim Grünen Bündnis Bern engagiert.

Elisabeth Joris, Historikerin mit Schwerpunkt Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Schweiz des 19. und 20. Jahrhunderts, zahlreiche Publikationen, Mitbegründerin und Redaktorin der Zeitschrift Olympe.

Claudia Kaufmann, Juristin, ist Generalsekretärin des Departementes des Innern.

Ursula Koch, ist Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Gaby Küppers, Dr. phil, Promotion in Hispanistik, Bonn, im Alltag jedoch im «Wanderzirkus» Bonn - Brüssel - Strassburg. Sie ist Referentin für Aussenwirtschaft der Grünen im Europaparlament, organisierte dort den Kongress «Vom MAI zur Millennium Round». Sie ist Redaktorin der Zeitschrift *ila* und hat zu Themen wie Lateinamerika, lateinamerikanische Frauenliteratur, Kultur und Weltwirtschaft publiziert.

Anni Lanz, Soziologin, Ex-Koordinatorin der NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Mitarbeiterin der Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz BODS und engagiert im Asylkomitee Basel-land sowie der Projektgruppe des Frauenrats für Aussenpolitik FrAu.

Lidia Menapace, im 2. Weltkrieg aktiv in der antifaschistischen Resistenza, lehrte an der katholischen Universität von Milano Literatur und arbeitete beim Manifesto mit. Heute ist sie für die UDI (Unione Donne Italiane) tätig, einer aus der kommunistischen Partei hervorgegangenen Frauenorganisation. Sie vertritt die UDI in der nationalen Gleichstellungskommission und engagiert sich bei verschiedenen feministischen und friedens-politischen Organisationen und Projekten.

Rita Schmid Göldi, Juristin und Mitglied der ExpertInnenkommission Revision Berufsbildungsgesetz.

Patricia Schulz, ist Direktorin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau.

Michèle Spieler, studiert Geschichte und Politische Wissenschaft, ist Mitarbeiterin der UniFrauenstelle - Gleichstellung von Frau und Mann an der Universität Zürich. Sie ist Vorstandsfrau der FraPoli (FrauenPolitik)

Aargau und Redaktorin der Radiosendung Wiiberzyt auf Kanal K.

Hanna Zweig-Strauss, Staatsexamen Medizin 1958, Tätigkeit in Rechtsmedizin, Sozial- und Präventivmedizin, Lehrerin für Pathologie an den Schulen für psychiatrische Krankenpflege Münsingen BE und UPD Waldau, Bern, Befasst sich mit einer wissenschaftlichen Biographie über David Zwi Farbstein, erscheint im Archiv für Zeitgeschichte der ETHZ.

Was will OLYMPE?

Schön doppeldeutig ist er, der Titel unserer Heftreihe. Die französische Revolutionärin Olympe de Gouges stellte 1791 mit ihrer Forderung nach Einbezug der Lebensbedingungen der Frauen in den politischen Diskurs Sichtweise und Herrschaftsanspruch der Männer grundlegend in Frage. Ihren Mut bezahlte sie mit dem Tod unter der Guillotine, wodurch ihre legendäre Erkenntnis «Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen, ohne gleiche Rechte zu besitzen», von der politischen Praxis der Männer grausam bestätigt wurde. Für uns impliziert der Name OLYMPE zugleich die Absicht, Politik vom hehren Himmel, aus dem Olymp herabzuholen auf den Boden unserer Belange. Wir mischen uns ein, beziehen Position wie und wann wir wollen.

Seit der Brunner-(Nicht)wahl werden Frauen in der politischen Diskussion zwar nicht mehr ganz so einfach übergangen, doch in der Regel genügt es (Männern), wenn jemand die «Sicht der Frau» einbringt. Im politischen Alltag werden Frauen vor allem gegeneinander ausgespielt - hier die Braven, dort die Emanzen - aber im Grunde wird immer noch kaum zur Kenntnis genommen, dass es zwischen Frauen, auch zwischen Feministinnen, je nach Standort, Interessen und Ideologie unterschiedliche Meinungen gibt. Auch dafür wollen wir ein Forum bilden, das begonnenen Debatten Raum bietet und Kontroversen oder Widersprüche als notwendige Elemente einer lebendigen Frauenpolitik dokumentiert und wahrnimmt. OLYMPE erscheint (möglichst) zweimal im Jahr. Über den oben angesprochenen Zusammenhang hinaus verstehen wir jede Ausgabe als eigenständiges feministisches Arbeitsheft, das einem jeweiligen Thema theoretischer und praktischer Politik Raum bietet und durch Tagungsberichte, Dokumentationen und Buchbesprechungen ergänzt wird.

Neben der schweizerischen Diskussion soll immer auch die internationale Debatte dokumentiert werden. Tagesaktuelle Fragen greifen wir auf, sofern sie Bestandteil einer frauenspezifischen Politik sind oder Impulse geben für eine langfristige politische Auseinandersetzung. Den grossen Vorteil der Schweiz, ihre Mehrsprachigkeit, wollen wir nutzen und französische, italienische und rätoromanische Texte im Original belassen.

Wir wollen und können keine einhellige Meinung vertreten, denn wir Frauen in der Redaktion unterscheiden uns bezüglich beruflicher Herkunft und Arbeitsbereiche ebenso wie in unseren feministischen Standpunkten. Als Kernredaktion setzen wir Themen fest, suchen je nach Schwerpunkt Kontakt zu entsprechenden Gruppen oder Einzelfrauen und organisieren die Zusammenarbeit. Impulse und punktuelle Mitarbeit sind uns immer willkommen.

FRAZ

FRAUENZEITUNG

Viermal pro Jahr
feministische Lichtblicke
von engagierten Autorinnen
zu politischen und kulturellen Themen
auf 52 Seiten

Ja, schickt mir die FRAZ im Abo		Einzelheft: Fr. 8.– (plus Porto)
<input type="checkbox"/> Jahresabonnement (CH)	Fr. 32.–	<input type="checkbox"/> 96/4: Im Umbruch
<input type="checkbox"/> Geschenkabonnement (CH)	Fr. 32.–	<input type="checkbox"/> 97/1: Musik
<input type="checkbox"/> Europaabonnement	Fr. 44.–	<input type="checkbox"/> 97/2: Geld gilt
<input type="checkbox"/> Überseeabonnement	Fr. 50.–	<input type="checkbox"/> 97/3: Gewalt

Adresse: _____

Beschenkte: _____

FRAZ Frauenzeitung
Mattengasse 27 ● 8031 Zürich ● Tel. 01/272 73 71 ● Fax 01/272 81 61